

Wolfram Hülsemann,
Michael Kohlstruck (Hg.)



Mobiles Beratungsteam **Einblicke**

Ein Werkstattbuch



Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Mobiles Beratungsteam
Einblicke**

Ein Werkstattbuch

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

- S. 4 u. 171: Mobiles Beratungsteam Brandenburg
- S. 18: Michael Kohlstruck
- S. 23: kontur GbR Berlin
- S. 61: Nicola Scuteri
- S. 68, 72 u. 88: Pabel Moewig Verlag
- S. 74: unbekannt
- S. 104, 105, 106 u. 107: Kasandra
- S. 114: Lausitzer Rundschau, Lokalteil Spremberg, 7.5. 2003.
- S. 120, 121 u. 129: Karin Dörre und Jürgen Lorenz
- S. 143: Pfarrer Puhlmann, Werben
- S. 152 u. 163: Miriam Schilling und Dirk Wilking

© Dezember 2004, Potsdam

Mobiles Beratungsteam Brandenburg (RAA Brandenburg e.V.)

Geschäftsstelle:

Friedrich-Engels-Straße 1

14473 Potsdam

Tel: 0331 – 740 6246, 0173 – 646 88 63

Fax: 0331 – 740 6247

E-Mail: mobiles-beratungsteam@jpberlin.de

www.mobiles-beratungsteam.de

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 3-00-015288-1



Inhalt

Was die vorliegende Publikation erwarten lässt	5
<i>Wolfram Hülsemann</i>	
Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund der Beratungsarbeit im Gemeinwesen	7
<i>Michael Kohlstruck und Anna Verena Münch</i>	
Der Mordfall Marinus Schöberl	15
<i>Nicola Scuteri</i>	
Migration und Fremdenfeindlichkeit als politische und gesellschaftliche Phänomene im Land Brandenburg	47
<i>Dirk Wilking</i>	
„Der Landser“ – Wie ein Mann ein Mann wird	61
<i>Miriam Schilling</i>	
Jugendliche in der MBT-Arbeit – Erfahrungen aus dem südlichen Brandenburg	95
<i>Karin Dörre und Jürgen Lorenz</i>	
Die Stadt Angermünde und ihr Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	117
<i>Dirk Wilking</i>	
Relevanz der ländlichen Regionen für das MBT	129
<i>Jürgen Lorenz und Karin Dörre</i>	
„Für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“	163



Das Mobile Beratungsteam im November 2004

Was die vorliegende Publikation erwarten lässt

„EINBLICKE“ kann als eine Art Werkstattbuch des Mobilen Beratungsteams – TOLERANTES BRANDENBURG verstanden werden. Es soll einige Grundsatzüberlegungen und Themen vermitteln, mit denen sich das Team in den letzten Jahren beschäftigt. An der öffentlichen Diskussion zu Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und notwendigen Konsequenzen demokratischen Handelns hat sich das MBT aus grundsätzlichen Erwägungen bisher nur sehr zurückhaltend beteiligt. Erkenntnisgewinn und Schlussfolgerungen aus langjähriger Beratungspraxis hätten dies durchaus ermöglicht. Prinzipiell soll diese Zurückhaltung aber weiter gelten. Wichtig bleibt, dass vor allem unsere Partner immer besser lernen, die Entwicklung vor Ort selbst zu beschreiben und öffentlich zu machen. Schließlich schafft nur positive Veränderung, was Menschen vor Ort bewegen, um den Grundbestand des demokratischen Gemeinwesens zu fördern.

Dennoch erreichen uns immer wieder Fragen nach unserer Arbeit – vor allem von außerhalb. Wir wollen diese Fragen nicht mit bereits sattsam bekannten Grundsatzklärungen beantworten. Wir werden uns bemühen, in loser Abfolge, so wie mit diesem Buch, Einblicke in Sachfragen des Teams zu geben. Bei der Auswahl schien uns eine Art „Längsschnitt“ durch unsere Themenpalette der vergangenen sechs Jahre sinnvoll. Die verständliche Frage zur Nachhaltigkeit dieser Beratungsarbeit vor Ort findet hier indirekt eine Antwort. Einige der in diesem Zusammenhang erkennbaren inhaltlichen Aspekte der Arbeit begleiteten uns zeitweise, andere auch kontinuierlich durch die vergangenen Jahre. In besonderer Weise nahm der Mord an Marinus Schöberl durch drei junge Männer, die zu beobachtenden Reaktionen und Fragen nach unseren Arbeitsansätzen in dieser Situation besonderen Raum ein. Deshalb sollte die von Dr. Michael Kohlstruck und Anna Verena Münch vorgelegte Studie (hier in gekürzter Form) mit veröffentlicht werden. Die im Lauf der Jahre entstandenen Aufsätze vertieften den fachlichen Diskurs im Team. So entstanden zunächst teaminterne „Vorlagen“, in denen später auch Erkenntnisse aus der Gesamtgruppe Eingang fanden. So erklärt sich der Werkstattcharakter der Texte und des gesamten Buches an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis.

Obwohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Büros in sechs unterschiedlichen Regionen höchst eigenständig agieren müssen, vertieft die verbindliche kollegiale Reflexion unterschiedlicher Praxiserfahrung und der interne Diskurs zu Themenschwerpunkten die Kooperationsmöglichkeiten untereinander.

An dieser Stelle ist allen zu danken, die das Zustandekommen der Publikation ermöglicht haben: dem wissenschaftlichen Begleiter unserer Arbeit, Dr. Michael Kohlstruck, der die einzelnen Beiträge redigierte; der Koordinierungsstelle TOLERANTES BRANDENBURG der Landesregierung und der Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses in besonderer Weise.

Für Fragen, die sich beim Lesen des Buches ergeben, finden sich im MBT jederzeit interessierte Gesprächspartner.

Potsdam, im Dezember 2004

Wolfram Hülsemann

Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund der Beratungsarbeit im Gemeinwesen

Zu den Grundlagen der Beratungsarbeit des MBTs

Um den Gesamtzusammenhang der Arbeit des Mobilen Beratungsteams besser einordnen zu können, sollen hier noch einmal skizzenhaft Rahmenbedingungen und Voraussetzungen der Arbeit dargestellt werden. Grundlagen der Arbeit des MBTs sind

- der Arbeitsauftrag für die Beratungstätigkeit des Teams durch die Regierung des Landes Brandenburg¹,
- der aus dieser Auftragslage entwickelte Beratungsansatz² und seine kontinuierliche Weiterentwicklung sowie
- die t e a m i n t e r n stringenten Verhandlungen der örtlichen oder regional angelegten Beratungsprozesse³ des MBTs unter wissenschaftlicher Begleitung⁴ und
- die permanente Weiterbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um dem komplexen Anforderungskatalog der Arbeit gerecht zu werden.

Gewährleistet wird professionelle Beratungsarbeit durch permanentes Weiterentwickeln des Selbstverständnisses (Corporate Identity) des Teams, dem jeweiligen fachlichen Profil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der sorgfältigen Wahrnehmung der je konkreten Situation vor Ort. Diese „Tripolarität“ gewährleistet Erkennbarkeit von MBT-Arbeit in Brandenburg, bietet aber zugleich Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinreichend eigene Gestaltungsmöglichkeiten und berücksichtigt vor allem die höchst unterschiedlichen Anforderungen.

¹ Arbeitsvereinbarung zwischen Landesregierung und dem Träger Juli 1998.

² „Essentials“ der Beratungsarbeit, 2002 (in der Geschäftsstelle des MBT abrufbar).

³ Monatlich ausführliche Praxisberatung auf der Grundlage interner Arbeitsberichte sowie interne Fortbildungen.

⁴ Seit Herbst 2000 Dr. Michael Kohlstruck vom Institut für Antisemitismusforschung der TU-Berlin.

Ausgangslage

Bereits Anfang der 90er Jahre wurden durch die Ausländerbeauftragte des Landes und andere aufmerksame Beobachter der Entwicklung im Land unterstützende Beratungsangebote für die Brandenburger Kommunen konzipiert und dann bereitgestellt. Zunächst war es wichtig, wahrzunehmen, auf welchem Hintergrund es zu rassistischen und fremdenfeindlichen Übergriffen im Land kommen konnte. Neben zunehmenden Einflüssen rechtsextremer Parteien aus der alten Bundesrepublik machten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen in unterschiedlichsten Milieus der Bevölkerung aus. Rechtsextreme Einflussnahme, vor allem in die jugendkulturellen Bereiche hinein, wurde wahrgenommen und Gewalt als Bedrohung demokratischer Zivilität beschrieben. Die damalige Beratungsarbeit und die darin gewonnenen Erfahrungen waren – obwohl sie zunächst nicht immer und zu allen Teilen die Zustimmung ihrer Förderer fand –, für das Land und die späteren Bemühungen wichtig. Im Herbst 1998 wurde die Neukonstituierung des Mobilien Beratungsteams mit einer geklärten Auftragslage durch die Landesregierung und einer wesentlich verbesserten Arbeitsstruktur veranlasst.⁵

Rahmenbedingung

Das Handlungskonzept der Landesregierung Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – ein staatliches Konzept zur Stärkung einer demokratisch orientierten Zivilgesellschaft?

Spätestens im Frühjahr 1998 entwickelten sich die genannten Probleme im Osten Deutschlands immer Besorgnis erregender. Deshalb rang sich die Brandenburger Landesregierung als erste und einzige in den neuen Bundesländern durch, vernehmlich zu sagen: wir haben ein Problem! Das Problem schien größer und offensichtlicher als in den alten Bundesländern, aber nicht größer als in den anderen Neuen.⁶ Es wurden Konsequenzen diskutiert und Handlungsstrategien entwickelt. Die Landesregierung verabschiedete ein Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Zivil-

⁵ Gegenwärtig 6 Regionalbüros und eine Geschäftsstelle beim Träger, der RAA Brandenburg e.V. (Näheres zur Arbeitsstruktur auch unter www.mobiles-beratungsteam.de).

⁶ Der sensiblen Presse und den in Berlin akkreditierten Journalisten war es leichter möglich, den Brandenburger Skandal in die Öffentlichkeit zu tragen, als den aus Sachsen oder der Altmark.

gesellschaft gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unter der Bezeichnung „TOLERANTES BRANDENBURG“. Einerseits sollte das Handlungskonzept zu einer allgemeinen und gesamtgesellschaftlichen Ächtung aller Formen von Intoleranz, Gewalt und rechtsextremen Einflüssen führen, andererseits das Bewusstsein für eine sich unabdingbar von demokratischen Grundwerten leitende Bürgergesellschaft / Zivilgesellschaft stärken. Und dies mit hoher Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern! Alle Ministerien wussten sich aufgerufen, den eingeleiteten Prozess im Sinne einer Querschnittsaufgabe zu befördern und in den eigenen Fachbereich mit einfließen zu lassen.

Man kann bedauern, dass sich dieser ursprüngliche Ansatz offensichtlich nicht durchhalten ließ und die Ausgestaltung des Handlungskonzeptes schließlich allein dem Ministerium für Bildung, Jugend und Schule zukam. In diesem Zusammenhang können jedoch einzelne Entwicklungsschritte und Module des Handlungskonzeptes „TOLERANTES BRANDENBURG“, sowie deren Verläufe nicht dargestellt, schon gar nicht letztgültig beurteilt werden. Neben den staatlichen Aktivitäten sollten mit dem genannten Handlungskonzept Rahmenbedingungen geschaffen werden, die in der Gesellschaft Ideen, Projekte und öffentliche Akklamation für ein demokratisches, gewaltfreies Brandenburg förderten.

Unter anderem bildete sich so ein Aktionsbündnis⁷, das sich bemühte, alle wichtigen demokratischen Potentiale in der Gesellschaft gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Gewalt an einen Tisch zu bringen. So sollte der öffentliche Diskurs, aber auch die „Stammtischrealität“ im Sinne demokratischer Achtsamkeit mit großer öffentlicher Wirkung beeinflusst werden: „Es ist eine Zukunftsfrage für das Land Brandenburg, dass Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zurückgedrängt werden und alle politischen und gesellschaftlichen Mandatsträger und ihre Institutionen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Verbände, gesellschaftlichen Gruppen, Firmen, Gemeinden und Kreise mit den Menschen im Land daran arbeiten“.⁸ Schon in den Anfängen des Aktionsbündnisses zeigten sich sehr schnell konzeptionelle Probleme, die in unterschiedlicher Weise auch für andere Bereiche des Handlungskonzeptes TOLERANTES BRANDENBURG relevant wurden: Da sich die Landesregierung zunächst als stimmberechtigter Partner innerhalb des Bündnisses verstand, konnte es keine gemeinsame öffentliche Stellungnahme gegen die DVU zum Beginn des

⁷ Aktionsbündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt S. auch www.aktionsbueundnis.brandenburg.de.

⁸ Zitat aus dem Manuskript des Handlungskonzeptes; Juni 1998.

Wahlkampfes 1999 geben. Allen Beteiligten wurde deutlich, dass anders als die „versammelte Bürgergesellschaft“, der Staat keine Kampagne gegen eine gegenwärtig rechtlich wählbare Partei in Gang bringen oder mittragen konnte. Aus diesen und anderen Erkenntnissen erwuchs die Überzeugung, dass Zivilgesellschaft (in diesem Fall das Aktionsbündnis) und staatliche Bereiche deutlich unterscheidbaren Aufgaben nachzugehen haben. Regierungsvertreter verstanden sich künftig als Berater des Bündnisses, was der Arbeit nicht zum Nachteil gereichte. Diese Reminiszenz soll hier nur Erwähnung finden, um den Aspekt unterschiedlicher Handlungsmöglichkeiten und -grenzen gesellschaftlicher und staatlicher Akteure am konkreten Beispiel zu illustrieren.

Für die Entwicklung der Beratungsstruktur und des Beratungskonzeptes des Mobilien Beratungsteams waren diese Klärungen von Bedeutung: die Landesregierung beauftragte einen erfahrenen freien Träger (hier die RAA Brandenburg e.V.) für das Organisieren politischer Beratungsarbeit im Lande, beschrieb die Optionen und legte den finanziellen Rahmen fest. Der Arbeitsverlauf sollte, nicht nur wegen der Mittelverwendung, kritisch beobachtet werden. Aber Anweisungen seitens der Landesregierung, gar solche mit parteipolitischer Präferenz (die es auch nie gab), waren von vornherein ausgeschlossen.

Politischer Hintergrund

Es lohnt, diese politische Akzentuierung zu würdigen. In dem hier nur kurz skizzierten Bemühen ging die Landesregierung einen gewiss etwas ungewöhnlichen Weg: sie entwickelte ein Handlungskonzept, das gegen die Gefährdung des demokratischen Gemeinwesens „die“ Zivilgesellschaft⁹ zu mobilisieren beabsichtigte. Sie konnte und durfte politische Einstellungen von Teilen der Bevölkerung und den sich daraus legitimierende Verhaltensweisen nicht zum Gegenstand eines „Regierungsprogramms zur Veränderung von Gesinnungen“ machen. Aber sie wollte Kräfte in der Gesellschaft aktivieren bzw. unterstützen, die dazu beitragen können, das „gesellschaftliche Klima“, wie man vielerorts etwas verschleiernd sagte, zu

⁹ In diesem Rahmen wird auf die Klärung der Differenz der Begriffe „Bürgergesellschaft“ und Zivilgesellschaft verzichtet, weil sie alltagssprachig inzwischen weitgehend als Synonyme verstanden werden, zumal sich der Begriff „Bürgergesellschaft“ in Teilen Ostdeutschland gegenwärtig noch unnötigen Missverständnissen ausgesetzt sähe.

verbessern. Zur Analyse gehörte, dass diesen Gefährdungen, anders als einige Politiker mit eher wertekonservativem Zuschnitt zunächst dachten, allein mit repressiven Mitteln des Staates und staatlich gesteuerter Prävention nicht beizukommen war (und ist). Zur Analyse gehörte ebenso, dass nicht allein die brutalen Gewalttaten gegen Menschen oder die Bedrohungsszenarien rechtsextrem orientierter Gruppen (z.B. die so genannten „Angstzonen“) Anlass zum Handeln gaben. Denkweisen, Einstellungen und beobachtende Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung geben noch immer Anlass zur Sorge. Die in den alten Bundesländern gewachsenen zivilgesellschaftlichen Diskursräume entwickelten sich in den neuen erst bzw. sind bis heute nicht vorhanden: Vereine und Verbände konstituierten sich und zeigten sich in ihrem Profil meist konsequent funktional ohne Klärung ihrer sozialen, kulturellen und politischen Relevanz im demokratischen Gemeinwesen. Z. B. wollen Freiwillige Feuerwehr, Schützenverein und Sport nach eigenen Aussagen noch heute oftmals „unpolitisch“ sein. Während nach allgemeinem demokratischen Grundverständnis die Gesellschaft kritisch darauf achten muss, dass „ihr“ Staat (den sie sich aus guten Gründen leistet!) die demokratischen Grundlagen und die daraus folgenden Rahmenbedingungen und Spielregeln achtet, will in dieser Situation staatliches Handeln eine offensichtlich nicht genügend ausgebildete demokratische Zivilgesellschaft aktivieren. Dass auf diese Weise immer auch ein regierungskritisches, demokratisches Potential gestärkt wird, spricht in diesem Falle für politische Weitsicht der Regierenden! Wie weit diese politische Weitsicht trägt, weist sich spätestens dann aus, wenn es zwischen den von Fördergeldern abhängigen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den jeweiligen staatlichen Verantwortungsträgern zu Problem bezogenen Konflikten kommt. Dass das mitunter für „beide Seiten“ Gradwanderungen sein können, war in den vergangenen Jahren erlebbar.¹⁰

¹⁰ In diesem Rahmen zum besseren Verständnis ein Beispiel: Es ist unbestritten, dass Stärkung humaner und damit Demokratie akzeptierender Wertebildung nicht auf Elternhaus, Schule und Jugendclub (so überhaupt noch vorhanden) beschränkt sein kann. Rassistische Einstellungen können auch nicht von schwarzen Bürgerinnen weggetrommelt oder weggezinkt werden! Darin besteht längst Konsens! Wenn aber die Frage von Einkaufsgutscheinen für Flüchtlinge und Asylbewerber, also Gäste und nicht Fremde als Problem der Wertebildung in der Gesellschaft öffentlich thematisiert wird und damit staatliche Entscheidungen im Ansatz kritisch beleuchtet werden, gibt es ein Problem: der die Zivilgesellschaft (durch Finanzmittel) aktivierende Staat erlebt ein kritisches Gegenüber, das sich nicht mit dem Hinweis auf die repräsentative Demokratie und gegebene Mehrheiten zufrieden stellt.

Daraus folgt: „TOLERANTES BRANDENBURG“ als Leitbild für politisches Handeln wird auch künftig kein konfliktfreies Refugium etablierter Demokratie sein. Toleranz im Sinne der „Zivilisierung der Differenzen“¹¹ braucht den respektvollen Streit unter Demokratinnen und Demokraten, setzt gegenseitige Hör- und Kompromissfähigkeit voraus. Für die Beratungsarbeit stellt sich die Aufgabe, Voraussetzungen für die notwendigen Diskurse zu verbessern, jeweils angemessene Diskursmodelle bzw. Modelle für Bürgerpartizipation zur Verfügung zu stellen (Vernetzungen, mediative und Bürgerpartizipation fördernde Strategien u. ä.), eine Kultur demokratischer Achtsamkeit zu stärken sowie notwendige Sachinformationen zugänglich zu machen.

Perspektiven staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns

„TOLERANTES BRANDENBURG“ hat sich also als Handlungskonzept der Landesregierung, so wie es sich nach 1998 zunächst entwickelte, nicht durchhalten lassen. Das kann man bedauern. Ein Handlungskonzept „von oben nach unten“ wird sich auch künftig nicht umsetzen lassen. Als stützendes Rahmenangebot zur Vitalisierung demokratischer Verantwortung in der Gesellschaft ist es bis auf weiteres nötig – und beispielhaft. Als politischer Leitgedanke, als konsensuales Leitziel sollte „TOLERANTES BRANDENBURG“ keinesfalls aufgegeben werden. Viele Menschen im Land verbinden damit inzwischen „Weltoffenheit“, Menschlichkeit gegenüber Fremden, Abwehr von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Der Leitgedanke verbindet Förderung von Zugehörigkeit (Identität) mit Weltoffenheit und Gastfreundlichkeit, auch gegenüber fremden kulturellen Prägungen. Er beschreibt einen für Demokraten wünschenswerten „inneren Zustand“ des Landes und weist zugleich auf das Bemühen, den kulturellen und wirtschaftlichen Standort Brandenburg international respektabel erscheinen zu lassen.¹² Der Leitgedanke provoziert einerseits den Diskurs über rechte, rassistische Einstellungsmuster in der Bevölkerung und lässt sich andererseits ohne Schwierigkeiten von den demokratischen Parteien und großen gesellschaftlichen Verbänden und Kirchen mittragen.

Das Mobile Beratungsteam wird an diesem Leitziel festhalten ohne die Brandenburger Realitäten aus dem Auge zu verlieren. Die gegenwärtigen

¹¹ So der amerikanische Soziologe Michael Walzer

¹² ein Bürgerbündnis in Königs Wusterhausen gab sich den Namen „K.W.- heimisch in einer weltoffenen Stadt“

demographischen Entwicklungen und sozialen Verwerfungen mit den zu benennenden sozioökonomischen und sozokulturellen Aspekten, insbesondere im ländlichen Raum, geben zur Sorge Anlass. Für die zu beobachtende allmähliche Erosion hergebrachter kultureller Normen- und Wertegerüste, für den Verlust an elementaren Sozialkompetenzen unter Heranwachsenden sind gewiss vielfältige Ursachen zu nennen. Die Kirche wird wegen des Rückgangs ihrer Mitgliederzahlen, wegen der permanenten Strukturveränderungen und des damit verbundenen Rückzugs ihres personalen Angebotes der Hauptamtlichen häufig als überfordert beschrieben. Die Folgen einer strukturell bedingten Rücknahme kommunaler Selbstverwaltung, der Rückzug ehemals wichtiger demokratischer „Meinungsbildner“ aus dem ländlichen Raum als persönlichen Lebensraum¹³, eine „ausgedünnte“ hoheitliche Präsenz des Staates (Polizei) sind bereits deutlich spürbar. Zeitgleich mit dieser Entwicklung ist zu beobachten, wie sich der organisierte Rechtsextremismus mit einer Art Langzeitstrategie in die sozialen Problemregionen ganz zivil und bürgernah „einzunisten“ versucht.

Auf diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach einer systemisch angelegten Regionalplanung und politischer Bildung im ländlichen Raum eine neue Dimension. Sie lässt sich aber u. E. nicht mit den bisher meist verhandelten Themen allein und schon gar nicht mit den hergebrachten Bildungsformaten transportieren. Teilhabe, Mitgestaltung und Mitverantwortung für das Gemeinwesen als politischer Wertegemeinschaft müssen vor allem im ländlichen Raum und in den kleineren Städten Brandenburgs unmittelbarer erprobt und als gute Erfahrung besser als bisher veröffentlicht werden. Hier steht staatliches und gestaltendes gesellschaftliches Handeln vor großen Herausforderungen, die nur mit neu zu entwickelnden „Synergiekonzepten“ angegangen werden können.¹⁴

Das Mobile Beratungsteam sucht hier mit unterschiedlichen Partnern nach neuen Zugangsmöglichkeiten. Man darf darauf setzen, dass auf diese Weise den neueren Strategien des Rechtsextremismus, in die vorhandenen sozialen Netze zu einzuwandern, wirkungsvoll begegnet werden kann.

¹³ Es sei denn im Freizeitbereich am Wochenende, wobei sich dann eine positive Einflussnahme auf die Entwicklung des Gemeinwesens meist in Grenzen halten wird.

¹⁴ „Die dynamischen Teile der Zivilgesellschaft führen dem Gemeinwesen die nötige Energie und Beweglichkeit zu. Durch Stärkung der Zivilgesellschaft stärkt der Staat sich auch selbst...“. Jürgen Kocka: Die Zivilgesellschaft und die Rolle der Politik, Thesen und Fragen zitiert in G. F. Schuppen: Aktivierender Staat und Zivilgesellschaft (in Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, 2002 S.188)

Der Mordfall Marinus Schöberl

Vorgeschichte der Untersuchung

Die hier im Zentrum stehende Ermordung von Marinus Schöberl in Potzlow wurde erst im November 2002, vier Monate nach der Tat, bekannt. Karin Dörre und Jürgen Lorenz vom „Mobilen Beratungsteam Tolerantes Brandenburg“ (MBT) berieten in der Folgezeit die Gemeinde Oberuckersee, insbesondere die Jugendhilfe, bei der Aufarbeitung dieses Falles. Die Idee zu der Fallstudie stammt von Polizeirat Dr. Karl-Heinz Fittkau (Polizeischutzbereich Uckermark in Prenzlau), der damit an das MBT herantrat. Die Durchführung der Untersuchung lag bei der wissenschaftlichen Begleitung des MBT, der Arbeitsstelle „Jugendgewalt und Rechtsextremismus“ am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin (ZfA). Finanziert wurde die Untersuchung aus Mitteln des „Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und vom ZfA.¹

Tat und öffentliche Tatbewertung

Am frühen Morgen des 13. Juli 2002, einem Samstag, wurde in Potzlow (Gemeinde Oberuckersee, Kreis Prenzlau, Uckermark/ Brandenburg) der 16-jährige Marinus Schöberl von drei jungen Männern ermordet. Die alkoholisierten Täter hatten ihr Opfer zuvor mehrere Stunden lang im Nachbarort Strehlow beschimpft, gedemütigt und geschlagen. Sie versteckten die Leiche am Tatort, den nicht mehr genutzten Stallungen einer früheren LPG

¹ Vgl. www.aktionsbueundnis.brandenburg.de und www.tu-berlin/~zfa. Für die konstruktive Kommentierung einer früheren Fassung dieser Studie danken wir den MitarbeiterInnen und Mitarbeitern des MBT, für die hier stellvertretend der Leiter des MBT, Wolfram Hülsemann (Potsdam) genannt sei. Für hilfreiche Hinweise danken wir überdies Prof. Dr. Werner Bergmann (ZfA), Jens Dobler (Berlin), Dr. Rainer Erb (ZfA) sowie Kerstin Palloks und Dr. Armin Steil (Universität Bielefeld, Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)). – Eine ausführlichere Darstellung des Falles ist als Arbeitspapier 1/2004 des ZfA erschienen und auf der Homepage des ZfA abrufbar.

am Ortsrand des kleinen Dorfes (rd. 600 Einwohner). Die Täter wurden Mitte November 2002 verhaftet, nachdem die Polizei über den Leichenfund informiert worden war.

Der ältere Täter, zum Tatzeitpunkt 23 Jahre alt, und einer der jüngeren (17 Jahre) sind Brüder, die seit Jahren in Potzlow leben. Der dritte, ebenfalls 17-Jährige, besuchte zusammen mit dem jüngeren Bruder die Bildungseinrichtung Buckow e.V., die für leistungsschwächere Schüler berufsvorbereitende Maßnahmen bzw. theorieentlastete Ausbildungsgänge anbietet. Beide waren dort während der Woche in einem Internat untergebracht. Der dritte Beteiligte war über das Wochenende von seinem Mitschüler nach Potzlow eingeladen worden.

Der älteste Täter rechnete sich in Kleidung, Auftreten, Einstellungsbeurteilung und mit gewalttätigen Angriffen auf Minderheitenangehörige zur rechtsextremen Szene. Als der Mord entdeckt wurde, war er wegen der tätlichen Attacke auf einen Farbigen in Haft. Sein Bruder hatte in der Vergangenheit die Zugehörigkeiten zu verschiedenen Jugendkulturen mehrfach gewechselt: Er orientierte sich stark an seinem älteren Bruder und legte sich in der Regel dann ein „rechtsextremes Outfit“ zu, wenn dieser aus der Haft entlassen wurde. Kurz vor der Tat war der Ältere aus der Haft entlassen worden. Der Dritte fand die rechtsextreme Jugendkultur attraktiv, er bevorzugte Rechtsrock-Musik und besaß szenetypische Kleidungsstücke, die er dann trug, wenn er sich außerhalb des Einflussbereiches der Bildungseinrichtung bzw. seines Vaters bewegte.

Die Tatverdächtigen wurden unmittelbar nach dem Leichenfund Mitte November 2002 in Untersuchungshaft genommen. Zwischen dem 26. Mai und dem 24. Oktober 2003 wurde an insgesamt 24 Verhandlungstagen vor der zweiten großen Strafkammer des zuständigen Landgerichts in Neuruppin gegen die drei Angeklagten verhandelt. Der jüngere Bruder wurde wegen Mordes und gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung in zwei Fällen zu einer Einheitsjugendstrafe von acht Jahren und sechs Monaten verurteilt. Der ältere Bruder wurde unter Einbeziehung einer früher verhängten Strafe wegen versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung in vier Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt. Der dritte Täter wurde wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung in vier Fällen zu einer Einheitsjugendstrafe von zwei Jahren verurteilt. Gegen das Urteil legten die Verteidigung sowie die Staatsanwaltschaft Revision ein.² Am 19. August 2004 hat der

² Vgl. die Presseberichterstattung: *Der Tagesspiegel*, 29.10.2003, S.16, *Berliner Morgenpost*, 12.7.2004.

Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil gegen den Haupttäter bestätigt. Es verwies den Fall allerdings an das Landgericht Neuruppin mit den Auflagen zurück, die Höhe der Jugendstrafe für den dritten Tatbeteiligten nach oben zu korrigieren. Dieser habe sich nicht lediglich der schweren Körperverletzung schuldig gemacht, sondern sei wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verurteilen. Für den ältesten Täter sei eine Sicherungsverwahrung oder die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt zu überprüfen.³

Die Tat wurde von maßgeblichen lokalen Persönlichkeiten, von der überregionalen Presse und von Brandenburger wie Berliner Antifa-Kreisen als rechtsextreme Tat wahrgenommen und verurteilt.⁴

Die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) rief in einem gemeinsam mit der Antifa Uckermark unterzeichneten Flugblatt zu einer Kundgebung in Potzlow und Strehlow für den 30. November 2002 auf. Für den gleichen Tag wurde zur Teilnahme an einer Demonstration in Prenzlau mobilisiert. Das Flugblatt verurteilte den Mord und erklärte ihn aus einer „Normalität rechtsextremer Dominanz“ in der Uckermark. Daraus folgte für die Antifa-Akteure die Losung: „Dem rechten Konsens entgegentreten! Für eine antifaschistische Jugendkultur!“

Eine derartige politische Bewertung ist keineswegs selbstverständlich.⁵ Den Gemeindevertretern ist durchaus bewusst, dass das Konstatieren eines lokalen Rechtsextremismus-Problems einen erheblichen Imageschaden zur Folge haben kann.⁶ Zu Recht spricht man vor dem Hintergrund der häufig verzerrten und reißerischen Berichterstattung von „mediengeschädigten

³ Vgl. die Entscheidung des BGH (Aktenzeichen 5 StR 218/04) unter: www.bundesgerichtshof.de, (eingesehen am 25.9.2004) sowie die Pressemitteilung des BGH, Nr. 94/2004; Presseberichterstattung: *Süddeutsche Zeitung*, 19.8.2004, S.10; 20.8.2004, S.4, 10.

⁴ Auch in anderen journalistischen Publikationen geht man davon aus, dass die Täter „Neonazis“ waren. Vgl. Andrea Röpke und Andreas Speit: Epilog, in: dies. (Hrsg.): *Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis*, Berlin 2004, S.179-184, 202.

⁵ Kommunen und Länder versuchen wegen der Stigmatisierungseffekte das Etikett „Rechtsextremismus“ zur Bezeichnung von lokalen Problemen zu vermeiden. Vgl. Interview mit dem Pfarrer von Potzlow (24.4.2003), S.18.

⁶ Insofern ist es nicht schwer zu erklären, dass auch in den Interviews mit Dorfbewohnern bestritten wird, dass es in Potzlow Rechtsradikale gibt („... und hier haben wir es ja auch schon gehabt in Potzlow, da kommen dann die Schwedter Glatzen ...“) bzw. die Einschätzungen des Mordes als eines rechtsextremen Verbrechens für unangemessen gehalten wurde (Interview mit einem Bürger von Potzlow (12.6.2003), S.7, S.27f.)

Orten“.⁷ Gerade für kleine Orte, deren Name der überregionalen Öffentlichkeit lediglich im Zusammenhang mit einem Gewaltverbrechen bekannt wird, kann dies auch wirtschaftlich negative Folgen haben.⁸

Auf Initiative der evangelischen Kirchengemeinde und mit Unterstützung der Gemeinde Oberuckersee wurde im Oktober 2003 am Rande des Marktplatzes von Potzlow ein Gedenkstein errichtet.⁹ Im Sockel, unterhalb des Namens und der Lebensdaten des Opfers, ist ein Bibelwort zu lesen: „Ich will hinfort nicht mehr schlagen alles, was da lebt auf Erden.“ (1. Mose 8, 21).



Gedenkstein für Marinus Schöberl

⁷ Vgl. Dieter Holtmann, Tilo Görl, Elisabeth Holtmann u.a.: Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen (Lehrforschungsprojekt des Faches Soziologie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam), Potsdam 2004, Anhang: Kommunale Analysen wichtiger Orte und Initiativen im Land Brandenburg, S. 138.

⁸ Eine Interviewte hat über Nachteile für den Tourismus in einzelnen Fällen berichtet, vgl. Interview mit einer Bürgerin der Gemeinde Oberuckersee (2) (11.6.2003), S. 25f.

Forschungsperspektive

Je scheußlicher, je monströser eine Straftat ist, um so eher erwartet man eine Erklärung, die besonders spektakuläre oder besonders tiefe Ursachen und Gründe findet. Die Psychologie dieser Erwartung ist nicht schwer zu verstehen: Die ungeheuerlichen Brutalitäten möchte man nur auf außergewöhnliche, außeralltägliche Umstände zurückgeführt sehen. Extreme Taten lassen sich dann leichter verarbeiten, wenn sie keine oder nur sehr schwache Verbindungen zu unserem Alltag haben, wenn sie sich also nicht nur durch ungeheuerliche Ergebnisse auszeichnen, sondern auch durch unfassbare Voraussetzungen. Jeder Hinweis auf Verschwörungen, Hintermänner, Seilschaften wird dankbar aufgegriffen, weil damit unser gemeinsam geteilter Alltag und die Monstrosität von brutalen Exzesstaten weit auseinander gehalten wird.

Ein genaueres Hinsehen zeigt indes, dass die schlimmsten Verbrechen aus trivialen, also alltagsnahen Umständen hervorgehen. Meistens sind es keine komplexen Täterorganisationen und auch keine weitreichenden Ziele, die „hinter“ Gewaltexzessen „stecken“. In aller Regel sind es uns allen bekannte Probleme und triviale soziale Konstellationen sowie ganz gewöhnliche Männer, die sich als Urheber von Scheußlichkeiten erweisen.

Der Wunsch nach einer Symmetrie zwischen extremen Taten und ihren Ursachen verweist auf unsere eigene Fassungslosigkeit und eine Strategie, das Alltagsleben als „gute Normalität“ zu konstruieren, in der „das Böse“ und „die Extremen“ keinen Platz haben. Der Mord an Marinus Schöberl zeigt indessen, dass Gewaltexzesse und Alltagsnormalität zusammengehören.

„Pötzlow ist überall“ hieß es auf einem Flugblatt der „Antifaschistischen Aktion Berlin“, das zu den Demonstrationen in Strehlow/ Pötzlow und Prenzlau am 30. November 2002 aufrief. Der Satz ist richtig, und er gilt auch umgekehrt: Wie es überall ist, so ist es auch in Pötzlow. Und so wenig, wie man in anderen Gemeinden einen spezifischen Ortsbezug der Tat finden würde, so wenig findet man ihn in Pötzlow.

Die Annahme, dass es keine ortsspezifischen Ursachen für den Mord gibt, wurde im Verlauf der Untersuchung bestätigt. Wir konnten ausschließen, dass Familien- oder Dorfkonflikte eine Rolle gespielt haben oder dass in anderer Weise eine Vorgeschichte existierte. Wie alle unsere Interviewpartner sind auch wir der Auffassung, dass es keine spezifischen Voraussetzungen für die Tat gibt, die in ihrer besonderen Form nur in Strehlow/

⁹ Vgl. *Der Tagesspiegel*, 31.10.2003, S. 14.

Potzlow existierten.¹⁰ Es gibt keine Hinweise auf frühere Konflikte zwischen den Brüdern und dem Opfer, zwischen den beiden Herkunftsfamilien oder zwischen lokalen Cliquen, denen die jungen Männer angehörten.¹¹ Die Gemeinde Oberuckersee ist vielmehr zum Schauplatz eines Geschehens geworden, das auf allgemeinen, im ländlichen Raum Brandenburgs wie in den neuen Bundesländern weithin anzutreffenden Gegebenheiten beruht. Der Mord war ein singuläres Ereignis, das sich zufällig in der Gemeinde Oberuckersee zugetragen hat.

Auch wenn sich keine zwingenden Verbindungen zwischen dem Ort und dem Mordgeschehen selbst finden ließen, kann man zwischen allgemeinen und singulären Voraussetzungen der Tat unterscheiden. Die Lebensgeschichte, die soziale und biographische Situation der Beteiligten lassen sich unter der Perspektive ihrer Zugehörigkeiten, Orientierungen, Wahrnehmungen und Verhaltensweisen betrachten. Welche sozialen Voraussetzungen und welche Dynamiken waren für das Tatgeschehen charakteristisch? Wie stellt sich der Fall dar, wenn wir ihn als die individuelle Kombination von generellen, also allgemein verbreiteten und bekannten sozialen Mustern betrachten?

Wir gehen dabei von einer bestimmten Architektur von Kriminalfällen aus: Singulär ist die Tatsache, dass sich raum-zeitlich und sozial die Konstellation verschiedener Voraussetzungen und Wirkkräfte ergeben hat. Dass dies in Strehlow/ Potzlow geschah, war – wie gesagt – Zufall. Die in der vorliegenden Studie dargestellten Elemente des Tatgeschehens sind allgemeine Phänomene, die nicht nur bei den drei konkreten Tätern und nicht nur in Strehlow/ Potzlow beobachtet werden können. Wir fragen in diesem Sinne nach einer „individuellen Allgemeinheit des Falls“, nach den „sozialen Bestandteilen“ des Tatgeschehens.¹² Wenn die Tat auf allgemeine Elemente des sozialen Lebens zurückgeht, kann sie sich im Prinzip überall und immer wieder ereignen. In der Gemeinde Oberuckersee wird sich allerdings eine derartige Tat vermutlich nicht so rasch wieder ereignen, da man hier aufgrund der Ermordung von Schöberl in besonderer Weise sensibilisiert ist.¹³

¹⁰ Dies wird auch ausdrücklich von kritischen Beobachtern der rechtsextremen Szene hervorgehoben.

¹¹ Vgl. Interview mit drei jungen Frauen aus Potzlow (11.6.2003), S. 16.

¹² Vgl. Heinz Bude: Die individuelle Allgemeinheit des Falls, in: Hans-Werner Franz (Hrsg.): 22. Deutscher Soziologentag. Beiträge der Sektions- und Ad-hoc-Gruppen, Opladen 1985, S.84-86.

¹³ Vgl. Interview mit einer Bürgerin der Gemeinde Oberuckersee, S.26f.

Der Tatverlauf

Der äußere Tathergang lässt sich folgendermaßen beschreiben.¹⁴ Am Abend des 12. Juli 2002 (Freitag) besuchten die drei späteren Täter zunächst eine in Strehlow ansässige Familie, bei der sie sich schon häufiger zum gemeinsamen Trinken zusammengefunden hatten. Zu ihnen stieß das spätere Opfer, das mit der Nichte des Haushaltsvorstandes befreundet und mit dem jüngeren der beiden Brüder – über einen gemeinsamen Freund – bekannt war.

Gemeinsam wurde im Kreis der Gewohnheitstrinker gezecht. Nachdem die Alkoholvorräte der Familie aufgebraucht waren, zogen die vier jungen Männer gegen 1:30 Uhr zu einem in der Nachbarschaft gelegenen Anwesen, das ebenfalls von ortsbekanntem Trinkern bewohnt wurde. Die Bewohner hatten sich bereits zur Nachtruhe zurückgezogen.

Spätestens mit diesem Ortswechsel begann eine Eskalation der Aggression: Die beiden Brüder schlugen eine Scheibe ein und verschafften sich teils unmittelbar gewalttätig, teils drohend Zutritt. Sie nötigten die Hausbewohnerin und deren Bruder, mit ihnen im Hof des Grundstücks zusammen weiter zu trinken. Der Partner der Bewohnerin schlief zu dieser Zeit bereits, er kam jedoch später zu der Gruppe hinzu. Zwischenzeitlich besorgten die jungen Männer bei einem Dorfbewohner, der einen illegalen Alkoholhandel betreibt, weitere Getränke.

Im Verlauf des Umtrunks wurde Schöberl zum Außenseiter der Gruppe erklärt. Dies manifestierte sich darin, dass man ihn als Hip-Hopper etikettierte und seine weiten Hosen als Indiz der Zugehörigkeit zu dieser Jugendkultur definierte. Seine gefärbten blonden Haare wurden in der gleichen Weise interpretiert. Die Ausgrenzung als Fremder mündete in die – jeder realen Grundlage entbehrende – aggressive Unterstellung, Marinus Schöberl sei „Jude“. Schöberl wurde gezwungen, sich selbst als „Juden“ zu bezeichnen. Die Bezeichnung „Jude“ wurde als generalisierte Stigmatisierung verwendet und begleitete die direkten Misshandlungen: Man zwang Schöberl, Hochprozentiges zu trinken, und flößte ihm gewaltsam eine Mischung aus Bier und Schnaps ein, so dass er sich übergeben mußte. Er wurde mehrfach geschlagen, und mindestens einer der Täter urinierte auf ihn.

Die drei Hausbewohner intervenierten nicht: Die drei Täter waren ihnen körperlich überlegen und dokumentierten in der Misshandlung von Schöberl, dass sie keine Skrupel hatten. Im Haus gab es keinen Telefonfest-

¹⁴ Wir stützen uns bei der Darstellung des Tathergangs auf das Urteil des Landgerichts Neuruppin vom 24.10.2003, Aktenzeichen 12 Kls 326 Js 32674/02 (1/03), die Zeugenaussagen während des Prozesses und die von uns geführten Interviews.

anschluss, das Handy war stillgelegt. Von den Nachbarhäusern Hilfe zu holen, hätte bedeutet, den Hof zu verlassen; dies wäre nicht unbemerkt möglich gewesen. Passanten waren zu diesem Zeitpunkt (1:30 – 4:30 Uhr) nicht unterwegs.

Die Täter entschlossen sich gegen 4:30 Uhr, ihren Zwangsbesuch zu beenden. Sie verließen zunächst das Gelände ohne Schöberl. Diesem war von der Hausbewohnerin angeboten worden, auf der Terrasse zu übernachten. Er hatte sich dort auch bereits zum Schlafen hingelegt. Die Täter kamen jedoch zurück und forderten Schöberl auf, sie zu begleiten. Schöberl folgte der Aufforderung. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, dass das Elternhaus der beiden Brüder nahe bei dem von Schöberl genutzten Bauwagen am Rande der Nachbargemeinde Potzlow liegt. Die Täter verließen die zweite Station dieses Abends mit ihren Fahrrädern und fuhren die rd. 2,5 km lange Strecke von Strehlow nach Potzlow. Schöberl wurde auf der Stange eines der Herrenräder mitgenommen.

In der Nähe des Elternhauses des Bruderpaares liegt die frühere LPG; einige Gebäude werden heute als Abstellräume genutzt, der größere Teil liegt brach. Diese dritte Station des Abends war Schauplatz der weiteren Eskalation. Auf Initiative des jüngeren Bruders wurde Schöberl gezwungen, die Opferrolle einer Filmszene nachzustellen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit war – außer dem älteren Bruder – allen der Film „American History X“ bekannt, der kurz zuvor, am 29. Juni 2002, auch vom Sender „Pro 7“ ausgestrahlt worden war. Für die jungen Männer waren es zwei Szenen in diesem US-amerikanischen Film, die eine besondere Faszination ausübten. Neben der Vergewaltigung eines Mannes in der Haftanstalt war dies der sog. „Bordsteinkick“. In dieser Szene zwingt ein weißer Rechtsextremist einen Farbigen, den er beim Diebstahl seines Wagens überrascht hat, sich auf die Straße zu legen und den Mund über der Bordsteinkante zu öffnen. Mit aller Wucht tritt er ihm dann in den Nacken.

Nachdem sich Schöberl in der geschilderten Weise positionieren musste, sind beim jüngeren Bruder, wie er selbst sagte, „die Sicherungen durchgebrannt“: In einem ihm selbst nicht erkläraren Entschluss übersprang er die Kluft zwischen grausamer Fiktion und grausamer Realität: Er imitierte das Verhalten des Filmprotagonisten und brachte Schöberl fürchterliche Verletzungen bei.

Der Bordsteinkick führte nach den Darlegungen des gerichtsmedizinischen Gutachters zu tödlichen Verletzungen. Schöberl wäre wohl auch bei sofortiger medizinischer Versorgung nicht mehr zu retten gewesen. Dem älteren Bruder war als erstem klar, dass aus der Drohung mit tödlicher Gewalt Realität geworden war. In der Annahme, Schöberl sei sehr schwer, aber nicht tödlich verletzt, entschlossen sich die beiden Brüder, ihn zu



Von Strehlow zum Tatort am Rand von Potzlow sind es rund 2,5 km.

ermorden. Damit sollte er als möglicher Belastungszeuge ausgeschaltet werden. Mit Steinschlägen töteten sie ihn und versteckten die Leiche in einer der nicht mehr benutzten und verfüllten Güllegruben.

Die Dynamik des Tatgeschehens und seine Voraussetzungen

Das Geschehen in der Tatnacht lässt sich rekonstruieren als ein komplexes Zusammenwirken verschiedener – nur analytisch isolierbarer – Gegebenheiten und Dynamiken. Generell lassen sich die an die Tatsituation gebundenen Entwicklungen unterscheiden von den Voraussetzungen, die unab-

hängig von der Tat existierten. Zu den erstgenannten gehören die sozialen Beziehungen der Beteiligten, die im Verlauf des Abends und der Nacht in besonderer Weise aktualisiert wurden und den Hintergrund für die Eskalation der Aggressionen bilden.

Zu den allgemeinen Voraussetzungen gehört die unterschiedlich motivierte und unterschiedlich starke Orientierung der Täter an den hypermaskulinen Gruppennormen, wie sie für die rechtsextreme Jugendkultur charakteristisch sind. Dazu zählen Gewalttätigkeiten und ein hoher Alkoholkonsum. Spezifisch für die rechtsextreme Jugendkultur sind darüber hinaus Ausgrenzungs- und Liquidationsdiskurse.

Die Ermordung von Schöberl war das Resultat eines Eskalationsprozesses, der wahrscheinlich am späteren Abend, sicher aber nach Mitternacht begonnen hatte und sich bis zur Tötung selbst in den frühen Morgenstunden hingezogen hat; sie war nicht die Ausführung eines im Vorhinein gefassten Entschlusses. Die Dynamik einer solchen situationsinternen Entwicklung fußt auf den situationsunabhängigen Voraussetzungen, ohne dass sie daraus im strikten Sinne abzuleiten wäre. Sie lässt sich im nachhinein als eine Geschichte, als eine in sich geschlossene Handlungsabfolge also rekonstruieren, sie hätte aber zu verschiedenen Zeitpunkten unter- oder ganz abgebrochen werden können. Die Rekonstruktion der Eskalationsstufen ist mithin nicht als These einer inneren Zwangsläufigkeit zu verstehen.

Die Tötung war – so unsere These – das Ergebnis eines spezifischen Zusammenwirkens verschiedener selbständiger Kräfte. Hierzu gehören insbesondere das Ausagieren einer situationsabhängigen Aktionsmacht, die Abwertung des Opfers als „unmännlich“ sowie seine Depersonalisierung, die im Kontext rechtsextremer Kommunikation über die Titulierung als „Jude“ vollzogen wurde. Zur Tötung selbst kam es schließlich, nachdem der Haupttäter ein – auch filmisch verbreitetes – Handlungsschema als konkretes Vorbild gewählt und die Selbstkontrolle verloren hatte.

Allgemeine Voraussetzungen

Maskuline Szenen

Die drei Täter von Potzlow hatten unterschiedlich starke Affinitäten zur rechtsextremen Jugendkultur. Der ältere Bruder war durch körperliche Übergriffe auf Farbige bereits straffällig geworden, die beiden Jüngeren hatten sich durch (zeitweise) Übernahme des in dieser Jugendkultur üblichen Outfits und durch die Bevorzugung einschlägiger Musik dieser Kultur zugerechnet. Die Bedeutung, die das mehr oder weniger enge Verhältnis

der drei Täter zur rechtsextremen Jugendkultur für die Tat hat, lässt sich rekonstruieren, wenn man sich die allgemeinen Merkmale und die Besonderheiten dieser Jugendkultur vergegenwärtigt:

Die rechtsextreme Jugendkultur ist eine besondere Variante des allgemeineren Typs der maskulinen Jugendkultur.¹⁵

Für die rechtsextreme Variante sind damit zunächst die gleichen Merkmale charakteristisch, wie für alle maskulinen Jugendkulturen: „Jugendkultur“ bedeutet, dass der soziale Zusammenhalt der lokalen Cliques und der überörtlichen Szenen hergestellt wird über einen bestimmten praktizierten Stil des äußeren Auftretens, des Verhaltens, des Redens – kurz über eine gelebte Praxis. Zugang und Zugehörigkeit erfolgt über das Mittun und über das Übernehmen des dort anerkannten Stils oder eben die geteilte Praxis.¹⁶

Der maskuline Stil ist geprägt von der Kultivierung eines bestimmten Männlichkeitsbildes, eines Typs traditioneller Männlichkeit, der durch ein risikosuchendes, dominierendes und körperbetontes Auftreten charakterisiert ist. Neben den Ausbrüchen aus der Ordnung des Alltags, einem offensiven Machtgebaren und einer aggressiven Körperlichkeit sind zwei bestimmte Mentalitätskomplexe typisch für maskuline Szenen: Sie verbinden ihre autochthone Orientierung (Territorialverhalten etc.) mit einer allgemeinen Fremdenfeindlichkeit, und sie kombinieren die Betonung von Männlichkeit mit einer dezidierten Feindseligkeit gegen „Unmännlichkeit“. Für den Mord an Schöberl ist insbesondere die Aggression gegen „Unmännlichkeit“ von Bedeutung. Damit verbindet sich die These, dass der Mord in einer zentralen Dimension über die Logik eines bestimmten Typs des „doing masculinity“ verstanden werden kann.

¹⁵ Vgl. zur Maskulinität in Jugendkulturen u.a.: John Clarke: Die Skinheads und die magische Rückgewinnung der Gemeinschaft (1976), in: Hartwig Berger u.a. (Hrsg.): John Clarke u.a.: Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt a.M. 1981 (2. Aufl.), S. 171-175; Karl Lenz: Kulturformen von Jugendlichen: Von der Sub- und Jugendkultur zu Formen der Jugendbiographie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1991, H. 27, S. 11-19; Joachim Kersten: Die Gewalt der Falschen. Opfermentalität und Aggressionsbereitschaft, in: Klaus Farin (Hg.): Die Skins. Mythos und Realität, Berlin 1997, S. 96-117.

¹⁶ Vgl. zur Kritik kognitivistischer Konzepte u.a. Michael Meuser: „Doing Masculinity“ – Zur Geschlechtslogik männlichen Gewalthandelns, in: Regina-Maria Dackweiler/ Reinhild Schäfer (Hrsg.): Gewalt-Verhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt, Frankfurt a.M. 2002, S. 53-78.

Gewalttätigkeit

In der Vorstellungswelt und im Verhalten von maskulinen Jugendkulturen haben Gewalttätigkeiten eine hohe Bedeutung. Gewalttätiges Auftreten, rücksichtslose Durchsetzung, gewaltvermittelte Dominanz im öffentlichen Raum – das alles sind wichtige Elemente ihres intern als legitim geltenden Verhaltens, das die Standards der Normalität in der Gruppenkultur setzt. Das Leitbild körperlicher Gewalt zeigt sich in der Begeisterung für omnipotente Filmhelden sowie in einer vielfachen Ästhetisierung von Gewalttätigkeiten. Gewalt wird glorifiziert als besonders rasch und effektiv wirksame Aktionsform. Hier kommen die drei wesentlichen Eigenarten physischer Gewalttätigkeit, nämlich Voraussetzungslosigkeit, Allgemeinheit und Erfolgssicherheit zum Tragen: Die „Sprache der Gewalt“ ist leicht zu erlernen, sie wird von jedem und überall verstanden und sie führt unmittelbar zum Erfolg.¹⁷

Aus den in der Region geführten Interviews geht hervor, dass Prügeleien unter Männern einen festen Platz im sozialen Leben des ländlichen Raumes haben.¹⁸ Sie finden häufig im Umfeld von lokalen Festen statt, wenn am späteren Abend ein Teil der Besucher alkoholisiert ist. Die Verkehrsform Gewalttätigkeit ist dabei durchaus nicht nur auf jugendliche, heranwachsende und junge erwachsene Männer beschränkt. Gründe und Anlässe für solche Auseinandersetzungen stellen sich für Außenstehende häufig als nichtig dar. Dies spricht dafür, dass es bei solchen Auseinandersetzungen nicht um gravierende Interessenkonflikte geht, sondern um das Machterleben als solches und um die Praxis von Gewalttätigkeit als besonders intensiver, körperlicher Form des Agierens und Erlebens.¹⁹

Der ältere Bruder gehörte zu den jungen Leuten mit einem ausgeprägten Gewalt-Habitus.²⁰ Unter dem Einfluss von Alkohol wurde er – wie dies auch im Prozess dokumentiert wurde – schnell aggressiv, attackierte andere Personen und war häufig an Prügeleien beteiligt.

¹⁷ Vgl. Friedhelm Neidhardt, Gewalt – Soziale Bedeutungen und sozialwissenschaftliche Bestimmungen des Begriffs, in: Bundeskriminalamt (Hg.): Was ist Gewalt? Auseinandersetzungen mit einem Begriff, Bd. 1, Wiesbaden 1986, S. 109-147, S. 135.

¹⁸ Interview mit dem Sprecher einer regionalen antifaschistischen Initiative (12.6.2003), S. 7

¹⁹ Interview mit der Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums Strehlow (11.6.2003; an diesem Gespräch waren zeitweise weitere Mitarbeiterinnen der Kindervereinigung Strehlow e.V. beteiligt), S. 19f.

²⁰ Interview mit dem Pfarrer von Potzlow, S. 12

Aggressionen gegen „Unmännlichkeit“

Das in den maskulinen Kulturen praktizierte und normativ gültige Bild von Männlichkeit betont einmal die traditionell als männlich geltenden Eigenschaften und Verhaltensweisen, also Stärke, Rationalität, Aktivität und Rigidität. Zum anderen aber nimmt man zum Gegenpol der als weiblich geltenden Merkmale eine ablehnende bis feindliche Haltung ein. Im wesentlichen betrifft dies kulturgeschichtlich tradierte Stereotypen, die Weiblichkeit mit Schwäche, mit Passivität und Sensitivität und mit Emotionalität, insbesondere mit Angst, Traurigkeit und Peinlichkeit, also depressiven Gefühlsqualitäten, gleichsetzen. Dieses Weiblichkeitsprofil wird v.a. bei Männern energisch abgelehnt.

Das gültige Bild von Männlichkeit ist damit Männlichkeit als Aversion gegen Unmännlichkeit. Charakteristisch für die Feindlichkeit ist die Konstruktion einer Bedrohung durch Unmännlichkeit und damit verbunden die Aggressivität gegen diejenigen, die Unmännlichkeit verkörpern. „Weiblichkeit“ ist hier nicht als Synonym für „Frauen“ misszuverstehen. Die Träger von Merkmalen, die aus der Perspektive der Männlichkeit als unmännlich gelten, sind überwiegend Männer. Diese Aversion kann sich gerade bei adoleszenten jungen Männern in einer ausgeprägt antihomosexuellen Haltung und Verhaltensweisen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen auf tatsächliche oder vermeintliche Homosexuelle dokumentieren.

Das Verhältnis zwischen „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ wird in den maskulinen Kulturen sehr eng gefasst. Dieser Typ von Männlichkeit versteht die Eigenart des Männlichen nicht in relativer Unabhängigkeit und Autonomie, also nicht lediglich – wie dies bei allen dialektischen Begriffsrelationen der Fall ist – in einem Bezug auf „Weiblichkeit“ überhaupt, sondern als dessen diametrales Gegenteil.²¹ Damit besitzt dieser Typ von Männlichkeit kaum eigene Substanz, sondern definiert sich über die Ablehnung, Abwertung und die Attacken auf „Unmännlichkeit“. Diese „hypermaskuline Männlichkeit“ besteht in der Feindschaft gegen „Unmännlichkeit“.²²

²¹ Vgl. zur Kritik der These von Gewalt als konstitutivem Merkmal von Männlichkeit Mechthild Bereswill: *Gewalthandeln, Männlichkeitsentwürfe und biographische Subjektivität am Beispiel inhaftierter junger Männer*, in: Frauke Koher/ Katharina Pühl (Hrsg.): *Gewalt und Geschlecht. Konstruktionen, Positionen, Praxen*, Opladen 2003, S. 189-212.

²² Feind und Feindlichkeit wird hier als ein möglicher Typ sozialer Beziehung verstanden, der sich von anderen Typen durch die Elemente Bedrohung und Gefahr auszeichnet – unabhängig ob es sich dabei um subjektive oder objektive Sachverhalte handelt: „Der Feind bedeutet Gefahr.“ Kristin Platt: *Unter dem Zeichen des Skorpions. Feind-*

Die Aversion gegen Unmännlichkeit ist aus verschiedenen Perspektiven beschrieben worden. Eine psychoanalytische Interpretation von Interviews mit rechtsextremen Skinheads spricht im Hinblick auf das Verhältnis zu den Opfern ihrer Gewalt von einer „projektiven Identifizierung“: Negative Selbstanteile, solche also, die sie an sich nicht wahrhaben und aushalten können, werden nach außen, auf ihre Opfer projiziert und dort bekämpft.²³

Studien der sog. „Men's Studies“ oder der „Kritischen Männerforschung“ rekonstruieren Typen von Männlichkeit, die sich durch eine hohe Fragilität, Künstlichkeit und Unsicherheit auszeichnen. Eine Möglichkeit, diesen Mangel an Souveränität zu bewältigen, besteht in einer Hypermasculinität, die sich mittels Aggressionen ihrer selbst vergewissert.²⁴

In die gleiche Richtung weisen Studien, die speziell der Subkultur der Skinheads gewidmet sind:

„Die Furcht davor, dominante Männlichkeitsvorstellungen nicht geltend machen zu können, wird hier zu einem stilistischen Versuch, tatsächliche oder drohende Unterlegenheits- und Schamgefühle zu vermeiden. Und zwar durch eine Selbstcharismatisierung und eine Stilisierung von Überlegenheit, die sich ganz maßgeblich an einer ‚Ästhetik der Härte‘, der Kampfbereitschaft und der Gewalt orientiert.“²⁵

Droge Alkohol

Jede Jugendkultur hat ihre spezifischen legalen oder illegalen Drogen. In den maskulinen Jugendkulturen ist Alkohol weithin die wichtigste Droge.²⁶

In seinem Aufsatz zur Bedeutung des exzessiven Alkoholkonsums in rechtsextrem orientierten Jugendgruppen stellt Peter Rieker bestimmte Funk-

muster, Kriegsmuster und das Profil des Fremden, in: Medardus Brehl/ Kristin Platt (Hrsg.): Feindschaft, München 2003, S. 13-52, S. 44.

²³ Rita Marx: Zum Verlust der Empathie mit dem Opfer in der Gegenübertragung, in: Michael Wimmer/ Christoph Wulf/ Bernhard Dieckmann (Hrsg.): Das „zivilisierte Tier“. Zur Historischen Anthropologie der Gewalt, Frankfurt a.M. 1996, S. 152-163.

²⁴ Vgl. Michael Meuser: „Doing Masculinity“ – Zur Geschlechtslogik männlichen Gewalthandelns, in: Dackweiler/ Schäfer, Gewalt-Verhältnisse (Anm. 16), S. 53-78.

²⁵ Dirk Trüller: Die Macht der Gefühle – Gefühle der Macht. Gewaltphantasien und Emotionalität in der Musikszene rechter Skins, in: Sighard Neckel/ Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges, Opladen 1999, S. 55-69.

²⁶ Alkohol wird in den einschlägigen Untersuchungen neben Nikotin, Koffein, Tein, Medikamenten und illegalen Drogen zu den befindlichkeitsverändernden, psycho-

tionen dieses Risikoverhaltens heraus.²⁷ Demnach diene Alkohol zum einen als Distinktionsmerkmal, um sich von linken Jugendlichen abzugrenzen (durch den Konsum von deutschem Bier); zum anderen fungiere der Alkoholkonsum als „wichtiges Mittel zur Herstellung von Gemeinsamkeit, [...] zur Regelung der sozialen Beziehungen und zur Festigung der Hierarchien innerhalb rechtsgerichteter Jugendgruppen.“²⁸ Als Gründe führt er an: Langeweile, Überwindung von Angst und Hemmungen (z.B. das Aufputschen vor Schlägereien bzw. die Betäubung von Schmerz). „Der übermäßige Alkoholkonsum dient auch Fachleuten als Erklärung für Gewalttaten, die von rechten Jugendlichen verübt werden. Ein hoher Alkoholkonsum reduziert die Urteilskraft und begünstigt undifferenzierte Wahrnehmungs- und Denkweisen. Vorurteile oder negative Einstellung gegenüber bestimmten Personen oder Gruppen werden intensiviert bzw. freigesetzt. [...] Ferner wird angenommen, dass gruppenspezifische Prozesse, Alkoholkonsum und Aggressionen sich in einer Interaktionsspirale gegenseitig verstärken und zu fremdenfeindlichen Straftaten führen können.“²⁹ Eine neue Variante stelle die gleichzeitige Einnahme von Alkohol und Aufputzmitteln dar, um einsatzbereit zu bleiben. Es werde getrunken, damit etwas passiert. Soziale Deprivation, Aggression und Gewalt zielten dann auf Opfer, „die im Rahmen rechtsextremer Ideologien als minderwertig gelten.“³⁰ Die Bandbreite des exzessiven Alkoholkonsums reiche „von habituellem Trinken als Teil entsprechender Jugendkulturen, die sich auf diese Weise von anderen Jugendlichen abgrenzen, über Trink-Wettkämpfe zur Vergewisserung der Männlichkeit bis hin zum Enthemmungs-Trinken im Vorfeld fremdenfeindlicher Gewalttaten.“³¹

Diese allgemeine Darstellung trifft in hohem Maße auf unsere Untersuchungsregion zu. Nach der Wahrnehmung einzelner unserer Interviewpartner gehört in Teilen der jugendlichen Szenen auch in der Gemeinde Oberuckersee das Trinken zum festen Bestandteil ihrer Freizeit. Die bevor-

trophen oder psychoaktiven Substanzen gerechnet. Auf andere Drogen als Alkohol kann im vorliegenden Zusammenhang nicht eingegangen werden. Vgl. Ju-III Kim: Drogenkonsum von Jugendlichen und suchtpreventive Arbeit. Akzeptierende Drogenziehung als Alternative, Frankfurt a.M., London 2003, S.9-13.

²⁷ Peter Rieker: Alkohol in rechtsextremen Jugendszenen. Ausdrucksformen, Hintergründe und Möglichkeiten der Intervention, in: Abhängigkeiten 8 (2002), H. 3, S. 18-28, S. 19: „Ich bin rechts, also saufe ich bzw. ich bin links, also kiffe ich.“

²⁸ Rieker, Alkohol (Anm. 27), S. 20.

²⁹ Rieker, Alkohol (Anm. 27), S. 20.

³⁰ Rieker, Alkohol (Anm. 27), S. 21.

³¹ Rieker, Alkohol (Anm. 27), S. 25.

zugten legalisierten Drogen sind Alkohol in Form von Bier und Schnaps. Über den Umfang und die Intensität des Alkoholkonsums liegen uns auf Kreis- und Gemeindeebene keine Daten vor. Die Alltagswahrnehmungen der Interviewten bestätigen aber den z.T. exzessiven Alkoholkonsum bei Festen und Familienfeiern, wie generell an den Wochenenden.³² Die Mitarbeiterinnen der Kinder- und Jugendhilfe berichten, dass der Alkoholkonsum auch bei Kindern und Jugendlichen der Gemeinde problematische Züge annimmt.³³

Rechtsextreme Jugendkultur

Als eine Form der (hyper-)maskulinen Jugendkultur teilt die rechtsextreme Jugendkultur zentrale Merkmale mit anderen männlichkeitsdominierten Szenen wie den Rockern, den Hooligans oder den Skins. Und wie für alle Jugendkulturen gilt auch für die rechtsextreme Jugendkultur, dass sie ihre Identität lokal und medial sichtbar in einem Kosmos von Symbolen und Emblemen ausdrückt („Televisibilität“).³⁴ Sie unterscheidet sich von anderen Szenen durch die Herkunft und die Bedeutung dieser Zeichen. Diese stammen aus den politischen Bewegungen der extremen Rechten bis hin zum Nationalsozialismus; ihre Funktion bewegt sich in dem Spektrum zwischen Provokation und authentischem Gesinnungsausdruck. Angehörige dieser Jugendkultur haben folglich nicht zwingend ein rechtsextrêmes Weltbild; man kann auch aus einer Zugehörigkeit zu dieser Kultur nicht darauf schließen, dass deren Angehörige zweckrational handeln oder dass sie auf das politische System einwirken wollen. Die rechtsextreme Jugendkultur ist vielmehr als ein Misch- und Übergangsfeld von szenekulturellem Eigensinn und politischem Protest zu verstehen.³⁵

³² Vgl. Interview mit einem Bürger der Gemeinde Oberuckersee (3), S.10f.; vgl. Interview mit drei jungen Frauen aus Potzlow (4), S.8f.

³³ Vgl. Interview mit der Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums Strehlow, S.25-34 und Annette Ramelsberger: Ein Dorf, ein Mord und das ganz normale Leben, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2003, S.188-195.

³⁴ Hans-Volkmar Findeisen/ Joachim Kersten: Der Kick und die Ehre. Vom Sinn jugendlicher Gewalt. München 1999, S.36.

³⁵ Diese Einsicht findet sich seit Jahrzehnten in der einschlägigen Forschungen: Vgl. für die ältere Forschung: Eike Hennig: Jugendprotest und Rechtsextremismus: Gestern und heute, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 9 (1980), H. 4, S.211-214; Manfred Knaust/ Lutz Linnemann: Das Bremer Fan-Projekt.

Ausgrenzungs- und Liquidationsdiskurse

Für Jugendkulturen ist es charakteristisch, dass sie typische Drogen, eigene Musik, ein besonderes Outfit und auch eigene Kommunikationsmedien und Themen haben. Wie die Fußballfans oder die Punks hat auch die rechtsextreme Jugendkultur ihre „Fanzines“, also bewusst szeneeintern vertriebene Printmedien in kleiner Auflage.³⁶

Ein fester Bestandteil vieler rechtsextremen Fanzines und Musikstücke ist der Antisemitismus, der in Texten, in Bildern und in Liedern kommuniziert wird.³⁷ Sie zeichnen ein Bild des Juden, das ihn als umfassende Bedrohung und als Unperson darstellt: Die antisemitische Kommunikation konstruiert damit eine phantasmatische Gestalt, die die Fäden der globalen Macht in der Hand hält, die Staaten für ihre Zwecke instrumentalisiert und die Völker kulturell enteignet. Die vermeintlich unheimliche und nicht ohne weiteres durchschaubare Macht „des Juden“ zu enttarnen, ist die eine Seite dieses Antisemitismus. Die andere besteht darin, ihn aus der Gemeinschaft der Staatsbürger und damit des Bürgerrechts und aus der Gemeinschaft der Menschen und damit aus dem Schutzbereich der Menschenrechte auszuschließen. „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud’,,,“ heißt es in dem Lied „Kein Mensch“ auf der CD „Herrenrasse“.³⁸ Das Wort Jude wird als Synonym für

Sozialpädagogik im Umfeld des Profi-Fußballs, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Gesellschaftliche Funktionen des Sports. Beiträge einer Fachtagung, Bonn 1984, S.244-265; theoretisch reflektiert wurde dieses Verhältnis von Rainer Paris: Schwacher Dissens – Kultureller und politischer Protest, in: Dieter Rucht/Roland Roth (Hrsg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen 2000, S.49-62.

³⁶ „Generell hat bei einem Fanzine das Mitteilungsbedürfnis der HerausgeberInnen einen höheren Stellenwert als das Informationsbedürfnis der avisierten Teilöffentlichkeit und die marktstrategischen Ambitionen der Kulturindustrie.“ Jörg Nicolaus: Fanzines – Geschichte, Bedeutung und Perspektiven, in: Jens Neumann (Hrsg.): Fanzines 2. Noch wissenschaftlichere Betrachtungen zum Medium der Subkulturen, Mainz 1999, S. 11-28, S. 16.

³⁷ Vgl. Rainer Erb: Der ewige Jude. Die Bildersprache des Antisemitismus in der rechtsextremen Szene, in: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Bad Tölz 2001, S. 131-156.

³⁸ Rainer Erb: „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud’,,,“ Antisemitismus im Rechtsrock. in: Dieter Baacke, Klaus Farin und Jürgen Lauffer (Hrsg.): Rock von Rechts II. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999, S.142-159. – Die Aberkennung des Status als Person hat Armin Steil als das Spezifische des Rassismus herausgearbeitet: ders.: Polyphems Auge. Zur Soziologie der „rassischen“ Fremdheit, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12 (2003), S.259-279.

den dehumanisierten Feind, den zu hassen ein moralisch gerechtfertigtes Gefühl ist. Damit sind wiederum wichtige Folgen verknüpft: Innerhalb der rechtsextremen Subkultur wird diese Botschaft, häufig unter direktem Rückgriff auf Versatzstücke der historischen NS-Propaganda, in vielen Bildern, Musik und Texten in Umlauf gebracht. Die Wiederholungen können auch die Angehörigen dieser Jugendkultur, die zunächst mit dem Wort Jude überhaupt keine oder nur sehr diffuse Vorstellungen verbunden hatten, zu dem Eindruck kommen lassen, dass es legitim sei, gegenüber „Juden“ Hassgefühle zu kultivieren und sie absolut auszugrenzen. Je länger diese Art des Redens andauert, um so eher wirkt sie als implizite Normsetzung und trägt zur Verfestigung von Haltungen bei.

Inhaltlich bedeutet die Stilisierung „des Juden“ zum Feind die Zulässigkeit von Aggressionen gegen diesen Feind, die als „Verteidigung“ legitimiert werden. Gegen eine übermächtige Bedrohung, die auf die eigene kollektive Identität zielt, wird ein Recht auf Notwehr geltend gemacht. Das zweite inhaltliche Element charakterisiert „den Juden“ als Unperson, als ein Wesen, das nicht zur menschlichen Gemeinschaft gehört und dessen Behandlung insofern nicht an die gültigen moralischen Normen oder Gesetze gebunden ist.

Die Verknüpfung von „Feind“ und „Unperson“ legitimiert Ausgrenzung und entregelte Gewalttätigkeit. Die pejorative Verwendung von „Jude“ mündet nun nicht zwingend in einen Akt des Ausgrenzens oder in Gewalttätigkeiten. Sie kann allerdings derartige Handlungen forcieren, indem unreflektiert Achtung zu Verachtung wird und Gewalthemmungen reduziert werden bzw. bewusst gerechtfertigt werden. „Jude“ hat in der (über die Jugendkultur hinausgehenden) rechtsextremen Szene die beiden rekonstruierten Bedeutungen und ist damit ein mit negativen Konnotationen besetzter Begriff. Damit kann er als „Signalwort“ fungieren – vorausgesetzt freilich, dass weitere Bedingungen für ein aggressives Verhalten erfüllt sind.

„Bordsteinkick“

Der „Bordsteinkick“, der auch als „Bordstein-Bashing“ oder als „Bordstein-Dashing“ bezeichnet und im Amerikanischen „Curbing“ genannt wird, ist kein Handlungsschema, das man – wie etwa das Schlagen mit oder ohne Gegenstände – aus dem Alltag kennt. Auch in den maskulinen Jugendkulturen, selbst in der rechtsextremen Jugendkultur gehört er nicht zu den durchschnittlich praktizierten Arten körperlicher Angriffe. Der Bordsteinkick ist eine besonders brutale und folgenreiche Körperverletzung, bei der schwere und schwerste Verletzungen die Regel sind.

Die Tatsache, dass diese Art des Tretens bislang kaum in der Fachliteratur benannt und beschrieben wird, bedeutet nicht, dass sie in den Jugendcliquen unbekannt wäre.³⁹ Man spricht davon mit der Faszination am Extremen, wie sie sich auch an anderen besonders brutalen Körperverletzungen entzündet.

1990 veröffentlichte die Zeitschrift „Der Spiegel“ ein Interview mit der sog. Lichtenberger Street Gang aus Berlin.⁴⁰ Dabei fragen die Interviewer auch direkt nach gewalttätigen Praktiken, u.a. nach dem „Bordstein-Bashing“. Die befragten jungen Männer kennen diesen Ausdruck. Einer von ihnen gibt zu Protokoll, dass er einmal Zeuge einer solchen Verletzung in einem Fußballstadion gewesen sei:

„Das waren zehn Mann, die haben zu `nem Linken gesagt: ‚Du beißt jetzt in die Bordsteinkante.‘ Ja was sollte der schon machen. Und als der dann so dalag, ist einer mit dem Stiefel rauf auf seinen Kopf. Das war ein Crashing für ihn. [...] Der Kiefer ist nicht gebrochen, soll er auch nicht. Nur ein paar Zähne gehen drauf.“

Das von Wolfgang Gerke zusammengestellte „Kleine Lexikon der Jugendzene“ führte 1992 den Terminus „Bordstein-Dashing“ als Bezeichnung dieses Handlungsschemas an.⁴¹ In das Lexikon der Jugendzene, das Wolfgang Stürzbecher 1994 in seinem Buch „Großstadtrambos“ veröffentlicht hat, wurde der Begriff „Bordstein-Dashing“ ebenfalls aufgenommen.⁴²

Eine Berliner Untersuchung zu antihomosexuellen Gewalttätigkeiten von jungen Männern aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre zitiert einen

³⁹ Vgl. Véronique Henn/ Eberhard Lignitz: Tötungsdelikte durch Tritte. Biomechanik, Morphologie, Motivation und Wahl der Opfer (unter Berücksichtigung aktueller juristischer Aspekte und Fallbeispiele), in: Frank Häßler (Hrsg.): Forensische Kinder-, Jugend- und Erwachsenenpsychiatrie. Aspekte der forensischen Begutachtung, Stuttgart, New York 2002, S. 112-125 mit Hinweisen zur älteren Literatur; Hans-Dieter Schwind: Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen (14. Aufl.), Heidelberg 2004, S. 576 (§ 28, Rdz. 27).

⁴⁰ Vgl. Claudia Pai/ Martin Doerry: „Hoffen auf den geilen Fight“. („Spiegel“-Serie über Jugend und Gewalt in der Bundesrepublik, Teil I), in: Der Spiegel 44 (1990), Nr. 46, S. 36-65.

⁴¹ Vgl. Wolfgang Gerke: Kleines Lexikon der Jugendzene, in: Senatsverwaltung für Jugend und Familie [Berlin] (Hrsg.): Jugend und Gewalt. Drei Interviews mit Helmut Heitmann, Michael Heinisch und Wolfgang Gerke, ein Lexikon der Jugendzene und ein Literaturverzeichnis, Berlin 1992, S. 64-71.

⁴² Wolfgang Stürzbecher: Großstadtrambos. Streetwork mit gewalttätigen und gewaltbereiten Jugendlichen, Bergisch-Gladbach 1994.

der Täter, der „den berühmten Bordsteinkick“ als die „Krönung“ von Raubüberfällen auf homosexuelle Männer bezeichnet.

„Den Kopf auf die Bordsteinkante legen und dann nochmal so im Vorbeigehen eine auf den Hinterkopf geben. Da kann passieren, dass der Unterkiefer dann auf der anderen Seite hängt, aber ein paar Zähne verliert man dadurch schon.“⁴³

Einem breiteren Publikum wurde dieses Handlungsschema durch zwei Filme bekannt. Dies sind einmal der Film „Oi!Warning“ von Dominik und Benjamin Reding (1999), der im Oktober 2000 in die Kinos kam,⁴⁴ und der US-amerikanische Spielfilm „American History X“ des Regisseurs Tony Kaye. Dieser Film lief in den USA im Oktober 1998 an und war in Deutschland seit dem 25. Februar 1999 in den Kinos. Er ist seit April 2000 als Video bzw. als DVD im deutschen Handel erhältlich.⁴⁵

In beiden Filmen wird der Bordsteinkick als Tat von Skinheads gezeigt. In „Oi!Warning“ wird der hippiehafte Lebenskünstler Zottel vom Skinhead Koma mit einem Bordsteinkick umgebracht, in „American History X“ ist es der Skinhead Derek Vinyard, der einen von drei farbigen Autodieben auf diese Weise malträtiert.

Besondere Voraussetzungen: Das Verhältnis der Täter untereinander

Einen wichtigen Anteil am Zustandekommen der Ermordung messen wir dem Verhältnis der drei Täter zueinander zu.⁴⁶

In der Mitte stand der jüngere Bruder als Bindeglied zwischen dem Ausbildungskollegen und seinem Bruder. Diese beiden lernten sich erst am Nachmittag des Tattages kennen, nachdem der Vater der Brüder zusammen mit seinem jüngeren Sohn den Wochenendbesucher vom Bahnhof abgeholt hatte.

⁴³ Jens Uhle: Jugendgewalt gegen Schwule. Eine Studie zu psychosozialen Faktoren bei Tätern, hrsg. von Festland e.V., Verein psychosozialer Projekte, Berlin 1994, S.40.

⁴⁴ www.cyberkino.de/entertainment/djfl/index_1.html, eingesehen am 6.4.2004.

⁴⁵ Vgl. zu „Oi!Warning“: Gudrun Baudisch: Oi!Warning. Filmheft, Köln 2001; www.cyberkino.de/entertainment/kino/110/110350.html, eingesehen am 5.3.2004.

⁴⁶ Methodenkritisch soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die folgenden Überlegungen nicht auf Gesprächen mit den Tätern basieren, sondern auf Rückschlüssen aus der Rekonstruktion des Geschehens vor Gericht.

Sowohl von den Mitarbeiterinnen der „Kindervereinigung Strehlow e.V.“ wie aus der Bildungseinrichtung Buckow wurde übereinstimmend berichtet, dass der jüngere Bruder seine Kleidung und Frisur deutlich an seinem Bruder ausrichtete.⁴⁷ Er trat als Hip-Hopper auf, solange der ältere Bruder inhaftiert war, und er bereitete sich auf dessen Entlassung vor, indem er die weicher wirkende Kleidung durch das kernige Outfit der maskulinen Jugendkultur ersetzte. Seine Gruppenzugehörigkeit und seine Selbstdarstellung waren also relativ offen. Der Wechsel in seiner äußerlichen Gestaltung anlässlich der Haftentlassung seines Bruders ist ambivalent: Einerseits kann er so verstanden werden, dass er mit einer hohen äußerlichen Übereinstimmung seine Freude über das Wiedersehen ausdrückt.⁴⁸ Andererseits scheint er auch befürchtet zu haben, als Hip-Hopper in der Achtung seines Bruders zu sinken. Die Einschätzung einer sozialpädagogischen Mitarbeiterin der Bildungseinrichtung Buckow jedenfalls sieht den jüngeren Bruder auch als „Opfer“ des Älteren. Eine Andere spricht von einer „Angst-Faszination“, die vom älteren Bruder auf den jüngeren ausging.⁴⁹

Der ältere Bruder wurde Anfang Juli 2002 aus der Haft entlassen. Der jüngere betrachtete ihn als sein Vorbild und richtet sich nach dessen Habitus und Szenorientierung aus. Damit orientierte er sich nun aber an jemanden, dessen Wunsch nach Anerkennung und wirklicher Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene nicht erfüllt war, und der diese Frustration durch Drogen und betont aggressives Auftreten kompensierte. Es war im Dorf bekannt, dass er nach Alkoholkonsum leicht zum Schläger wurde.⁵⁰ Bekannt war auch, dass er zwar versuchte, in Verbindung mit weniger aktionistischen Rechtsextremen zu kommen, dort aber kaum Anerkennung gefunden hatte.⁵¹ Dies hing auch mit seiner eingeschränkten Intelligenz, seiner mangelnden Selbstkontrolle und hohen Gewaltbereitschaft zusammen, die ihn auch für diese Kreise zum Risiko machte.

⁴⁷ Übereinstimmend wurde dies in mehreren Gesprächen bestätigt: Interview mit MitarbeiterInnen der Bildungseinrichtung Buckow e.V. (10.11.2003), S.3; Interview mit einem Bürger von Potzlow, S.4; Interview mit der Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums Strehlow, S.6, S.12f.; Interview mit drei jungen Frauen aus Potzlow, S.4.

⁴⁸ Vgl. Interview mit drei jungen Frauen aus Potzlow, S.6.

⁴⁹ Vgl. die übereinstimmende Wahrnehmung in zwei Gesprächen: Interview mit MitarbeiterInnen der Bildungseinrichtung Buckow e.V., S.3; Interview mit drei jungen Frauen aus Potzlow, S.6.

⁵⁰ Vgl. Interview mit der Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums Strehlow S.10; Interview mit drei jungen Frauen aus Potzlow, S.2.

⁵¹ Interview mit einem Bürger von Potzlow, S.15.

Unter der Dorfbevölkerung hatte er ein schlechtes Image. Er galt als jemand, der seine geringe soziale Achtung über Normenverstöße zu kompensieren versuchte. „ ... Mein Gott, den hat doch keiner für voll genommen, wirklich!“⁵² Die fehlende soziale Anerkennung und Integration in bestehende Cliquen kennzeichnete die Situation des Älteren, seit die Familie 1993 von Prenzlau nach Potzlow gezogen war: In jenem Sommer wurde er von einer Clique am Badeseer See gezwungen, sich öffentlich nackt zu präsentieren und sich einen toten Aal um den Hals zu binden.⁵³

„Ich meine, da kommt bei dem [Name] hinzu, dass er auch nicht akzeptiert wurde. Der wurde ja nicht mal in der Schule, durch eben seine Sprachbehinderung war er eben auch nicht so anerkannt, und er hatte ja hier dann auch schon einiges gebacken, als er hierher gekommen ist, war wohl das Erste, er musste erstmal ein Moped stehlen, das war so das Erste, also er war schon ausgegrenzt und hat dann wahrscheinlich mitbekommen, „also wenn ick hier prügele, dann bin ick der Größte, versuchen wer't doch mal so.“⁵⁴

Innerhalb der jugendlichen Szenen wird der ältere Bruder als potentiell gewalttätig angesehen, zugleich aber auch nicht wirklich anerkannt, da er sich nicht auf der Höhe der Zeit bewegt. „Rechtsextremismus“ im Sinne eines äußerlich dargestellten und praktizierten Stils der Vergemeinschaftung unter Jugendlichen ist heutzutage nicht mehr angesagt.

„Also, das klingt jetzt doof, aber vor fünf Jahren war das ein Trend, oder vor sechs Jahren, da war in Potzlow auch fast jeder ein Fascho, weil das einfach im Trend war. Dann sind halt viele in den Knast gekommen und sind wieder raus gekommen und haben sich gesagt, nee, ich will nicht noch mal in den Knast, und dann war es halt out. Weiß nicht, sind halt nur noch ein paar, die hängen geblieben sind, jetzt noch Faschos. Aber zum größten Teil sind die strohdoof, und das ist die einzige Sache, wo sie sich festhalten können, aber sonst ist es aus dem Trend gekommen [...].“⁵⁵

Der jüngere Bruder trat im Kinder- und Jugendzentrum Strehlow wie in der Bildungseinrichtung Buckow defensiv und zurückhaltend auf. Er war dort als Konsument legaler wie illegaler Drogen bekannt, nicht aber als aggressiv

⁵² Interview mit der Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums Strehlow, S. 2.

⁵³ Vgl. Sven Röbel: „Bist du wieder Nazi?“, in: Der Spiegel 56 (2002), Nr. 48, 25.11.2002, S. 75f.

⁵⁴ Interview mit der Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums Strehlow, S. 22.

⁵⁵ Interview mit drei jungen Frauen aus Potzlow, S. 25.

oder gewalttätig. Alle Interviewten, die den jüngeren Bruder kannten, waren überrascht, dass er der Haupttäter war und nicht – wie sie vermutet hatten – der ältere Bruder. Bei den befragten pädagogischen Mitarbeiterinnen waren persönliche Probleme des jüngeren teilweise bekannt, sie interpretierten seinen Konsum illegaler Drogen etwa als Fluchtverhalten.⁵⁶ Sie kannten ihn aber nicht als einen rabiaten Schläger.⁵⁷ Wenn die Gewalttätigkeit nicht zum typischen Verhaltensprofil des Jüngeren gehörte, er sich also in der Tatnacht eher untypisch verhalten hat, stellt sich die Frage nach den Ursachen des für ihn fremden Verhaltens.

Die Eskalation, die im einzelnen noch zu betrachten sein wird, wurde auch durch die Erwartungen gefördert, die aus der sozialen Konstellation der drei jungen Männer erwachsen: Der jüngere wollte dem älteren Bruder zeigen, inwieweit auch er den Gruppennormen maskuliner Szenen entspricht. Seine Suche nach einem festen Profil richtete sich mit der neuen Präsenz des haftentlassenen Bruder an dessen Schlägerstil aus.

Seinem Besucher versuchte er etwas zu bieten: Der ältere Bruder galt als Repräsentant der rechtsextremen Schlägerszene und war damit für den dritten Beteiligten eine Orientierungsgröße. Er selbst verhielt sich im Verlauf der Nacht in einer Weise, als wenn er sein defensives Auftreten in der Bildungseinrichtung konterkarieren möchte.

Stärker als der jüngere Bruder war sein Ausbildungskollege auf die rechtsextreme Jugendkultur ausgerichtet. Er besaß und hörte Rechtsrock-Musik und bekundete auch sonst seine Nähe zu dieser Szene. Der ältere Bruder verkörperte für ihn die männliche Härte, die er selbst nicht ausgelebt hat. Ebenso wie der jüngere Bruder war auch der dritte Tatbeteiligte vor der Tat nicht durch besondere Gewalttätigkeiten aufgefallen.

Der dritte Beteiligte folgte den Vorgaben des Ältesten, weil er sich als Sympathisant der rechtsextremen Jugendkultur an dem dort geltenden Habitus orientiert und sich gegenüber dem Älteren, einem „anerkannten Schläger“, positiv darstellen möchte. Mit seiner aktiven Rolle bei den Drangsalierungen von Schöberl zeigte er seinem Vorbild, dass auch er den gruppeninternen Standards der Maskulinität, der eigenen Härte und der Aggression gegen das Weiche und Schwache entspricht. Im Verlauf des Geschehens in der stillgelegten LPG bekam er es allerdings mit der Angst zu tun. Während der Steinwürfe auf Schöberl hielt er sich nach seinen Angaben außerhalb der Stallungen auf.

⁵⁶ Vgl. Interview mit MitarbeiterInnen der Bildungseinrichtung Buckow e.V., schriftliche Zusatzauskunft.

⁵⁷ Vgl. Interview mit der Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums Strehlow, S. 2.

Beide Brüder konnten sich ihrem Gast gegenüber als Kerle präsentieren, die einen Abend nicht einfach nur vertrinken, sondern die wirklich etwas „losmachen“: Sie dringen (Station zwei) bei den Nachbarn ein, sie organisieren spät noch Alkohol und sie haben die Macht und die Skrupellosigkeit, einen Bekannten zum „Juden“ zu machen. Mit ihrer Rücksichtslosigkeit demonstrieren sie sich selbst und dem auswärtigen Besucher, wie wenig sie sich an die normalen Verhaltensstandards gebunden fühlen. Die Stigmatisierung und Misshandlung von Schöberl erwächst aus der sozialen Interaktion dieses Abends.

Das Verhalten des jüngeren Bruder zielte auf die persönlichen Achtung des älteren Bruders. Ein Mittel hierfür war die Übernahme von dessen Szenezugehörigkeit und Habitus.

Beim dritten Tatbeteiligten war die Brücke seine eigene zuvor bereits gewählte Szeneorientierung: Er fühlte sich verpflichtet, diesen bis dahin erst nur symbolisch erhobenen Zugehörigkeitsanspruch auch durch eigenes Verhalten einzulösen.

Die beiden jüngeren Täter wurden somit von unterschiedlichen Wünschen und Selbsterwartungen geleitet, deren Aktualisierung an die konkrete soziale Situation, insbesondere die Anwesenheit des älteren Bruders gebunden war. Dieser hat das Verhalten der beiden Jüngeren nicht intentional gesteuert, sein Image und seine Funktion als persönliches Vorbild bzw. als Repräsentant einer rechtsextremen Maskulinität aber haben dem Handeln der beiden Jüngeren die Richtung gewiesen.

Die zentrale Funktion des Älteren war es, einen Anfang zu setzen. Er war es, der bei der zweiten Station des Abends aggressiv gegen Schöberl zu agieren begann und damit das spätere Geschehen einleitete. Ausschlaggebend dafür war sein vorheriger Alkoholkonsum. Dies war ein für ihn typisches und auch gerichtlich mehrfach festgestelltes Verhaltensschema.

Der Eskalationsprozess im Ganzen

Der Tatverlauf erklärt sich vor allem über die Eigendynamik der sozialen Interaktion zwischen den Beteiligten und einer Eskalation, die aus verschiedenen Gründen (Tatzeit, subjektive Bedrohung der Zeugen, Lage des Tatorts) von keinen äußeren Interventionen unterbrochen wurde.

Die in der Literatur genannten Elemente von Eskalationsprozessen lassen sich für das Tatgeschehen fast alle beobachten.

„Als Faktoren, die in unterschiedlicher Kombination zur Eskalation situativer Interaktionen beitragen, lassen sich bereits vorhandene negative Gefühlslagen

und Vorurteile gegenüber Ausländern oder anderen als fremd oder bedrohlich empfundenen Gruppen, die Reaktion auf selbst erfahrene verbale Provokationen oder sogar tätliche Angriffe, die Suche nach Anerkennung in und Zugehörigkeit zu einer Gruppe, eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft oder gar die Lust auf Gewalt sowie – oft erheblicher – Alkoholkonsum benennen.⁴⁵⁸

Mit dem Wechsel von der ersten Zechstation des Abends zur zweiten begannen die Aggressionen: Die Bewohner des nahegelegenen Hauses wurden geweckt und zum Mittrinken genötigt. Bei dieser zweiten Station des nächtlichen Zechens gingen die Aggressionen gegen Schöberl von dem älteren Bruder aus. Einen konkreten Konflikt hat es nicht gegeben. Entscheidend scheint auch nicht der Anlass gewesen zu sein. In der Interaktion zwischen den vier jungen Männern ging es den beiden Hauptakteuren um eine Demonstration ihrer sozialen Macht, deren Ausmaß sie mit den Tätlichkeiten unter Beweis stellten. Der Gast initiierte die Aggression nicht und war anfangs auch verwundert über die Feindseligkeit und die Drangsalierungen „des Kleinen“, wie er ihn nannte. Im Verlauf der Attacken aber orientierte er sein Verhalten an dem älteren Bruder und beteiligte sich aktiv an den Misshandlungen der zweiten Eskalationsstufe.

Die eigene Macht wurde gegenüber den erwachsenen Trinkern demonstriert, in viel extremerer Weise aber gegenüber Schöberl. Im Fortgang des Abends wurde er immer stärker zu einem Medium der Macht: Während bei der ersten Zechrunde von Aggressionen gegen Schöberl nichts bekannt ist, war Station zwei von Demütigungen und körperlichen Attacken geprägt. Allerdings weist hier nichts auf eine im Vorhinein bestehende Absicht hin, Schöberl zu töten.

In ihrem Verhalten orientierten sich die drei Täter am Männlichkeitshabitus der rechtsextremen Jugendkultur und dessen antifemininem Männlichkeitskonzept. Vor diesem Hintergrund spielte die äußere Erscheinung von Marinus Schöberl und seine Kleidung eine wichtige Rolle: Schöberl war ein schwächlicher, schmaler junger Mann mit weichen Gesichtszügen und gehörte zu den „Stillen im Lande“.⁵⁹ Von anderen jungen Leuten aus der Gemeinde Oberuckersee wurde er als freundlicher und harmloser Zeitgenosse beschrieben. Er gehörte nicht zu denjenigen, die im Ort als aggressiv oder gar als Schläger bekannt waren.⁶⁰ Anders als die drei Täter trug er seine

⁵⁸ Joachim Müller: Täterprofile. Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalt, Opladen 1997, S.244.

⁵⁹ Vgl. Interview mit dem Pfarrer von Potzlow, S.14-16.

⁶⁰ Vgl. Interview mit einem Bürger von Potzlow, S.20.

Haare länger. Sie hingegen ließen sich die Köpfe kahl scheren und brachten damit symbolisch eine forcierte Männlichkeit zum Ausdruck. Schöberl dagegen trug weite Hosen und hatte sich die Haare gefärbt. Er dokumentierte damit vielleicht auch eine Zugehörigkeit zu der Hip-Hopper-Szene, auf jeden Fall aber praktizierte er eine eher ästhetisch akzentuierte und auch spielerische Selbstdarstellung: Das Färben der Haare ist ein Akt bewusster Veränderung, der idealtypisch ein weibliches Verhalten repräsentiert.

Schöberl wurde gezwungen, eine hochprozentige Mischung von Bier und Schnaps zu trinken. Dieses, vom Gericht später rechtlich als Nötigung qualifizierte Verhalten war eine erste Stufe eines Männlichkeitstestes.⁶¹ Schöberl wurde damit geprüft, ob er, wie man landläufig sagt, „etwas trägt“, ob „er etwas aushält“, ob er also imstande ist, gegen sich selbst Härte zu beweisen, und ob er seinen Widerwillen gegen das widerliche Gesöff überwinden kann.

Schöberl wollte und konnte diesen „Männlichkeitstest“ nicht bestehen. Ihm wurde so übel, dass er sich übergeben musste. In den Augen der drei Täter hatte er damit gezeigt, dass er nicht wirklich zu ihnen gehörte: Er war kein richtiger Mann, er hielt nichts aus, er war eben „weibisch“ und ein Weichling. Schöberl verließ mehrfach die Terrasse, weil ihm von den Missethungen übel geworden war. Er wurde dabei jeweils von einem oder mehreren der Täter begleitet. Während einer dieser Zwangspausen urinierte mindestens einer der Täter auf den am Boden liegenden Schöberl.

Das Urinieren auf Symbole ist ein bekanntes Verhalten, um mit deren Verachtung zugleich die Verachtung der Gruppen auszudrücken, für die das Symbol eine Bedeutung hat.⁶² Das Urinieren auf lebende Personen ist ein historisch wie aktuell bekannter Akt der Depersonalisierung, mit dem sie zum bloßen Objekt herabgewürdigt werden.⁶³ Jüngstes Beispiel sind die Folterungen von irakischen Gefangenen durch Angehörige der US-amerikanischen und der britischen Armee.

⁶¹ Die Nötigung zum gemeinsamen Zechen scheint kein singuläres Verhalten zu sein, sondern ein etabliertes Schema von Gewalttätigkeit. In einem unserer Interviews wurde berichtet, dass unabhängig vom Mordfall Schöberl eine Clique, der der ältere Bruder angehört hatte, einen jungen Mann aus Potzlow unter Androhung von Prügelein zum Mittrinken zwangen. Vgl. Interview mit drei jungen Frauen aus Potzlow, S. 3.

⁶² Vgl. dazu den Bericht von deutschen Jugendlichen, die sich im Rahmen eines sozialpädagogischen Projektes in Israel aufhielten und die Klagemauer in Jerusalem auf diese Weise schändeten bei Martina Gaßebner: Gruppen, Szenen, Parteien, in: Klaus Wahl (Hrsg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention, Opladen 2003, S. 171-197, S. 185.

⁶³ Vgl. Christopher Browning: Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeiter und das Verhalten der Täter, Frankfurt a.M. 2001, S. 189; Christiane Tramitz: Licht in ein Forschungs-

Dies ist eine wichtige, jedoch nicht die einzige Bedeutung, die der Akt des Urinierens auf Personen haben kann. Im Zusammenhang mit der Darstellung der eigenen Hypermaskulinität und dem damit verbundenen Männlichkeitstest, dem Schöberl zwangsweise unterzogen wurde, wird noch eine andere Facette sichtbar: Schöberl war bei den Dreien als Mann „durchgefallen“.

Durch den anschließenden Akt des Urinierens wurde dies in besonderer Weise bekräftigt: Der am Boden, also „unten liegende“, unmännliche Schöberl wurde in einem weiteren Schritt als Repräsentant der verachteten Unmännlichkeit definiert, indem (mindestens) einer der Täter über ihm seinen Penis entblößte und ihn „markierte“. In symbolischer Form wurde Schöberl damit sowohl als unterlegene „Frau“ definiert; zugleich wurde eine symbolische Vergewaltigung vollzogen. Die Bedeutung dieses Aktes lag nicht in der sexuellen Befriedigung der Täter, sondern in der Machtausübung und der Selbstinszenierung als überlegene Subjekte.⁶⁴ Die Markierung mit Urin ist dabei als ein für die sinnliche Wahrnehmung evidenter Beweis für die Machtpotenz des Akteurs zu verstehen. Schöberl war als Mann durchgefallen und konnte deshalb die Funktion übernehmen, die Unmännlichkeit für den weiblichkeitsfeindlichen Typ von Männlichkeit hat: Sie ist Objekt seines Willens und – in einer dialektischen Verschränkung – in ihrer Unterlegenheit das erforderliche Korrelat und Konstituens seiner Überlegenheit.

Eine wesentliche Dimension des Falls lässt sich als das Ausagieren einer weiblichkeitsfeindlichen Maskulinität beschreiben. Schöberl entsprach nicht den klassischen Feindbildern, wie man sie aus der politisierenden Betrachtung der rechtsextremen Jugendkultur kennt: Er war kein Farbig, kein Asylbewerber, kein „Linker“ und kein Verräter aus den eigenen Reihen, aber er wurde als das Gegenbild zur eigenen sehr traditionell und eng gefassten Männlichkeit wahrgenommen. Seine Fremdheit wurde auch geschlechtlich definiert.

defizit: Emotionen fremdenfeindlicher Gewalttäter, in: Wahl, Skinheads (Anm. 62), S. 144-170, S. 166; Joseph Croitoru: Tatort Kontrollposten. Langsame Verrohung: Ein Buch erschüttert Israel [Rezension von: Liran Ron-Furer: Checkpoint Syndrome], in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.12.2003, S. 35.

⁶⁴ Aus der kriminologischen Forschung ist bekannt, dass auch bei der Vergewaltigung von Frauen durch Männer das Moment der sexuellen Befriedigung gegenüber dem Moment sozialer Macht in aller Regel zurücktritt. Vergewaltigungen sind primär Machtdemonstrationen. Vgl. Michael Kaufman: Die Konstruktion von Männlichkeit und die Triade männlicher Gewalt (1987), in: BauSteineMänner (Hrsg.): Kritische Männerforschung. Neue Ansätze in der Geschlechtertheorie (1996), Hamburg 2001 (3. Aufl.), S. 139-171, S. 154-157.

Die Aufforderung der Täter an Schöberl, sich als „Jude“ zu bekennen, zeigt im Zusammenhang der gegen ihn gerichteten Aggressionen, dass sie „Jude“ in einer pejorativen Bedeutung verwendeten und damit eine soziale Ausgrenzung verbanden. Diese aggressionslegitimierende Verwendung ist eine Übernahme aus dem rechtsextremen Diskurs.

Die Zuschreibung einer Andersartigkeit und Nichtzugehörigkeit sollte das Opfer selbst vollziehen. Darin wird die Funktion als Legitimation einer Aggression überdeutlich: Die Akteure zwingen den bereits als Außenseiter Definierten, seinen Status mit einem eingeführten und generalisierten Ausgrenzungsterminus zu ratifizieren. Diese erzwungene Selbstaussgrenzung bietet ihnen die Möglichkeit, ihr eigenes Verhalten nicht als initiative Aggression zu verstehen, sondern als Reaktion auf eine aktive Definition des Opfers. Mit der Zuschreibung „Jude“ produzieren die Täter einen Status des Ausgegrenzten, mit dem sie bestehende Hemmschwellen weiter absenken. Die Täter schaffen sich damit – gleichsam in einer Spiralbewegung der Radikalisierung – eine weitere Voraussetzung für die kommenden Drangsalierungen.

Auf dem Weg von Strehlow nach Potzlow schlug der älteste Täter vor, Marinus noch „etwas Angst einzujagen“. Wir gehen davon aus, dass die im Polizeiverhör zitierte Wendung tatsächlich zwischen den drei Tätern in dieser Form gefallen ist und einer authentische Beschreibung ihrer Stimmung entspricht. Was dem ersten Eindruck nach als verharmlosende Schutzbehauptung erscheinen mag, erweist sich bei genauerem Hinsehen als wichtiger Hinweis auf die Dynamik des Fortgangs: „Wir wollten ihm noch etwas Angst einjagen“ ist ein Akt „sprachlicher Gewaltenthemung“. ⁶⁵ Er enthemmt die Akteure, da er die Folgen der Gewalt ausblendet und sie damit verharmlost. ⁶⁶

„Wir wollten ihm noch ein bisschen Angst einjagen“ bedeutet, dass noch nicht genug passiert war, so dass man die Aggressionen fortsetzen wollte. Deutlich macht dieser Satz auch, dass wohl die Absicht, nicht aber die Mittel ihrer Verwirklichung feststanden. So klar es war, wem Angst gemacht werden sollte, so offen war das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten. „Angst einjagen“ kann sehr vieles heißen und vom momentanen Erschrecken bis zur systematisch erzeugten Todesangst reichen. Die aus der

⁶⁵ Vgl. Fritz Hermanns: „Bombt die Mörder nieder!“ Überlegungen zu linguistischen Aspekten der Erzeugung von Gewaltbereitschaft, in: Hajo Diekmannshenke/ Josef Klein (Hrsg.): Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation, Opladen 1996, S. 133-161.

⁶⁶ Das Ausblenden der Folgen ist auch für die Filmbilder des Bordsteinkicks in dem Film „American History X“ charakteristisch.

Erinnerung der Täter formulierte Absicht scheint uns aber den diffusen Horizont von Erwartungen gut zu beschreiben, den die drei Täter zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort eröffnet hatten: Die Drangsalierungen sollten weitergehen, und man würde sich etwas einfallen lassen. Diese Struktur abstrakter Selbsterwartungen ist ein wichtiges Element in der Erklärung der Steigerung der Attacken gegen Schöberl. Angst hatte er ja spätestens seit den Angriffen bei der zweiten Station des Abends, so dass weitere Angst nur erzeugt werden konnte über neue, bislang nicht praktizierte Quälereien. Die Täter wussten selbst nicht, was ihnen noch alles einfallen würde, aber sie hatten sich mit der Idee „Wir wollten ihm noch ein bisschen Angst einjagen“ darauf festgelegt, neue Brutalitäten zu kreieren. Durch eine Sprechhandlung hatten sie einen Handlungsrahmen geschaffen, den es nun auszufüllen galt: Jeder der drei war gefragt, mit neuen aggressiven Ideen den anderen beiden zu imponieren, seiner Phantasie Raum zu geben, um damit dem allgemeinen Motto „Angst einjagen“ konkret zu entsprechen.

Station drei – ohne die Anwesenheit dritter – steigerte die Macht- und Gewalt-Eskalation, indem die Täter die eigenen Gewalttätigkeiten und Bedrohungen durch das szenische Zitat der Filmszene verstärken. Da – vielleicht mit Ausnahme des älteren Bruders – allen die fragliche Filmszene bekannt war, konnten die Täter die Faszination dieser verabsolutierten Machtausübung für die eigene Selbstdarstellung nutzen.

Die Machtausübung als solche und der Genuss dieser Macht bestimmten das Handeln der Täter. Das Fehlen von Handlungszielen, die über den Tatvollzug selbst hinausreichen, hat für die Erklärung der Tat eine negative Bedeutung: Damit kann die Frage beantwortet werden, warum es überhaupt eine Steigerung gab und warum die Abfolge der Gewalttätigkeiten nicht unterbrochen wurde: Es gab eben keinen positiven Grund aufzuhören.

Warum aber wurde weitergemacht? Der Gewaltexzess des Bordsteinkicks verschafft, wie dies Wolfgang Sofsky für Gewaltexzesse generell festgestellt hat, dem Täter ein spezifisches und auf anderem Wege nicht erreichbares Selbstbewusstsein. „Er überspringt alle inneren und äußeren Schranken. Indem er das Opfer zu einem Körper, schließlich zu einem reaktionslosen Ding macht, erlangt er die Gewissheit, zu allem fähig zu sein. Der Exzess ist ein Akt ungehemmter Selbstexpansion.“⁶⁷ Mit dem Bordsteinkick macht sich der Täter zu einem bösen Gott.

⁶⁷ Wolfgang Sofsky: Absolute Macht. Zur Soziologie des Konzentrationslagers, in: Leviathan 18 (1990), H. 4, S.518-535. Zuletzt hat Ferdinand Sutterlüty die motivierende Kraft analysiert, die mit den besonderen Erfahrungen eigener Gewaltaktivität verbunden sind. Vgl. ders.: Gewaltkarrieren. Jugendliche im Kreislauf von Gewalt und Missachtung, Frankfurt a.M. 2002.

Die konkrete Tatausführung ist aus mehreren Gründen von besonderer Bedeutung. Der Tod Schöberls stellt sich als Resultat einer besonderen Attacke in der Reihe der Angriffe dar, einer Attacke allerdings, deren konkrete Form tödlich war. Wäre der Haupttäter nicht auf die Idee verfallen, seine Überlegenheit im Nachstellen des „Bordsteinkicks“ darzustellen, wäre es vermutlich zu weiteren körperlichen und seelischen Verletzungen von Schöberl gekommen, aber nicht zu seiner Tötung. Das Bild des vor ihm liegenden Schöberl ließ den Haupttäter die letzte Distanz zu seinem eigenen Tun überspringen und das Handlungsschema des Bordsteinkicks vollständig ausführen.

Bezogen auf die Eskalationsdynamik des bisherigen Abends stellte die Vorstellung des Bordsteinkicks den Rang einer letzten Steigerungsmöglichkeit dar. Man hatte den eigenen Vorsatz, Schöberl „noch etwas Angst einzujagen“ erfüllt und die eigene Machtdemonstration als Tötungspotenz dargestellt. Mit einer gewissen inneren Folgerichtigkeit wären zu diesem Zeitpunkt zwei Fortgänge möglich gewesen: Ein Abbruch der Attacken hätte die eigene Macht durch einen Gnadenakt nochmals bestätigt; er hätte auch den Abschluss der Interaktion an diesem Abend bedeuten können. Man hätte Schöberl in seinen Bauwagen schicken und alles für einen derben Spaß erklären können.

Der Haupttäter hat sich nicht für diese Option entschieden. Er hat sich – ohne dass es Gründe gibt, an seiner Aussage zu zweifeln – nach seiner Erinnerung überhaupt nicht bewusst für oder gegen etwas entschieden. Ihm zufolge hatte er eine Art von ichlosen Zustand erlebt, in dem er keine Distanz zwischen seinem Tun und seinem kontrollierenden Ich erlebt hat. Er ging in der Aktion auf.

Man kann diese Verschmelzung mit Csikszentmihalyi als ein „autotelisches Erleben“ bezeichnen und damit das völlige Aufgehen des Handelnden in seiner Aktivität bezeichnen.

„Im flow-Zustand folgt Handlung auf Handlung, und zwar nach einer inneren Logik, welche kein bewußtes Eingreifen von seiten des Handelnden zu erfordern scheint. Er erlebt den Prozeß als ein einheitliches ‚Fließen‘ von einem Augenblick zum nächsten, wobei er Meister seines Handelns ist und kaum eine Trennung zwischen sich und der Umwelt, zwischen Stimulus und Reaktion, oder zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verspürt. ‚Flow‘ ist das, was wir ‚autotelisches Erleben‘ nannten.“⁶⁸

⁶⁸ Mihaly Csikszentmihalyi: Das flow-Erlebnis. Jenseits von Angst und Langeweile: im Tun aufgehen (1975). Stuttgart 1985, S.59. Csikszentmihalyi hat paradigmatisch die Situation des Spielens im Auge. Die von ihm genannten Merkmale der Flow-Situation

Schöberl erlitt durch den Bordsteinkick tödliche Verletzungen. Ob er tatsächlich unmittelbar danach starb, ließ sich vor Gericht nicht feststellen.

Die Vollendung der Eskalation, der Schritt von der Simulation des Bordsteinkicks zu seiner wirklichen Ausführung, hatte die drei Tatbeteiligten wieder in die Realität zurückgeholt. Der ältere Bruder befürchtete in Verknennung der tödlichen Verletzungen, das Opfer könne sie gegenüber der Polizei belasten. Zur Verdeckung der Tat müsse Schöberl ausgeschaltet werden. Die beiden Brüder töteten daraufhin Schöberl mit schweren Steinen. Anschließend vergruben sie die Leiche in einer der verfüllten Güllegruben.

Unsere Rekonstruktion hat Ursachen und Gründe angeführt, die zeigen, wie sich der Vollzug des tödlichen Tritts aus dem früheren Geschehen ergeben hat. Wir können nicht zeigen, dass der Täter den letzten Schritt ausführen „musste“, dass er also in einem erklärungslogischen Sinn „notwendig“ war. Es gibt keine zwingenden Gründe für diese letzte Eskalationsstufe. In der Kette der Erklärung fehlt das Glied zwischen der Inszenierung des Bordsteinkicks als Drohung und seiner mörderischen Verwirklichung.

Wir halten es für wichtig, diese Lücke ausdrücklich zu betonen. Taten diesen Hergangs sind letztlich kontingent. Es hätte auch anders kommen können: Zwischen den verschiedenen Stationen des nächtlichen Geschehens fand jeweils ein Ortswechsel statt, der auch zu einer anderen Zusammensetzung der Gruppe hätte führen können. Stärker noch wird die Kontingenz in der inneren Abfolge sichtbar: Auch die (Selbst-)Demonstration der subjektiven Macht muss nicht notwendigerweise zur Auslöschung des Machtobjekts führen.

Wir nehmen an, dass die täter- und tatfixierte filmische Darstellung des Bordsteinkicks eine Suggestionskraft entfaltete, die letztlich für die praktische Präferenzierung dieses Handlungsschemas ausschlaggebend war. Nicht ihre Aggressivität als solche, nicht ihr Drogenkonsum, nicht die Eskalationsdynamik, wohl aber die Option für dieses brutale Modell von körperlicher Attacke ist schwer erklärbar ohne die Attraktivität von Bildern, die die Täter damit zu Vorbildern gemacht haben. Der „Bordsteinkick“ führte zu tödlichen Verletzungen. Ohne dieses spezifische Handlungsmuster wäre es vermutlich nicht zu irreversiblen Verletzungen gekommen.

treffen jedoch auch auf andere Aktivitäten zu, die dem Spiel darin gleichen, dass sie nicht der Erreichung situationsexterner Ziele dienen. Diese Merkmale sind: Klar definierte Handlungsregeln, Zentrierung auf ein beschränktes Stimulusfeld, Selbstverlust, Gefühl der Vollkontrolle der Situation, kleines Feld von Handlungsmöglichkeiten, keine Ziele außerhalb des Handlungsvollzugs („autotelisch“).

Zusammenfassung

Die dargestellten Kräfte oder Einflussfaktoren kann man zusammenfassen als kulturelle Größen. Dazu sind zu zählen die Kultur der Männlichkeit, wie sie als Aggressionen gegen Unmännlichkeit in Cliques des maskulinen Typs praktiziert wird. Genauer wurde sie hier beschrieben als eine Praxis der Gewalttätigkeit, eine Glorifizierung und Idolisierung von Gewaltausübung und des Drogenkonsums, ohne sie damit erschöpfend behandelt zu haben.

Des Weiteren gehört dazu die Kultur der Verachtung und Ausgrenzung bis hin zu der Definition von Vernichtungsopfern, wie sie für die rechtsextreme Kommunikation charakteristisch ist.

Eine zweite Gruppe von unmittelbaren Ursachen gehören zur Situation der Tatnacht. Sie wurden als Dynamik der Eskalation und als ein situativ kulminierender Gewaltrausch dargestellt, in dem sich dauerhaft angelegte Gewaltverherrlichung und die Rezeption eines einschlägigen Filmes verbunden haben mit einem punktuellen Kontroll- und Distanzverlust.

Schließlich lassen sich für den Beginn der Beschimpfungen und Misshandlungen von Schöberl Ursachen anführen, die mit dem Verhältnis der beiden in Potzlow ansässigen Brüder untereinander sowie gegenüber dem Wochenendgast zusammenhängen. Man kann von einem Anerkennungsbedürfnis des jüngeren gegenüber dem älteren Bruder ausgehen, das mit einer Angst verbunden war, dessen Werten und Verhaltensmustern nicht zu entsprechen. Die zunächst zögerliche Beteiligung an den verbalen und körperlichen Aggressionen ist im weiteren Verlauf einer aktiven Beteiligung gewichen. Der dritte Beteiligte orientierte sich aufgrund seiner bereits vorhandenen Nähe zur rechtsextremen Jugendkultur am älteren Bruder. Dieser stellte für ihn die Verkörperung des hypermaskulinen Habitus dar, die er selbst nicht ausfüllen konnte.

Von diesen unmittelbaren Ursachenfeldern lassen sich mittelbare Ursachen unterscheiden. Ihre Existenz und Bedeutung lässt sich anhand des deprimierenden Beginns des Abends vergegenwärtigen: Vier junge Männer finden sich in einem Anwesen ein, um dort mit Erwachsenen den Abend im wesentlichen mit Trinken zu verbringen. Anschließend wechseln sie zu einer anderen ortsbekannteren Alkoholikerwohnung und bleiben damit im Milieu sozialer Verlierer. Es scheint in der näheren, per Fahrrad erreichbaren Umgebung keine lohnenderen Ziele gegeben zu haben als ihre Bekannten aus dem örtlichen Trinkermilieu. Sie besuchten weder den örtlichen Jugendclub, noch fuhren sie mit Gleichaltrigen zum Grillen an den nächstgelegenen See.

Migration und Fremdenfeindlichkeit als politische und gesellschaftliche Phänomene im Land Brandenburg

Zur deutschen Situation im internationalen Kontext

Das Wort Migration bedeutet im Grunde nichts Anderes als Wanderung. Mittlerweile hat es sich aber zu einem Oberbegriff für alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen etabliert, die sich aus den Wanderungsprozessen von Menschen ergeben. Zwar ist die Geschichte der Menschheit in vielerlei Hinsicht auch eine Geschichte der Migration, die zwangsläufig schon immer wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Veränderungen mit sich brachte. Der politisch-soziologische Diskurs aber, so wie er heute unter dem Begriff der Migration geführt wird, ist ein Produkt der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Bis zum Ende des Kalten Krieges blieb dieser Diskurs auf die westlichen Industrienationen begrenzt und war insbesondere in den USA, Kanada, Australien und Großbritannien, aber auch in Frankreich, den Niederlanden und anderen westeuropäischen Ländern beheimatet. Dafür gibt es eine Reihe von historischen und anderen Gründen, die hier nicht aufgezählt werden können. Ein zentraler Gesichtspunkt soll gleichwohl hervorgehoben werden: In diesen Ländern, vor allem in denen der „Neuen Welt“, wurden Migranten schon immer als potenzielle Staatsbürger gesehen. Da der Nationalstaat ein nach innen orientiertes politisches Gebilde ist und sein Selbstverständnis im klassischen Sinne auf den Konzepten *Volk* und *Territorium* beruht, galt es bis in die sechziger Jahre hinein, Einwanderer möglichst schnell als Staatsbürger zu „assimilieren“.¹

Die sechziger Jahre waren bekanntlich eine Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs. Dabei handelte es sich in den westlichen Industrienationen, wie der französische Soziologe Alain Touraine anmerkt, um den Übergang von einer Industrie- zu einer Informationsgesellschaft.² Nicht aber materielle Belange im Sinne eines Klassenkampfes standen im Vordergrund, sondern der Zugang aller gesellschaftlichen Gruppen zu höherer Bildung und somit

¹ Vgl. Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Kapitel II, New York 1951.

² Vgl. Alain Touraine: Die postindustrielle Gesellschaft, Paris 1969.

zu gleichberechtigter politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Partizipation. Dieser Kampf wurde nicht, wie in den Jahrzehnten, zuvor von einer bestimmten Klasse oder politischen Bewegung getragen, sondern von einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Bewegungen.³ Frauen, Homosexuelle, Ureinwohner, Farbige, Migranten, ethnische, religiöse und kulturelle Minderheiten meldeten sich mit einem neuen Selbstvertrauen zu Wort. Neben Gleichberechtigung und Chancengleichheit verlangten sie ein hohes Maß an Selbstbestimmung.

In den sechziger Jahren, in wirtschaftlicher Hinsicht auch als das „Goldene Jahrzehnt“ bekannt, kam es in allen industrialisierten Nationen außerdem zu Migrationsbewegungen von beachtlichem Ausmaß.⁴ In den angelsächsischen Ländern war das Experiment der Assimilation gescheitert, so dass sich die politische Administration gezwungen sah, nach neuen Wegen zu suchen. Einwanderern und Minderheiten gewährte man von nun an ein gewisses Maß an kultureller, ethnischer und religiöser Selbstbestimmung. Das Ziel, sie in die jeweilige nationale Kultur zu verankern, bestand dennoch. Dies führte zu einer Debatte über kollektive Identität und letztlich zu einer neuen Definition von nationaler Identität. Darüber hinaus hatten die sozialen Bewegungen auf den historisch gewachsenen Rassismus und die daraus folgende Diskriminierung von Minderheiten in einem Maße aufmerksam gemacht, dass der Nationalstaat sich nicht länger auf die bloße Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz berufen konnte. In den siebziger Jahren kam es daher in vielen Ländern zur Verabschiedung von Antidiskriminierungsgesetzen.

In Westdeutschland war die Arbeitsmigration nach dem ersten Vertrag mit Italien im Jahr 1955 vorerst nur von wirtschaftlicher Bedeutung.⁵ Die so genannten Gastarbeiter – schon darin drückt sich das rein ökonomische Interesse aus – waren zwar willkommen, sie sollten aber nicht auf Dauer im Land bleiben. Einigkeit darüber bestand zunächst auf beiden Seiten. Die italienischen, türkischen und jugoslawischen Gastarbeiter der ersten Generation dachten nur selten daran, in Deutschland Wurzeln zu schlagen. Erst nachdem sich das Rotationsmodell für die Wirtschaft als problematisch erwies, erließ die Bundesregierung 1971 ein Gesetz zur Erleichterung der Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Arbeitnehmer.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Eric Hobsbawm: Zeitalter der Extreme – Das kurze zwanzigste Jahrhundert 1914-1991, Band II, Kapitel 9, London 1994.

⁵ Nach 1960 folgten entsprechende Verträge mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal, Tunesien, Marokko und Jugoslawien. Auch sie waren geprägt von einer rein wirtschaftlichen Motivlage.

Von diesem Zeitpunkt an kann Migration als ein politisch-gesellschaftliches Phänomen in Deutschland betrachtet werden. In den siebziger Jahren begann in Westdeutschland ein Prozess des „community building“. Die ehemaligen Gastarbeiter holten ihre Familienangehörigen nach Deutschland, eröffneten Geschäfte, gründeten Vereine und bauten Gemeindestrukturen auf. Ein solcher Prozess der Gemeinschaftsbildung ist für die politisch-gesellschaftliche Emanzipation von ethnischen Minderheiten von zentraler Bedeutung. Nur auf diesem Wege lassen sich ihre Interessen in organisierter Weise formulieren und durchsetzen.

Der Prozess des „community building“ war in seinen Grundzügen Ende der siebziger Jahre abgeschlossen. Als Antwort darauf setzte die Politik zu Beginn der achtziger Jahre Ausländerbeauftragte ein. Man betrachtete die Migranten damit nicht als potenzielle oder erwünschte Staatsbürger. Auch manche Migranten-Community blieb in ihrem Selbstverständnis häufig noch stark auf ihr Herkunftsland orientiert. Gleichwohl nahm der politisch-gesellschaftliche Prozess der Emanzipation seinen Lauf. In den achtziger Jahren erreichten Deutschland schließlich Ideen und Konzepte einer multikulturellen Politik aus dem angelsächsischen Raum. Die Diskurse des Multikulturalismus stießen in Deutschland vorrangig in den Großstädten mit existierenden Migranten-Communities auf Resonanz. Auf nationaler Ebene aber bleibt Deutschland bis heute seiner multikulturellen Realität einen angemessenen politisch-rechtlichen Rahmen schuldig. Die vielen Varianten des Multikulturalismus sind sich in ihrer Forderung nach einer politischen Anerkennung der multikulturellen Gesellschaft einig. Wünschenswert im Sinne einer multikulturellen Politik wäre ein Antidiskriminierungsgesetz. Damit würde der Staat offiziell auf die gesellschaftliche Diskriminierung von Staatsbürgern aufgrund von Rasse, Religion, ethnischer Zugehörigkeit etc. mit Sanktionen reagieren.

Multikulturelle Politik in Deutschland hat häufig hinter dem Rücken der offiziellen Politik stattgefunden. Die von der Politik geschaffenen Institutionen, z. B. die Ausländerbeauftragten, verwandelten sich fast zwangsläufig in „Ämter für multikulturelle Angelegenheiten“, da sie sich der Realität gut organisierter Migranten-Communities anpassten.⁶ Die eigentliche Rolle der Ausländerbeauftragten als „Sprachrohr für die Ausländer“ verlor in den alten Bundesländern nach und nach an Bedeutung. Sie entwickelten sich vielmehr zu Mediatoren zwischen Mehrheitsgesellschaft und ethnischen

⁶ Vgl. Jochen Blaschke, Nathalie Schlenzka, Nicola Scuteri: Citizens organise Networks against Discrimination – in Berlin, Kapitel 1, Berlin 2000.

Communities. In den neuen Bundesländern, wo starke Migrantengruppen fehlen, sind Ausländerbeauftragte auch heute noch in erster Linie Anwälte der Ausländer.

Zur Situation in Brandenburg

In der DDR lebten Migranten vor allem als so genannte Vertragsarbeiter. Ihre Zahl ist denen der Bundesrepublik jedoch weit unterlegen. Ihr Aufenthalt war deutlich strikteren bürokratischen Verfahren unterworfen. Die Restriktionen reichten von der generellen Unterbringung in Wohnheimen über das Verbot der Heirat bis hin zur erzwungenen Rückkehr ins Heimatland oder der Nötigung zur Abtreibung im Falle einer Schwangerschaft.⁷

Im ihrem letzten Jahr schuf die DDR das Amt der Ausländerbeauftragten: Almuth Berger, die heutige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, war die erste und zugleich auch letzte Ausländerbeauftragte der DDR. Das Amt war Ausdruck eines letzten Versuchs, das DDR-System zu modernisieren. Verständlicherweise spielte es in den großen politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen jener Zeit eine eher marginale Rolle.

Durch die Asyldebatte Anfang der neunziger Jahre gewann das Thema Migration in den neuen Bundesländern an Bedeutung, die nicht zuletzt in einer Änderung des Artikel 16a des Grundgesetzes (Asylrecht) im Jahr 1992/ 93 mündete. Die erste Bekanntschaft mit der gesamten Palette der Migrationsthematik machte die breite Bevölkerung in den neuen Bundesländern damit in einer äußerst vergifteten Atmosphäre.

Es wird immer wieder behauptet, dass die ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit bei Teilen der Brandenburger ein Resultat des autoritären DDR-Regimes und der unangemessenen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit sei. Nach meinen Erfahrungen aber sind fremdenfeindliche Einstellungen in der Brandenburger Bevölkerung ganz entscheidend von Eindrücken und Interpretationsmustern geprägt, die aus der Zeit nach 1990 stammen und überwiegend durch das fatale Zusammenspiel von Medien und Politik in der Migrations- und Asyldebatte vermittelt wurden.⁸ Da die Brandenburger keiner Generation über direkte Erfahrungen mit Migranten verfügen,

⁷ Vgl. Harald Klier, Büro der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, Migration in Deutschland, Schwerpunkt: Das Land Brandenburg, Kapitel 1.3, Stand März 2003.

⁸ Vgl. Teun A. van Dijk: Presse und Eliterassismus; in: Christoph Burgmer: Rassismus in der Diskussion, Berlin 1998.

haben sich alte Vorbehalte gegen Ausländer tradiert, die durch Medien und Politik verstärkt wurden. Bei einer Minderheit der Brandenburger Bevölkerung dominiert heute eine Mischung aus alten Ressentiments und neuen Ablehnungen. Zweifellos stellen fremdenfeindliche Mentalitäten und eine unzureichende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Tätern und Mitläufern des Nationalsozialismus ein großes Problem bei der Stärkung der Zivilgesellschaft dar. Mit Blick auf die Ursachen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden beiden Aspekte meines Erachtens jedoch überbewertet.

Wie bereits erwähnt, handelte es sich bei der Migrationsthematik bisher um ein Phänomen, das auf bestimmte westliche Industrienationen begrenzt war. In Deutschland ist man bemüht, den menschenrechtlichen und karitativen Aspekt der Migration in der Öffentlichkeit zu unterstreichen. Doch wird man der Realität damit nicht gerecht: Weltweit sind die meisten Zuwanderer Arbeitsemigranten und deren Nachkömmlinge. Die Tatsache, dass keine moderne Wirtschaft auf Dauer ohne Zuwanderung auskommen kann, wird in Deutschland gern verschleiert. Jahrzehntlang beteuerte die offizielle Politik, „Deutschland sei kein Einwanderungsland“, während de facto kontinuierlich Ein- und Auswanderung stattfand.

Vor diesem Hintergrund lassen sich fremdenfeindliche Haltungen in Brandenburg als Abneigung gegenüber dem neuen, westdeutschen System verstehen. Viele Brandenburger sind von dieser neuen Ordnung bitter enttäuscht und vergessen nicht, dass sich die Versprechen der Bundesrepublik als leer erwiesen. Dieses Klima von Enttäuschung und Frustration wirkt sich auch auf die jüngere Generation aus. Rechtsextremistische Weltbilder mit ihrer anti-demokratischen, anti-kapitalistischen, anti-amerikanischen und anti-westlichen Rhetorik stoßen hier auf fruchtbaren Boden. Rechtsextreme Gewalttäter sehen in einem dunkelhäutigen Menschen nicht ausschließlich das Mitglied einer vermeintlich „minderwertigen Rasse“, sondern auch einen Repräsentanten des westlich-kapitalistischen Systems, das die Migrationsbewegungen aus ihrer Sicht verursacht.⁹

Obgleich der statistische Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in Brandenburg nur knapp 2,6 Prozent beträgt, wird er von den Brandenburgern selbst auf ca. 20 Prozent geschätzt. Ursächlich dafür ist vermutlich der Umstand, dass die Brandenburger kaum direkten Kontakt zu Migranten haben. Allerdings ist dieses Phänomen auch in klassischen Einwanderungsländern zu beobachten. So liegt der Anteil der Afroamerikaner in den USA

⁹ Vgl. Christoph Butterwegge: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? in: Christoph Butterwegge, Georg Lohmann: Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt – Analysen und Argumente, Opladen 2000.

bei etwa zehn Prozent, die Masse der weißen Amerikaner schätzt ihn jedoch auf 40 bis 50 Prozent. Derartige statistische Befunde werden der sozialen Realität gewiss nicht gerecht: In Wirklichkeit ist das „Migrantenproblem“ in Brandenburg weniger eine Frage der Quantität als der Qualität. Ein in Frankfurt am Main geborener Deutsch-Türke, der dort seinen Lebensmittelpunkt in einer ethnischen Community hat, akzentfrei Deutsch spricht, als Krankenpfleger arbeitet und einen gesicherten Aufenthaltsstatus besitzt, eckt in der Gesellschaft nun einmal sehr viel weniger an als ein kongolesischer Asylbewerber, der vorübergehend in Rathenow leben muss, kaum ein Wort Deutsch spricht, kein Bargeld erhält und mit Chipkarten einkaufen muss und der überdies jederzeit abgeschoben werden kann. Im Falle des kongolesischen Asylbewerbers spielt also zum einen bereits die „Sichtbarkeit von Fremdheit“ eine Rolle und zum anderen sein rechtlicher und auch sozialer Status, der weit unter dem eines Russlanddeutschen, EU-Ausländers oder Deutsch-Türken liegt.

Die Migrationsthematik in Brandenburg wird oft mit der Asyl- und Flüchtlingsthematik gleichgesetzt. Für die Alltagskommunikation heißt das, dass die Begriffe „Ausländer“, „Spätaussiedler“ und „Asylbewerber“ für viele Brandenburger nur verschiedene Bezeichnungen desselben Phänomens sind. Diese Vereinfachung entspricht in vielen Orten Brandenburgs allerdings der Realität: Häufig sind die Mehrzahl der Migranten tatsächlich Asylbewerber. Viele Menschen in Brandenburg nehmen daher an, dass „Ausländer“ nicht arbeiten, Sozialhilfe beziehen und den Sozialstaat belasten.

Man macht es sich einerseits zu einfach und andererseits vielleicht auch zu schwer, wenn man die Ursachen der „fremdenfeindlichen Grundstimmung“ bei Teilen der Brandenburger Bevölkerung immer nur in der Vergangenheit bzw. in deren Sozialisation sucht. Vergleicht man Brandenburg etwa mit Hessen, so zeigt sich, dass ein großer Teil der in Brandenburg lebenden Ausländer Asylbewerber und Flüchtlinge sind, denen durch die rechtlichen Regelungen entweder untersagt ist, eine Arbeit aufzunehmen, oder die durch die Kombination von katastrophaler Arbeitsmarktlage und dem Bevorzugungsprinzip (erst Deutsche, dann EU-Ausländer, dann erst Außereuropäische bzw. nicht EU-Ausländer) faktisch keine Hoffnung auf einen Arbeitsplatz haben. Die Gleichsetzung von Ausländern mit Unterstützungsempfängern hat in dieser Hinsicht eine – wenn auch schmale – Erfahrungsbasis. Problematisch bleibt freilich die Verallgemeinerung und die Zuschreibung einer generellen Arbeitsunwilligkeit von „Ausländern“.

Im Dezember 2003 betrug die Arbeitslosenquote unter Ausländern in Brandenburg 41,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum belief sich in Hessen nur

17,3 Prozent.¹⁰ Hinzu kommt, dass die Struktur der Zuwanderung in Brandenburg von einem hohen Anteil von Menschen geprägt ist, die sich in der Aufnahmephase befinden (z. B. Asylbewerber und Flüchtlinge). Vielerorts ist fast die Hälfte der Zuwanderer nicht integrationsberechtigt. Rund ein Drittel hat keinen Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. verfügt nicht über eine Arbeitserlaubnis.¹¹ Man kann also davon ausgehen, dass über die Hälfte aller Ausländer in Brandenburg ohne Beschäftigung ist.

Aus einer empirischen Studie zur Akzeptanz und Integration von Ausländern in Brandenburg geht hervor, dass Brandenburger durchaus bereit sind, Einwanderer zu akzeptieren – soweit diese ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und seit längerer Zeit hier leben. In dieser Studie sprach sich über die Hälfte der befragten Bewohner Brandenburgs dafür aus, Ausländern nach fünf Jahren Arbeit und Aufenthalt in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft zu gewähren. Darin kommt eine weit liberalere Haltung zum Ausdruck, als der derzeitigen gesetzlichen Regelung unter einer rot-grünen Bundesregierung.¹² Der so genannte „normale“ Arbeitsmigrant, der auf Dauer in Deutschland lebt, ist bislang jedoch in Brandenburg kaum zu finden.

Arbeitsmarktzuwanderung ist in Brandenburg nur in sehr wenigen Sektoren (z. B. Hochschulen) feststellbar. Ansonsten handelt es sich bei den Zuzügen nicht um Zuwanderung im engeren Sinne, sondern um Zuweisungen. Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber/Flüchtlinge immigrieren meist unfreiwillig nach Brandenburg; sie werden gemäß bundesweiter Quoten zugewiesen und verlassen das Land oft bei der erstbesten Gelegenheit.¹³ Neben der schwierigen Arbeitsmarktsituation in Brandenburg spielen auch andere Faktoren eine Rolle. Die tatsächlichen Wanderungen orientieren sich an bestehenden sozialen Netzwerken, d. h. an den in Deutschland bereits lebenden Verwandten oder Bekannten. Sie sind meist die wichtigste Informationsquelle für Migranten und vermitteln nicht selten die erste Wohnung und den ersten Job. Gut 95 Prozent aller Migranten bzw. Ausländer in Deutschland leben in den alten Bundes-

¹⁰ Vgl. Bundesarbeitsamt.

¹¹ Vgl. Redaktionsgruppe Memorandum: Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern, www.auslaenderbeauftragter.sachsen-anhalt.de, eingesehen am 23.5.2004.

¹² Vgl. Ralf-Dietmar Hegel, Karla Horstmann, Martina Müller: Fremde im Land Brandenburg – Eine Empirische Studie zur Akzeptanz und Integration ausländischer Menschen, September 2001.

¹³ Vgl. das Memorandum: Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern.

ländern und Berlin.¹⁴ Ein Großteil der bleibeberechtigten Zuwanderer zieht in die ethnischen Communities, die sich hier herausgebildet haben. Die informellen Netzwerken und die jeweiligen ethnischen Communities spielen bei der Integration von Migranten demnach eine zentrale Rolle. Die Politik der angelsächsischen Staaten reagierte in den siebziger Jahren auf diese Beobachtung, indem sie den ethnischen Communities verstärkt Integrationsaufgaben übertrug. In Deutschland ist etwas Vergleichbares nur in sehr begrenztem Maße geschehen.

Wenn über Fremdenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung gesprochen wird, muss auch der politisch-rechtlichen Rahmen berücksichtigt werden. Man könnte, was die gesetzlichen und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen angeht, fast von einer Hierarchie der Ausländer bzw. Migranten sprechen. Beispielsweise stehen Spätaussiedler und EU-Ausländer ganz oben auf der Liste und sind den Einheimischen in vielerlei Hinsicht fast gleichgestellt. Asylbewerber dagegen sind am untersten Ende angesiedelt und praktisch in allen Lebensbereichen (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Aufenthaltsberechtigung, Mobilität usw.) eingeschränkt. Da in Brandenburg der Anteil der Ausländer, die am unteren Ende dieser Hierarchie angesiedelt sind, überproportional hoch ist, kann ein Zusammenhang zwischen der Anhäufung „weniger erwünschter“ Ausländer einerseits und einer fremdenfeindlichen Grundstimmung in Teilen der Brandenburgischen Bevölkerung andererseits vermutet werden. Zwar richtet sich die fremdenfeindliche Grundeinstellung in Teilen der Brandenburgischen Bevölkerung auch auf privilegierte Zuwanderergruppen wie z. B. Spätaussiedler. Diese besitzen aber aufgrund ihres rechtlichen Status und der oft vorhandenen (wenn auch kleinen) Communities weit mehr Möglichkeiten dem entgegenzuwirken als Zuwanderergruppen mit einem schlechteren rechtlichen Status und so gut wie keiner ethnischen Community.

Fremdenfeindlichkeit und „Community-Bildung“ am Beispiel von Wittstock/ Dosse

Die Vorgänge um den Tod des 24-jährigen Russlanddeutschen Kajrat Batesov im Mai 2002 in Alt Daber bei Wittstock dokumentieren vielleicht mehr als vergleichbare Gewalttaten die fremdenfeindliche Grundstimmung in Teilen der Bevölkerung und die äußerst schwierige Situation von Zuwanderern in Brandenburg.

¹⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt; www.destatis.de/cgi-bin/, eingesehen im Dezember 2002.

Auf einer Techno-Party am 3./ 4. Mai 2002 wurden Kajrat Batesov und sein Freund Maxim Kartagusov von einer Gruppe Jugendlicher bzw. junger Erwachsener als Russlanddeutsche identifiziert. Man signalisierte ihnen, dass sie bei dieser öffentlichen Veranstaltung nicht erwünscht seien. Sie verließen die Veranstaltung und wurden kurz danach auf offener Straße von mindestens fünf Personen mit Tritten und Schlägen traktiert und als „scheiß Russen“ beschimpft. Einer der Täter schleuderte schließlich einen ca. 17 Kilo schweren Feldstein auf Batesovs Brustkorb. Batesov musste auf der Intensivstation behandelt werden, wo er knapp drei Wochen später, am 24. Mai 2002, an schweren inneren Verletzungen starb.

Die fünf Täter kamen nicht aus der rechtsextremen Szene, sondern entsprachen eher dem Bild von normalen, d. h. sozial integrierten Jugendlichen mit fremdenfeindlicher Einstellung. Im Gerichtsprozess distanzieren sich die fünf Angeklagten deutlich von der rechtsextremen Szene und bezeichnen sich als „Techno-Clique“. Das Gericht attestierte ihnen eine „durchschnittliche Intelligenz, soziale Anpassbarkeit und ein geordnetes familiäres Umfeld“.¹⁵

Als sich herausstellte, dass die Tat nicht der rechtsextremen Szene zuzuordnen war, zogen viele Menschen den Schluss, dass die Tat keinen fremdenfeindlichen Hintergrund habe. Eine solche Logik lässt einfache Denkmuster erahnen: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen demnach kein gesellschaftliches Problem dar, sondern lassen sich auf rechtsextreme Randgruppen beschränken. Letztendlich wird diese Deutung auch in öffentlichen Debatten vermittelt. Es ist in der Arbeit vor Ort daher äußerst schwierig, über die Themen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu reden, ohne sofort eine direkte Verbindung zu Glatzen, Springerstiefeln und Jugendgewalt herzustellen.

Die fremdenfeindliche Grundeinstellung im Umfeld der Täter kam bei den Vernehmungen von ca. 40 Zeugen aus der Techno-Szene Wittstocks zutage. Obwohl Dutzende der Tat zugesehen haben müssen, fand sich niemand, der den Steinwurf bezeugen wollte. Der Staatsanwalt sprach damals zutreffend von einer „Mauer des Schweigens“. Diese unreflektierte Solidarität mit den Tätern kann vor allem in Kleinstädten verschiedene Ursachen haben, z. B. Angst vor den Tätern und ihren Kreisen, Solidaritätsgefühle mit Altansässigen oder Trotz gegen die überregionalen Medien. Eine der Ursachen für die Solidarität zwischen Zeugen und Tätern ist jedoch sicherlich auch in einer geteilten fremdenfeindlichen Einstellung zu suchen. „Bis zum Schluss des Gerichtsprozesses wurde der Eindruck vermittelt, dass

¹⁵ Vgl. Opferperspektive: Jahrbuch 2002, S. 15ff.

ein Großteil der anwesenden ZuhörerInnen aus dem sozialen Umfeld der Täter das Ausmaß der Menschenverachtung, das dem Tatgeschehen inwohnte, nicht begriffen hatte“.¹⁶

Der Tod von Kajrat Batesov brachte außerdem erstmalig die große Breite der Diskriminierungen und Integrationsprobleme offiziell zur Sprache, mit denen Spätaussiedler in Wittstock zu kämpfen haben. Dazu gehören das Mobbing auf dem Schulweg oder in der Schule selbst, die Verweigerung des Discoeintritts sowie Angriffe und Beleidigungen auf offener Straße. Viele Spätaussiedler in Wittstock brachten in dieser Zeit zum ersten Mal öffentlich zum Ausdruck, dass sie die Stimmung als feindselig empfinden und es deshalb vermeiden, das Haus ohne konkreten Anlass zu verlassen. Es ist allerdings bemerkenswert, dass die Anliegen der Spätaussiedler erst dann ins Zentrum des allgemeinen Interesses rückten – auch von Seiten der Landesregierung –, als eine Jugendgruppe von Spätaussiedlern in einem Racheakt zum Treffpunkt der rechtsextremen Szene in Wittstock, einer Tankstelle, fuhr und dort eine Schlägerei mit rechtsextremen Jugendlichen begann. Als die Polizei wenige Stunden später die Täter festnehmen wollte, kam es ebenfalls zu Handgreiflichkeiten.

Obwohl die in Wittstock stark verankerte NPD öffentlich bekundet hat, dass sie Spätaussiedler als Deutsche anerkennt und auch Integrationsbemühungen unternehmen will, kam es seitdem wiederholt zu Schlägereien zwischen Spätaussiedlern und Rechtsextremen.¹⁷ Die Integrationsbemühungen der NPD indes scheinen gescheitert zu sein. Bei einigen ihrer Kameraden ist der Fremdenhass wohl stärker ausgeprägt als die Verinnerlichung der rechtsextremen Ideologie: Das völkische Prinzip von der Artgleichheit durch Blutsbande kann, wie die Konfrontationen zwischen Rechtsextremen und Spätaussiedlern in Wittstock zeigen, in einen Gegensatz zu fremdenfeindlichen Aggressionen geraten.

Interessant ist nun, dass die Ereignisse nach dem Tod von Kairat Batesov einen Prozess der Community-Bildung oder -Formierung und Emanzipation in Gang gesetzt haben.¹⁸ Dies begann bereits mit den Angriffen der Aussiedler-Jugendlichen auf die Angehörigen der rechtsextremen Jugend-

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Seit Januar 2004 gehört die ehemalige Wittstocker NPD zur regionalen „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO), die sich wegen der Aufstellung eines NPD-Kandidaten bosnischer Herkunft zur Europawahl von der Partei abspaltete.

¹⁸ Der Begriff „Community“ geht auf die Chicago School zurück, die in den zwanziger Jahren erstmals Einwanderermilieus wie z. B. Little Italy in den USA untersuchte. Es handelt sich um einen wissenschaftlichen Begriff, der sich nur sehr schwer übersetzen lässt. Das Wort Gemeinschaft bietet keine sinngemäße Übersetzung und ist außer-



Haus der Begegnung in Wittstock



Spätaussiedler im Haus der Begegnung

kultur. Ganz offensichtlich bedurfte es einer gehörigen Portion Selbstvertrauen und einer ideellen Rückendeckung durch eine relativ große Gemeinschaft von Russlanddeutschen, um die rechtsextreme Clique anzugreifen. Wittstock war über zehn Jahre lang Ansiedlungsschwerpunkt von Spätaussiedlern im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Zwar verlassen die meisten Familien Wittstock nach Ablauf der dreijährigen Residenzpflicht und des Sozialhilfebezugs in Richtung der alten Bundesländer, dennoch leben derzeit ca. 500 Spätaussiedler in der Stadt. Auch die Familie von Kajrat Batesov siedelte inzwischen zu Verwandten nach Nordrhein-Westfalen über, wo er auch begraben wurde.

Die Verantwortlichen der Stadt waren seinerzeit völlig überrascht, als die schwerwiegenden Integrationsprobleme nach zehn Jahren erstmals zur Sprache kamen. Niemand in Wittstock hatte bis dahin eine Vorstellung von den Schwierigkeiten der Spätaussiedler. Man reagierte mit der Einrichtung eines beim Sozialamt angesiedelten Bürgerberatungsbüros von Spätaussiedlern für Spätaussiedler. Hierfür wurden insgesamt drei Beraterstellen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) geschaffen. Die Bürgerberatung hat seitdem einen ungeheuer großen Zulauf; bei der Bewältigung der Probleme und Anliegen von Spätaussiedlern in Wittstock erwies sie sich als äußerst effektiv.

Des Weiteren ist mittlerweile ein Haus der Begegnung in Wittstock entstanden, das von Spätaussiedlern selbst betrieben wird. Auch dieses Projekt geht direkt auf die Gespräche zurück, die nach dem Tod von Kajrat Batesov innerhalb des Aktionsbündnisses „Für ein tolerantes Wittstock – Couragiert gegen rechts“ zwischen Spätaussiedlern und Vertretern von

dem historisch zu belastet, insbesondere wenn es in Zusammenhang mit „Volksgemeinschaft“ gebracht wird. Der Community-Begriff ist eher im Sinne eines sozialen Netzwerkes zu verstehen.

Stadt, Kreis, Kirche u. a. stattfanden. Das Haus der Begegnung kam letztendlich mit Unterstützung zahlreicher Akteure zustande: So stellte die Stadt die Immobilie zur Verfügung, der CVJM trat als Träger auf, die zahlreichen Spätaussiedlern renovierten das Haus ehrenamtlich. Das Haus der Begegnung war hauptsächlich als kulturelle, aber auch als politische Repräsentanz der Spätaussiedler konzipiert. Es ist insofern als erster Schritt in Richtung Community Formierung zu betrachten.

In der Vergangenheit hatten Spätaussiedler-Jugendliche in einem Jugendclub des DRK verkehrt und diesen faktisch zu ihrem eigenen Club gemacht. Aus finanziellen Gründen musste dieser Club schließen. Es kam auch wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Betreibern und Nutzern, vor allem weil die Betreiber es nicht akzeptieren konnten, dass andauernd Russisch gesprochen wurde. Aus dieser Erfahrung heraus war man in Wittstock zu dem Schluss gekommen, dass man nicht wieder etwas „für die Spätaussiedler“ tun wolle, sondern dass „sie etwas für sich selbst und für die Stadt tun sollten“.

An diesem lokalen Beispiel aus Wittstock/ Dosse lassen sich einige der oben allgemein formulierten Thesen verdeutlichen. Zum einen zeigt es, dass rassistische Gewalt nicht auf die rechtsextreme Szene begrenzt ist, sondern dass fremdenfeindliche Einstellungen auch bei anscheinend normalen und sozial angepassten Teilen der Bevölkerung zu finden sind. Selten hat es zuvor in Brandenburg einen derart gewalttätigen Vorfall mit fremdenfeindlichem Hintergrund gegeben, welcher mit einer solchen Eindeutigkeit nicht der rechtsextremen Szene zuzuordnen war.

Schließlich zeigt sich, dass die ethnischen Communities durchaus in der Lage sind, die Integration ihrer eigenen Mitglieder zu fördern. Die Erfahrung, die bereits in anderen Ländern gemacht wurde, Integrationsaufgaben teilweise von den eigenen Ämtern auf die ethnischen Communities selbst zu übertragen, erwies sich in Wittstock als erfolgreich. Damit sie jedoch in die Lage sind, die Integration ihrer Mitglieder zu fördern, müssen sie zunächst als eine Gruppe mit besonderen Bedürfnissen wahrgenommen und anerkannt werden. In Wittstock ging man bis zum Tod von Kajrat Batesov davon aus, dass die Spätaussiedler keine Probleme hätten, weil sie diese nie zur Sprache brachten. Dafür gab es einen völlig banalen Grund: In der Stadtverwaltung bzw. beim Sozialamt gab es niemanden, der ihre Muttersprache sprach und dem sie ihre Probleme mitteilen konnten. Die Community der Russlanddeutschen kann die Kommune bei der Erfüllung ihrer Integrationsaufgaben unterstützen, ohne sie aus der politischen Pflicht zu entlassen. Jetzt muss die Gemeinde ihre neuen Bürger willkommen heißen und sich eindeutig und öffentlich zu ihren Problemen positionieren. Einen Teil der Wähler kann das abschrecken.

Verdeutlichen lässt sich am Fall Wittstock zudem der Unterschied zwischen den staatlicherseits erwünschten und unerwünschten Zuwanderergruppen. Spätaussiedler gehören hinsichtlich ihres aufenthaltsrechtlichen Status zu den privilegierten Migranten. Voraussetzung einer erfolgreichen Integration ist immer ein gesicherter Aufenthaltsstatus, wie die Erfahrung der klassischen Einwanderungsländer zeigt. Wenn der Nationalstaat ernsthaft eine Integrationspolitik betreibt, könnte das Ziel dieser viel beschworenen Integration nur der Erwerb der Staatsangehörigkeit sein. Nur durch den Erwerb der Staatsangehörigkeit ist eine volle Integration mit allen Rechten und Pflichten möglich. Es war aber bis in die jüngste Zeit nie Ziel deutscher Ausländerpolitik, aus Zuwanderern nichtdeutscher Herkunft auch deutsche Staatsbürger zu machen.¹⁹ Mit dem neuen Staatsbürgerrecht aus dem Jahr 2000 haben sich allerdings die Einbürgerungsmöglichkeiten von Migranten in Deutschland erweitert, so dass in Zukunft eine stärkere Emanzipation der Zuwanderergruppen möglich ist.

Das Beispiel der Spätaussiedler in Wittstock zeigt, dass eine Emanzipation trotz kultureller und sprachlicher Barrieren und einem äußerst schwierigen Umfeld (hohe Fluktuation innerhalb der Community bzw. Abwanderung nach Westen, sehr schwierige Arbeitsmarktlage und fremdenfeindliches Umfeld) durchaus möglich ist, wenn gewisse Grundvoraussetzungen gegeben sind. Dazu gehören *erstens* ein gesicherter Aufenthaltsstatus bzw. die Bürgerrechte (vor allem das Wahlrecht), *zweitens* die eigene ethnische Community, die den Migranten Sicherheit, Geborgenheit und Orientierung im neuen Umfeld bietet, und *drittens* eine Kommunalpolitik, die ihre neuen Bürger aktiv willkommen heißt.

¹⁹ Die Einbürgerungsrate des Zeitraumes 1986 bis 1994 – bezogen auf die jeweilige ausländische Bevölkerung im Jahre 1985 – lag in Schweden bei 59 Prozent, in den Niederlanden bei fast 45 Prozent und in Deutschland bei fünf Prozent (vgl. Klaus J. Bade: Europa und die Migration am Ende des 20. Jahrhunderts – Akademievorlesung gehalten am 4.7.2000. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht).

„Der Landser“ – Wie ein Mann ein Mann wird

Seit rund 50 Jahren läuft die Produktion einer Heft-Serie, die viel gelesen wird, aber kaum kritische Reaktionen hervorruft. Die „Landser“-Hefte schleichen durch die Gemüter pubertierender Jungen, ohne dass sich die Erwachsenenwelt mit dieser „Schmuddelliteratur“ auseinandersetzen will.¹

Nach unserer Erfahrung ist eine detaillierte Kenntnis isolierter Elemente des Zweiten Weltkrieges eine Voraussetzung für eine erhöhten Status innerhalb der Neonazi-Szene. Für die Skinhead-Szene gilt dies weniger. Dieses Wissen muss nicht umfassend sein, doch ist eine terminologische Sicherheit in technischen Details (etwa einer Waffengattung der Wehrmacht) Ausweis einer Szene-Kompetenz, wie sie auch durch die Kenntnis einschlägiger Musik oder Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen erreicht werden kann. Auch wenn die legal erwerbbar Hefte der Serie innerhalb der harten Szene kaum konsumiert werden, weil sie zu altbacken und langweilig sind, stellen sie doch einen Einstieg dar – kaum ein Rechts-extremist hat sie am Anfang seiner Karriere nicht gelesen.²

Zur aktuellen Bedeutung der „Landser“-Romane

Es ist still geworden um den „Landser“. Doch es geht ihm so gut wie schon lange nicht mehr. Mitte der siebziger Jahre wurde die Serie in der Germanistik – die sozialgeschichtliche Methode hatte Konjunktur – intensiver behandelt.³

¹ Die Landser-Hefte sind nicht zu verwechseln mit einem in Nürnberg erscheinenden Fanzine namens „Landser“, das in der rechtsextremen Szene hoch angesehen ist.

² Dies gilt, wie eine ältere Untersuchung zu Einstiegsprozessen in der alten Bundesrepublik zeigt, bereits für die siebziger Jahre. Vgl. Eike Hennig: Lieber Nazi als Kommunist. Wie westdeutsche Jugendliche zu Rechtsextremisten werden; in: Der Spiegel, Nr. 46, 1981, S.35-54. Torsten Lemmer, der frühere Inhaber eines Versandhandels der rechtsextremen Szene, erinnert sich, daß er die Landser-Hefte in den achtziger Jahren „verschlungen“ hat (Rechts Raus. Mein Ausstieg aus der Szene, Berlin 2004, S.24f.).

³ Die umfassendste, noch heute gültige Analyse der Heftserie ist von Klaus F. Geiger: Kriegeromanhefte in der BRD. Tübingen 1974, erschienen. Aus der selben Zeit stammt Ernst Antoni: Landser-Hefte. Wegbereiter für den Rechtsradikalismus. München

Spätestens mit der Friedensbewegung in der alten Bundesrepublik ging die Auseinandersetzung mit der Hefteihe zurück. Damals ging man wohl davon aus, dass sich der Erfolg der Serie biologisch erledigen würde, und keine jüngeren Leser mehr gewonnen werden könnten. In der Flut der heutigen Rechtsextremismus-Literatur spielt der „Landser“ keine Rolle. Lediglich ein Artikel des „Spiegel“ hat vor einiger Zeit den Blick wieder auf die Rastätter Ideologien-Schmiede gelenkt.⁴ Dabei scheint der Serie mit wenigstens 100.000 Lesern pro Monat eine wichtige Funktion zuzukommen. Über diese Texte lassen sich auch ideologisch nicht festgelegte männliche Jugendliche ansprechen. „Abenteuer“, Korps-Geist, Mut und die überhöhte Relevanz des Individuums als „Held“ werden als ethische Grundmuster kommunizierbar und im Sinne rechtsextremer Ideologie für die Rekrutierung einsetzbar. Der von Franz Schönhuber proklamierte Schulterchluss der Großväter mit den Enkeln kann über die „Landser“-Produkte einfach hergestellt werden.

In den Gefängnissen werden die „Landser“-Hefte gerne gelesen, weil sie ein übersteigertes Männerbild transportieren, das die „Niederlage“ überhaupt erst zum Beweis der Männlichkeit macht.⁵ Die Geschichten der „Landser“-Hefte transportieren nicht unmittelbar rechtsextreme Ideologie, sondern dienen dazu, dass Jugendliche sich in die Szene „einfädeln“ können. Ihre Themen bilden eine Kommunikationsbasis zwischen pubertierenden männlichen Jugendlichen und der rechtsextremen Szene. Der neue Boom des fast toten „Landser“ wurde vor allem durch die ostdeutsche Nachfrage ausgelöst. Das Vertriebsnetz entspricht sehr elegant dem Verhalten der neuen Kundschaft: Tankstellen sind häufig informelle Szene-Treffs der Jugendlichen.

1979. Seit dem ist nur noch erschienen von Walter Nutz: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane; in: Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 853, Wroclaw 1987, S.99-115. Andere Texte, die hier zitiert werden, behandeln das Thema Landser-Roman als Unterthema der Kategorie „Trivilliteratur“ oder „Abenteuerroman“.

⁴ Vgl. Anonym: Kämpferproben Verbände; in: Der Spiegel, Nr. 32, 1998, S.28. Durchaus nicht übertrieben wurde dargestellt, dass es eine sehr enge Verquickung von NPD und „Landser“-Heften gibt.

⁵ Vgl. Renate Oschlies: Weggesperrt; in: *Berliner Zeitung*, 26.3.2002.

Das Leseverhalten männlicher Jugendlicher

Kinder und Jugendliche werden heute früh mit einem sehr großen und konkurrierenden Angebot von Medien konfrontiert. Stärker als das Buch gehören Fernsehen und Internet zum normalen Ensemble jugendlicher Aufmerksamkeit. Dabei werden gerade wegen des unübersichtlichen Angebotes schnell Vorlieben für bestimmte Genres entwickelt. Diese „Durchgangsliteratur“ für Jugendliche ist nach 1945 zunehmend professionalisiert und differenziert worden.⁶ Gehörten noch bis vor wenigen Jahren die episch verschlungenen Karl May Romane zur kulturellen Grundausstattung der meisten Jugendlichen, so ist Winnetou heute abgelöst durch Harry Potter. Die Autoren und Figuren wechseln also mit den Jahrzehnten, aber bestimmte Muster bleiben gleich. So wählen Mädchen in ihrer Lektüre tendenziell eher Lesestoffe, die einen Bezug zu ihrer eigenen Welt aufweisen, wie Familienepen, Mädchengeschichten etc. Jungen werden in ihrem Leseverhalten anders sozialisiert. Sie wollen einen Doppelnutzen der Information: Der konsumierte Text soll unterhaltsam, gleichzeitig aber „wahr“ sein, d.h. eine Sachorientierung vermitteln. Entsprechend sind bei Jungen Sachbücher, Abenteuergeschichten und historische Romane deutlich beliebter als bei Mädchen.⁷ In diesem Bereich werden Jungen idealtypische Eigenschaften wie Mut, Treue, Ehrlichkeit und Gerechtigkeitsinn zugeschrieben und abverlangt.⁸ Insofern hat sich im Bereich der Jugendliteratur seit 100 Jahren nicht viel getan. Der „Landser“-Roman befriedigt dieses Bedürfnis auf mehrfache Weise: Die Serie suggeriert einen Wirklichkeitsgehalt, sie schildert männliche Sekundärtugenden und sie hat eine „Szene“ von Eingeweihten. Der letzte Aspekt findet in der Regel wenig oder keine Beachtung bei den Untersuchungen. Hefte werden auch heute noch von Jugendlichen getauscht, d. h. es besteht noch eine weitere Kommunikationsebene der Texte. Mit den Heften und ihren vermeintlich wahren Inhalten, wird damit eine Gruppenzugehörigkeit geschaffen, die sich auch auf einen

⁶ Vgl. Gundel Mattenklott: Zauberkreide. Kinderliteratur seit 1945. Stuttgart 1989, S.11.

⁷ Vgl. Susanne Limmroth-Kranz: Lesen im Lebenslauf. Lesesozialisation und Leseverhalten 1930 bis 1996 im Spiegel lebensgeschichtlicher Erinnerungen, Diss. Hamburg 1997, Kap. V. Im Netz: <http://webdoc.gwdg.de/ebook/fk/1999/limmroth-kranz>, eingesehen am 15.12.2002.

⁸ Diese Eigenschaften werden nicht nur in den klassischen Abenteuerromanen wie etwa denen Jack Londons thematisiert, sondern durchaus auch bei den weniger „harten“ Geschichten Erich Kästners, etwa in: „Pünnchen und Anton“ oder bei „Emil und die Detektive“.

gemeinsamen Wertekanon berufen kann – hier findet sich derselbe Effekt, wie bei Karl-May-Romanen. Aber anders als diese sind „Landser“-Romane mehr noch als andere Heftrömene stigmatisiert und haben ein anrühiges Image. Dadurch bekommen die Romane Bedeutung von „verbotenen“ Texte, deren Lektüre häufig nur den eingeweihten Freunden bekannt ist. Auch Erwachsene geben die Lektüre von „Landser“-Romanen nur selten zu.⁹

Massenliteratur und Kriegerromane vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach dem Ersten Weltkrieg fand eine tief greifende Veränderung auf dem Gebiet der Massenliteratur statt.¹⁰ Der bis dato vorherrschende Gesellschafts- und Liebesroman wurde zugunsten des Heimat- beziehungsweise des Blut-und-Boden-Romans zurückgedrängt. 1922 verlangten 90 % der Leser nach Produkten dieser Kategorie. Die beliebtesten Autoren des Genres waren: Herzog, Ganghofer, Bonsels und die unverwüstliche Johanna Spyri. Vom Rückgang des Liebesromans war eine Autorin selbstverständlich nicht betroffen: Hedwig Courths-Mahler (d. i. Friederike Elisabeth Mahler), die allein zwischen 1919 und 1941 160 ihrer insgesamt 209 Romane veröffentlicht hatte. Courths-Mahler hat das Erzählschema des Hefchen-Romans wesentlich geprägt. Sie war es, die in Deutschland die industrielle Romanfabrikation erstmals praktiziert hatte.¹¹ Äußerlich hat sich der Hefroman aber an den amerikanischen Vorbildern orientiert. Die „Dime-Novels“ wurden während des Zweiten Weltkriegs als „Groschenromane“ übernommen. Ein Druckbogen von 64 Seiten stellte das Standardformat dar. Die Heftrömene wurden in Serien gefertigt: Abenteuer-,

⁹ Vgl. Susanne Limmroth-Kranz: Lesen im Lebenslauf. Lesesozialisation und Leseverhalten 1930 bis 1996 im Spiegel lebensgeschichtlicher Erinnerungen, Diss. Hamburg 1997, Kapitel V. Im Netz: <http://webdoc.gwdg.de/ebook/fk/1999/limmroth-kranz>, eingesehen am 15.12. 2002.

¹⁰ Vgl. Walter Nutz: Massenliteratur; in: H. A. Glaser (Hg.): Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte, Band 10 und H. A. Glaser (Hg.): Weimarer Republik – Drittes Reich: Avantgardismus, Parteilichkeit, Exil. 1918-1945, Band 9, Reinbek bei Hamburg 1985.

¹¹ Nach 1933 erschienen von ihr „nur“ noch 58 Romane, erstaunlicherweise wurden 1941 ihre Romane aufgrund der Papierrationierung praktisch verboten, obwohl die denkbar „unpolitischen“ Romane sich großer Beliebtheit erfreuten und eine Durchschnittsauflage von 145.000 erreichten. Ihre Tochter Friede Birkner wurde zu Zwangsarbeit verurteilt, die sie verkrüppelt überlebte, deren Mann wurde im KZ Saarstedt ermordet.

Liebes-, Heimat-, Detektiv- und Kriegsromane sollten eine intensive Leserbindung aufbauen und über das Vertriebssystem der Kioske (anstatt der Buchhandlungen) einen ständigen Konsum der zumeist wöchentlich erscheinenden Hefte ermöglichen.¹² In Deutschland erschienen die ersten Heftrromane während des Krieges.

Heftrchenromane

Der Heftrchenroman, in der heute geläufigen Form, wurden 1938 von Fritz Mardicke eingeführt. Während der Nazi-Zeit entstanden dann etliche Männerroman-Serien, die sich an den antidemokratischen Kriegsromanen Beumelburgs, Zöberleins und ähnlicher Autoren orientierten. Prinzipiell dienten die Heftrserien in erster Linie der ideologischen Ausrichtung auf den Nationalsozialismus und der Geschichtsfälschung.

So hatte die Serie „Aus Deutschlands Werden“ des Beenken Verla- ges eine historische Thematik – Titel des ersten Heftrtes: „Von Hermann bis Hitler“ – ähnlichen Charakters waren auch die drei anderen Serien desselben Verla- ges. Die beiden Serien des Diesterweg Verla- ges waren ebenfalls historisch angelegt („Aus Sage und älterer Geschichte“, „Zur neueren Geschichte“). Dagegen waren die Heftrchen des NSDAP eigenen Eher-Verla- ges Kriegsromane. Für dessen Serien „Kleine Kriegshefte“ und „Junges Volk“ wurde eine Aufmachung gewählt, an die sich die heutigen „Landser“-Heftr stark anlehnen. Gleicher Tendenz waren die Produkte des Steiningerverla- ges. Erst Anfang des Jahres 2000 wurde durch Recherchen von Saul Friedländer bekannt, dass „Bertelsmann – noch vor dem Nazi- verla- ge Eher – der größte Produzent für nazitaugliche Unterhaltungs- und Kriegsliteratur war.“¹³

Bereits ab 1935 erweiterte der C. Bertelsmann-Verla- ge sein traditionell konfessionelles Verla- gsprogramm um „Kriegserlebnisbücher“. Bis zum Kriegsausbruch 1939 war das Programm so verändert, dass Bertelsmann kein religiöser Verla- ge mehr war. Im Auftrag der Wehrmacht und des Reichspropagandaministeriums wurden Reihen wie die „Feldpostausgaben“, die „Kleine Feldpostreihe“ und „Feldposthefte“ herausgegeben und gedruckt.

¹² Vgl. Ludwig Fischer: Heftrromane; in: Ludwig Fischer: Literatur der Bundesrepublik Deutschland bis 1967. München 1986, S.546ff.

¹³ Vgl. Saul Friedländer, Norbert Frei, Trutz Rendtorff: Bertelsmann im Dritten Reich, München 2002; vgl. dazu: Günter Frech: Fliegenfischer, Die Tageszeitung, Ausgabe Ruhr vom 7.12.2000.



Vorläufer der „Landser“-Hefte wurden vor 1945 vom Reichspropagandaministerium entwickelt. In Farbgebung und Aufmachung gilt beispielsweise die „Kriegsbücherei“ als Vorbild für die „Landser“-Serie. Hier: Wulf Bley, Fernaufklärer über England. Kriegsbücherei der Deutschen Jugend, Heft Nr. 47, Berlin o.J. (verm. 1941), ohne Rechtsnachfolge.

„Im Jahre 1938 betrug der Bertelsmann-Gewinn 284.191 Reichsmark, im Jahre 1941 waren es bereits 3.259.730 Reichsmark.“¹⁴ Die Schriften tragen Titel wie „Mit Bomben und Mgs über Polen“, „Jagdgeschwader Schuhmacher räumt auf“ oder „Wir funken für Franco“, also auch sprachlich Vorläufer der späteren „Landser“-Hefte. Zum Teil erreichten die Texte Auflagen von 100.000 Exemplaren. Insgesamt wurden etwa 20 Millionen Hefte gedruckt. In 119 Druckereien außerhalb des damaligen Reichsgebietes wurden die Wehrmachaufträge von Bertelsmann abgewickelt.

„Die Schließung von Verlag und Druckerei durch die Reichsschrifttumskammer 1944 erfolgte nicht – wie von Bertelsmann bisher behauptet – wegen oppositioneller Haltung zu den Nationalsozialisten, sondern wegen unrechtmäßig erworbenen Papiers und stand im Zusammenhang mit der totalen Kriegsmobilmachung.“¹⁵

Nach dem Krieg wurden die alten Texte von den Alliierten zunächst verboten. Später tauchten sie – teilweise gefiltert – wieder auf. Manche Autoren warteten auch einfach ab. Eine Nische bildete etwa der Abenteuerroman, der ideologisch unverdächtig war, gleichwohl aber alte Rassensereotype weiter verbreitete. So taucht in jüngerer Zeit mit Fritz Steuben (d. i. Erhard Wittke) ein NS-Autor – durch Vergessen „gereinigt“ – wieder im Verlagsprogramm auf, dessen Texte NS-Ideologie enthalten.¹⁶ In der Regel jedoch konnte das Material der NS-Zeit nicht umstandslos „recycled“ werden, sondern musste entweder neu geschrieben oder zumindest massiv umgearbeitet werden.

„Der Landser“ nach dem Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, kaum waren die alliierten Zensurbehörden 1949 verschwunden, eine ganze Reihe von Heftroman-Serien.¹⁷ Insgesamt gab es 1953 bereits 162 Heftserien. In zwei Konzentrationswel-

¹⁴ Vgl. Günter Frech: Buchclub der Landser. Jungle World vom 26.1.2000.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. Fritz Steuben: Der strahlende Stern, Stuttgart 1997. Zum Nachweis einer ideologischen Ausrichtung auf den Nationalsozialismus vgl. Winfried Kaminski: Den Osten im Westen erobernd. Überlegungen zum rassistischen Gehalt der Indianerbücher Fritz Steubens; in: Horst Heidtmann (Hg.): Jugendliteratur und Gesellschaft, Beiheft 4, Weinheim 1993, S.107-114 und Ursula Heukenkamp (Hg.): Schuld und Sühne? Kriegserlebnis und Kriegsbedeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit (1945 – 1961), Amsterdam 2001.

¹⁷ Vgl. Ernst Antoni: Landser-Hefte. Wegbereiter für den Rechtsradikalismus, Wolf Brühn (Hg.), München 1979.

len schrumpfte die Zahl auf 79 Serien im Jahr 1958 und etwa 80 im Jahr 1965, als nur noch sechs Verlage solche Serien publizierten.¹⁸ Parallel zum Konzentrationsprozess der Verlage nahmen aber die Auflagen der Serien deutlich zu. Fischer kommt zu folgenden Schätzungen¹⁹: Konstante Auflagen erreichten nur die Serien „Fliegergeschichten“, „Soldatengeschichten“, „SOS – Schicksale deutscher Schiffe“ und der „Landser“. Es wird davon ausgegangen, dass in den 60er Jahren 37 % der lesefähigen Bevölkerung Heftromane lasen.²⁰

Der vielleicht nahe liegende Schluss, den Rückgang der Serien durch zu häufige Indizierung gemäß des „Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ zu erklären, darf angesichts der damals geübten Praxis als kabarettistisch eingestuft werden. Viel eher stellt sich die Frage, inwieweit nicht gerade die auffällige Nichtanwendung dieses Gesetzes das Überleben des „Landser“ gesichert hat. Denn eines zumindest ist klar: Durch die Remilitarisierung der Bundesrepublik kamen auch „Helden“ und „Fliegerasse“ des Zweiten Weltkrieges in die Bundeswehr. Es war daher wohl kaum möglich gegen eine Heftserie vorzugehen, wenn öffentlich Wehrmachts- und Waffen-SS-Offiziere die neue Armee bestimmten, und Kasernen etwa nach General Dietl benannt wurden.

Innerhalb des Segments „Heftchenroman“ konnte sich der „Landser“-Roman erst Mitte der 50er Jahre breit durchsetzen. Produktionstechnisch firmierte er unter der Sparte „Männerroman“ zusammen mit Abenteuer-, Kriminal- und Westernromanen. Der Anteil dieser „Männer“-Literatur nahm im Segment des Heftromans kontinuierlich gegenüber den Frauenromanen zu. Bei den Kriegsromanen war die Geschlechtsspezifität am deutlichsten ausgeprägt: Es gab nur 12 % Leserinnen, 80 % der männlichen Leserschaft war (und ist) unter 18 Jahren – also ein klassisches Jugendheft!²¹ Die größte Lesergruppe von „Landser“-Heften sind also nicht, wie man vermuten könnte Weltkriegs-Veteranen, sondern männliche Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren. Dies mag auch erklären, warum „Landser“-Stories bar jeglicher weiblichen oder sexuellen Komponente sind – eine gewisse Ausnahme stellt die Figur der Pilotin Hanna Reitsch dar, die im Mittelpunkt mehrerer Hefte steht. Die Mehrheit der jugendlichen Leser hat vermutlich keine militaristische Grundeinstellung, ist aber durchaus offen für verharmlosende Einschätzungen des National-

¹⁸ Vgl. Ludwig Fischer: Heftromane; in Ludwig Fischer: Literatur der Bundesrepublik Deutschland bis 1967, München 1986, S. 549 und 551.

¹⁹ Ebd., S. 449f.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

sozialismus. Nach Geiger werden die „Landser“-Hefte erst dann brisant in ihrer Wirkung, wenn anders ausgerichtete Vorkenntnisse über die NS-Zeit fehlen. Bei dieser Lesergruppe steige die Bereitschaft, nationalistische Haltungen zu aktualisieren und autoritär angeordneter Gewaltanwendung zuzustimmen. Geiger unterscheidet damit zwei Lesergruppen:

Einmal jene, die ohnehin schon ein nationalistisches Weltbild haben, das durch die „Landser“-Lektüre regelmäßig bestätigt wird. Die zweite, größere Gruppe liest den „Landser“ als Abenteuerstoff, weil er es ihnen ermöglicht, legitime Aggression ohne Skrupel nachzuerleben.

Die zweite Gruppe sieht Geiger als die Gefährdetste an, da sie bei regelmäßiger Lektüre des Heftes und mangelhafter historischer Bildung das implizit offerierte „Landser“-Weltbild übernehme.

Der Pabel-Verlag und die Auflagenhöhe des „Landser“

Übereinstimmend berichten Antoni, Geiger und Kühn in den siebziger Jahren über ganz erhebliche Probleme bei der Beschaffung von Informationen über den in Rastatt ansässigen Pabel-Verlag.²² Bei dem Versuch, Angaben über die Auflagenhöhe vom Verlag zu bekommen, erhielt Kühn folgende Auskunft: „Ich bedaure außerordentlich, Ihnen nicht helfen zu können. Aufgrund negativer Erfahrungen und verlagsinterner Gründe wegen, geben wir über diesen Fragenkomplex grundsätzlich keine Auskünfte mehr.“

Als gesichert können somit nur die Angaben aus dem Handelsregister angesehen werden. Der Pabel-Verlag hatte seine früheren Konkurrenten Semrau und Moewig geschluckt; die Gruppe wurde vom Bauer-Konzern übernommen. Die Zugehörigkeit des Erich Pabel Verlages zum großen Bauer-Konzern („Bravo“, „Neue Revue“ u. v. a.) ist bei der Frage nach der Finanzierung des Verlages von besonderer Relevanz. Heute hält sich der Verlag nicht mehr so vornehm zurück. Auf der Homepage des Verlages wird nunmehr offensiv mit den Zahlen umgegangen²³.

²² Vgl. Klaus F. Geiger: *Kriegsromanhefte in der BRD*, Tübingen 1974; Dieter Kühn: *Luftkrieg als Abenteuer*. Kampfschrift. München 1976.

²³ <http://www.Landser.de/Landersites.htm>, eingesehen am 26.3.2002.



Der kleine Mann kann auch Großes vollbringen und sei es durch Zerstörung. Ein frühes Landser-Heft der 50er Jahre: Bosco von Lobositz, Stürmggeschütze vor. Ein Oberwachmeister verdient sich das Ritterkreuz, Heft Nr. 43, Rastatt o.J.

Pabel Moewig KG	Erscheinungsweise	Preis	Auflage
Der Landser	wöchentlich	1,65	60.000
Der Landser-Groband	14-tgig	1,75	60.000
SOS Schiffsschicksale	monatlich	1,65	60.000

Die Höhe der Auflage gibt naturgemäß keine Auskunft über die Zahl der verkauften Hefte. Rund 350 Titel hält der Verlag derzeit vorrätig, die nachbestellt werden können. Auf der Homepage des „Landser“ lassen sich entsprechende Kurzbeschreibungen der Heftinhalte einsehen.²⁴ Klaus F. Geiger geht von etwa 700.000 Lesern bei den „Landser“-Romane aus. Eine Zahl, die etwas zu hoch gegriffen scheint. Die Auflage der Hefte wurde in den siebziger Jahren auf 60.000 bis maximal 100.000 Exemplare geschätzt. Geiger musste also davon ausgehen, dass jedes Heft von sieben Personen gelesen wurde. Es sollte angesichts der Zahlen davon ausgegangen werden, dass monatlich rund 100.000 Hefte der Serie gelesen werden. Wird hierbei berücksichtigt, dass wohl immer noch rund 80 % männliche Leser unter 18 Jahren sind, wird die Brisanz dieser eher im unteren möglichen Bereich liegenden Zahl deutlich.²⁵ Berücksichtigt man, dass das Design der Marke „Landser“-Heft nicht etwa auf Veteranen abzielt, sondern auf jugendliche Leser, denen der Zweite Weltkrieg und seine „Werte“ nahe gebracht werden soll, wird deutlich, welchen Einfluss die Serie haben kann.

Seit Anfang der siebziger Jahre verzichtete der Verlag weitestgehend auf das einträgliche Anzeigengeschäft. Werbung tauchte nur noch vereinzelt in den Heften auf. Welcher Art diese Werbung seitdem ist, soll ein Beispiel verdeutlichen:

„Neu: Die echte Wehrmachtsuhr ist wieder da! Die Nachfolgerin der sagenhaft robusten und zuverlässigen alten deutschen Wehrmachtsuhr. Gefertigt vom früheren Hersteller. Jetzt mit automatischem Selbstaufzug und Kalender. Die Uhr, die nicht kaputtzukriegen war. Die Uhr, die nie einen „Landser“ im Stich ließ...“²⁶

²⁴ <http://www.Landser.de/Landersites.htm>, eingesehen am 12.3.2001.

²⁵ Die Aussagen zum Alter der Leserschaft variieren: Ludwig Fischer: Heftrömene; in: Ludwig Fischer: Literatur der Bundesrepublik Deutschland bis 1967, München 1986, S.549 und 551 geht von der genannten Zahl aus. Walter Nutz: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane; in: Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 853, Wrocław 1987, S.113 geht von 60 % männlichen Lesern unter 25 Jahren aus. Nach unseren ostdeutschen, nicht wissenschaftlich exakten Erfahrungen, müsste die Angabe von Fischer eher zutreffen, wobei wir einen deutlichen Schwerpunkt bei Lesern um die Pubertät erkennen.

²⁶ Vgl. Gütte: Im Norden der Ostfront. Der Landser, Band 1073, o.J., S.63.

Deutsche Kriegsauszeichnungen



Das Bandenkampf-Abzeichen
(golden)

Die Gründlichkeit des Sammlers wird durch Veröffentlichungen der Orden gefördert. Der legitime Widerstand in den besetzten Gebieten wird durch die kommentarlose Abbildung des „Bandenkampfabzeichens“ in den Bereich des Illegalen gerückt. Aus: Der Landser, Heft Nr. 2292, Rastatt 2002, S.68

Drei Erklärungen sind denkbar, warum der Pabel-Verlag über mehrere Jahrzehnte auf Werbung verzichtete.

Antoni geht von einer hohen Auflage aus, die verheimlicht werden soll, da der Verlag öffentliche Diskussionen um den Einfluss der Serie fürchtet. Die Auflagenhöhe müsste aber bekannt gemacht werden, um für Anzeigenkunden attraktiv zu werden. Die zweite Erklärung setzt eine sinkende Auflage voraus und erklärt das Verschwinden der Anzeigen dadurch, dass der „Landser“ für Inserenten immer uninteressanter wurde. Der „Landser“ wäre demnach nicht mehr profitabel und – wie seinerzeit „Die Welt“ des Axel C. Springer-Verlages – nur noch ein ideologisches Hobby des Verlegers. Als dritte und wahrscheinlichste Möglichkeit kommen die potenziellen Inserenten in Frage, die sich nicht in die Nähe von nationalistischem Gedankengut begeben wollten.

In den 90er Jahren änderte sich das Verhalten der Anzeigenkunden deutlich. Es sind wieder Werbeanzeigen geschaltet. Kleinverlage mit Literatur zum „Dritten Reich“, Neonazi-Banden wie Frank Rennicke und Kleindevisionen werden inzwischen angeboten.

Der formale Aufbau der „Landser“-Hefte

Der „Landser“ erscheint in zwei verschiedenen Versionen. Das reguläre Heft erscheint wöchentlich zu einem Preis von 1,65 Euro. Das Cover besteht im wesentlichen aus einem Schwarz-Weiß-Foto, das einen Schauplatz des Zweiten Weltkriegs zeigt. Dadurch wird dem potentiellen Käufer mitgeteilt, von welcher Waffengattung der Wehrmacht die Geschichte des Heftes handelt. Der Titelbalken ist in einem recht markanten Orangeton gedruckt. Auf der Innenseite des Covers befindet sich die Biographie eines hochrangigen Wehrmachtsoffiziers, der in der Regel der Waffengattung angehört, die im Band behandelt wird („Eichenlaubträger des Heeres“ etc.). Der Titelseite folgen Vorwort und Einleitung. Am Ende des Heftes findet sich das Impressum, dem sich eine Seite mit Werbung für andere „Landser“-Hefte anschließt. Auf der dritten Umschlagseite ist eine technisch-wissenschaftliche Waffenzeichnung (durchaus auch Bundeswehrwaffen) mit den dazugehörigen Daten wiedergegeben. Ein Foto dieser Maschine ist dann auf der Rückseite des Heftes zu bewundern.

Der Großband des „Landser“ erscheint alle 14 Tage, kostet 1,75 Euro und unterscheidet sich in der Ausstattung vom gewöhnlichen „Landser“. Der Kopf der ersten Umschlagseite ist blau statt orange. Den eigentlichen Unterschied zum normalen Heft macht die achtseitige Bildbeilage aus, davon ist eine Seite im Vierfarbendruck. Auf sechs Seiten wird das Thema

der Story in einer Art von Kriegsfamilienalbum illustriert. Zwei Bildseiten beschäftigen sich mit Uniformkunde. Der Innenteil ist vollkommen identisch mit den Normalheften. Erst nach dem Impressum machen sich die zehn Cent Mehrausgabe wieder bemerkbar, dann nämlich folgt das „Landser-Magazin“. Dies besteht in der Regel aus der Biographie eines Generals, der nicht notwendigerweise im Zweiten Weltkrieg aktiv gewesen sein muss. Der zweite Teil besteht in der Regel aus einer so genannten „Schlachtbeschreibung“, einem extrem kleinen Ereignis des Weltkrieges, das sorgsam mit allerlei belanglosen Fakten und Karten untermauert wird. Es müssen aber nicht unbedingt die Kämpfe des Zweiten Weltkrieges sein, bietet doch auch die Gegenwart und unmittelbare Vergangenheit genug Gelegenheit für vielfältige Abenteuer. So scheiterte zum Beispiel der tolle Flug des Herrn Powers in seiner schicken U 2 über die Sowjetunion nur daran, dass „sowjetische Agenten die exakten Radardaten, Zeit und Flugrichtung verraten hatten.“²⁷ Der Rest des Großbandes ist identisch mit dem Normal-Heft, nämlich dem „Waffenlexikon“.

Der „Landser“ gibt vor, ein kriegskritisches Selbstverständnis zu haben. Dieses Selbstverständnis wird zu Beginn jeder Geschichte deklamiert; es ist entweder Bestandteil des redaktionellen Vorwortes oder ein hervorgehobener Merksatz, der von einer Laubgirlande umkränzt ist. Hier einige Beispiele:

„Die Massenfriedhöfe des II. Weltkrieges sind eine Mahnung, die in jedem ‚LANDSER‘ ihren Niederschlag findet.“

„Dennoch hat der Autor es versucht und im vorliegenden Band geschildert, wie vielfältig die Skala des Grauens sein kann, die mit dem Begriff „Krieg“ nur unzureichend umschrieben ist. Dort, wo in Friedenszeiten eine der schönsten Landschaften der Mittelmeerregionen schon unzähligen Menschen Erholung und Lebensfreude vermittelte, wütete damals der Tod. Unter den Deutschen ebenso wie unter jenen, die andere Uniformen trugen und deren Soldateneid sie dazu verpflichtet hatte, zu töten und zu vernichten. Als im Frühjahr 1945 das Massensterben zu Ende gegangen war, keimte die schwache Hoffnung auf, dass die Menschheit aus diesem furchtbaren Drama ihre Lehre gezogen habe. Doch offenbar war dies ein Trugschluss. Die Redaktion“²⁸

²⁷ Vgl. Hans Martin: Die zweite Invasion. Der Landser, Großband 545, S.73.

²⁸ Ebd., S. 11.

Und im Vorwort heißt es:

„In einer Form und Häufigkeit, wie man sie bis dahin noch nicht in der Geschichte des Krieges kannte, wurden im Zweiten Weltkrieg von allen kriegführenden Nationen Spezialtruppen, Geheimkommandos und Kommandounternehmen eingesetzt. Es handelte sich um kleine, sehr bewegliche und entschlossene Einheiten, die vielfach Großes leisteten. Sie bestanden aus jungen Männern, die besonders ausgesucht und geschult wurden und vor nichts zurückschreckten. So klein diese Sondereinheiten waren, so mutig und tapfer erfüllten sie ihre Aufgaben. Dieser Bericht schildert nach Tatsachen einige dieser „Himmelfahrtskommandos“, wie sie damals im Soldaten-Jargon genannt wurden. Der Verfasser“²⁹

Die „stumme Anklage“, wie Antoni dieses Spruchgut des „Landser“ nennt, lässt sich in ihrer Entstehung klar datieren: 1959/60 waren die Kriegsromanenserien von einem Verbot durch die 1954 gegründete „Bundesprüfstelle für Jugendgefährdende Schriften“ unter ihrem ersten Vorsitzenden Robert Schilling bedroht.³⁰ Als Reaktion hatte die Redaktion jene Friedensbeurteilungen „angebaut“. Der floskelhafte Eindruck entsteht durch die graphische Abtrennung vom Kontext und durch die zweideutigen Formulierungen. Offen bleibt nämlich, wie man sich den „Niederschlag“ der „Massenfriedhöfe“ konkret vorzustellen hat.³¹

Das vom „Landser“ häufig vorgebrachte Argument, die Beschreibung des Grauens des Krieges habe eine gleichsam pazifistische Wirkung, erweist sich bei genauerer Betrachtung als reine Schutzbehauptung. Gerhard Schneiders Analyse in seinem Beitrag „Geschichte durch die Hintertür“ ist zuzustimmen:

„Bei genauerer Analyse zeigt sich jedoch, dass die Darstellung des Grauens in den „Landser“-Heften einen viel zu bescheidenen Raum einnimmt, um beim Leser tatsächlich eine Desillusionierung zu bewirken. [...] All diesen Gestaltungstechniken gemeinsam ist die Absicht, von der vom Krieg ausgehenden

²⁹ Vgl. Paus: Geheimkommandos. Der Landser, Großband 365, o.J., S. 11.

³⁰ Vgl. Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (Hg.): Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften informiert. Gesetzlicher Jugendmedienschutz, Kapitel 1, Bonn 2002. Es wurden dann etwa zehn Heftausgaben des Landser indiziert.

³¹ Eine stichprobenartige Überprüfung von Landser-Heften ergab, dass die kritikreichen Sprüche in Ausgaben über die Ostfront fehlen. Einer künftigen Untersuchung aller Landser-Hefte muss es vorbehalten bleiben, diesen Zusammenhang systematisch zu überprüfen.

Bedrohung abzulenken, sie zu verharmlosen, das Grauen zu neutralisieren. Das vergebliche Ziel der „Landser“-Hefte, über die Darstellung und Schilderung der Kriegsschrecknisse eine desillusionierende, ja pazifizierende Wirkung auf den Leser auszuüben, erweist sich als Schutzbehauptung.³²

Nicht jedes einzelne Heft ist ausschließlich ideologisch, die Serie als Ganzes aber enthält ideologische Botschaften, die teildientlich mit der NS-Propaganda sind. Antoni erscheint es „deshalb nicht als übertrieben [...] vom ‚Landser‘ als einer ‚Einstiegsdroge‘ in die Neonazi-Szene zu sprechen [...]“.³³ Inwieweit sich ein Urteil über den „Landser“ noch schärfer formulieren lässt, wird sich im Folgenden zeigen.

„Landser“-Autoren

Die Autoren der „Landser“-Hefte sind überwiegend ehemalige Parteigenossen der NSDAP. Ihnen fällt es leicht, das oberste Gebot des „Landser“ zu erfüllen und den Eindruck von Authentizität zu vermitteln. Zu großen Teilen waren sie im Propagandaministerium als Kriegsberichterstatter tätig:

Da ist ein Hanns Möller-Witten, der sich im Lühne-Verlag Leipzig mit dem Werk „Der Preuße aus Hannover – Scharnhorst, der Schöpfer deutscher Wehrkraft“ für seine spätere Arbeit qualifizierte und sich bei Dr. Freys „Deutscher National- und Soldatenzeitung“ als „militärpolitischer Ressortleiter“ weiterbildete.

Auch Alex Buchner erlernte sein Handwerk „im Felde“: Als Berichterstatter in einer Propagandakompanie während des Zweiten Weltkrieges. Danach übte er diese Tätigkeit durch Publikationen in den rechtsradikalen Verlagen Moewig, Schild und Vowinkel aus.

Fritz-Otto Busch debütierte schon während der Nazi-Zeit beim Bertelsmann-Verlag mit dem Buch „Narvik – Vom Heldenkampf deutscher Zerstörer“ (1940). Der „Landser“-Autor Werner Haupt ist lediglich durch seine Arbeit für den Schild-Verlag und bei Dr. Freys „Nationalzeitung“ bekannt.

Bemerkenswerter ist der Fall des Heinz A. Eckert. Der frühere „Abwehr“-Mann Eckert wurde nach dem Krieg wegen seiner Verbrechen an (vermeintlichen) Mitgliedern der französischen Résistance von einem fran-

³² Vgl. Gerhard Schneider: Geschichte durch die Hintertür. Triviale und Populärwissenschaftliche Literatur über den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 6/79, S. 11.

³³ Vgl. Ernst Antoni: Landser-Hefte. Wegbereiter für den Rechtsradikalismus, München 1979, S. 20.

zösischem Militärgericht zum Tode verurteilt und später zu einer Haftstrafe begnadigt. Er schrieb während seines Aufenthaltes in der Todeszelle ein Buch, das 1969 zunächst im Hamburger Holsten-Verlag publiziert wurde und als „Landser“-Großband 459 in Kurzfassung unter dem Titel „Das tödliche Spiel“ erscheinen sollte. Um der drohenden – und später auch durchgeführten – Indizierung vorzubeugen, argumentierte der Pabel-Verlag gerade mit diesem Todesurteil.³⁴ Dieser fleghafte Zynismus ist symptomatisch für etliche Äußerungen der „Landser“-Redaktion. Der Fall ist allerdings auch ein Beispiel für die schwer durchschaubare Praxis der Indizierung. So wird etwa der Titel von Ralph Brumme „Adler der Tundra“ im Moewig-Verlag verboten, später durfte der Pabel-Verlag aber einen „Landser“-Band unter dem Titel ‚Adler der Tundra‘ veröffentlichen. Vielleicht weil der Titel durch die Anführungszeichen weniger jugendgefährdend klingt?

Ideologischer Gehalt der „Landser“-Geschichten

Die Auseinandersetzung mit dem Inhalt der „Landser“-Heften muss gezielt dem ideologischen Gehalt gelten und kann sich nicht auf eine Diskussion über die historische Wahrheit der Fakten beschränken. In der Regel – und dies gilt vorrangig für militärische Details – sind die historischen Details korrekt. Allerdings wird bereits durch die Auswahl des Dargestellten eine ideologische Konzeption vermittelt. So kann es in einem „Landser“-Roman durchaus vorkommen, dass die Russen die Deutschen zwölf mal angreifen, während die Deutschen nur einmal mit einem Stoßtrupp kontern. Die Legende vom gerechten Krieg gegen den Bolschewismus wird damit weitersponnen, weil das grundlegende Faktum des von Deutschland begonnenen Angriffskriegs gegen die UdSSR geflissentlich unerwähnt bleibt.

Ähnlich suggeriert die Serie als ganze, der Deutsche und „das Deutsche“ seien moralisch überlegen. Systematisch offen gelassen wird dabei, was „das Deutsche“ sei. Damit wird einer diffusen nationalistischen Überhöhung vorgearbeitet.

Ein weiterer, wesentlicher Charakterzug des „Landser“-Romans ist die Belanglosigkeit der darin enthaltenen Informationen. Genauigkeit in unbedeutenden Details soll Relevanz suggerieren. Wesentliches, wie etwa politi-

³⁴ Von Eckert erschienen als Landser-Großbände: Vgl. Heinz A. Eckert: Jagd im Untergrund, Großband 366; Ders.: Der unsichtbare Feind, Großband 371; Ders.: Das tödliche Spiel, Großband 378; Ders.: Die gnadenlose Jagd, Großband 385; Ders.: Einzelkämpfer, Großband 391; Ders.: Der verratene Sieg, Großband 393. Ders.: Partner des Todes. Großband 405.

sche Hintergründe, wird gänzlich ausgeschlossen. Selbst militärstrategische Hintergrundinformationen bleiben weitgehend unerwähnt, lediglich für den Zeitraum vor 1942 – als die Wehrmacht noch siegte – wird die Kampfstrategie beschrieben. Der Verlag könnte diesen Mangel mit dem Hinweis auf den Untertitel „Erlebnisberichte zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ begründen, jedoch ist es gerade diese Einschränkung, die die Serie für Jugendliche so gefährlich macht. Die Bedeutung des Einzelnen, die für die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit negiert wird, wird für den Krieg maßlos überhöht. Nur im Krieg, vermeintlich der natürliche Zustand der Welt, gewinnt das Individuum seinen Sinn. Verachtet wird dagegen alles Zivile: Familie, Politik, Kultur werden zwar als Anlass für kriegerisches Handeln genannt, das zivile Leben wird aber nicht beschrieben. Die vor allem auch für Jugendliche oft undurchschaubare Welt gesellschaftlicher Entwicklungen wird reduziert auf einen Gewaltursprung, der sich im „Krieg als Normalität“ äußert.

Krieg und Nationalsozialismus werden in den „Landser“-Heften nicht bewertet. Der Krieg wird auf das Abenteuer einiger Individuen reduziert, die überdies die Leser zur Identifikation einladen. Die Serie der Hefte, das Kontinuum des Krieges also, gewöhnt junge, männliche Leser an das Rollenbild des „Kriegers“. Erst in der Summe der Hefte wird diese unausdrückliche Botschaft einer Fraglosigkeit der männlichen Kriegerrolle deutlich. Für dieses Männlichkeitsbild sind Zweifel nicht zulässig und dürfen am allerwenigsten von Frauen geäußert werden – sie kommen deshalb auch gar nicht erst vor. Dabei spielt im impliziten Ethos der Serie „Treue“ eine zentrale Rolle. Die doppelte Beziehung des Begriffs zu Vaterland und (Ehe-)Frauen wird zugunsten des Staates überbetont. Der Krieg des Staates ist damit höherwertig als die Partner- oder Familienbindung. Das entspricht dem totalitären Slogan „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.

Der Antisemitismus spielt in der Serie keinerlei Rolle. Er wird weder versteckt geäußert noch als treibendes Motiv des Kriegsausbruchs erwähnt. Von einer stringenten Fortführung der NS-Ideologie kann insofern nicht gesprochen werden. Andere Teile des nazistischen Weltbildes werden hingegen durchaus an die Lesergemeinde weitergegeben. Weder werden irgendwo Zweifel an der „Führerdiktatur“ geäußert, die damit zur „Natur“ des Menschen gehört, noch wird militärische Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele in Frage gestellt – sie stellt im Gegenteil den Sinn des Lebens und Sterbens dar. Ebenso wenig wird der nazistische Heroismus irgendwo konterkariert – im Gegenteil wird der „deutsche Held“ als Idealform des Menschen geschildert. Charakteristisch für jede Diktatur ist neben der Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens die Stigmatisierung jedes kritischen Verhaltens. Im „Landser“ gilt es als Charakterschwäche, wenn jemand „grü-

belt“, „denkt“, Angst hat oder Skrupel zeigt. Die Nachdenklichen und die Skeptiker in den Romanen fallen früh – sie sind offensichtlich nicht lebens- und damit nicht fronttauglich. Die Ideologie der „Landser“-Hefte ist damit im wesentlichen die Ideologie einer Hypermaskulinität, die Jugendliche auf Autorität ein schwören will, nicht die Fortführung der NS-Ideologie im ganzen. Militarismus und Kampf sind die Antworten auf die Frage, was einen richtigen Mann ausmacht. Anders etwa als in modernen Kriegerromanen, wo der Zweifel am Sinn des Krieges mit einer Erinnerung an die Freiheit zusammenhängt, entfällt dieser Aspekt im „Landser“-Roman völlig.³⁵ Hier ist Freiheit nur die Nicht-Gefangenschaft bei den Russen und damit die Fortführung des Kampfes gegen „den Iwan“.

Inhalt der „Landser“-Hefte

Der Krieg gilt im „Landser“-Heft als der natürliche Zustand der Welt. Deshalb dürfte das Wort „Frieden“ in der gesamten Heftereihe wohl noch nicht aufgetaucht sein. Krieg wird dann auch als „schicksalhaftes Wechselspiel“ beschrieben, das aus „Zufallsfügungen“ besteht und jede Frage nach Schuld und Folgen gegenstandslos macht. Die enge Verquickung der Begriffe Krieg, Schicksal (eine von Hitlers Propaganda gerne benutzte Phrase während des Zweiten Weltkrieges) und Spiel („Wechselspiel“, „Drama“, „Tragödie“)³⁶ verursacht nicht nur, wie Antoni bemerkt, eine kriegsverharmlosende Wirkung, sondern lässt den Krieg geradezu als einen erstrebenswerten Zustand erscheinen. Das „göttliche“ Prinzip des Phänomens Krieg ist für die „Landser“-Autoren die Pflichterfüllung: Ohne sie kann das Naturereignis nicht stattfinden. Wer die Pflicht als höchsten Wert anerkennt, gilt als „Gerechter“. Alle negativ gezeichneten Figuren haben dementsprechend ihre Pflicht nicht erfüllt. Wer seine Pflicht aber erfüllt hat, ist frei von jeder Schuld. Aus diesem Grund erscheint in den Geschichten die deutsche Wehrmacht auch häufig in der Pose des Opfers, das zu Unrecht leidet. Über die angebotene Identifikation mit den „unschuldigen Opfern“ wird überdies der Eindruck eines legitimen Krieges insgesamt vermittelt. Die Vorstellung, dass kollektive Aggressionen ohne demokratische Legitimation gerechtfertigt seien, so dass der einzelne Krieger „im Recht“ sei, macht die kriegs- und gewaltverherrlichende Botschaft der Serienromane aus.

³⁵ Vgl. Alfred Andersch: Die Kirschen der Freiheit, Zürich 1952. Wo diese Erinnerung als „Aroma“ bezeichnet wird, die letztlich zur Desertion führt.

³⁶ Vgl. K. Alman: Jagd auf „graue Wölfe“, Landser-Großband, Januar 1982.

Der Landser im „Landser“

Der einfache Soldat – im Jargon auch Landser genannt – ist im „Landser“-Roman meistens ein Unteroffizier. Mannschaftsdienstgrade eignen sich nicht sonderlich zu Heldenfiguren, da sie keine Untergebenen haben, für die sie Vorbild sein könnten. Hinzukommt, dass einfache Soldaten zuwenig Heldentaten im Sinne der „Landser“-Schreiber vollzogen haben. Sie werden in den Geschichten deshalb sehr häufig als namenlose Masse verwendet, als bloßes Objekt der Fürsorge ihrer Vorgesetzten. Als Alternative böte sich noch die Figur des väterlichen Generals an, die in der Regel jedoch nicht auftaucht, da mit ihr auch zu viele politische und strategische Fragen aufgeworfen würden.³⁷ Da sich im „Landser“-Heft aber keinesfalls herausstellen darf, dass der Krieg sinnlos ist (selbst nicht am Ende des Krieges), beschränkt sich die Tätigkeit der Generale meist auf Inspektionen. Die Helden der Geschichten sind also draufgängerische Jungoffiziere, die einen kleinen Bereich der Kämpfe von taktischer Warte aus überblicken, aber nicht tief genug sehen dürfen, das ganze Ausmaß des Elends zu erkennen und die aktiv an den Kampfhandlungen teilnehmen. In jedem Fall sind sie positive Figuren, die offensichtlich vorbildlich für den Leser sein sollen. Sie verkörpern das Nazi-Ideal vom edlen Arier mit dem kalten Charme einer Breker-Skulptur; natürlich können sie keine Kriegsverbrechen und keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen.

Um den Krieg als Natur erscheinen zu lassen, darf in den Heften nichts auf seine gesellschaftlichen und politischen Ursachen und Funktionen hinweisen; die Helden kämpfen im Auftrag eines militärbürokratischen Befehlsapparates. Befehle werden nie erklärt, dies liegt in ihrer Natur. Bei den „Landser“-Romanen fällt auf, dass die Helden diese Befehle so gut wie nie hinterfragen und dass es gerade als Heldentum gilt, wenn jemand aus blindem Gehorsam einen sinnlosen Befehl ausführt und dabei einen wider sinnigen Tod stirbt.

Die „Natur“ Krieg und die reale Natur sind identisch. Nicht nur auf der metaphorischen Ebene, wo die Sonne selbstverständlich, „blutrot“ untergeht, sondern auch auf funktionaler, wo die Natur dem Kriegsgesche-

³⁷ Eine gewisse Ausnahme macht hier Rommel, der aber nicht sehr alt war, weiterhin als demokratisches Feigenblättchen dienen muss, denn es war für die Landser-Autoren ein in der Bundesrepublik der 50er Jahre akzeptierter Widerstandskämpfer. Ein weiterer Vorteil dieser Figur besteht darin, dass der Kriegsschauplatz Nordafrika nicht das Territorium eines Alliierten ist, und somit den Erzählungen über den Eroberungskrieg keine kolonialen Grenzen gesetzt sind.

hen untergeordnet ist. So sind Bäume und Bodenwellen kriegswichtige Deckungen, Landschaft wird nach ihrer militärstrategischen Tauglichkeit beurteilt (Berge sind „Höhe 105“, ein Fluss ist „Frontlinie“) und selbst Gestirne sind noch brauchbar, wenn ein Flieger „aus der Sonne“ angreift. Dass sich im „Landser“-Heft der Krieg nicht vorübergehend über die Natur legt, sondern identisch mit ihr wird, zeigt sich, wenn hochtechnisches Gerät mit Begriffen aus der Natur belegt werden (Torpedo = Aal, U-Boot = Wal, Sehrohr = Spargel, Flugzeuge = Bienen).

Im „Landser“ wird der Krieg zum Abenteuer einiger hochstilisierter Helden, die als auswechselbare Stereotypen auftreten. Die Hauptcharaktere weisen alle dieselben Eigenschaften und Verhaltensweisen auf: Sie sind überwiegend jung und kaum einer von ihnen hat Frau und Kinder. Auch in ihrem Verhalten sind sich die entindividualisierten Figuren absolut gleich. Sie sind umsichtig, treu, todesmutig, entschlossen, zäh, verbissen, aber auch großzügig gegenüber einem entmenschten Feind. Damit sich diese „Helden“ überhaupt voneinander unterscheiden, werden sehr penibel Dienstgrad, Waffengattung und Einsatzgebiet notiert. Als Individuen werden die Natur-Helden also weniger durch die Beschreibung erkennbar, sondern im wesentlichen durch die militärischen Klassifikationssysteme.

Diese Pseudo-Individualität erfüllt zwei Funktionen: Sie ermöglicht einerseits, durch die Flächigkeit der Schablonen, ein hohes Identifikationsmoment, andererseits dient sie dazu, sich vom „Feind“ abzugrenzen, der immer als Masse oder Gegenstand dargestellt wird.

Der Krieg im „Landser“

Nahezu alle „Landser“-Hefte beschreiben die Perspektive der deutschen Wehrmacht, während die „Feinde“ meist aus der gehobenen, taktischen Perspektive betrachtet werden und im wesentlichen als Kanonenfutter für die Deutschen dienen. In den wenigen Fällen, in denen aus alliierter Sicht geschrieben wird, gilt die Prämisse, dass Kriegsursachen und Verbrechen auf deutscher Seite ausgeklammert bleiben. Die Untaten der Alliierten werden dagegen penibel aufgelistet. Wie unglaublich stupide die im „Landser“ verwendeten Klischees sind, soll im Folgenden beschrieben werden. Große Teile dieser Feindstereotypen werden sich wohl in jedem „Landser“-Heft nachweisen lassen.

Russen

Der schlimmste Feind, den sich der „Landser“ vorstellen kann, ist der „dumme Iwan“ (ein Singulare Tantum). Der sowjetische Zivilist erscheint meist als ein Wesen, der vornehmlich auf dem Ofen liegt und dort apathisch Sonnenblumenkerne kaut. Der Typ des Rotarmisten dagegen wird als die Summe aus der „Stumpfheit der russischen Seele“ und der Grausamkeit der Kommunisten dargestellt, also kurz: Ein Menschenverächter, den zu bekämpfen geradezu Bürger- und Soldatenpflicht ist. Die Rote Armee ist in den Heften meistens materiell wie auch moralisch unterlegen. Materiell, weil sie zu dumm sind hochtechnische Waffen zu erfinden und moralisch, weil sie nicht ritterlich kämpfen (können). Es erscheint so, als kämpften die Deutschen nur gegen das Wetter, riesige Menschenmassen, die Hinterlist der Partisanen und aus Amerika importierte Technologie. Zu erklären, warum die Rote Armee trotzdem siegt, fordert den Schreibern doch beträchtliche argumentative, und gelegentlich auch dramaturgische Verrenkungen ab. Letztendlich verbleiben alle prinzipiell bei zwei Varianten: Taktische Fehler der eigenen Militärbürokratie und die ungeheure Menge an „Menschenmaterial“ der Sowjets. Dass die Rotarmisten so willig in den sicheren Tod gingen, wird zynischerweise häufig mit Volltrunkenheit erklärt. Die grausamsten, dümmsten und besoffensten Russen machen die „Landser“-Autoren in den Wachen deutscher Kriegsgefangener aus. Nebenbei bemerkt: Wie die sowjetischen Kriegsgefangenenlager beschrieben werden lässt stark an KZs denken. Das ist insofern interessant, als die NS-Konzentrationslager in keinem Heft auch nur erwähnt werden. Offensichtlich soll hier der Versuch unternommen werden, die Schuld der Deutschen zu relativieren, ohne sie zuzugeben.

US-Amerikaner

Der Typus des US-Amerikaners ist von den Autoren nicht sonderlich ausgeprägt worden. Er ist im wesentlichen schlank, jung und Raucher einer allseits beliebten Zigarettenmarke. Die Amerikaner werden allgemein als strategische Dummköpfe dargestellt, die vollkommen unbekümmert in das Kriegsgeschehen eingreifen und ihre „soldatischen“ Mängel durch ungeheure Mengen an Material ausgleichen. Deswegen sind die „Amis“ im „Landser“ auch „eigentlich“ unterlegen, wie die „Russen“, werden aber bei weitem nicht so negativ dargestellt. Aber auch bei dem US-Typus lassen sich rassistische Tendenzen attestieren: schwarze GIs tauchen in den Heften so gut wie gar nicht auf und schon gar nicht als zentrale Figuren.

Franzosen

Der Franzose ist im „Landser“ der Erbfeind, der genauso „ritterlich“ im Krieg ist wie die Deutschen, aber eben militärisch bei weitem nicht so genial. Ein negativer Charakterzug der Franzosen besteht darin, dass sie nicht verlieren können und sich deshalb in die Resistanze begeben, wo sie dann „heimtückisch“, „gnadenlos“ und „bestialisch“ werden.

Briten

Den Autoren merkt man an, dass sie überwiegend aus Kreisen des ehemaligen Propagandaministeriums kommen. Die „arischen“ Briten werden in den Heften in der Regel nicht als „minderwertig“ beschrieben, sondern eher mit Attributen wie „zäh“, „hartnäckig“ und „tapfer“ belegt. Sie erscheinen gelegentlich wie „unartige“ Brüder der Deutschen („[...] und wir möchten so gerne den Tommy verhaun [...]“).³⁸ Der NSDAP nahe Vorwurf gegen sie betrifft ihre Unfähigkeit zu Bündnissen: Obwohl mit Frankreich alliiert, lassen sie ihren Partner im Stich, um ihre eigene Haut zu retten.³⁹

Der Tod

Im „Landser“ stirbt kein deutscher Soldat; stattdessen „fällt“ er und stolpert gewissermaßen über sein „Schicksal“. Schmerz, Angst und Verzweiflung werden zwar erwähnt, aber nicht beschrieben. In einem einzigen Heft ist vom Tod in den folgenden Umschreibungen die Rede:

1. „[...] kein einziges Besatzungsmitglied kam mit dem Leben davon.“
2. „U 531 unter Kapitänleutnant Herbert Nickel war nicht mehr. Auch hier entstand Totalverlust.“

³⁸ Vgl. L. Sandner: Kradschützen greifen an! Der Landser, Heft 2292, Februar 2002, S.35.

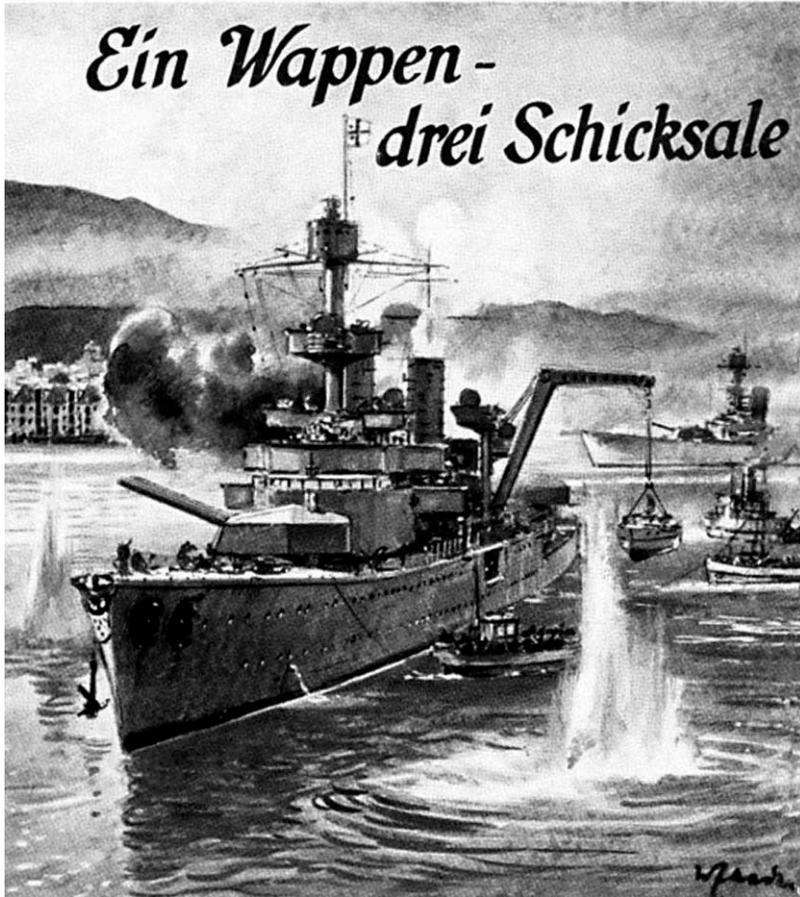
³⁹ Ebd., S.46. Dünkirchen wird nicht nur als Niederlage gegenüber der Wehrmacht gewertet, sondern auch als „Verrat“ an den Franzosen. Oder bei den völlig irrwitzigen „Festungen“ am Atlantik (die alliierten Truppen stehen schon fast am Rhein), wird von Paus kritisiert, dass die Briten diese französischen Städte der Freunde „skrupellos“ bombardieren. Vgl. P. Paus: Festungen am Atlantik. Der Landser, Großband, Heft 1041, August 2000, S.51.

SOS SCHICKSALE DEUTSCHER SCHIFFE

Nr. 24

Leichter Kreuzer „Köln“

50 Pfg.



Die Verbindung von Abenteuer und Krieg ist seit dem 1. Weltkrieg vor allem bei der Marine ein wichtiges Sujet. Kriegsromanserien wurden im Laufe der Jahrzehnte im Pabel-Verlag konzentriert und in das „Landser“-Design überführt. Die SOS-Schiffe behielten in der Verlagsgruppe dabei aber bis heute ihren Titel und ihr Format. Hier: Fritz-Otto Busch: Leichter Kreuzer „Köln“. Ein Wappen – drei Schicksale, München 1953.

3. „Einem Teil der Besatzung war es gelungen, das sinkende Boot zu verlassen. [...] Der Kommandant aber ging mit dem Rest seiner Männer in die Tiefe.“
4. „U 659 Totalverlust. Beide Kommandanten gingen mit ihren Booten unter.“
5. „Denn jeder Boots-Verlust war schließlich zugleich auch der Verlust von fünfzig Männern.“
6. „[...] in die Tiefe gegangen.“
7. „Die See verschlang auch dieses deutsche U-Boot.“
8. „[...] war den Sicherungsfahrzeugen mit seiner gesamten Besatzung zum Opfer gefallen.“
9. „[...] die Tiefe, aus der es kein Zurück mehr gab.“
10. „[...] Luftblasen und das Öl, das in großen, dunklen Flecken an die Wasseroberfläche emporkam.“
11. „Die gesamte Besatzung fand den Tod.“
12. „Die Männer an den Geschützen wurden zusammengeschossen.“⁴⁰

Es wird deutlich, dass im Gegensatz zur Kriegshandlung, die das Individuum permanent bestätigt, der Tod eine kollektive Angelegenheit ist, womit ihm jeder Schrecken genommen ist, ja er kann sogar zum „ewigen Leben“ führen, wenn man nur an die Inschriften der zahlreichen Kriegerdenkmale, wie: „Den Gefallenen zum ewigen Gedenken“ denkt. Weiterhin fällt auf, dass der Tod all jener Menschen in keinerlei Kausalzusammenhang mit der politischen Realität gebracht wird.

Rassismus

Antisemitismus ist im „Landser“ völlig tabuisiert. Weder wird auf antisemitische Propaganda im Dritten Reich eingegangen, noch der Holocaust erwähnt: Es wird schlichtweg nichts „Böses“ aus der NS-Zeit erwähnt. Es werden auch keine Juden positiv bezeichnet – weder als Soldaten auf alliierter Seite, noch als Zivilisten in den besetzten Gebieten, noch in sonst irgendeiner Form – sie werden einfach nur verschwiegen.

Rassistische Elemente sind im „Landser“ weniger explizit dargestellt als in zeitgenössischen NS-Schriften, aber immer noch ein bewegender Moment in der Dramaturgie der Autoren. Dass der Antisemitismus keinen Ausdruck in den Heften findet, statt dessen aber Sowjets als „Untermenschen“ fungieren, dürfte den Rassismuskritik wohl kaum wesentlich

⁴⁰ Vgl. K. Alman: Jagd auf „Graue Wölfe“. Der Landser, Großband 554; Januar 1982.

erschüttern. Ebenfalls ist der pauschale Antikommunismus charakteristisch für NS-Denkmuster. Das Bild fremder Kulturen fehlt. Es werden nur xenophobische Stereotype aufgegriffen und stigmatisiert: Dunkelhäutig, „schwarz“ (Haare), schlitzäugig, gelbhäutig, große Ohren, fliehende Stirn etc. – nahezu immer sind es angeborene Merkmale, die für den Charakter stehen, so gut wie nie kulturelle oder gar individuelle.⁴¹

Die Führung

Es erscheint sehr auffällig an der „Landser“-Serie, dass die Nazi-Hierarchie in der Darstellung der Hefte um ihre Spitze amputiert ist. Weder Hitler, Göring noch Goebbels werden erwähnt, ebenso wenig Personen, die 1946 in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher verurteilt wurden. Dafür aber finden Organisationen, die als verbrecherisch verurteilt wurden umso mehr Beachtung, was im übrigen auf eine alte Forderung der NPD weist, die schon seit ihrer Existenz versucht die Kriegsschuld auf wenige Individuen zu begrenzen, um die Organisationen zu amnestieren. Im „Landser“ werden die NS-Organisationen (SA, SS, HJ, u. a.) als Elite-Schmieden dargestellt, und die Nazi-Prominenz, bis auf die oben erwähnten Ausnahmen, heroisiert. Die Staatsführung taucht, wenn überhaupt, „wertfrei“ als sakramentaler Führerbefehl auf. Dadurch bleibt die Verantwortlichkeit der Staatsführung für die von ihr angeordneten Verbrechen unerwähnt. Diesem Schweigen gegenüber steht das beredte Bemühen die Waffen-SS zu „normalisieren“, d. h. sie zu einem Teil der Wehrmacht zu erklären. Diesem normalisierenden, bisweilen auch glorifizierenden Darstellungsstil steht jede Verbindung zur SS und den KZs im Wege. Dieser Aspekt wird komplett unterschlagen zugunsten einer Darstellung der SS als Elite-Kampftruppe, die den anderen Soldaten weit überlegen ist. Dieses „heroische“ SS-Bild, wie es das Goebbels Ministerium nicht hätte besser zeichnen können, wird nicht nur über den Story-Inhalt vermittelt, sondern auch durch den „Dokumentationsteil“, in dem die Symbole fast aller Waffen-SS-Einheiten detailgenau wiedergegeben werden.

Die Biographie-Teile dienen ebenso dem Zweck der Reinwaschung von Verbrechern. So wird etwa der Kriegsverbrecher Sepp Dietrich (Kommandant der SS-„Leibstandarte Adolf Hitlers“) als „urwüchsiger Bajaware“ beschrieben, der alle seine Untergebenen duzte und der selbst vor

⁴¹ Vgl. Walter Nutz: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane; in: Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 853, Wrocław 1987, S. 103.

Hitler keine Angst gehabt hätte. Insgesamt wird dieser Henker, der beim „Röhm-Putsch“ die Erschießungs-Kommandos stellte, als Vorbild geschildert, dessen Eigenschaften noch heute erstrebenswert seien.⁴² Dagegen wird Friedrich Paulus, der – viel zu spät – entgegen Hitlers Befehl im Kessel von Stalingrad kapitulierte, als „Stubenhocker“ bezeichnet, „der gern viel las“(!) und als „ein Mann des Wägens und nicht des Wagens“ stigmatisiert.⁴³

Das Happy-End

Ein Wesensmerkmal der Trivilliteratur ist die Garantie eines Happy-Ends: Alle möglichen Dissonanzen werden darin in Harmonie aufgelöst.⁴⁴

Bekanntermaßen hat Deutschland den Zweiten Weltkrieg nicht gewonnen, so dass keine „Landser“-Geschichte ein Happy-End haben dürfte.⁴⁵ Mit der „Froschperspektive“ der Erzählung wird nun allerdings ein Mikrokosmos beschrieben, der ohne die Makrosphäre des Kriegsendes oder der Kriegsursachen auskommt.⁴⁶ Der Schluss jeder Geschichte gibt dem handelnden Subjekt einen „Sinn“ in einer Melange aus Heldentum, Kameradschaft, „Wir“-Gruppe und Volk. „Das Grauen wird zur Idylle“, nennt Walter Nutz dieses Schema, das auch den Tod eines Helden einbeziehen kann, soweit er im Dienste einer höheren Sinnggebung gefallen ist.⁴⁷

⁴² Vgl. B. Jochim: Flug mit der Bombe. Hanna Reitsch, die Testpilotin der Luftwaffe. Der Landser, Großband 435, S.68.

⁴³ Vgl. F.-O. Busch: Das Ende der „Ark Royal“. Der Landser, Großband 411, S.54.

⁴⁴ Vgl. Walter Nutz: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane; in: Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 853, Wrocław 1987, S.102 und 106f.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Vgl. Peter Nusser: Manipulationsstrategien in der Massenbildpresse und in der massenhaft verbreiteten fiktionalen Literatur – erläutert am Beispiel der Darstellung von Verbrechen und Verbrechensbekämpfung; in: Ders.: Unterhaltung und Aufklärung. Studien zur Theorie, Geschichte und Didaktik der populären Lesestoffe, Frankfurt a.M. 2000, S.65.

⁴⁷ Vgl. Walter Nutz: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane; in: Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 853, Wrocław 1987, S.107.

Rezeptionen der „Landser“-Romane

Die Serie gehört in die Rubrik der Trivalliteratur, also einer Massenkultur.⁴⁸ Bei einer Zuordnung zur Massenkultur spielen in der Regel zwar durchaus auch ästhetische Kriterien eine Rolle, in erster Linie werden darunter aber leicht eingängige Texte, ausgearbeitet für die Verbreitung bei einer Mehrheit der Bevölkerung, verstanden. Damit ist Trivalliteratur nicht automatisch „schlechte“ Literatur, sondern literatursoziologisch wird ein bestimmtes Verhältnis zwischen Produzent und Konsument angenommen, z. T. bezieht sich der Begriff auch auf das Vertriebssystem. In erster Linie berufen sich Produzenten und Konsumenten dieser Literatur auf dasselbe Wertesystem, d. h. diese Werte werden nicht in Frage gestellt, sondern durch dauernde zustimmende Wiederholung bestätigt.⁴⁹ Die Produktion geht dabei vor allem auf die tatsächlichen oder vermuteten Bedürfnisse der Leser ein, denen ein Text angepasst wird. Eine traurige Berühmtheit – symptomatisch für die Massenkultur – hat dabei die Bild-Zeitung erlangt, die anlässlich der Massenkrawalle in Rostock 1992 titelte: „Ihr müsst euch schämen“ – gemeint waren aber nicht etwa die Täter, sondern Politiker wie Helmut Kohl und Björn Engholm, die solche Krawalle angeblich provoziert hätten.⁵⁰ Hier will sich der Autor bewusst nicht gegen die „Masse“ oder vermutete Mehrheit wenden, er will nicht die Mordversuche benennen, sondern wider besseres Wissen etwas behaupten, das er für mehrheitsfähig hält. Ähnlich arbeiten alle Systeme der Trivalliteratur: nicht die Makrowelt ist beschreibungswürdig (etwa die Anzahl der Aids-Kranken, der Hungernen, der Kriegstoten etc.), sondern das Mikroschicksal, „der Geschmack des Lebens“, der die Bedürfnisse nach vitaler Intensität befriedigt. Dabei ist es für diese Textgattung weitgehend irrelevant ob der Text plausibel ist.⁵¹ Nusser weist darauf hin, dass dieses Verfahren der Trivalliteratur zu einer „moralischen Apathie“ bei ihren LeserInnen beitragen kann.⁵² Die Trivial-

⁴⁸ Vgl. Peter Nusser: Entwurf einer Theorie der Trivial- und Unterhaltungsliteratur; in: Ders.: Unterhaltung und Aufklärung. Studien zur Theorie, Geschichte und Didaktik der populären Lesestoffe, Frankfurt a.M. 2000, S. 13f.

⁴⁹ Ebd., S. 39.

⁵⁰ Vgl. „Ihr müsst euch schämen“, *Bild-Zeitung*, 27.8.1992.

⁵¹ Eine Anfang der 70er Jahre von Deutschlehrern als „Ideal“ kolportierte fiktive Überschrift für die Bild-Zeitung lautete: Gelähmter deutscher Schäferhund biss Brigitte Bardot Brustkrebs weg.

⁵² Vgl. Peter Nusser: Manipulationsstrategien in der Massenbildpresse und in der massenhaft verbreiteten fiktionalen Literatur – erläutert am Beispiel der Darstellung von Verbrechen und Verbrechensbekämpfung; in: Ders.: Unterhaltung und Aufklärung.

literatur gewöhnt – ähnlich wie die sprichwörtlichen Stammtischgespräche – ihre Konsumenten an eine vereinfachte Wahrnehmung und Beurteilung der Wirklichkeit. Eine solche moralische Apathie kann mittelbar zu einem inhumanen Verhalten führen, wenn sie einzelne Gruppen oder Subkulturen der Gesellschaft prägt: Für die schablonenhafte Weltsicht ist es charakteristisch, nicht nach dem Sinn von Gesetzen und anderen sozialen Normen zu fragen, sondern sich auf die Tatsache der Normverletzung als solcher zu fixieren. Die Reaktionen auf eine Verletzung des Regelwerks werden leicht maßlos und stehen dann in keinem angemessenen Verhältnis zur Tat. Der Ruf nach der Wiederherstellung der Ordnung löst sich vom humanen Sinn, den die Ordnung ja gerade verwirklichen soll.

Hier wäre Kunczick und Zipfel zu widersprechen, die von der falschen Grundfrage ausgehen, ob der Konsum von Gewalt im Bereich der optischen Medien zu gewalttätigem Verhalten in der Realität führt und dies für nicht nachweisbar halten.⁵³ Das Problem der Medienanalysen ist, dass man nach einem justiziablen Wirkungsmechanismus fahndet. Derselbe irrwitzige Prozess lässt sich seit vielen Jahren auch bei der Diskussion über die Schädlichkeit von Tabak und Alkohol beobachten: Wenn nicht bewiesen werden kann, dass nach dem Konsum eine sofortige Negativwirkung beobachtbar ist, wird eine Unschädlichkeit angenommen. Dabei ist in der Ärzteschaft unstrittig, dass beide Drogen gemieden werden sollten. Es gibt natürlich keine mechanistische Wirkung der „Landser“-Serie. Wer „Landser“-Hefte liest, wird nicht automatisch Neonazi – aber sehr viele Jugendliche, die später Neonazis waren, haben „Landser“-Hefte in der Phase des Einstiegs gelesen. Es ist hier – stärker als bei anderer Trivilliteratur – die moralische Apathie, die gefördert wird und in der Gruppe der männlichen Jugendlichen einen allgemein verbreiteten Stärke-Kult mit einer ideologischen Grundhaltung verknüpft. Der „Landser“-Roman ist allerdings nicht durch vermeintlich „bessere“ Literatur ersetzbar, wie Walter Nutz feststellt,⁵⁴

Studien zur Theorie, Geschichte und Didaktik der populären Lesestoffe. Frankfurt a.M. 2000, S. 65.

⁵³ Vgl. Michael Kunczick, Astrid Zipfel: Medien und Gewalt. Zum gegenwärtigen Forschungsstand; in: BPJS Aktuell. Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Amtliches Mitteilungsblatt. 10. Jg., H.4/2002, S. 11. Die Sorge vor „einer Einführung von Zensur“ (ebd.) ist nicht glaubhaft, da die nicht ernsthaft in der Debatte ist. Was jedoch diskutiert werden muss, ist die Tatsache, dass mit einer rapiden Zunahme an medial leicht zugänglichen Dokumenten natürlich auch die Anzahl, der darunter befindenden jugendgefährdenden sich erhöhen wird.

⁵⁴ Vgl. Walter Nutz: Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegerromane; in: Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 853, Wrocław 1987, S. 115.

weil sich mit der Entfernung der Heftserie nicht das Bedürfnis der Konsumenten verändert.⁵⁵ Die Förderung der Kritikfähigkeit erscheint als einziges geeignetes Mittel gegen die inhumane Kriegsidylle der „Landser“-Hefte.

„Landser“-Romane wenden sich dezidiert an pubertierende, männliche Jugendliche, denen ein übersteigertes Männlichkeitsbild angeboten wird. Propagiert wird, dass „echte Männer“ nicht in einen zivilen Rahmen gehören, dass sie nicht diskutieren und nicht nachdenken. Damit wird die Diktatur als „männliche“ Regierungsform dargestellt. Das unbedingte Führerprinzip als effektivste soziale Organisationsform ist in „Landser“-Romanen gekoppelt mit einem pathetischem Nationalismus. In den Heften wird damit ein Verhalten vorgeführt, das bequem für männliche Jugendliche in der Pubertät ist: Es reicht Mann zu sein, Deutscher zu sein, nur zu gehorchen und stur zu sein. Der Krieg wird als der natürliche Zustand der Welt beschrieben, in dem nur eine Elite ein (Über-)Lebensrecht hat, die natürlich „das Deutsche“ verkörpert.

Zum impliziten Wertekanon der Serie gehört eine Landsknechtsmentalität, der alle moralischen Skrupel fern sind. Der „Landser“-Autor, rechtsradikale Journalist und Schriftsteller Kurt Ziesel forderte: „[...] eine Besinnung auf jene unvergänglichen Werte, die auch nicht dadurch, dass Hitler sie für seine Zwecke missbraucht hatte, einen Funken von ihrer Wirklichkeit und Kraft verloren haben. Ich kann mich jedenfalls nicht zu der Auffassung bekennen, dass etwa Autobahnen, ‚Verkörperung des Bösen‘ seien.“⁵⁶ Es ist tatsächlich so, wie Günter Hartung meint, dass in dieser Art Kriegsliteratur die Demokratie eine Dekadenzerscheinung ist.⁵⁷

Zum Bereich Rechtsextremismus bestehen indirekte Verbindungen. Die Geringschätzung des zivilen Lebens ist vor allem eine Geringschätzung der demokratischen Entscheidungsstrukturen: Zu thematisieren, zu diskutieren, zu modifizieren und erst dann zu entscheiden ist undenkbar für das Kriegerethos der Rechtsextremisten. Pubertierende Jugendliche suchen in der rechtsextremen Szene das Gleiche wie in der Lektüre von „Landser“-Heften: Eine Bestätigung, dass sie ohne größere Leistung einfach akzeptiert und „besser“ sind als wirklich oder vermeintlich konkurrierende Gruppen. Respekt und Akzeptanz wird in dieser ethisch desorientierten Welt der Landser nicht durch soziale Leistung erreicht, sondern durch die Androhung und Ausübung von Gewalt, die sich in der Angst der Mitmenschen vor der Gewalt spiegelt.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Vgl. Kurt Ziesel: *Das verlorene Gewissen. Hinter den Kulissen der Presse, Literatur und ihrer Machtträger von heute*, München 1958, S. 11.

⁵⁷ Vgl. Günter Hartung: *Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Drei Studien*, Berlin 1985, S. 120f.

Sollen die „Landser“-Hefte auf den Index?

Die enthistorisierende Wirkung der „Landser“-Serie hebt sich normalerweise in dem Moment auf, wenn die Beschreibungen mit den geschichtlichen Rahmenbedingungen konfrontiert werden. Es wäre eine wichtige Aufgabe für den Deutsch- und Geschichtsunterricht, sich ausdrücklich mit dieser Heftserie zu beschäftigen. Vor allem in Gesamt- und Förderschulen könnte die „Landser“-Serie als Anlass genommen werden, sich mit männlichen pubertierenden Jugendlichen konstruktiv über ein Männerbild auseinander zu setzen. Das Heldenstereotyp des „Landser“-Heftes kann dabei mit anderen Modellen verglichen werden und ins Verhältnis zur Lebenswirklichkeit der Jugendlichen gesetzt werden.

Ein häufiges Argument in Diskussionen mit LehrerInnen um die „Landser“-Hefte ist aber der Verweis darauf, dass der Staat dafür zu sorgen habe, dass solche Texte nicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen kommen. Dies ist aus mehreren Gründen nicht so einfach wie es zunächst scheint.

Sofern ein Text nicht gegen strafrechtliche Normen verstößt (hier greifen im Falle Rechtsextremismus vor allem die §§ 86a, 130, und 131 StGB) kommt ein Verbot im Sinne einer Zensur nicht in Frage: Hier stehen die Artikel 4 (1) „Freiheit des [...] weltanschaulichen Bekenntnisses“ und 5 (1) „eine Zensur findet nicht statt“ des Grundgesetzes entgegen. In aller Regel kommen Texte (Musik, Medien, Filme) auf einen Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, wenn angenommen wird, dass der verbreitete Inhalt für Jugendliche unter 18 Jahren schädlich für ihre weitere Entwicklung ist. Hier sind Einschränkungen der o. g. Grundrechte mit der Begründung des Jugendschutzes erlaubt. Die Indizierung bedeutet allerdings kein Verbot, sondern der Produzent der indizierten Werke muss lediglich gewährleisten, dass Jugendliche nicht die Möglichkeit bekommen in den Besitz oder zum Konsum der Produkte zu kommen. Bei vielen Medien (etwa CDs, PC-Spielen und eben „Landser“-Heften), die speziell für jugendliche Konsumenten produziert werden, kommt dies aber häufig einer Produktionseinstellung gleich.

Die Bundesprüfstelle arbeitet auf Grundlage des „Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Medien“. Der Bundesprüfstelle haftete seit ihrer Entstehung der Ruf einer Zensurbehörde an. Anfangs wurde sie häufig als Büttel der CDU und der Kirchen verstanden, weil sie wertkonservativ vor allem darauf achtete, dass keine nackten Personen dargestellt werden konnten, während gleichzeitig rechtsextreme Äußerungen in Schrift, Bild und Ton kaum Anlass zur Sorge waren. Mit den soziokulturellen Erschütterungen der 68er Generation (vor allem der so genannten

„sexuellen Befreiung“) kam es zu einer Krise der Bundesprüfstelle. Nun begann man sich zunächst stärker auf Gewaltdarstellungen zu konzentrieren, bis Mitte der 70er Jahre rückte dann auch die rechtsextreme Literatur ins Blickfeld.⁵⁸ Jedoch war die Geschichte der Bundesprüfstelle wohl immer stärker von Reaktionen als von Initiativen geprägt.⁵⁹ Die Entwicklung von Videos, Privatfernsehen, Internet, PC-Spielen, und das Anwachsen subkultureller Milieus erforderten immer neue Arbeitsweisen und Technologien. Mit hohem Tempo verändern sich zudem die Trends auf allen Gebieten. Wie vor allem das Beispiel Internet zeigt, ist es außerordentlich schwierig bei den neuen Medien eine Handhabe für eine Indizierung zu entwickeln. Andererseits fällt auf, dass für jedes Medium neue Kriterien entwickelt werden, die nicht „rückwirkend“ auf andere angewendet werden. Hier wäre im Bezug auf die Heftserie „Landser“ vor allem auch die „Prüfgrundsätze der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen“ (FSF) interessant. Diese Kontrolle ist eine Reaktion auf die zunehmende Zahl der privaten Fernsehkanäle. Im § 22 ist die „Prüfung von Serien“ festgelegt, bei denen der folgende Passus sehr wichtig und übertragbar ist: „Auf die Besonderheiten der Serien (Zuschauerbindung) muss dabei besonders geachtet werden. Das Gutachten über die gesamte Serie ist in die Begutachtung der einzelnen Folgen einzubeziehen.“⁶⁰ Es liegt auf der Hand, dass dieses Verfahren – auf die Serie der „Landser“-Hefte angewandt – zu einer Indizierung führen könnte.

Bisher sind nur wenige Hefte auf den Index gekommen, weil es Praxis war, jedes Heft einzeln zu betrachten, weil jedes Heft einen anderen Autor hat. Walter Nutz weist aber nach, dass die „Landser“-Hefte insgesamt nach denselben Schemata produziert werden, dass also von einer individuellen Autorenschaft nicht gesprochen werden kann, sondern von einer Markenware.⁶¹ Es handelt sich um eine industriell gefertigte Ware, die zentral kon-

⁵⁸ Vgl. Joachim Gottberg: *Jugendschutz in den Medien*, Berlin 1995, S. 22.

⁵⁹ In der Selbstdarstellung der BPfJS erscheint es als sehr vermessen, dass man sich angesichts der wenigen Indizierungen zu gute schreibt, dass diese „[...] genüßten, um größere Verlage zur Selbstkontrolle bzw. Umstellung ihrer Produktion in diesem Bereich zu veranlassen.“ Vgl. Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (Hg.): *Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften informiert. Gesetzlicher Jugendschutz*, Bonn 2002, Kapitel 1. Oben wurde gezeigt, dass die Auflagenhöhen der Landser-Hefte proportional zu den anderen Heft-Genres praktisch gleich geblieben sind.

⁶⁰ Vgl. Joachim Gottberg: *Jugendschutz in den Medien*, Berlin 1995, S. 154.

⁶¹ Vgl. Walter Nutz: *Der Krieg als Abenteuer und Idylle. Landser-Hefte und triviale Kriegsromane*; in: *Acta Universitatis Wratislaviensis*, No. 853, Wrocław 1987, S. 101f.

struiert, von Autoren entsprechend der Vorlage gefertigt und von einem Kundenstamm konsumiert wird, der die Kaufentscheidung lange vor Kenntnis des einzelnen Heftes getroffen hat.⁶² Die problematischen Sinngehalte der Heftserie werden von der Forschung wiederholt analysiert. Inwieweit eine Indizierung für die jugendlichen Konsumenten in Frage kommt, hängt wesentlich davon ab, wie die Bundesprüfstelle die Zielgruppe der Hefte und den Charakter als Serie bewertet.

⁶² Ebd.

Jugendliche in der MBT-Arbeit – Erfahrungen aus dem südlichen Brandenburg

Wir betrachten Jugendliche als „Lokal-Experten“: Sie sind oftmals die einzigen in einer Stadt, die Zugang zu den örtlichen Subkulturen haben und einen Einblick in deren Spielregeln und Konflikte geben können. Das MBT-Team bringt Jugendlichen auch deshalb besondere Aufmerksamkeit entgegen, weil sie häufig im Fadenkreuz des öffentlichen Unmutes und der Verständnislosigkeit stehen sowie in besonderem Maße Opfer von Gewalt sind. Vor allem deutsche Jugendliche sind Betroffene rechtsextrimer Gewalttätigkeiten. Allzu häufig werden die jungen Menschen von den Erwachsenen ignoriert oder aber als Störfaktor wahrgenommen. Zwar bieten Einrichtungen wie die Junge Gemeinde oder die Freiwillige Jugendfeuerwehr alternative Erfahrungsräume. Diese sind jedoch stark begrenzt, so dass Jugendliche am offiziellen Leben in der Kommune letztlich kaum teilnehmen. Partizipation aber schafft soziale Akzeptanz und die Gelegenheit, Verantwortung zu übernehmen.

Fast scheint es, als würde die Welt der Jugendlichen parallel zum öffentlichen Leben in den Kommunen existieren. Es gibt wenig Berührungspunkte, Alte und Junge sprechen kaum miteinander. Flüchtig betrachtet besteht die Trennung von Jugendlicher- und Erwachsenenwelt in gegenseitigem Einvernehmen. Nur in „ihrer Welt“ können sich die jungen Menschen entfalten und eigene Jugendkulturen ausbilden (die Skater, Hip Hopper, Grufties, Gothics etc.). Die Abhängigkeit von der Erwachsenenwelt bleibt gleichwohl erhalten. Anders verhält es sich in der Konsumwelt, die Erwachsenen akzeptiert Kinder und Jugendliche als Käufer. Man stellt sich auf sie ein und spricht ihre Bedürfnisse gezielt an.

Auf politischer Ebene sind Jugendliche unterschiedlich aktiv. Von den politischen Parteien in Brandenburg hat lediglich die NPD/JN („Junge Nationaldemokraten“) eine ansehnliche Mitgliederzahl an Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie versteht es, weit mehr Jugendliche für sich zu aktivieren, als sie Mitglieder hat. Der NPD Kreisverband Spreewald zählte im Jahr 2000 nach eigenen Angaben etwa 100 Mitglieder und 500

Sympathisanten mit einem Durchschnittsalter von Mitte 20.¹ In den demokratischen Parteien Brandenburgs haben Jugendliche dagegen eher Seltenheitswert.² Die Ursachen dafür sind umstritten. Erfahrungen aber zeigen: Partizipation verlangt ein Aufeinander-Zugehen und ist keine „Bringschuld“ seitens der Jugendlichen. Jugendliche sind nicht desinteressiert – weder am Weltgeschehen noch an lokalen Fragen. Nichts bewirken zu können, frustriert nicht nur Jugendliche und untergräbt jede Motivation, sich politisch zu beteiligen.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die äußeren Bedingungen der Adoleszenz im Vergleich zu DDR-Zeiten deutlich gewandelt haben. Eltern können heute kaum nachvollziehen, welchen Anforderungen ihre Kinder ausgesetzt sind. Wir stoßen häufiger auf diese Befremdung zwischen den Generationen und werden immer wieder gebeten, über Jugendkulturen zu berichten – die rechtsextreme Szene eingeschlossen. Das Verständnis für diese Jugendwelten ist unserer Meinung nach unverzichtbar. Verständnis aber resultiert aus Kommunikation. Diese wiederum ist Voraussetzung für eine lebendige und stabile Demokratie.

Das Gemeinwesen und die jungen Menschen bereichern einander. Mehr noch: Sie brauchen einander. Das MBT-Team fördert daher den Austausch und erschließt stets neue Handlungsbereiche. Das gegenseitige Verständnis unterstützen wir, indem wir gemeinsam mit den Jugendlichen Situationsbeschreibungen ihrer Sozialräume anfertigen. Diese dienen den kommunalen Entscheidungsträger als wichtige Handlungsgrundlage. Darüber hinaus umfasst unser Beratungsauftrag, dass wir selbst eine Einschätzung der Situation vornehmen. Nicht selten unterscheidet sich unser Bild von dem der Polizei, da sich unsere Bewertungsmaßstäbe nicht an strafrechtlich relevanten Aktivitäten orientieren, sondern die Jugendlichen selbst und ihre individuellen Lebenszusammenhänge in den Mittelpunkt stellen.

¹ Das Innenministerium des Landes Brandenburg vermutet jedoch, dass sich die „[...] tatsächliche Mitgliederzahl auf etwa 60 Personen beläuft (vgl. Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht, Potsdam 2001, S. 102)

² Direkt vergleichbare Daten von anderen Parteien liegen nicht vor, da die Altersgruppen und Regionen unterschiedlich erfasst werden. Gespräche mit verschiedenen Ortsverbänden (Frühjahr 2003) ergaben, dass etwas mehr als doppelt so viele Jugendliche politisch organisiert sind, wie der NPD/JN Kreisverband Spreewald fasst. Durch das NPD-Verbotsverfahren verlor der NPD/JN Kreisverband Spreewald jedoch an Attraktivität.

Anhand eines anonymisierten Beispiels geben wir nachfolgend Einblick in unsere Arbeit mit den Jugendlichen sowie deren Rolle in den Kommunen.

Grundlagen für eine Situationsbewertung in einer Kleinstadt

Die folgenden Ausführungen zeichnen das Bild einer Stadt, in der Rechts-
extremismus zum Alltag gehört. Um eine aussagekräftige Situationsbe-
wertung zu erstellen, werden verschiedene Informationsquellen herange-
zogen:

1. Interviews mit verschiedenen Personen aus der Kommune;
2. Informationsaustausch mit MBT-Kollegen aus der angrenzenden Region;
3. Bewertung und Einschätzung in außerschulischen Bildungsangeboten von Jugendlichen vor Ort;
4. Wir prüfen Möglichkeiten überregionaler Verbindungen der lokalen rechtsextremen Szene;
5. Situationsbeschreibung durch Jugendlichen, die Opfer rechtsextremer Übergriffe wurden.

Zwei der Informationsquellen sollen hier ausführlicher beschrieben werden.

Beispiel: Projekttag an einem Gymnasium

Nach der recht ernüchternden Erfahrung im Rahmen einer **Schulinternen Lehrerfortbildung (SCHILF)** waren wir gespannt auf die Arbeit mit den Schülern. Der Schulleiter hatte telefonisch angekündigt, dass die „härteren Klienten“ der Oberstufe an den Projekttagen teilnehmen würden. Der Kurs zählte 16 Schüler und vier Schülerinnen. Die Schüler waren überwiegend aus der 12. Klasse. Außerdem nahmen Schülerinnen und Schüler der 9. und 11. Klasse teil, darunter eine Abiturientin.

Unser Erkenntnisinteresse war von Beginn an eindeutig: Wie sieht die rechtsextreme „Elite“ in der Stadt aus? Da wir nicht erwarteten, dass sich unser Engagement auf überzeugte Personen aus der rechtsextremen Szene missionarisch auswirken könnte, blieb unser Ziel bodenständig: Wir wollten die Zweifel der Zweifler und die Kritik der Kritiker stärken. Dabei durften wir keinesfalls in eine rhetorische Defensive geraten. Bereits bestehende Gruppenzugehörigkeiten galt es aufzubrechen. Durch eine frontale Form der Kursleitung wollten wir die Kontrolle über die Teilnehmer behalten.

Die Einführung

Um die Schülerinnen und Schüler auf die Projektstage einzustimmen, fragten wir sie, mit welchen Erwartungen sie gekommen seien. Die Gruppe war sehr unruhig, Einzelne versuchten sich als „Gegner“ zu profilieren. Fälschlicherweise nahmen die Schüler an, sie würden eine Gerichtsverhandlung besuchen. Darüber hinaus hatten sie keine konkreten Vorstellungen.

Es folgte ein Aufwärmspiel. Die Suche nach einem geeigneten Spiel war nicht leicht: Alle uns bekannten Spiele erzeugen ein Gefühl der Gruppenzugehörigkeit. Gerade das aber wollten wir verhindern, da sich jeder Schüler und jede Schülerin als Individuum wahrnehmen sollte. Wir koppelten daher die namentliche Vorstellung mit der Frage: „Was macht dich einzigartig?“.

Obgleich die auf diese Art zustande gekommenen Äußerungen bei einer derart heterogenen Gruppe keinerlei Offenbarungen versprechen, erwiesen sie sich dennoch als recht aussagekräftig. Die Schüler der 9. Klasse erwähnten z. B. ihre sportlichen Leistungen. Ein Schüler der 12. Klasse bezeichnete sich als ausgesprochen „tolerant“. Seine Kleidung verriet jedoch, dass er der rechtsextremen Szene angehörte. Die überwiegende Mehrheit entschied sich für eine geografische Bestimmung ihrer Einzigartigkeit. Das Dorf oder der Stadtteil, aus dem sie kamen, machte sie in ihren Augen unverwechselbar.

Im Anschluss daran erklärten wir die Regeln der Veranstaltung: „ausreden lassen“, „jeder darf reden“, „möglichst nur von sich selbst sprechen“, „Lehrer sind nicht anwesend“, „wir geben keine Informationen über die Aussagen der einzelnen Schüler an die Lehrer weiter“. Aus aktuellem Anlass³ erweiterten wir diese Liste um die Regel, dass provozierendes Verhalten zum Ausschluss von der Veranstaltung führe. Wir wollten den Schülern keine Plattform für rechtsextreme Selbstdarstellungen bieten. Als Konsequenz entschieden sich zwei Schüler (darunter der „Tolerante“) dafür, nach der Pause nicht mehr am Kurs teilzunehmen.

Der erste Block

Gegenstand des ersten Blocks war die Frage „Was bedeutet Rechts/Links/Radikal/Extrem?“ Die Begriffe wurden an die Tafel geschrieben. Auf Zuruf konnten die Schülerinnen und Schüler ihre Assoziationen hinzufügen. Dabei griffen wir nicht lenkend oder fragend ein. Es ergab sich folgendes Bild:

³ Tags zuvor hatten ein paar Schüler den Unterricht zur Demonstration ihrer Macht umfunktioniert und die Referentin lächerlich gemacht.

Links	Rechts	Radikal	Extrem
Nation egal	National	System verändern	System abschaffen
	Hooligans	Dagegen sein	Punks
	Skinheads		
Kleidung, bunte Haare, bunte Schnürsenkel	Stiefel, Glatze, weiße Schnürsenkel		
	Nationalstolz		

Der Rücklauf verlief schleppend. Offenkundig war, dass sich die TeilnehmerInnen gegenseitig beobachteten. Insbesondere das Verhalten von drei Schülern erregte unsere Aufmerksamkeit. Sie zeigten großes Interesse an dem Gedankenspiel, hielten jedoch bei rechtsextremen Äußerungen stets inne. Ebenso unverkennbar blieb ihre Absicht, die Diskussion dominieren zu wollen. Unsere Reaktion beschränkte sich auf konkrete Nachfragen, mit denen wir sie veranlassen wollten, ihre Gedanken klarer zu formulieren. Zwei der drei Schüler hoben sich als „ideologische Köpfe“ von den anderen Teilnehmern ab. Sie versuchten ihren „Status“ zu wahren (einer der beiden nannte als seine Einzigartigkeit „respektiert“), indem sie die anderen Gruppenmitglieder durch Blicke, Gesten oder Bemerkungen in Schach hielten. Wir brachen das Brainstorming ab und erläuterten stattdessen die erarbeiteten Begriffe.

Im Anschluss daran forderten wir die Schülerinnen und Schüler auf, sich den politischen Orientierungen zuzuordnen. Wir markierten diese mit Klebepunkten auf dem Boden des Klassenzimmers. 15 der 18 Schüler ordneten sich im „Mitte-Rechts“-Feld ein, zwei der vier Schülerinnen bezeichneten sich als „Mitte-Links“. Ein Schüler bekannte sich zur rechtsextremen Szene, die anderen Positionen blieben leer.

Rechtsextreme Reizbegriffe

Mit einem neutralen Referat zum Extremismusbegriff, von dem wir das Konzept der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGO) positiv abhoben, leiteten wir über zur nächsten Aufgabe. Auf Karteikarten sollten die Schülerinnen und Schüler Definitionsvorschläge zu den Begriffen *Staat*, *Nation*, *Volk* und *Rasse* niederschreiben. Sie durften so viele Karten beschreiben, wie sie wollten. Nachstehend haben wir die Begriffsbestimmungen zusammengetragen. Die Ziffern in den Klammern geben die Zahl der ausgefüllten Karteikarten an.

STAAT	NATION	VOLK	RASSE
Arbeit	Menschen	Menschen in der Gemeinschaft eines Landes	Abstammung (5)
gibt/gestattet Asyl (2)	Religion	Stolz	Herkunft (3)
Steuern (5)	Zusammenhalt	Zusammenhalt	gelb, braun, weiß, schwarz (2)
eigenes Rechtssystem	Gemeinschaft von Menschen in einem Land (3)	Treue	Unterschiede
Unterstützung	Herkunft	Verbundenheit	Heimat (2)
repräsentative Demokratie (2)	Demokratie (2)		andere Rasse (SS in Runen)
Gewaltenteilung	Zukunft	Menschen	andere Meinung
Regierung (6)	Gleiche/selbe Nationalität		Unterschied in Aussehen und Mentalität
Politiker (3)	Ein Volk, ein Recht, eine Meinung	Vaterlands verbundene Gemeinschaft	Völkergruppen
unabhängiges Land	Menschengruppe durch Herkunft verbunden	Gemeinschaft	Anzahl von Individuen mit ähnlichem Aussehen und Eigenschaften
eigene Regierung	Menschen eines Landes Staates Kontinents der Erde	Deutsch	Lebewesen von derselben Herkunft
Bundestag	besitzt Rechte	Sprache verbindet	Artgemeinschaft mit gleichen Merkmalen
Entscheidungen		Verbündete	Rassenlehre
Gesetze			
Wahlen			
Bundestag			
Bundesrat			
Staatsgewalt			
Gerechtigkeit			

Die Schülerinnen und Schüler füllten deutlich mehr Karteikarten aus, als sie abgaben – zu den Stichworten *Rasse* und *Volk* behielten sie schätzungsweise ein Viertel zurück. Offenkundig handelte es sich hierbei um eine Form der Selbstzensur. Eine der Karten, fanden wir provokativ unter unserem Stuhl: „Wir sind die MASTER RACE !?! Run Nigger Run!?!“. Auf der Rückseite zeigte sie einen Druidenstern mit der Unterschrift „77+11“. In der rechtsextremen Szene steht die Zahl 88 für „Heil Hitler“.

Gesamtbewertung

Im Rahmen der Projektstage (September 2001) kristallisierten sich fünf Schüler als machtorientierte Repräsentanten der lokalen rechtsextremen Szene heraus. Sie waren bekannt dafür, an der örtlichen Gesamtschule Mitglieder für die NPD/JN zu werben. Zwei der Hardliner entzogen sich sehr rasch der Auseinandersetzung mit uns und blieben bereits nach der Einführung fern. Zwei weitere Schüler übernahmen die Rolle von Aufsichtsführenden. Sie dirigierte die restlichen Teilnehmer durch Blicke und Gesten. Überrascht nahmen wir ferner wahr, dass auch solche Schülerinnen und Schülern rechtsextreme Aussagen formulierten, die sich von den Nazis bewusst distanziert hatten. So vertrat eine Schülerin die Ansicht, „dass genauso viele deutsche Jugendliche von Ausländern gejagt und ermordet werden wie umgekehrt, dass die deutschen Jugendlichen ja nur darauf reagierten. In den Zeitungen werden die deutschen Opfer aber verheimlicht“. Durch unseren Einwand entstand eine Diskussion über die Pause hinweg. Während die Schülerinnen unsere Diskussionsangebote stets dankbar annahmen, schien es den Schülern verboten zu sein, mit uns in Kontakt zu treten. Die Schüler grenzten sich auf dem Schulhof von den anderen sichtbar ab.

Beispiel: Systematisierung von Sozialräumen

Die Kennzeichnung von Sozialräumen erweist sich als wirksames Instrument, um die rechtsextremen Strukturen einer Stadt aufzudecken. Dabei werden sowohl Sozialpädagogen als auch ortskundige Jugendliche, die nicht der rechtsextremen Szene angehören, gebeten, den verschiedenen Jugendgruppen bestimmte Plätze in der Stadt zuzuordnen. Die Jugendlichen sind meist Opfer rechtsextremer Übergriffe und zeichnen sich durch eine genaue Kenntnis derjenigen Plätze aus, die zu bestimmten Uhrzeiten als besonders gefährlich einzustufen sind. Die befragten Jugendlichen selbst bestimmen in der Diskussion die Gruppen einer Stadt sowie die Kriterien, anhand derer sie unterschieden werden können. Die Abgrenzung



Graffiti und Aufkleber in Südbrandenburg, 2004

der Jugendgruppen ist nicht immer trennscharf. Dennoch entsteht ein grobes Bild der Jugendsozialraumstruktur, ihrer Akteure und Beziehungen. Die verschiedenen Plätze und Orte bezeichnen wir als Sozialräume.

Die Entdeckung der Stadtstrukturen ist auch für die Jugendlichen wichtig: Häufig sind die Orte mit widersprüchlichen Erfahrungen verbunden. Gefestigte Einschätzungen und Meinungen sowie diffuse Informationen können in der Diskussion mit anderen Personen und aus der Distanz neu bewertet werden. Sie lernen mitunter, gemeinsame Interessen mit anderen Jugendgruppen wahrzunehmen, die ihnen die harte Abgrenzung bislang verwehrte.

Die Sozialräume einer Kleinstadt in Südbrandenburg

Im Herbst 2001 erschlossen wir gemeinsam mit zehn Jugendlichen, den Sozialpädagogen zweier Jugendclubs sowie einer Schulsozialarbeiterin die Sozialräume einer Kleinstadt in Südbrandenburg. Wir differenzierten zwischen vier Jugendgruppen der Stadt: Die erste Gruppe bestand aus dem *Freundeskreis* der beteiligten Jugendlichen. Die zweite Gruppe umfasste die „anderen“ Jugendlichen, die weder dem *Freundeskreis* der Befragten noch der rechtsextremen Szene angehörten. Gruppenintern wurden sie die „*Skater und Hip Hopper*“ genannt, die nach Aussagen der Teilnehmer häufig identisch seien. Bei den Rechtsextremen/Neonazis unterschieden wir zwischen der *Skin-Gruppe* einerseits und den *rechtsextremen Ideologen* andererseits. Die *Skin-Gruppe* gilt als besonders gewaltbereit, war ideologisch aber wenig aktiv. Die *rechtsextremen Ideologen* dagegen verbreiteten zwar rechtsextremes Gedankengut, traten jedoch kaum gewalttätig in Erscheinung. Die Jugendgruppen wurden auf insgesamt 20 Orte und Plätze der Stadt verteilt. An diesen Standorten war es in der Vergangenheit zu Spannungen gekommen.



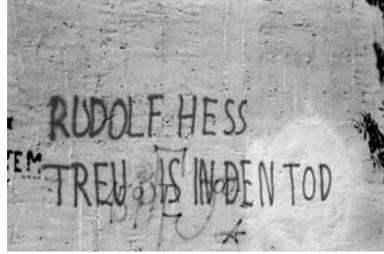
Die Sozialräume der Jugendgruppen

Nach Aussagen der Jugendlichen teilte sich die Stadt entsprechend ihrer sozialen Bezüge in Alt- und Neustadt. Die *Altstadt* sei relativ sicher. Nur zu später Stunde und am Wochenende würde sie von Nazis aus der Stadt sowie den umliegenden Dörfern beherrscht. Zu diesen Zeiten seien regelmäßig bis zu 60 Skins/Nazis in der Stadt (Wochenende, Dorffeste, Osterfeuer). Als Spannungspunkte nannten die Befragten die Tankstellen, das Gasthaus B., den Parkplatz des Supermarktes sowie einen Sportplatz im Norden der Altstadt. Die Gruppe der Skater sei hier häufig von Vertretern der Skin-Gruppe angegriffen worden.

Die *Neustadt* dagegen würde hauptsächlich von der dritten und vierten Gruppe dominiert. Auch die Skater hielten sich hier auf: Die Skaterbahn, der Busbahnhof, die beiden Jugendclubs sowie die Gesamtschule seien beliebter Treffpunkt. Zu Spannungen käme es häufig im Umfeld der Gesamtschule, vor dem Supermarkt sowie einem Wohnviertel zwischen der W- und der A-Straße. Vor allem aber auf dem Parkplatz der Gesamtschule stießen die Jugendgruppen aufeinander. Die Befragten selbst hätten keinen spezifischen Anlaufpunkt. Sie meiden sowohl die Jugendclubs als auch die Gesamtschule.

In einem *Außenbezirk* der Stadt hätten sich Skins und Skater arrangiert. Zumindest waren seit langem keine Vorfälle bekannt. Als ebenso ungefährlich identifizierten die Befragten den Bahnhof, einen weiteren Sportplatz an der L-Straße sowie das ehemalige Kraftwerk. Diese Orte seien vor allem die Domäne der Skater.

Die Befragung ergab, dass kaum Mädchencliquen bestanden. Allenfalls kleine Gruppen von zwei bis drei Mädchen, die sich zu Hause treffen. Der Versuch der Jugendsozialarbeiter, eine Mädchen-Fußballmannschaft zu gründen, sei nicht erfolgreich gewesen. Einige Mädchen seien nur als Freundinnen von rechtsextremen Jungs in deren Szene.



Graffiti in Südbrandenburg, 2004

Charakterisierung der rechtsextremen Szene

Die rechtsextreme Szene der Stadt umfasste sowohl ortsansässige Jugendliche als auch solche aus den umliegenden Dörfern. Die einzelnen Gruppen lägen im Konflikt. Vor allem zwischen denen der Stadt und denen der Dörfer gebe es Auseinandersetzungen.

Die Skin-Gruppen wurden auf insgesamt 30 bis 50 Personen geschätzt. Die stärkste Clique sei eine Gruppe von 17-20-Jährigen, die sich selbst als „XY 1“ bezeichnen. Sie seien überwiegend aus dem Arbeitermilieu und würden die 10. Klasse der Gesamtschule besuchen bzw. hätten sie besucht. Vor allem ein kleiner Kern aus sieben bis acht Jugendlichen sei spontan gewalttätig. Diese Gruppe verantwortet zahlreiche Gewalttaten im Ort. Ebenso bekannt für gewalttätige Übergriffe sei eine Gruppe, die sich die „Bierpatrioten“ nennt. Ihr Kern bestünde aus drei bis fünf Personen. Die Gruppe könne jedoch rund 20 Personen aktivieren.

Die Frage nach einer sichtbaren NPD-/JN-Szene verneinten die Jugendlichen. Flyer und Aufkleber würden außerhalb von Wahlkämpfen nur vereinzelt auftauchen. Zum ideologisierten Kern der Rechtsextremen zählten die Befragten etwa zehn Personen, die aber nicht durch Gewalt auffielen. Einige seien am Gymnasium oder besuchten dieselbe Klasse.

Bei der Bewertung einer Gruppe, die sich „XY 2“ titelte, gingen die Meinungen auseinander. Zweifellos handelte es sich dabei um eine regional gefürchtete, aber mittlerweile inaktive Schlägergruppe. Einigkeit bestand bei den Befragten darin, dass sie von deren Mitgliedern nichts zu befürchten hatten. Deutlich wurde zudem, dass einige Mitglieder zu anderen Skin-Gruppen übergewechselt waren. In Bezug auf weitere Mitglieder wurde gemutmaßt, dass sie sich durch ihre berufliche Situation von der Gruppe distanziert hatten.



Resümee der Befragten

Die Analysearbeit erbrachte sowohl uns als auch den Beteiligten einen erheblichen Erkenntniszuwachs. Die Vielfalt der Jugendzene wurde mehr als deutlich. Die Jugendlichen erfuhren einiges über die Rolle ihres Freundeskreises im Gesamtgefüge der Stadt. Sie erörterten in diesem Zusammenhang auch Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Jugendgruppen, z. B. den Hip Hoppern und Skatern, die wie sie unter den Nazis litten. In der Analyse stellte sich heraus, dass sich gerade die Skater gegenüber den Nazis erfolgreich behaupteten. Selbstkritisch stellten sie zudem fest, dass es gerade für Jugendliche im „Einstiegsalter“ besonders schwer sei, Anschluss an bestehende Gruppen zu finden. Gerade um die 10- bis 13-Jährigen würden rechtsextreme Gruppierungen aber werben. Um ihrem Einfluss Einhalt zu gebieten, seien alternative Freizeitangebote für diese Altersgruppe unverzichtbar.

Jugendkulturen

Jugendkulturen sind kurzlebig und dynamisch. Sie erweisen sich als ebenso flexibel wie die Gruppen, die sie ausbilden. Auch sie gründen sich, verschwinden wieder, sind teilweise nur lokale Erscheinung. Jede Gruppenbildung schließt bestimmte Personen ein und „den Rest der Welt“ aus. Gruppen bieten einen sozialen Bezugspunkt mit Regeln und Gestaltungsmöglichkeiten. Sie stellen ein überschaubares Umfeld dar und gleichen die mangelnde Lebenserfahrung der Jugendlichen aus. Neben der lokalen Zugehörigkeit entsteht häufig ein überregionales Gruppengefühl. Das jährliche Treffen der *Gothics* in Leipzig ermöglicht beispielsweise eine Verbundenheit der Teilnehmer aus ganz Europa. Am Wohnort der Jugendlichen sind es dagegen meist nur wenig Gleichgesinnte.

Jugendkulturen eröffnen den Jugendlichen eine Parallelwelt, die sie inspiriert und ihre Kreativität herausfordert. Diese Welt ist zugleich Ort, an dem die Gruppe ihr eigenes Weltbild ausleben kann. Verwischen die Grenzen zwischen Alltag und Parallelwelt, kann dies in einzelnen Fällen problematisch werden. Bleiben junge Menschen etwa in ihren altersgleichen Gruppen, den so genannten „peer groups“, isoliert, so kann die Parallelwelt zu einer dominierenden Realität werden. Wir sprechen dann von einer „sektengleichen Gruppe“, die kaum mehr empfänglich ist für äußere, korrigierende Einflüsse. Auch rechtsextreme Gruppen erfahren sich über ein bestimmtes Eigen- und Weltbild. Die Einstellungen zu Mensch, Gesellschaft und Politik dienen der Abgrenzung gegenüber Außenstehenden. Interessant ist, dass die gruppenspezifischen Werte und Einstellungen auch jenseits der Gruppengrenzen an Bedeutung gewinnen können. So werden rechtsextreme Positionen auch von solchen Menschen vertreten, die nicht der Szene angehören.⁴

Die rechtsextreme Gruppe übernimmt soziale Funktionen: Hier kommunizieren die Jugendlichen, gehen soziale Verpflichtungen ein und leben ihre Werte. Sie ist den Jugendlichen eine Heimat. Die Glaubwürdigkeit ihrer Weltsicht kann gewiss angezweifelt werden. Die Jugendlichen begründen sie mit tautologischen Argumenten und Zirkelschlüssen bekannter Versatzstücke. Ihre stetige Reproduktion verfolgt den Zweck, sich der Homogenität und Geschlossenheit der Gruppe zu vergewissern. Jeder Einwand wird dabei zur Frage von Loyalität. Trotz des Anspruches auf Homogenität ist unvermeidlich, dass im Laufe einer Zeit auf der Führungsebene Differenzen entstehen. Macht- und Profilierungsinteressen einzelner werden durch Trennung von der Person oder Teilung der Gruppe gelöst. Die Führungsebene zeichnet sich durch eine äußerst heterogene Interessenslage aus, die zu komplexen und widersprüchlichen Verhältnissen führt. Trennung und schnelllebige Allianzen sind gängig.

Rechtsextreme Subkultur

Weltanschauung und Business Subkulturen manifestieren sich häufig, wenn eine Nachfrage nach Insider-Utensilien entsteht. Es bildet sich eine ökonomische Basis, die meist älteren Insidern die finanzielle Existenz

⁴ Demnach haben zehn Prozent der Berliner und 24 Prozent der Brandenburger rechtsextreme Einstellungen (vgl. Oskar Niedermeyer/ Richard Stöss: Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg. Otto-Stammer-Zentrum 2002. <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschung.htm>).

sichert, zugleich aber in einer Abhängigkeit resultiert. Das Kapital der Unternehmer sind die sozialen Netzwerke, in denen sie zugleich die Rolle von Informationsbrokern einnehmen. Sie verkaufen Musik und Kleidung, unterhalten aber auch Tattoo- und Piercingläden. Darüber hinaus werden Branchen erschlossen, die nicht unbedingt szenespezifisch sind. In der Region Südbrandenburg bestehen geschäftliche Aktivitäten beispielsweise in den Bereichen Security, Prostitution und Drogenhandel, aber auch im Gebrauchsgüter- und Autohandel. Das entstandene Unternehmertum vermischt Exklusives mit Gewöhnlichem, Legales mit Illegalem.⁵ Da die Insiderunternehmer zunehmend Geld umsetzen, werden sie in den Kommunen als seriös wahrgenommen.

Auch wenn ihr Handeln der eigenen Ideologie zuwider läuft, ziehen sie das rechtsextreme Weltbild nicht in Zweifel. Sie fühlen sich ihm weiterhin verpflichtet. Widersprüche werden ignoriert. Durch die geschäftlichen Beziehungen tritt die Weltanschauung sogar temporär in den Hintergrund. Da die Geschäfte aber hauptsächlich auf Vertrauen, „Stallgeruch“ und entsprechenden Insiderkontakten beruhen, werden verbindende Gruppenwerte nie ganz abgelegt. Hin- und hergerissen zwischen dem Homogenitätsanspruch der eigenen Reihen und der Anerkennung durch Geschäftspartner und kommunale Persönlichkeiten, können Szeneunternehmer in einen Zwiespalt geraten.

Um ihre Reputation nicht zu verlieren, wirken sie gerade auf die jüngere Generation der Szene disziplinierend. So fand die abnehmende Gewalttätigkeit rechtsextremer Jugendlicher in Lausitz positiven Widerhall. Darüber hinaus bieten die gesellschaftlich etablierten Rechtsextremen – im Gegensatz zu denen, die an einer reinen Schattenwirtschaft interessiert sind – den Jugendlichen eine Zukunft. Als selbstständige Unternehmer und handwerkliche Betriebe schaffen sie mitunter Arbeits- und Lehrstellen. Für die jungen Menschen kann es demnach Vorteile haben, einer rechtsextremen Subkultur anzugehören.

Die Geschäftstätigkeit kann sich sogar auf die Unternehmer selbst ideologisch mäßigend auswirken. Wer den Ruf eines guten Geschäftsmannes zu verlieren hat, geht leichter Kompromisse ein und ist bereit, in sein Image zu investieren. Dies kann dazu führen, dass das rechtsextreme Weltbild an Bedeutung verliert. Wie viele der Szeneangehörigen auf diese Weise „neutralisiert“ wurden, ist nicht bekannt. Zudem muss berücksichtigt werden, dass der Bedeutungsverlust des rechtsextremen Weltbildes noch keine

⁵ Diese Entwicklung hat ihre Vorläufer im Musikbereich, der aus finanziellen Interessen und zu propagandistischen Zwecken aufgebaut worden war.

Abkehr vom Rechtsextremismus bedeutet.⁶ Der Ansicht vieler Menschen, Rechtsextremismus sei ausschließlich bei Jugendlichen in einem bestimmten Alter (der so genannten Rowdyphase) zu beobachten, geben diese Beobachtungen damit nur teilweise recht.

Auch Partizipation ist Prävention

Der Ausstieg aus der organisierten rechtsextremen Szene ist ein langer, schwieriger Weg. Alle Aussteiger berichten von einem Prozess der Selbstzweifel und der kritischen Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Weltsicht. Die Empfänglichkeit für alternative Angebote aber steigt, je weiter die Ablösung vorangeschritten ist. Biografische Bruchstellen wie Ausbildung und Beruf bilden meist den Auslöser dafür, dass sich Jugendliche umorientieren. Erst hier können Jugendsozialarbeiter für rechtsextreme Jugendliche effiziente Angebote bereitstellen. Sie suchen den Dialog, fördern das Verständnis für Demokratie und Menschenwürde und bereiten den Ausstieg in entscheidendem Maße vor.

Daneben erscheinen präventive Maßnahmen unverzichtbar. Viele Jugendliche sehen sich abseits der Gesellschaft. Das Selbstverständnis der Jugendlichen schwankt zwischen der Rollenphantasie omnipotenten Wirkens und einer resignativen Gestaltungsohnmacht. Die Resignation ist häufig ein Grund, warum so viele Jugendliche vorzeitig scheitern. Partizipation kann hier helfen, die Jugendlichen in ihrem Selbstwertgefühl zu stärken und ihnen eine Perspektive zu geben. Sozialpädagogen diskutieren das Thema Partizipation bereits für Kinder: Kinderrechte und Kinderfähigkeiten (Stichwort: Kinder stark machen für Demokratie) bilden die Säulen dieses Präventivkonzepts. Sie ergänzen einander und bewirken eine Stärkung der Persönlichkeit.⁷ Partizipation ist zugleich ein Lernprozess, der auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht. Projektbezogene Partizipationsformate wie die Gestaltung eines Spielplatzes oder die Teilnahme am Jugendausschuss können aufgrund ihrer Begrenzung nur ein Anfang sein.

Methodenansätze wie die „Zukunftswerkstätten“ in Brandenburg oder das umfassende Konzept „Spilleitplanung“ in Rheinland-Pfalz gelten dagegen als zukunftsweisend.⁸

⁶ Die Friedensdemonstrationen im März/April 2003 zeigten, dass gerade die „Älteren“ (die etwa Dreißigjährigen) durchaus noch aktiv sind.

⁷ Auch in der Drogenprävention baut man auf die Stärkung der Persönlichkeit.

⁸ Für weitere Information zu Beteiligungsformen siehe: [http:// www.kinderpolitik.de/bibliothek/content/index.html](http://www.kinderpolitik.de/bibliothek/content/index.html)

Diese Beteiligungsformen werden in besonderem Maße der Erfahrung gerecht, dass Kinder und Jugendliche Räume brauchen, in denen sie ihre Bedürfnisse geltend machen und dafür eintreten können. Sie lernen, realistisch einzuschätzen, was durchsetzbar ist, und üben, Kompromisse einzugehen. Sie lernen außerdem, konkurrierende Interessen als legitim anzuerkennen, wodurch sie Verständnis für andere Perspektiven sowie ein differenziertes Weltbild entwickeln. Auch ihr Fachwissen, z. B. Kommunalrecht, oder der Umgang mit Wissen und Lernen wird gefördert. Besonderer Erwähnung bedarf schließlich der integrierende Effekt derartiger Beteiligungsformen: Eine Zusammenarbeit auf Ebene des Gemeinwesens verspricht, die verschiedenen Bedürfnisse aufzugreifen, um ihnen nicht zuletzt gerecht zu werden. Viele der so genannten Randgruppen lösen sich auf, denn sie sind nunmehr Teil der Gesellschaft – mit dem Recht zu definieren, was die Gesellschaft braucht.

Eigeninitiativen von Jugendlichen

Als Randgruppe sehen sich einige Jugendliche, die eine Trennung zwischen ihrer und der Erwachsenenwelt erleben. Im Süden Brandenburgs haben sich eine kleine Anzahl von Initiativen von Jugendlichen gebildet. Der lockere Zusammenhalt der einzelnen Initiativen ist der gemeinsame Bezugspunkt gegen „die Nazis“ zu sein. Die jungen Menschen wurden drangsaliert oder sind potentielle Opfer – weil sie „falsch“ gekleidet sind, „falsche“ Vorlieben teilen, „falsche“ Freunde oder eine „falsche“ Meinung haben, bieten sie der rechtsextremen Szene bereits eine Angriffsfläche. Sie organisieren sich selbst und setzen sich mit alternativen Lebensentwürfen auseinander. Dazugehören heißt für diese jungen Menschen dann, sich gegen den Rechtsextremismus zu positionieren. Die Jugendorganisationen der etablierten demokratischen Parteien bieten ihnen dabei selten oder keine überzeugende Adresse: „Wer sich denen anschließt, hat eine Parteikarriere vor und kann keine glaubwürdige Opposition betreiben“, so die Aussage eines Betroffenen.

Die Initiativen sind Experimentierräume, in denen Jugendliche eigene Lebensentwürfe ausprobieren können.⁹ Ein soziales Netz, ein Freundeskreis, hilft ihnen dabei, eigene Vorstellungen auszuleben. Die sozialen

⁹ Ein für diesen Aufsatz geführtes Interview vom 12.11.2002 bestätigt diese Einschätzung. Das Selbstverständnis der Jugendlichen definiert sich über Themen und Interessen, nicht aber über eine explizite Jugendkultur.

Verbindungen, die die Jugendlichen im Rahmen dieser Projekte eingehen, bieten Möglichkeiten zum Austausch und zur Spiegelung, sie sichern die Anteilnahme von anderen Personen, wirken inspirierend und integrierend.

Spannungen bleiben im Rahmen solcher Projekte nicht aus: So entsteht zwischen den Personen, die nur kurzfristig mitmachen und denen, die eine verbindliche Aufgabe in der Gruppe wahrnehmen, zunehmend eine Asymmetrie. Tatsächlich erfüllen die Personen unterschiedliche Funktionen, beispielsweise sind die „Vorbeischauer“ für eine interne Öffentlichkeit notwendig, brauchen sich auch nicht aktiv einbringen. Für gewöhnlich stellt die Initiative eine Lebensphase und somit eine „Lebensschule“ dar, in der sie eigene Interessen und Fähigkeiten entwickeln, Vorstellungen auf Umsetzbarkeit prüfen und die eigenen Kräfte ausloten. Ausbildung, Beruf und eigene Familie führen jedoch häufig dazu, dass sie wieder eigene Wege gehen. Personen mit Schlüsselfunktionen in den Projekten laufen Gefahr, an dem Projekt festzuhalten, zum „Selbstläufer“ zu werden: „Ohne mich geht hier nichts“, sind Gedanken, mit denen wir häufig konfrontiert sind. Andere Personen können dadurch schwer nachrücken.

Gelingt eine Anbindung der Projekte an die Kommune, erhalten diese neuen Impulse und neue Betätigungsfelder. Auf dieser Basis kann ein reziprokes Verhältnis eingegangen werden. Beispielhaft sei hier die „Parzellenstrasse“ in Cottbus angeführt, in der gleich mehrere solcher Initiativen ansässig sind. So unterstützen die Jugendlichen als „Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt“ andere Jugendliche bei der Bewältigung ihrer Erlebnisse. Der „Verein für ein multikulturelles Europa“ oder die „Arbeitsgruppe Flucht und Migration“ engagieren sich im Asylbereich. Seit einigen Jahren geben die Gruppen sogar eine eigene Zeitschrift heraus – „noch härtere Zeiten“ ist ihr Titel. Darüber hinaus organisieren die Jugendlichen Seminare oder Summercamps zu verschiedenen Themen, die sogar überregionale Teilnehmer anlocken. Die Teilnahme am *Cottbuser Aufbruch* verschafft den Jugendlichen nicht zuletzt die notwendigen Kontakte zu Entscheidungsträgern aus Regierung, Verwaltung und Gewerkschaft. Andererseits hat der *Cottbuser Aufbruch* Ideen und Vorschläge der Jugendlichen übernommen. Eine weitere Initiative von Jugendlichen in Cottbus ist der „?e.V.“, der im Stadtteil Sachsendorf eine Anlaufstelle für Bildungsarbeit aufbauen will.

Die Entstehungs- und Verlaufsgeschichten solcher Initiativen haben einige Gemeinsamkeiten. Ein repräsentatives Beispiel bietet die Initiative

„Piraten e.V.“ in Spremberg¹⁰: Die „Piraten“ bieten politisch interessierten Jugendlichen eine Anlaufstelle, um ihren politischen Gestaltungswillen auszuleben.¹¹ Angefangen haben sie als lose Gruppe von Jugendlichen auf der Suche nach einem *rechts*freien Raum. Dazu einer der Mitbegründer der Piraten:

„Im Herbst 1998 machte mich eine Lehrerin meiner alten Schule auf die ‚Roten Piraten Spremberg‘ aufmerksam. Sie trafen sich damals im PDS-Büro und setzten sich einerseits aus PDS-Jugendlichen, andererseits aus einer Horde Punks zusammen. Die politische Arbeit der ‚Piraten‘ interessierte mich. Wir haben zusammen eine Demonstration gegen die Beteiligung rechter Parteien an der Bundestagswahl 1998 organisiert und hatten eine gute Resonanz. Erst waren wir nur eine lose Jugendgruppe. Das Schlüsselerlebnis, welches uns dazu brachte, aktiver zu werden, war das ‚Heimatfest‘ 1999. Ein traditioneller Treffpunkt der Rechten. Wir wurden übel zusammengeschlagen. Die Gegner waren ungefähr fünfzig, wir zu sechst. Wir hatten keine Chance, uns zu wehren. Es endete mit Platzwunden, Blutergüssen, Hundebissen und Nasenbrüchen. In den Medien wurde natürlich von einer Schlägerei zwischen Autonomen und Rechten berichtet. Obwohl wir uns noch gar nicht als Autonome verstanden.“

Vertreter der Kommunalpolitik boten ihnen an, dem Jugendbeirat beizutreten. Die Arbeit im Beirat half den Jugendlichen nur wenig. Zu viele Interessen stritten dort, die denen der Jugendlichen zudem häufig nicht entsprachen. Die Abgeordneten hatten sich über den Jugendbeirat eine Befriedung der Jugendszene in der Stadt erhofft. Zudem bekundeten zwei Parteien ihr Interesse, die Jugendlichen als Mitglieder aufzunehmen. Die jungen Menschen wollten sich aber weder als Ordnungshüter profilieren noch an bestehende Strukturen anknüpfen. Sie verließen den Beirat, hielten dennoch weiterhin Kontakt zu den Parteien. Eine Privatperson stellte ihnen ein ungenutztes Hinterhaus als Treffpunkt zur Verfügung.

„Unser Verein besteht seit knapp zwei Jahren. Die Miete für unsere Räume und die Projekte unseres Jugendclubs werden von der Stadt und durch Spenden

¹⁰ Alle folgenden Zitate beziehen sich auf: Stephan Neidert: *Weggehen wäre wie Aufgeben*; in: Mobiles Beratungsteam: *Meine Stadt hat sich verändert*, Potsdam 2001, S.36ff

¹¹ Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit zeichnet „Die Piraten“ am 7. 5.2003 mit dem *Band für Mut und Verständnis* aus. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss des DGB, Berlin-Brandenburg und kirchlicher, sozialer sowie staatlicher Verbände.

„Antirassismus ist eine Selbstverständlichkeit“

Die Spremberger Piraten bekommen heute eine Auszeichnung in Berlin

SPREMBERG. „Antirassismus ist eine Selbstverständlichkeit“, sagt Stephan Neidert, Vereinsleiter von den „Piraten“. Er gibt sich so, als ob es einfach wäre, gegen Ausländerfeindlichkeit einzutreten. Auch die anderen Jugendlichen des Vereins halten sich nicht lange damit auf, von Zivilcourage zu reden. Doch sie zeigen sie seit Jahren, indem sie sich gegen Rassismus engagieren. Heute werden sie dafür geehrt: Im Berliner Rathaus wird der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit den Piraten im Namen des Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit das Band für Mut und Verständigung überreichen.

VON ANJA SCHMIDT-VON RHEIN

Diese Auszeichnung wird seit 1993 Einzelpersonen und Gruppen verliehen, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit wenden und sich für die Verständigung unterschiedlicher Kulturen einsetzen. Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit ist ein Zusammenschluss des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg und kirchlicher, sozialer und staatlicher Verbände.

„Ich freue mich natürlich sehr, dass die Piraten diese Anerkennung bekommen“, betont die Ausländerbeauftragte Monika Wagschal. „Ich kenne den Verein seit seiner Gründung 1999, der setzt sich für Menschen ein, die verbal oder tätlich angegriffen werden.“

Auch der Leiter der Piraten freut sich: „Das ist eine wichtige Anerkennung“, sagt er. „Wir werden sonst oft als chaotische linksextreme Truppe abgestempelt.“

In der Spremberger Burgstraße haben die Jugendlichen ihr Domizil: Einen Hof samt Hinterhaus. Über eine enge Treppe gelangt der Besucher in den Versammlungsraum im ersten Stock. 15 Quadratmeter, 27 Mitglieder und jede Menge alter Sofas, die um einen langen Tisch gedrängt sind. Im winzigen Nebenraum ist durch den offenen Durchgang die selbstgezimmete Bar zu sehen, das „Café Hinterhof“.

Jeden Sonntag ist hier Plenum, werden Ideen gesammelt und Aktionen geplant. Das Café ist selbstbestimmt, jeder, auch jedes neue Mitglied, kann gleichberechtigt mitentscheiden. Zurzeit wollen die Mitglieder des antirassistischen Jugendtreffs ein Video über Alltagsprobleme, mit denen Ausländer zu kämpfen haben, drehen. „Das wird ein Film von Schülern für Schüler mit einem 30-seitigen Begleitprospekt“, erklärt Stephan Neidert.

Und mit den Problemen, denen sich Ausländer stellen müssen, kennen die Piraten sich aus. Denn sie sind nicht nur Anlaufstelle für Opfer von rassistischen Übergriffen, sondern halten auch engen Kontakt zum Spremberger Asylbewerberheim, laden die Flüchtlinge zum gemeinsamen Kochen ein, spielen zusammen Fußball, veranstalten mit ihnen Feste. „Das ist doch kein



Fünf Mitglieder der Spremberger Piraten: (obere Reihe v.l.n.r.) Georg Glaeser, Robert Lehmann, Richard Neidert, (untere Reihe v.l.n.r.) Christoph Kraatz und André Bartig.

Foto: Anja Schmidt-von Rhein

großes Ding“, lautet der lapidare Kommentar.

Mit vielen Aktionen trat der Verein in Spremberg an die Öffentlichkeit: 2000 lud er zu einer szenischen Lesung mit dem Staatstheater Dresden ein über die Holocaust-Problematik. „Ganze Deutschkurse sind gekommen“, erzählt Stephan stolz. 2001 organisierten die Piraten „White Noise“, einen Vortrag über Musik der neonazistischen Szene. 2001 riefen sie im Bergschlosschen auch die Veranstaltung „Jüdische Geschichte und Kultur in Deutschland“ ins Leben. Außerdem sitzen sie mit am Spremberger Runden Tisch gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Eine mühevoll organisierte Arbeit für die Jugendlichen. „Wir wollen zeigen, dass man nicht Rechts werden muss, nur weil das an der Schule dominiert“, sagt Stephan Neidert. „Vor drei bis vier Jahren war das an Schulen ganz schlimm“, erzählt auch sein Bruder Richard Neidert, „da musste man als Linker Angst haben, auf dem Nachhauseweg überfallen zu werden.“ Doch Lehrer, fügt Stephan hinzu, seien auf das Thema Rechtsradikalismus nicht vorbereitet: „Die fragen ja sogar, was die Böhsen Onkelz sind.“

Durch Miteinander-Reden lasse sich Vieles ändern: „Wir können gegen Stammtischparolen am Abendbrot-tisch resistent machen“, meint Stephan.

15 Mitglieder waren 1999 bei der Gründung der Piraten dabei. „Du bist doch selber schuld, wenn Du Dich engagierst, war damals der Vorwurf meiner Mutter“, erzählt Stephan. „Doch ich denke nicht daran, das Handtuch zu schmeißen.“ Auch wenn er beim Spremberger Heimatfest 1999 von Rechtsradikalen durch die Stadt gejagt und zusammengeschlagen wurde.

Im vergangenen Jahr brachen viele Mitglieder weg, fanden eine Ausbildungsstätte oder einen Studienplatz in anderen Städten. Doch dann kamen wieder neue Mitglieder hinzu. Schüler machen bei den Piraten mit, aber auch Sozialarbeiter, Verfahrenstechniker oder ein Luft- und Raumfahrtstudent. Alle zwischen 13 und 30 Jahre alt. Rein äußerlich wären die meisten nicht als Linke zu erkennen: Nur wenige haben lange Haare, Turnschuhe und lässige Kleidung dominieren. „Neonazis erkennt man heute auch nicht mehr unbedingt“, ruft einer, „die tragen inzwischen ja oft einen Anzug.“

Aus: Lausitzer Rundschau, Lokalteil Spremberg, 7.5. 2003, S. 11.

finanziert. Wir sind zwölf eingetragene Mitglieder, das bedeutet aber nichts. Wer da ist, hat Mitspracherecht auf dem Plenum. Eigentlich decken wir alles ab: von der Opferberatung bis zur Flüchtlingsarbeit. Daneben gibt es unterschiedliche Projekte. Eines veranstalteten wir beispielsweise zum Thema Antisemitismus in Kooperation mit einer Schule, in der die 9. und 10. Klasse jedes Jahr nach Theresienstadt fährt. Sie haben eine Ausstellung organisiert, und wir werden diese Ausstellung zeigen, außerdem noch eine weitere von der RAA – Forst über ‚Juden in Forst‘. Es wird jüdisches Essen, jüdische Musik und eine Diskussionsrunde mit der jüdischen Gemeinde geben. Im Moment planen wir einen schulischen Projekttag, auf dem Schüler aus Spremberg an einem Tag verschiedene Arbeitsgruppen besuchen können. Geplant ist ein gemeinsames Essen mit Flüchtlingen, nachmittags werden Workshops wie Tanz, Trommelbau und Musik angeboten. Zum Abschluss findet ein Konzert für alle statt; dort werden die Ergebnisse präsentiert. Oft laufen eher kleinere Projekte wie Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsrock, zu Flüchtlingsrecht und -fragen. Allerdings kommen da immer dieselben Leute.“

Die Piraten bieten aktiven Menschen einen Raum, um sich auszuprobieren und die eigene Persönlichkeit auszubilden. Sie trauen sich an „heiße Eisen“, etwa die Geschichte der „Juden in Spremberg“, und setzen damit zugleich Akzente im lokalen Geschichtsbild. Das Engagement ist nicht auf ihr Haus beschränkt. Regelmäßig nehmen sie am „Runden Tisch“ teil und mischen sich stadtweit ein, vor allem behalten sie die rechtsorientierte Szene im Auge. Ihr guter Kontakt zu den beiden Parteien ermöglicht es ihnen, sich in die Diskussion über Jugendpolitik einzumischen, sie sind als wichtige Ratgeber von den Parteien anerkannt.

„Wenn man sich die antirassistische Szene in Spremberg anguckt, merkt man, dass sie immer wieder zerfällt. Auch wir haben Leute verloren, die sehr aktiv in der Arbeit gegen rechts waren. Wer Abitur hat, geht meist nach Berlin. Für mich allerdings wäre Weggehen wie Aufgeben. Ich würde wahrscheinlich in einer anderen Stadt eingehen, weil ich mir einfach über die Jahre hinweg hier etwas aufgebaut habe. Wir wollen mit unserem Café eine Alternative anbieten und zeigen, dass es mit fünfzehn noch etwas anderes gibt, als sich die Haare abzuschneiden und einen Macker zu machen. Im Osten existieren viel zu wenige Projekte, die zeigen, dass du produktiv werden kannst. Aufgrund fehlender Alternativen, wie es sie im Westen gibt, entsteht eben ein anderes Kräfteverhältnis. Wenn unser Café 200qm hätte, eine Fahrradwerkstatt, Veranstaltungsräume, dann würde sich das Klima in Spremberg langfristig verändern. Dann könnten es sich die Nazis nicht leisten, ein Projekt anzugreifen, wo sich 100 Leute aufhalten.“

Resümee

Partizipation ist auch für rechtsextreme Personen interessant. Auch sie klagen Teilhaberechte ein, fordern aber eine privilegierte Stellung oder gar den Ausschluss bestimmter Personen(gruppen). Ähnliches gilt auch für die Selbstverwaltung und Gestaltung eigener Räume, die sie mit dem Anspruch auf Selbstfindung einfordern und mit dem Argument verteidigen, sie würden sonst diskriminiert. Solange aber „angeborene Exklusivrechte“ und unterschiedliche Rechte für die Teilnahme an politischen oder allgemein gesellschaftlichen Prozessen zur Disposition stehen, haben echte Partizipation und ein angstfreies Miteinander keine Perspektive.

Die Tendenz der rechtsextremen Szene, sich von ihrem bekannten martialischen Erscheinungsbild zu lösen, folgt einer Strategie. Sie sehen sich als Trendsetter einer politischen bzw. gesellschaftlichen Bewegung. Durch die Zivilisierung ihres Äußeren ermöglichen sie es auch solchen Anhängern, die politisch weniger interessiert sind, sich als „mittig“ und damit als normal wahrzunehmen. Berücksichtigt man die zunehmende Etablierung der erwähnten wirtschaftlichen Aktivitäten, so wird deutlich, dass die Grenzen zwischen „rechtsextrem“ und der „Mitte der Gesellschaft“ verwischen.

So beteiligten sich auch Vertreter der rechtsextremen Szene an den Anti-Irak-Kriegs-Demonstrationen im März/April 2003. Zwar schließen sie sich einer breiten Bewegung an, nutzen diese aber oft als Plattform, um ihre eigenen Botschaften zu verbreiten.¹² Darüber hinaus traten auf der Demonstration auch solche Vertreter der rechtsextremen Szene in Erscheinung, die der Öffentlichkeit seit einiger Zeit fern bleiben. Das bestätigt die Vermutung, dass es zahlreiche Rechtsextreme gibt, die weiterhin aktiv und organisiert sind, jedoch mit zunehmendem Alter darauf achten, sich nicht öffentlich zu exponieren. Von Desinteresse oder einer Umorientierung kann keine Rede sein. Gesellschaftliche Bewegungen bieten ihnen vielmehr Möglichkeiten der Anbindung sowie der Rekrutierung von neuen Mitglieder. Je größer die Bewegung dabei ist, umso besser. Auch die Teilnahme und unter Umständen sogar die Vereinnahmung von Vereinen und

¹² „Mit dem Beginn des Irak-Krieges scheint sich ein Teil des rechtsextremen Spektrums weiter zu radikalieren. Neben einige Neonazis propagiert auch einer der Wortführer der „Neuen Rechten“ in Westeuropa, der Franzose Alain de Benoist, öffentlich Gewalt gegen Amerikaner. In seinem Aufruf vom 20. März bezeichnet de Benoist „Vergeltungsmaßnahmen, gerichtet gegen amerikanische Interessen und auch amerikanische Personen“ als „zugleich legitim und notwendig“ (vgl. Frank Jansen, *Der Tagespiegel* vom 23.3.2003).

Initiativen ist ein beliebtes Mittel, um auf sich aufmerksam zu machen bzw. die eigenen Werte zu verbreiten.¹³

Das Wirkungspotenzial des Rechtsextremismus lediglich auf Gewalt zu beschränken, wird der Szene zwar nicht gerecht, Gewalt ist dennoch ein tragendes Element. Terror und Gewalt sind erklärte Methoden von rechtsextremen Rädelsführern. Die gewollten Gewalteskalationen münden in ein Entweder-Oder, einen Macht- und Verdrängungskampf. Sie sind Ausdruck eines Hegemonialanspruches. Durch die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes engen die Gruppen vor allem in ländlichen Kommunen die Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten der Einwohner ein. Auch Themen und Diskurse werden bestimmt – wie das Beispiel der Projekttagge an einem Gymnasium in Brandenburg zeigte.

Spannungen aufzuzeigen und Zustände zu beschreiben, beinhaltet bereits die Strukturierung des Problems. Es ist ein wichtiger Schritt, der verbreiteten Hilflosigkeit zu begegnen. Eine wesentliche Aufgabe des MBT besteht darin, Situationsbeschreibungen in den Kommunen zu erarbeiten und nachhaltige Lösungskonzepte gegen den Rechtsextremismus zu entwickeln. Dabei bauen wir auf die Kräfte und Möglichkeiten vor Ort. Wir zeigen Gestaltungspotentiale auf, die der Deeskalation dienen und Handlungskompetenzen gegen rechtsextreme Bestrebungen erweitern. Eine Stärkung von Demokratie verlangt nach einer öffentlichen Auseinandersetzung über die tragenden Werte des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die öffentliche Problemdefinition ist bereits eine Stellungnahme im Rahmen der Wertediskussion. Erfahrungsgemäß drängt sie nicht demokratisch denkende Personen in eine Defensive.

Der öffentliche Raum wird zurückgewonnen. Wesentliche Voraussetzung eines demokratischen Zusammenlebens ist das Engagement von Bürgern. Die Bürger – ganz gleich ob Junge oder Alte – sind die lokalen Akteure, die das Miteinander gestalten. Sie sind Garanten für ein notwendig vielfältiges Angebot an Entfaltungsräumen sowie für ein respektvolles Miteinander am Ort. Niemand kann sie in ihrer Verantwortung und ihren Handlungspotential ersetzen.

¹³ Neben Sportvereinen werden auch andere Freizeitbereiche wie die Techno-Szene oder der Motorrad- und Opel-Club der Stadt vereinnahmt.

Die Stadt Angermünde und ihr Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Angermünde ist eine Kleinstadt im Norden Brandenburgs, die 1999, als wir als Regionalteam unsere Arbeit aufnahmen, um die 11 000 Einwohner hatte. Heute, nach der Gemeindegebietsreform, sind es ca. 15 000 Einwohner. Als wir – verantwortlich für die Landkreise Uckermark und Barnim – unsere Arbeit aufnahmen, war Angermünde in Sachen Rechtsextremismus schon lange kein unbeschriebenes Blatt mehr. Zahlreiche Übergriffe, Brandanschläge auf eine linksorientierte Jugendeinrichtung und auf Personen, die der politischen Linken zugerechnet wurden, erschreckten und beunruhigten nicht wenige Menschen. Dennoch wurde von einer großen Mehrheit verdrängt, dass in der Stadt Rechtsextremismus und ausländerfeindliche Haltungen existieren. Das Problem wurde eher als Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Jugendgruppen heruntergespielt als dass es offen benannt und behandelt wurde. Viele sahen ihre Stadt durch die Medien in ein schlechtes Licht gerückt, die natürlich über die Übergriffe berichteten. Nach ersten Gesprächen mit Verantwortungsträgern der Stadt spürten wir einerseits eine große Hilfslosigkeit im Umgang mit rechtsextremen Phänomenen und andererseits den Wunsch, die Stadt vor öffentlicher Ächtung zu schützen. Und da war auch die Unsicherheit, sich öffentlich zu positionieren.

Der Neonaziaufmarsch im Februar 1999 war schließlich der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und engagierte Bürgerinnen und Bürger auf den Plan rief. Im Grunde fühlten sich viele Angermünder unter Druck gesetzt durch die Negativschlagzeilen der Medien in den vorangegangenen Wochen. Viele fühlten sich ungerecht behandelt – sicher zu recht, da sie mit der Ideologie der NPD und ihrer Anhänger tatsächlich nichts am Hut hatten. Sie wollten sich von dem vermeintlich von außen zugewiesenen Stigma einer braunefärbten Stadt befreien und sahen sich insofern gezwungen, endlich auch öffentlich aktiv zu werden. Etwa nach dem Motto: „Das lassen wir uns nicht bieten, so sind wir Angermünder nicht.“

In diese Situation, nachdem Antifa-Kreise Angermünde längst als „Braunes Nest“ abgestempelt hatten, die Verantwortungsträger der Stadt vor allem die Sorge um das Image der Stadt umtrieb und viele Bürgerinnen und Bürger nur Einzelfälle und keine besorgniserregende Entwicklung wahrnehmen wollten, fiel der Beginn unseres Projekts.



Rathaus Angermünde



Angermünder Marktbrunnen

Als wir damals unser Projekt in der Stadtverwaltung vorstellten, mussten wir zunächst Vorurteile ausräumen, die mit der früheren Tätigkeit einer anderen Organisation zusammenhingen.

Aus der Kommunikationstheorie wissen wir, dass die Botschaft einer Mitteilung beim Empfänger entsteht. Es war also sehr wichtig, dass bei dieser ersten Kontaktaufnahme die Aussprache zur Sache nicht durch alte Vorbehalte dominiert wurde. Dass dies dann tatsächlich nicht passierte, lag in unserem gemeinsamen Interesse. Wir erfuhren eine totale Offenheit des Verantwortungsträgers der Stadt, der er umgekehrt auch bei uns begegnete. Im Gespräch nahmen wir die Imagesorge der Stadt *positiv* auf und werteten sie nicht ab, wie das oft in den Medien erfolgt war. Wir legten den Akzent immer wieder auf das, *wofür* (und nicht *wogegen*) die Stadt Angermünde steht, um damit die Imagesorgen in der Auseinandersetzung mit einer geplanten NPD-Demo produktiv werden zu lassen.

Heute wissen wir, dass das Gespräch schief gelaufen wäre, wenn wir nicht zwei wichtige Punkte beachtet hätten: Erstens ist es in derartigen Beratungsgesprächen wichtig, sein Gegenüber in seiner ganzen Autonomie, mit all seinen Befindlichkeiten, wozu auch Ängste und Fragen gehören, ernst zu nehmen und ihm vorbehaltlos zuzuhören. Zweitens haben wir als Beratende auch uns klar zu erkennen zu geben, mit unserer Autonomie gewissermaßen. In unserem Bestreben, etwas gegen Rechtsextremismus zu unternehmen, und für das Problem zu sensibilisieren, haben wir uns nicht auf Kosten unseres Gesprächspartners profiliert, sondern ihn in seinen Befürchtungen ernst genommen.

Wir boten uns als Partner an, weil wir es damals wie heute wichtig finden, dass die Verantwortungsträger einer Stadt in der Frage der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Verankerung demokratischer Werte meinungsbildend wirken und wir dabei Unterstützung geben möchten.

Dieses Anfangsgespräch war für den weiteren Verlauf der Entwicklung eines Bürgerbündnisses in Angermünde gewissermaßen ein Schlüsselge-



Die Berliner Strasse wird rekonstruiert



Innenstadtansicht

spräch: An die Stelle von Vorurteilen und Vermutungen trat das ehrliche Gespräch zu einem Sachthema. Darauf konnten wir in der weiteren Arbeit aufbauen.

Das Bürgerbündnis „Für eine weltoffene, tolerante und Gewaltfreie Stadt Angermünde“

Schon einmal, 1998, hatte sich in Angermünde auf Einladung des Bürgermeisters ein Forum zusammengefunden, das nach den Erfahrungen des Belziger Forums etwas gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit tun wollte. Vorangegangen waren Überfälle auf das „Alternative Literaturcafé“ in Angermünde. Bei der Zusammenkunft damals konnten sich Vertreter der NPD und ihre jugendlichen Anhänger aus der Stadt noch ungehindert und unwidersprochen in Szene setzen.

Allerdings verlief die Sache dann mehr oder weniger im Sande. Nach unserem Eindruck setzte der Bürgermeister damals zu sehr auf sich allein oder wurde von potentiellen Partnerinnen und Partner allein gelassen. Außerdem mischten sich zu wenige Bürgerinnen und Bürger selbst ein. Es gab noch keinen Moderator und auch keine Gruppe, die aktivierend in Erscheinung traten. Die Idee für das Bündnis entstand, als Gymnasiasten nach den Überfällen auf das „Alternative Literaturcafé“ eine Demonstration organisierten. Sie wurde erneut aufgegriffen, als die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA) Angermünde sich am 3. Oktober 1998 in ein ursprünglich als unpolitisches Familienfest geplantes Straßenfest einbrachte. Aus dieser Zeit rührt auch die Kooperation von Stadtverwaltung und einer jetzigen MBT-Kollegin, die dort eine Vermittlerrolle zwischen RAA und Verantwortungsträgern der Stadt einnahm. Daraus resultierte ein beginnendes Miteinander.

Ein Anfang wird gemacht

Dann also ging Anfang 1999 der NPD-Aufruf zur Demonstration durch die kleine uckermärkische Stadt. Das war vielen Angermündern denn doch zu viel: „Schon wieder werden sich die Medien auf uns stürzen und über Angermünde herziehen“. Und für uns als MBT war damit ein klarer Arbeitsauftrag verbunden: Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, die etwas tun wollen und Zusammenarbeit mit den Verantwortungsträgern. Ein Vorbild waren Bündnisse in anderen Orten, etwa in Belzig, die sich sehr positiv auf das soziale Klima auswirkten. Für uns stand freilich auch fest: Wir konnten nur Moderatoren, Unterstützer sein, Macher mussten die Angermünder selbst werden. Und Erfolg konnten wir nur haben, wenn wir auf Menschen trafen, die aktiv werden *wollten*. Also ging es zunächst um die Suche nach verlässlichen Partnern. Zugute kam uns hierbei, dass eine MBT-Kollegin in der Region zu Hause ist, viele Angermünder kennt und auch selbst bei manchen nicht unbekannt ist.

Es begann damit, dass sich Menschen aus ganz verschiedenen Berufen und unterschiedlichen politischen Lagern ansprachen und darüber redeten, dass man doch etwas tun müsse. Gemeinsam war ihnen der Wille, gegenüber rechtsextremen Tendenzen nicht die Augen zu verschließen. Dass die eine oder der andere einer Partei angehörte, war dabei unwichtig. So kam unser erstes Gespräch zustande. Dies wie auch die weiteren Treffen des basisdemokratischen und partei-unabhängigen Bündnisses gestalteten sich anfangs schwieriger als wir vermutet hatten.

Die Schwierigkeit bestand darin, einmal zwischen unterschiedlichen Standpunkten zu vermitteln und gleichzeitig selbst ein politisches Ziel zu verfolgen; letztlich mussten wir darauf achten, dass Befindlichkeiten zwar ausgesprochen werden konnten, aber nicht den eigentlichen Gegenstand des Gespräches verdrängen und damit das Projekt zum Scheitern bringen durften. Das hieß, jeden mit seinen Standpunkten ernst nehmen, auch wenn er unserer Auffassung widersprach. Und das war immer dann schwierig und aufwendig, wenn die lokale Prominenz versuchte, die anderen Teilnehmer davon zu überzeugen, doch vielleicht lieber gar nichts zu tun. Hier wurde uns einmal mehr deutlich, wie leicht Menschen zu beeinflussen sind: Vorschnell folgen sie Autoritäten des öffentlichen Lebens anstatt das Für und Wider selbst zu prüfen.

Aufgrund unserer Gespräche konnten wir darauf bauen, dass aus dem Bündnis heraus selbst etwas entgegengesetzt wurde. Und da wir am Anfang auch deutlich als Regel aufgestellt hatten, dass dies ein Bündnis *gleichberechtigter* Bürgerinnen und Bürger ist, wo jeder „sein eigener Chairman“ ist, wurde auch jedem die Chance gegeben, seine Überlegungen darzu-

stellen. Dabei beobachteten wir durchweg eine große Erwartungshaltung gegenüber den Vertretern der Stadt Angermünde. Viel Raum musste in den Debatten über unsere Aktion gegen eine NPD-Demonstration der Reflexion eigener Standpunkte und Werte der Gesprächsteilnehmer eingeräumt werden. Das Ich dominierte in dieser ersten Phase. Wir denken, es war richtig, diese Selbstdarstellungen in den Diskussionen auch zuzulassen, ja geradezu herauszufordern. Dies war eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die spätere gemeinsame und konzentrierte Sacharbeit. Dadurch wurde es dem einzelnen auch leichter gemacht, sich von Fall zu Fall ein Stück zurückzunehmen, um den Grundkonsens nicht zu gefährden: Die gemeinsame Ablehnung von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit sollte zu einem aktiven Handeln für Weltoffenheit und Gewaltfreiheit führen und deutlich zeigen, für welche Werte die Stadt Angermünde steht.

Starke Einwände gegen eine Gegenkundgebung gab es z.B. anfangs seitens der Landes-SPD, die am liebsten alle Türen zugemacht hätte, um die Nazis ins Leere laufen zu lassen. Dem waren auch führende Kirchenvertreter nicht abgeneigt. Auch hier galt es in der Diskussion, immer zu bedenken, dass das Wort solch Prominenter ein besonderes Gewicht hat.

Aber das Gewicht derer überwog, die aktiv werden wollten; es gelang uns in den Gesprächen, nicht nur diese geplante NPD-Demo zu thematisieren, sondern das Problem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt deutlicher ins Blickfeld zu rücken; am Ende bestand Einigkeit, dass es im langfristigen Interesse der Stadt Angermünde geboten ist, ein deutliches Zeichen gegen die NPD-Demo zu setzen.

Auch der Bürgermeister konnte in diesem Prozess schließlich überzeugt werden. Wir können dies hier freimütig aufschreiben, ohne ihm weh zu tun oder ihn ungerecht zu behandeln: Wir haben uns gegenseitig in unserer Zusammenarbeit als Lernende erfahren.

Spätestens an dieser Stelle ist es angezeigt, darauf zu verweisen, was während unserer gesamten Arbeit in Angermünde für uns bestimmend war. Wir hatten nicht lediglich die Funktion einer Moderation zu erfüllen, es ging immer auch um eine Ermutigung und Ermunterung von Menschen auf Dauer, es ging um eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in der Stadt Angermünde, für den/die einzelne/n, für uns alle auf dem Weg in eine zivile Gesellschaft.

Schwierig gestaltete es sich in der Bündnisarbeit von Anfang an, junge Leute zu einer Mitarbeit zu motivieren. Da waren einerseits die Vorurteile verschiedener Bündnismitglieder gegenüber der „autonomen Antifa“, die ihrer Auffassung nach in den Bündnisverhandlungen nicht offen auftrat. Andererseits existierte in den Antifa-Kreisen selbst das Vorurteil, viele aus dem Bündnis würden sowieso nicht verstehen, was Jugendliche oder

jugendgemäße Aktionen ausmachen und manche, die da am Tisch saßen, besonders aus den Reihen der Verantwortungsträger, seien selbst schon in der „rechten Ecke“ angekommen. Man stand sich gegenseitig mit Misstrauen gegenüber.

Die Mehrheit der Bündnisvertreter wollten eine Gegenveranstaltung in Gestalt einer Kundgebung, die Jugendlichen wollten eine Demonstration in unmittelbarer räumlicher Nähe zu der Nazi-Demonstration. Die berechtigte Sorge, dass gerade dies zu einer Eskalation führen könnte, wurde von den jungen Leuten als Unterstellung von geplanten Gewalttätigkeiten verstanden. Diese schwierigen Diskussionen und wechselweise Fehlwahrnehmungen haben auch heute ihre Brisanz noch nicht völlig verloren. Hinter dem Konflikt zwischen den unterschiedlichen Auffassungen über mögliche Gegenaktionen steckt freilich mehr. Da standen sich nicht nur zwei Seiten mit unterschiedlichen Auffassungen gegenüber. Jugendliche und Erwachsene waren formal zwar gleichberechtigt – Gleichberechtigung aller Partner im Bündnis hatten wir gemeinsam als Regel formuliert –, aber dies dann auch tatsächlich vorbehaltlos umzusetzen, erwies sich im konkreten Fall oft als schwierig. Die gegensätzlichen Positionen zu einem aktuellen Thema sind nur ein Teil des viel komplexeren Konfliktes zwischen der jüngeren und der älteren Generation. Wo die Erwachsenen Anpassung erwarten – sie sind schließlich die Älteren und haben ihre Erfahrungen – wollen die Jugendlichen selbst bestimmen, eigene Erfahrungen einbringen und selbst Erfahrungen machen. So haben wir es auch in Angermünde erlebt. Und natürlich wollen sich Jugendliche auch in der Wahl ihrer Mittel des Protestes von den Erwachsenen abgrenzen, von denen sie sich häufig nicht ernst genommen fühlen. In den Gesprächen war deshalb immer auch sehr viel Misstrauen zwischen den Generationen zu spüren. Der Drang der Jugendlichen, selbstbestimmt etwas zu organisieren, stand auch hier dem Anpassungsdruck der Erwachsenen gegenüber.

Hinzu kommt, dass solche jugendlichen Antifa-Gruppen ihre Gesprächspartner oftmals als Zielgruppe ihrer Agitation betrachten. Diese Denkweise wurde in Angermünde auch durch einen die Jugendlichen begleitenden Pädagogen forciert. Deshalb hatten wir uns in den Bündnisgesprächen vor allem das Ziel gesetzt, um Verständnis und gegenseitige Akzeptanz zu werben.

Die Jugendlichen hatten ganz andere Erfahrungen mit Rechtsextremismus gemacht als die Erwachsenen. Während sie direkten Angriffe und Bedrohungen ausgesetzt waren, herrschte bei den Erwachsenen zu Beginn der Bündnisarbeit oftmals ein großes Unverständnis über das, was in Angermünde geschieht. Es ging darum, wirklich vorbehaltlos im Umgang miteinander Gleichberechtigung umzusetzen und dies nicht nur zu pos-

tulieren – ein wesentliches Merkmal der Zivilgesellschaft. Um mit diesen Gesprächen eine Grundlage für einen künftigen Umgang miteinander in der Kleinstadt zu legen war es wichtig, allen Gesprächsteilnehmern immer wieder die Möglichkeit zu geben, über sich selbst und ihre Erfahrungen zu sprechen, einander besser kennen zu lernen, um den oder die andere/n besser zu verstehen. Gerade in der Auseinandersetzung mit den Antifa-Jugendlichen zeigte sich, wie wichtig in derartigen Kommunikationssituationen das Umfeld ist, in dem sich alle bewegen. In Angermünde war dies damals ein Klima, in dem Vorurteile und Misstrauen oftmals fröhliche Urstände feierten.

Jede Gruppe beharrte anfangs auf ihrem Standpunkt und war kaum bereit, sich auf den anderen einzulassen. Im Verlaufe der Gespräche spalteten sich die Jugendlichen ihrerseits: Ein Teil entschied sich, engagiert die Bündniskundgebung mit vorzubereiten und dort auch einen Vertreter als Redner zu benennen, während der andere Teil eine Gegendemonstration organisierte. Aber an den Gesprächen im Bündnis blieben alle beteiligt, das immerhin konnten wir erreichen, indem wir immer wieder bemüht waren, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben ohne die Eigenständigkeit der Beteiligten zu verletzen. Wir haben es ganz bewusst vermieden, die verschiedenen Gruppen zu animieren, den eigenen Standpunkt völlig aufzugeben; unser Bestreben ging vielmehr dahin, gegenseitige Akzeptanz zu erreichen oder wenigstens einen Grundstein dafür zu legen.

Am Ende gelang es, beide Veranstaltungen zu einem gemeinsamen Schluss zu führen: Da die Antifa ihre Demonstration am Kundgebungsort beendete, konnten die Jugendlichen, die es wünschten, auch an der Kundgebung teilnehmen. Dies mag für alle Beteiligten überraschend gewesen sein und eine wichtige Einsicht befördert haben: Es ist durchaus möglich, unterschiedliche Standpunkte auszuhalten und zu tolerieren, wenn sie sich nicht feindlich gegenüberstehen und den Grundkonsens einer menschlichen Gesellschaft aufkündigen – allerdings nur, wenn man sich auf die Auseinandersetzung wirklich einlässt

Ende Februar 1999 fand die NPD-Demonstration statt, beantwortet von der Bündniskundgebung und einer Antifa-Demonstration. Begleitet freilich von massivem Polizeiaufgebot.

Dass es zu diesen Gegenveranstaltungen kam, setzte in und für Angermünde ein wichtiges Signal. Zum ersten Mal bekundeten Bürgerinnen und Bürger der Stadt lange Zeit nach den 89er Demonstrationen, wofür sie stehen und was sie nicht länger hinzunehmen bereit sind. Viele traten aus der Anonymität der Masse heraus und zeigten couragiert ihr Gesicht. Die meisten werden gewusst haben, dass es in einer Kleinstadt wie Angermünde nahezu unmöglich ist, nach einem solchen Protest wieder in der

Anonymität zu verschwinden. Hierin sehen wir die große Leistung des Bündnisses.

Die für eine moderne Zivilgesellschaft charakteristische und unverzichtbare Zivilcourage war auch für die noch Unentschlossenen sichtbar geworden. Es hatten sich Menschen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen zusammengefunden, unabhängig davon, ob sie sich in gesicherten Mehrheitsverhältnissen bewegen würden und sich entschieden: Ich mische mich ein, ich tue etwas. Ich lasse nicht zu, dass humanistische Werte in dieser Gesellschaft immer mehr vergessen gemacht werden durch rechtsextreme Propaganda.

Das Bündnis versprach sich deshalb in einer Auswertungsrunde, auch künftig miteinander im Gespräch zu bleiben und weiter miteinander zu arbeiten.

Dieses Ergebnis unserer Arbeit ist uns nicht minder wichtig als die Kundgebung selbst, da wir es für einen unschätzbaren Wert halten, Vertraute und Gleichgesinnte um sich zu wissen, auf die man sich verlassen kann. Das stärkt einerseits die eigene Zivilcourage und bietet zugleich Mut und Ermunterung in schwierigen Situationen, weil man sicher sein kann, nicht allein zu sein. Gerade auch dann, wenn kontinuierlich an einem so umfassenden Problem wie dem Rechtsextremismus gearbeitet werden soll. Für eine derartige Auseinandersetzung braucht man einen langen Atem. Das Bündnis war sich aber auch darin einig, dass man nicht nur auf Skandale wie die Demonstration der NPD reagieren will, sondern auch aus eigener Initiative aktiv und aktivierend in die Stadt hinein Einfluss nehmen möchte.

Im Frühsommer 2000 wurde ein „Toller Tag der Toleranz“ veranstaltet, zu dem ein Radio-Feature über die Stadt Angermünde und ihren Umgang mit Rechtsextremismus aufgeführt wurde und das den Bürgerinnen und Bürgern hart und ehrlich einen Spiegel vors Gesicht hält.

Gemessen an der damaligen Einwohnerzahl von 11.000 war die Zahl von ca 00 Menschen, die sich in Angermünde mit ihrer Teilnahme an der Kundgebung offen hinter die Losung des Bündnisses gestellt hatten, vielleicht nicht besonders hoch. Aber damit war ein Anfang gemacht. Menschen hatten zueinander gefunden, die gemeinsame Wertvorstellungen verbanden, die nicht mehr wegschauen, sondern aktiv werden wollten, die den Mut fanden, klar und offen zu sagen: Ja wir haben auch in unserer Stadt ein Problem, es gibt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Und die deutlich sagten: das lehnen wir ab, damit wollen und müssen wir uns auseinandersetzen.

Die Arbeit geht weiter

Wir alle haben in diesem Prozess miteinander gelernt – einander zuzuhören, Sorgen und Nöte des Gegenüber ernst zu nehmen, sich selbst nicht immer als Dreh- und Angelpunkt zu begreifen, sich auch einmal zurückzunehmen und zugunsten eines gemeinsamen Anliegens persönliche und politische Differenzen in den Hintergrund zu stellen. Vor allem aber dies: die Courage zu haben, eine menschenverachtende Ideologie nicht zu tolerieren, sondern sich offensiv in die Auseinandersetzung zu begeben und zu begreifen: Wenn sich das Klima in einer Stadt ändern soll, dann liegt das auch in der Verantwortung jedes Einzelnen. Und das heißt, vom „Man müsste, man sollte“ zum „Ich will, ich denke, ich mache“ weiterzugehen. Eben diesen Schritt haben nicht wenige Angermünder Bürger getan.

Dieser Erfolg bestärkt uns in unserer Herangehensweise: Jeder Mensch wird mit seinen individuellen Gedanken und Gefühle geschätzt, seine Überlegungen und Einwände dürfen nicht weggeredet oder bagatellisiert werden; wir glauben an die Fähigkeit jedes Einzelnen, seine Fehler einzusehen und Positionen selbst zu revidieren. Und wir treten jedem im Gespräch offen gegenüber.

Darin fühlten wir uns sehr bestätigt, als der Bürgermeister in einem Pressegespräch offen eingestand, dass auch er am Anfang manches nicht richtig gesehen hatte. Auch er habe gelernt und es bringe gar nichts, aus Angst vor Imageschädigung die Augen zu verschließen oder die Probleme zu verdrängen und zu verleugnen. Wichtig sei es, die Herausforderungen zu benennen und gemeinsam etwas dagegen zu tun.

Dies nehmen wir zum Anlass, die Auffassung vom Menschen zu unterstreichen, die unsere Art der Kommunikation anleitet. Ruth Cohn hat in ihrem Buch *Von der Psychoanalyse zur Themenzentrierten Interaktion* 1975 das ethisch-soziale Axiom der Themenzentrierten Interaktion formuliert: „Ehrfurcht gebührt allem Lebendigen und seinem Wachstum. Respekt vor dem Wachstum bedingt bewertende Entscheidungen. Das Humane ist wertvoll, Inhumanes ist wertbedrohend.“ Albert Schweitzer hatte ganz ähnlich von einer generellen „Ehrfurcht vor dem Leben“ gesprochen. Aus dem Gedanken dieser „Allverbundenheit“ resultiert der Respekt vor jedem Menschen.

Gruppenerfahrungen wie in dem rd. 30köpfigen Bündnis können für den einzelnen aufbauend oder zerstörend sein. Uns ging es mit unserer Arbeit immer um die Stärkung des einzelnen *und* die Stärkung der Gruppe. Dabei war stets wichtig, zwei Dinge nicht außer acht zu lassen: unsere Autonomie und die unseres Gegenüber, unsere Entfaltung und die unseres Gegenüber, unsere Freiheit und die Freiheit unseres Gegenüber.

Als zum Jahresende 1999 die NPD wieder eine Demonstration angemeldet hatte, gelang es dem Bündnis in nur wenigen Tagen, vielfältige Veranstaltungen auf die Beine zu stellen: einen ökumenischen Gottesdienst, eine Antikriegsausstellung und eine Menschenkette. Auch folgten die Angermünder diesmal dem Aufruf des Bündnisses, nicht als neugierige Gaffer die NPD-Demonstration aufzuwerten.

Etwas ganz wichtiges war anders als im Februar: die Verantwortungsträger der Stadt waren von Anfang an dabei, sie übernahmen unbürokratisch sogar wesentliche organisatorische Aufgaben und stellten zugunsten der Bündnisveranstaltungen wichtige Verwaltungsaufgaben zurück. Am Rathaus prangte sichtbar die Losung „Für eine weltoffene, tolerante und gewaltfreie Stadt Angermünde“.

Als Vertreter der repräsentativen Demokratie stehen sie den Vertretern der Zivilgesellschaft – hier dem Bündnis – nicht gegenüber, sondern begreifen sich als einen ihrer Bestandteile. Das ist aus unserer Sicht die beste Voraussetzung, dauerhaft am gesellschaftlichen Klima in der Region etwas zu verändern und die öffentliche Ächtung von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus weiter voranzutreiben, immer mehr Menschen zu ermuntern, selbst aktiv zu werden und sich mitverantwortlich zu fühlen für die Vermittlung humanistischer Werte und ihrer Verankerung in der Gesellschaft.

Angermünde hat sich in diesem einen Jahr verändert, die Begriffe „Heimat“ oder „Zu Hause sein“ haben für nicht wenige Bewohnerinnen und Bewohner wie für uns einen neuen, wärmeren Klang erhalten.

Mittlerweile wird der „Tag der Toleranz“ jährlich in Angermünde durchgeführt, seit 2002 finden jeweils eine Woche lang Aktivitäten zu diesem Thema statt.



Preis für Toleranz in Angermünde, 2002

Im Jahr 2000 war innerhalb des Bündnisses die Idee entstanden, einen Preis für Toleranz auszuloben. Damit sollten besondere Leistungen im Wirken für eine tolerante, weltoffene und gewaltfreie Stadt öffentlich gewürdigt und möglichst viele Menschen einbezogen werden. Die Unternehmer der Stadt sollten stärker eingebunden werden und als Sponsoren für das Preisgeld aufkommen.

Der Preis – ein Relief aus Speckstein, das eine Elle (Zeichen Angermünder Marktgerechtigkeit) über einem Springerstiefelabdruck zeigt – wurde 2001 auf dem Sommerempfang des Bürgermeisters erstmals feierlich

übergeben. Der Entwurf stammt von einem Strafgefangenen der Vollzugsanstalt Prenzlau, umgesetzt dann im Angermünder Bildungswerk. Er ging an eine Religionsklasse des Angermünder Gymnasiums, die in der gesamten Stadt in den Geschäften erfolgreich für den Vertrieb von Postkarten mit dem Motto „Ich sehe nicht weg“ geworben hatten. Mit dem Preisgeld hat die Gruppe weitere Projektarbeit für Toleranz und Weltoffenheit finanziert.

Das Bündnis trifft sich regelmäßig, einggerufen werden kann es von jedem Mitglied, die Koordinierung übernimmt auch bei ganz kurzfristig notwendigen Zusammenkünften die Stadtverwaltung. Ein großer Vorteil ist, dass sich in diesem Bündnis Menschen aus ganz verschiedenen politischen und beruflichen Sozialisationen zusammengetan haben – Lehrer, Gewerkschafter, Kommunalvertreter, Abgeordnete, Vertreter kleiner Unternehmen, Auszubildende, Vertreter der Polizei, der Kirche, der regionalen Presse – und es in dieser Kooperation keine Hierarchien gibt. Ein einziges Privileg hat der Bürgermeister, der die Logistik seiner Verwaltung dem Bündnis zur Verfügung stellt, so dass dadurch immer schnell und unbürokratisch Informationsstränge aufgebaut werden können. Die Einbindung der örtlichen Presse – an die das Bündnis auch die Forderung hat, sich bewusst und engagiert in die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Erscheinungsweisen einzubringen – leistet dazu das Ihre. Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit sind der gegenseitige Informationsaustausch und das Koordinieren von Aktivitäten gerade im Bereich der Prävention.

Während der „Tage der Toleranz“ 2002 zeigte sich besonders deutlich, dass gerade das Interesse der Unternehmen an der Thematik gestiegen ist. Erwartet wird von den Unternehmern allerdings auch verstärkt ein konkretes Handeln.

Alles in allem ist einzuschätzen, dass mit der Bündnisarbeit tatsächlich das soziale Klima in der Stadt Angermünde eine Veränderung erfahren hat: Immer mehr Menschen wollen sich einmischen und dabei auch persönliche Verantwortung übernehmen. Die Kommunalpolitiker spielen dabei eine herausragende Rolle.

Es ist gelungen, die „Tage der Toleranz“ zunehmend – auch wenn das nicht einfach ist – zu einem Anliegen vieler in der Stadt werden zu lassen. Das zeigt sich darin, dass die Förderschule dieses Anliegen kontinuierlich in ihren Projekttagen aufgreift oder in dem scheinbar unbedeutenden Detail wie den Wünschen von Kindern, die, an Luftballons befestigt, aus Angermünde in die Region geschickt werden. Es ist nicht immer eine Frage des Geldes, ob sich Menschen oder Initiativen mit dem Anliegen der „Tage der Toleranz“ identifizieren und sie mitgestalten.

Im Grunde sind diese „Tage der Toleranz“, die immer in der Interkulturellen Woche stattfinden, inzwischen so etwas wie ein Höhepunkt, denn dass Toleranz und Weltoffenheit nichts für nur einen Tag oder eine Woche sind, sondern an jedem Tag des Jahres gelebt werden sollten, geht immer mehr in das Alltagsleben von Schulen, Kindergärten, Verwaltung etc. ein.

Wir als MBT sind bestrebt, gemeinsam mit den Verantwortungsträgern von Kommunen und interessierten Unternehmen gerade dem Unternehmensbereich bzw. dem Verwaltungsbereich stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Schließlich sollte das in dieser Publikation beschriebene Beispiel aus Frankfurt (Oder) im ganzen Land Brandenburg Schule machen.

Dazu sind wir seit 2002, wenige Monate also nach Abschluss der Betriebsvereinbarung mit Bürgermeistern und Personalräten von Stadtverwaltungen und mit einer außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtung im Gespräch.

Neben dem Angermünder Bürgerbündnis begleitet unser Regionalteam seit 2002 das in Prenzlau gegründete Bündnis „TOP – Toleranz, Offenes Prenzlau“. Hier gibt es – im Vergleich zu Angermünde – eine besonders enge Kooperation mit den Schulen der Stadt. Beide Bündnisse haben sich Ende 2003 erstmals getroffen, um ihre Erfahrungen auszutauschen, sich kennen zu lernen und zu überlegen, ob es eine Kooperation geben kann. Was oftmals mit dem Zauberwort der Vernetzung beschrieben wird, nicht selten aber von außen aufgesetzt daher kommt, nehmen die Angermünder und Prenzlauer selbst in die Hand. Sie haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, die eine erste gemeinsame Veranstaltung im Jahr 2004, dem Jahr der EU-Osterweiterung, koordinieren soll. Es wird ein von beiden Bündnissen organisiertes Weltbürgerfest veranstaltet, zu dem auch Gäste von der anderen Seite der Oder, aus Stettin, eingeladen sind. Und der Blick, gemeinsam Zeichen zu setzen, geht auch in den Nachbarkreis Barnim hinein. Hier hat sich Anfang des Jahres 2004 in Bernau ein Bündnis „Tolerantes Bernau“ gegründet, das auch mehr von den Angermündern und Prenzlauern erfahren möchte.

Unser Team arbeitet nun seit fünf Jahren in den Landkreisen Uckermark und Barnim. Rückblickend können wir feststellen, dass einerseits bürgerschaftliches Engagement vor Ort zugenommen hat und weiter zunimmt, andererseits auch das Interesse am regionalen und überregionalen Austausch wächst. Insofern sehen wir uns als Teil des Handlungskonzeptes der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ mit unseren Arbeitsansätzen bestätigt.

Angermünde im Frühjahr 2004

Relevanz der ländlichen Regionen für das MBT

Die Auslöser für Anfragen an das MBT sind in aller Regel Aktivitäten aus der rechtsextremen Jugendkultur. Die Situation der Jugendlichen des ländlichen Raumes sind für Brandenburg durch das Deutsche Jugendinstitut gut dokumentiert.¹ Eine „heile Welt“ der Dorfjugend gibt es in Brandenburg nicht. Problematisch ist die mangelnde Einflußmöglichkeit von Erwachsenen im Dorf auf Jugendliche. Die Schulen befinden sich in aller Regel nicht am Wohnort², ab 17 Jahren haben viele Jugendliche ihren Lebensmittelpunkt nicht mehr im Dorf selbst und werden in städtischen Kontexten sozialisiert.³ Erschwerend kommt die Arbeitsmarktsituation hinzu, die von den Jugendlichen selbst als so schlecht eingestuft wird, dass sie keine soziale Zukunft im Dorf erkennen können.⁴ Dabei ist die familiäre Situation im Vergleich zu den Städten nicht wesentlich anders strukturiert. Rund 30 % der Jugendlichen wachsen in unvollständigen Familien auf.⁵ Etwa 20-30 % der Eltern sind nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt.⁶

In der Regel findet im Jugendbereich keine professionelle sozialpädagogische Betreuung im ländlichen Bereich statt. Die Dörfer sind also auf ihre eigenen Strukturen angewiesen. Die Rolle der ehrenamtlichen BürgermeisterInnen in den Dörfern ist für Jugendliche außerordentlich wichtig und scheint im öffentlichen Bewusstsein nicht ausreichend präsent.⁷ Auch

¹ Vgl. Deutsches Jugendinstitut (DJI); Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK): Lebenslagen und -perspektiven junger Menschen in ländlichen Regionen des Landes Brandenburg, München – Leipzig – Vehlfeanz 1998. Die Studie wurde vom MBSJ Potsdam gefördert..

² Ebd., S.58. In den Klassen 11-13 sind die Schulen zu 100% auswärts, in den Klassen 7-10 zu 96% bei Orten unter 1000 Einwohnern.

³ Ebd. S.26. Rund 25 % aller Jugendlichen in Orten mit weniger als 100 Einwohnern wohnen in der Regel nicht an ihrem Heimatort.

⁴ Ebd., S.142. 87 % aller befragten Jugendlichen halten die Ausbildungssituation in ihrem Wohnort eher „schlecht“, bzw. „schlecht“, darin enthalten sind allerdings auch die Jugendlichen aus Orten mit mehr als 6.000 Einwohnern, so dass der Wert für Dörfer noch schlechter aussehen wird.

⁵ Ebd., S.20.

⁶ Ebd., S.29.

⁷ Ebd., S.174. In Dörfern geben 53 % aller Jugendlichen an, sich schon einmal mit einem Problem an den Bürgermeister gewandt zu haben (zum Vergleich in den Kleinstädten nur 18 %).

engagierte Eltern, SozialpädagogInnen, SchulleiterInnen und PfarrerInnen werden von den Dorfjugendlichen als Personen betrachtet, die ihre Interessen wahrnehmen. Vor diesem Hintergrund ist es bedenklich, dass diese einflussreichen Rollen in den Dorfstrukturen systematisch abgeschafft werden: Durch die Gemeindegebietsreform verlieren die BürgermeisterInnen ihre Macht und damit schließlich ihren Status, Pfarrstellen wurden aufgelöst, LehrerInnen leben in den Dörfern nur noch als Schlafgäste – ihre Arbeitsplätze und wesentlichen Funktionen befinden sich nicht mehr in unmittelbarer Nähe.

Das „Dorf“ – eine Fiktion mit kulturhistorischer Bedeutung

Unsere Vorstellungen von einem Dorf haben überwiegend plakativen Charakter. Eine wesentliche Ursache dafür liegt in der Funktion des Dorfideals. Literatur und später die Wissenschaft formulierten ein Bild des Dorfes, das überwiegend als Kontrast zur Stadt funktionieren sollte, und deshalb auch überwiegend in städtischen Diskursen verwendet wurde. Der Begriff selbst bezeichnet im Deutschen seit dem Althochdeutschen eine bäuerliche Siedlung, ein einzelnes Gehöft oder einfach ein Haus.⁸

Aus den vielen Definitionen des Dorfes sollen für unsere Zwecke einige Merkmale übernommen werden, die brauchbar und nachvollziehbar sind:

1. Das Dorf ist „eine der Siedlungsformen menschlicher Gemeinschaften“.
2. Dorf ist geographisch fixierbar.⁹
3. Das Dorf ist ein System potentieller oder tatsächlicher Verwandtschaft.
4. Das Dorf in Brandenburg ist in der Regel eine Siedlung von Menschen mit Feldbautraditionen. Die ökonomische Tätigkeit prägt die soziale Struktur des Dorfes.
5. Das Dorf ist ein räumlich offenes soziales System. Zu seinem Leben als System zählt eine Anzahl umliegender Dörfer und Siedlungen. Die

⁸ Vgl. Bibliographisches Institut (Hg.): Duden. Etymologie. Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache, Mannheim – Wien – Zürich 1963.

⁹ Es besteht aber nicht unbedingt aus einem einzigen geographischen Ort. Zusätze wie Neu-, Alt-, Groß-, Klein-, oder -Kolonie verweisen darauf, dass aus ökologischen, wirtschaftlichen, und politischen Gründen Dörfer durchaus den Ort wechseln. In der Region Südbrandenburg auch früh nachweisbar u.a. am „Teufelsberg“ bei Horno. Vgl. M.-Johanna Brather: Germanische Häuser und ein Backofen unter dem Teufelsberg bei Briesnig; in: Brandenburgisches Landesmuseum für Ur- und Frühgeschichte (Hg.): Ausgrabungen im Niederlausitzer Brankohlenrevier – 1998, Pritzen 1999, S.82-92.

Region ist sowohl ein Wirtschaftsraum für Produkte und Dienstleistungen, als auch Verwandtschaftsraum.

6. Die sozialen Bezüge des Dorfes sind überschaubar, daher ist die Entstehung einer „Wir-Gruppe“, die das gesamte System umfasst, möglich und sehr häufig.

Die Einordnung von Dörfern in größere Gefüge war historisch häufig nur abstrakt vorhanden. Heute ist das durch die unterschiedlichen Modernisierungsschübe deutlich anders geworden und praktisch durchaus nicht mehr „traditionell“:

„Das regionalisierte Dorf mit seinem nicht mehr nur lokalen, sondern auch regionalen und überregionalen Horizont bietet die historische Chance dafür, auch in der kulturellen Demokratie der Dörfer einen wesentlichen Schritt voranzukommen und mehr Basis- und Gemeinwesendemokratie zu verwirklichen.“¹⁰

Auch wenn in einer Zeit der permanenten Veränderung und des Umbruchs der Wunsch nach stabiler Ordnung, die „Suche nach Geborgenheit“, der Rückzug in die Kleinheit und die Renaissance von Heimat verständlich erscheinen, muss dem Versuch widersprochen werden, soziale Unterschiede auszublenden, um Regionalbewusstsein zu homogenisieren, und das Phänomen Region wie eine „Heilslehre“ darzustellen.¹¹

Sozialgeschichtlich gesehen erfuhren die Dörfer auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Brandenburg verschiedene einschneidende Veränderungen, die hier nur stichwortartig aufgezählt werden können:

- Die Separation nach 1815 (im ehemals sächsischen Südbrandenburg erst ab ca. 1840) führte nicht nur zur Aufhebung der Abhängigkeit von der Grundherrschaft, sondern auch zu einer großen Abwanderung in die Städte.
- die Industrialisierung mit einhergehendem Kulturverlust in Südbrandenburg 1870 ff.
- die Bodenreform 1946
- nach 1945 kamen auch in Brandenburg Flüchtlinge aus den östlichen Gebieten, die die vorhandene Dorfbevölkerungen um 10 bis 20 % aufstockten.

¹⁰ Vgl. Albrecht Herrenknecht: Für eine neue Kultur der Dörfer; in: Allmende, 1990, Nr. 26/27, S. 44.

¹¹ Vgl. Christine Teuschler: Lebenswelt Dorf und Region – 1996. Lokale und regionale politische Bildungsarbeit am Beispiel der Burgenländischen Volkshochschulen „Politische Bildung konkret“. Ein Modell regions- und gemeindespezifischer Bildungsarbeit; in: Burgenländische Volkshochschule (Hg); Eisenstadt 1996.

- die Kollektivierung der Landwirtschaft in den Jahren nach 1952
- durch die industriellen Großvorhaben der DDR-Regierung (Braunkohle, Chemieindustrie, Wohnungsindustrie u.a.) kam es zu weitreichenden Bevölkerungsverschiebungen.
- die Wende

Derzeit bestimmen vor allem Eingriffe in die gewohnte Infrastruktur auch die sozialen Formationen der Dörfer. Straßenbau etwa führt ja nicht nur Touristen und Investoren leichter in die ländliche Regionen, sondern auch die Dorfbevölkerung aus ihnen hinaus. Heute sind Pendler und Handwerker auf Montage in der Peripherie des Landes bestimmend für das Familienleben.¹² Ehemalige Autoritäten im Dorf brechen weg. Durch die Gemeindegebietsreform 2001/02 etwa verlieren die ehemaligen Bürgermeister an Macht und Ansehen. Die Kirchen reformieren unter finanziellem Zwang ihre Sprengel und viele Dörfer verlieren ihre Pfarrer. Nach Mecklenburg-Vorpommern hat Brandenburg die geringste Bevölkerungsdichte Deutschlands. Das bedeutet, dass der ländliche Raum ein besonders empfindliches soziales Gefüge ist. Die allgemeine Abnahme der Geburten schlägt sich auch im ländlichen Raum nieder, indem Kindergärten und Horte häufig nicht mehr aufrecht zu erhalten sind. Immer mehr Schulen im ländlichen Bereich werden geschlossen. Dadurch werden die Kinder in städtische Kontexte sozialisiert und bekommen urbane Wertvorstellungen vermittelt. Parallel dazu entfallen LehrerInnen als wesentliche Autoritäten im dörflichen Kontext, da deren Wohnort in der Regel nicht mehr identisch mit dem Arbeitsort ist. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit auf dem Lande entsteht ein extrem hoher Abwanderungsdruck zunächst vor allem auf die jungen Generationen, der sich aber derzeit auch verstärkt auf die ältere berufstätige Bevölkerung fortsetzt, so dass vermehrt ganze Familien die ländlichen Regionen verlassen.¹³ Daraus ergibt sich ein Teufelskreis: Da die lokalen Eliten immer kleiner werden, fehlen in den Dörfern lokale Kata-

¹² Vgl. Nikolaus Werz: Abwanderung aus den neuen Bundesländern von 1989 bis 2000; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/2001. Auch unter <http://www.das-parlament.de/40-2001/beilage/b-a-5.html>. Brandenburg hat mit 162.000 ArbeitnehmerInnen recht hohe Pendlerzahlen.

¹³ Ebd., Werz betont zu Recht, dass die ehemalige DDR immer ein Abwanderungsland war. Unmittelbar nach der Wende bewegten sich vor allem FacharbeitelInnen in die alten Bundesländer. Parallel dazu kam es zu einem Zuzug von Abwanderern aus Berlin, so dass es z. T. zu einer ausgeglichenen Bilanz kam. Seit 1997/98 wird aber der negative Saldo vor allem durch die 18- bis unter 25-Jährigen verursacht und mit steigender Tendenz auch durch die 25- bis unter 30-Jährigen. Seit 1998 geht die Schere der Bilanz wieder auseinander.

lysatoren für Innovationen und Kreativität. Da es weniger Unternehmer gibt, wird das Dorf unattraktiver, es verschwinden Arbeitsplätze, und damit steigt der Abwanderungsdruck weiter.¹⁴

Die Vielfalt der Dörfer und die Arbeit des MBT

Neben historischen Erfahrungen, die sich in Form von Sedimenten als „Mentalität“ äußern, finden sich in vielen Orten das Bewusstsein, als Dorf Objekt einer Entwicklung zu sein, die „von außen“, „von oben“ und seit 1990 eben auch „vom Westen“ ausgeht. Auch diese jüngeren Mentalitätsbestände haben historische Ursachen, doch bestimmen sie das bewusste Leben des Gemeinwesens in Form von aktuellem und artikuliertem Selbstbewusstsein sowie erfahrbaren Konflikten. Im Folgenden sollen einige dieser Erfahrungen dargestellt werden und, sofern möglich, die Arbeitsweise des MBT in diesen Dörfern geschildert werden.

Dörfer in Speckgürteln

Der Speckgürtel von Berlin ist allgemein bekannt und bezeichnet nicht nur einen wirtschaftlichen Aspekt – also die Orte wo sich Industrie ansiedelt, sondern auch Orte, wo die Ansiedlung von „Berlin-Flüchtlingen“ wegen günstiger Verkehrsanbindung erhebliche Dimensionen angenommen hat:

„Die Wanderungsströme aus den Großstädten ins Umland verzeichneten bis Mitte der 1990er Jahre eine Boomphase, damals waren die Umzüge vorwiegend ins eigene ‚Heim im Grünen‘ doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Sonderabschreibungen, Wohnungsbauförderung und Planungsvereinfachungen bei gleichzeitig ungeklärten Restitutionsansprüchen in den Städten begünstigten die Neigung zum Neubau und zur Eigentumsbildung im Umland.“¹⁵

¹⁴ Die reinen Einwohnerbilanzen sind anerkannt wenig aussagekräftig in Bezug auf die soziale Struktur des Landes. 1989 waren es rund 2,66 Millionen Einwohner, Ende 1999 waren es 2,60 Millionen. Dabei gilt es aber zu berücksichtigen, dass es in der inneren Entwicklung zu einer Bevölkerungszunahme im „Speckgürtel“ Berlins kam, während der ländliche Raum der Peripherie stark verlor. Der „Entwicklungsplan für den ländlichen Raum im Land Brandenburg. (Förderperiode 2000-2006)“ sieht eine stärkere Ausrichtung der Förderung „auf die Hauptprobleme Abwanderung und Beschäftigungsmangel“ vor.

¹⁵ Vgl. Werz, Abwanderung (Anm. 12).

Hier soll aber von mehreren Speckgürteln gesprochen werden, weil dieses Phänomen nicht nur auf Berlin und sein Umland zutrifft, sondern auch auf andere Städte Brandenburgs. In Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus, Brandenburg/Havel und Eberswalde sind ähnliche Erscheinungen festzustellen. Die Frage ist, wo geschieht dies in „erheblichen Dimensionen“ in Bezug auf umliegende Dörfer. Für den Bereich Potsdam lässt sich das mit Sicherheit behaupten, wobei sich hier die Abwanderung von Berlinern nicht sauber trennen lässt. In Cottbus kann ebenso von einem Speckgürtel gesprochen werden. Die Ansiedlung von Handel und Gewerbe im stadtnahen Umland auf dem Gebiet des Landkreises Spree-Neiße ist auffällig, ebenso wie der Zuzug von Cottbusern in die umliegenden Dörfer. Dieser Zuzug hat vereinzelt Dimensionen, die die „alte“ Dorfbevölkerung in eine Minderheitsposition gebracht haben.

Das Dorf E.

Das Dorf E. ist ein zu Cottbus eingemeindetes Dorf.¹⁶ Es ist uns schon 1999 in anderen Zusammenhängen als ein Dorf aufgefallen, das in der rechtsextremen Szene eine wichtige Rolle spielt. Eine wesentliche Cottbuser Gruppe von RechtsextremistInnen benutzt das Dorf und sein Umfeld als Rückzugsraum. Zunächst nur im Sinne von Freizeitaktivitäten wie im Sommer allwöchentliche Wehrsportübungen in den Waldgebieten und anschließendem Grillen am Flussufer. Später 2000/01, als der Druck durch die Polizei in der Stadt deutlich zunahm, und auch die Maßnahmen der Sozialpädagogen in Cottbus griffen, diente das Dorf als Ausweichort. Im Dorf selber scheint es nur eine kleinere Gruppe von Rechtsextremisten zu geben, die ihren selbst organisierten Jugendclub eine lange Zeit mit Rollos in den üblichen Farben schwarz-weiß-rot vor neugierigen Passanten schützten. Diese Jugendlichen wurden und werden in der Regel nicht im Dorf selbst aktiv.¹⁷ Durch den Verdrängungsmechanismus in Cottbus kommt es

¹⁶ Das Dorf soll hier anonym bleiben, da wir es nicht besonders hervorheben möchten und zudem erwarten, dass es zukünftig ein Arbeitsfeld des MBT werden wird.

¹⁷ Das ist eine von uns allgemein seit vielen Jahren beobachtbare Taktik. Die lokale rechtsextreme Szene agiert nicht im eigenen Ort. Dafür kommt es bei Festen dann zu Gewalttätigkeiten von Zugereisten Rechtsextremisten. Die immer noch stereotype Reaktion bei den lokalen Akteuren ist, dass man nichts macht, da man keinen Einfluss auf die Auswärtigen habe, die eigenen Jugendlichen sind aber kein Anlass zur Handlung, da sie nichts machen. Dasselbe Vorgehen war zuletzt beim Zampern (ein wendisches karnevalsähnliches Fest) in E. 2002 festzustellen.

2001 vermehrt zu Aktivitäten der rechtsextremen Szene in E. Es werden nicht-rechtsextreme Jugendliche auf ihren privaten Geburtstagsfeiern überfallen, Dorffeste belagert und Schlägereien angezettelt. Die Reaktionen im Dorf sind eher träge. Man nimmt diese Erscheinungen eher als Ausdruck allgemeiner Jugendkultur hin, billigt ihnen gar kaum den Status von Straftaten zu („Wir hatten früher auch unsere Keilereien...“) und bringt es derzeit noch kaum in einen Zusammenhang mit Rechtsextremismus. Erschwerend kommt hinzu, dass das Dorf wenig inneren Zusammenhalt hat. So wird über die rechtsextremen Aktivitäten dorffintern kaum gesprochen, und es kann sich kein allgemein akzeptiertes Bild der Situation ergeben. Beim Karneval 2002 kam es wieder zu Ausschreitungen von rund 15 angetrunkenen Rechtsextremisten. Die Tanzveranstaltung für die Erwachsenen war dieses Mal durch einen Wachschutz abgesichert, der dafür sorgte, dass männlichen Jugendlichen einschlägigen Aussehens häufig den Zutritt zur Veranstaltung verwehrt wurde. Im Saal selber war es ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr möglich, rechtsextremistische Tendenzen auszusperren, denn dort zeigten einige Erwachsene bierselig den Hitlergruss zu passender Musik.

Erste Reaktionen aus dem Dorf kamen durch zwei Mütter, die sich Rat beim MBT holten. Im ersten Fall ging es um eine Schlägerei, in die der Sohn involviert war, im zweiten Fall um eine fast abstrakt erscheinende Frage. Im ersten Fall war die Beratung schwierig: Jugendliche aus der Clique des Sohnes wurden vor dem Wohnblock der Frau angegriffen. Sie wollte aber nicht, dass die Aktion öffentlich werde, damit es nicht zu weiteren Übergriffen kommt, und weil sie befürchtete, dass sie im Dorf als Zugezogene angefeindet wird, weil sie Dorfjugendliche „denunziere“. Wir rieten ihr dennoch, den Vorfall anzuzeigen. Weiter baten wir sie, die Entwicklungen um den Freundeskreis ihres Sohnes genau zu beobachten und uns zu informieren, wenn sie bestimmte Veränderungen bemerkt. Der zweite Fall stand ebenfalls unter dem Vorzeichen der Verschwiegenheit. Die Mutter hatte Angst um ihren Sohn, der nachts auf Parties der Dorfjugend geht. Er erzählte ihr von einigen gefährlichen Situationen auf diesen Parties, betonte jedoch zugleich, dass die Rechtsextremisten des Dorfes völlig harmlos seien, und ihre Subkultur nur in dem genannten Jugendclub ausleben würden. Sie wolle aber nicht, dass wir „offiziell“ etwas unternehmen, da es in ihrer weiteren Verwandtschaft sowohl bei Erwachsenen, wie auch bei Jugendlichen Rechtsextremisten gebe. Wir empfahlen ihr, Kontakt mit der Mutter des ersten Falles aufzunehmen, und mit ihr gemeinsam weitere Schritte zu überlegen. Als problematisch für beide Mütter erwies sich, dass sie große Schwierigkeiten hatten, sich kooperierende Akteure im Dorf vorzustellen. Als wesentliches Hemmnis entpuppte sich die Angst,

sozialen Status zu verlieren, oder ihn durch die Artikulation von Problemen nicht erreichen zu können. Beide Frauen gehören zu den „Zugezogenen“, und bemühen sich durch das Einhalten der dörflichen Regeln akzeptiert zu werden. Als Grund für die Scheu ins Dorf zu kommunizieren, gaben beide an, dass sie ihre Kinder vor Ausgrenzung und Anfeindung schützen wollen. Lediglich einen neu zugezogenen Pfarrer konnten sie sich als Interaktionspartner vorstellen, trauten diesem aber nicht zu, das Problem einer Lösung zuzuführen, da er ebenfalls im Dorf nicht anerkannt sei. Im Dorf E. spielt der Rechtsextremismus wahrscheinlich eine etwas andere Rolle, als in städtischen Kontexten. Er fungiert in der innerdörflichen Kommunikation als Abgrenzungsinstrument der „alten“ Dorfbevölkerung zu den zugezogenen Bewohnern und ist damit auch Ausdruck sozialer Spannungen, da die zahlreichen Eigenheimbauer in der Regel Arbeit in der Stadt haben und zudem als „Elite“ wahrgenommen werden, weil sie über Verbindungen zu Politik und Verwaltung der Region verfügen. Die Anwesenheit der Zugezogenen verursacht bei den Alteingesessenen wahrscheinlich ein permanentes, defizitäres Gefühl, das durch den rechtsextremen Überlegenheitskult kompensiert werden soll. Das latente Unterlegenheitsbewusstsein dieser Gruppe muss bei Interventionen im Dorf im Vordergrund stehen. Damit besteht die Schwierigkeit, dass eine unmittelbare Unterstützung der beiden Mütter im Dorf das Problem eher verschärfen würde, als es zu mildern, weil dadurch verdeutlicht würde, dass die „Zugezogenen“ über Ressourcen verfügen, die den Alteingesessenen vermeintlich nicht zur Verfügung stehen. Das MBT mußte in diesem Fall indirekt agieren, indem wir beobachten und abwarten, wo sich die Gelegenheit ergibt, im Dorf für das lokale Establishment tätig zu werden.

Umsiedlerdörfer

Mit Umsiedler sind hier jene Dorfbewohner gemeint, deren Heimatorte ganz oder teilweise dem Tagebau zum Opfer fielen, nicht die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges, die in der DDR-Tradition ebenfalls als Umsiedler bezeichnet wurden.

Im Laufe des letzten Jahrhunderts wurden im Lausitzer Braunkohlerevier 77 Dörfer und Siedlungen durch den Braunkohletagebau abgebaut. Mehrheitlich in der Zeit von 1945 bis 1990.¹⁸ Seit 1915 ist der Tagebau

¹⁸ Vgl. Frank Förster: *Verschwundene Dörfer. Die Ortsabbrüche des Lausitzer Braunkohlereviere bis 1993*, 2. Auflage, Bautzen 1996, S. 18.

planwirtschaftlich betrieben worden.¹⁹ Die Autarkie auf dem Energiesektor hatte immer eindeutig Priorität vor den Interessen der Bevölkerung. In der Regel fanden „Entschädigungen“ der Bewohner nur sehr unzureichend statt. Bis 1989 wurden die Dorfbewohner fast immer in städtische Neubausiedlungen umgesiedelt. Die Dorfkultur ist damit praktisch verschwunden. Förster nennt für das gesamte Revier die Mindestzahl von 22.296 Umsiedlern zwischen 1945 und 1993.²⁰ Mit Recht problematisiert er aber diese Angaben. Da in der DDR die Entschädigungen sehr gering ausfielen, verschwanden viele Bewohner schon frühzeitig aus den Dörfern, so dass allgemein von einer sinkenden Einwohnerzahl vor der endgültigen Abbaggerung ausgegangen werden muss.

Bei den wendischen Dörfern ist das Abbaggern außerordentlich schlimm. Nicht nur für die Bewohner selbst, die dann gezwungen wurden ihre Sprache und Kultur aufzugeben, sondern auch für die nicht abgerissenen Nachbardörfer, denen ein oder mehrere Bezugspunkte ihres kulturellen Systems fehlen. In Brandenburg betraf dies vor allem die Gebiete um die Tagebaue Cottbus-Nord und Jänschwalde. Hier wurden sieben Dörfer ganz und sechs zu Teilen abgerissen: Lakoma, Merzdorf, Dissenchen, Schlichow, Klein-Lieskow, Groß-Lieskow, Tranitz, Klinge, Weißagk, Klein Briesnig Gosda, Grötsch und Klein Bohrau. Fast alle werden von Förster dem wendischen Kerngebiet zugeordnet. Je nach Zeitpunkt des Abbruches und der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der DDR gelang es Bewohnern in Nachbardörfern zu ziehen, und damit wenigstens ein gewisses kulturelles Umfeld zu erhalten. Die Bewohner von Klein Lieskow etwa konnten sich 1987 zu einem „beachtlichen Teil“ so in der ländlichen Region halten.²¹ Die Nachbargemeinde Groß Lieskow war bereits 1977 teilabgebrochen und erst 1984 völlig verschwunden. Ihre Bewohner sind mehrheitlich in die Neubausiedlungen von Cottbus gezogen.²² Wie stark die kulturellen Einschnitte bei den ehemaligen BewohnerInnen sind, lässt sich in einem weiteren Band von Förster nachlesen. In der Regel zogen die ehemaligen Einwohner in die Städte Forst oder Cottbus und gingen dort in der Bevölkerung auf.²³

¹⁹ Vgl. Edmund Pech: Die Industrialisierung der Niederlausitz und die Sorben 1945-1970. In Niederlausitzer Studien, Bd. 30, Cottbus 2001, S. 112.

²⁰ Vgl. Frank Förster: Verschwundene Dörfer. Die Ortsabbrüche des Lausitzer Braunkohlereviers bis 1993, 2. Auflage, Bautzen 1996, S. 19.

²¹ Ebd., S. 95.

²² Ebd., S. 59.

²³ Vgl. Frank Förster: Bergbau-Umsiedler. Erfahrungsberichte aus dem Lausitzer Braunkohlerevier. Bautzen 1998.

An die ehemaligen Orte erinnern höchstens noch einige kunsthistorische Gegenstände oder Gebäude, die an den neuen Standorten ihren Platz fanden. An die sorbische Bevölkerung erinnern nur noch für eine Weile die ebenfalls umgesiedelten Friedhöfe der Dörfer auf den städtischen Friedhöfen. Die Abaggerung der wendischen Dörfer ist genauso schlimm, wie für deutsche Dörfer, aber die Auswirkungen auf die wendische Kultur ist verheerend. Es entstehen riesige, verwüstete Korridore, die einen lebendigen kulturellen Austausch in der Region verhindern.

Großflächige Tagebaue befinden sich bei Lübbenau (Schlabendorf-Nord 1956-1976, Seese-West 1960-1978, Schlabendorf Süd 1972-1992, Seese-Ost seit 1979), bei Drebkau (Greifenhain 1935-1994, Gräbendorf 1979-1992), bei Finsterwalde (Klettwitz 1937-1990, Kleinleipisch 1946-1980, Klettwitz-Nord 1983-1993), bei Senftenberg (Sedlitz 1946-1981, Meuro seit 1956) bei Spremberg (Welzow-Süd seit 1959) und bei Cottbus (Jänschwalde seit 1971, Cottbus-Nord seit 1974).²⁴ Diese riesigen Areale strukturieren die Landschaft und die Infrastruktur des ländlichen Raumes in Südbrandenburg maßgeblich. Sehr lange Wege und Schwierigkeiten für die Infrastruktur (Schulen, Busse, Bahn, Müllentsorgung etc.) sind die Folge. Aber auch die soziokulturellen Bezugssysteme werden davon geprägt: traditionelle Bindungen wurden gekappt, neue entstanden.

Die neue Umsiedlungspolitik der LAUBAG nach der Wende sieht vor, dass die Dörfer in der Gestaltung des neuen Standortes relativ autonom sind. Allerdings befinden sich die Ausweichstandorte nach der Wende alle in unmittelbarer Nähe von Städten und sind auch in diese eingemeindet. Kausche etwa ist Stadtteil von Drebkau, Horno wird Teil von Forst und Haidemühl wird nach Spremberg kommen. Nach einer gewissen Schonfrist gehen die Dörfer als integraler Bestandteil in die Städte auf. Die Schwierigkeiten mit einem Dorf wie Kausche besteht darin, dass es eigentlich keines mehr ist. Die Entscheidungen werden im Stadtparlament getroffen und nicht im Dorf selbst. Andererseits verhält sich der Stadtteil immer noch wie ein Dorf. Der Vorteil dieser Situation ist, dass das Dorf z. B. bei der Jugendarbeit in die städtischen Kontexte eingebunden ist. Das Modellprojekt Nexus (in Trägerschaft von Camino) etwa hat sich intensiv auch um die Jugendlichen in Kausche gekümmert und durch den Austausch mit dem MBT sinnvoll auf rechtsextreme Tendenzen reagiert.

²⁴ Vgl. Frank Förster: *Verschwundene Dörfer. Die Ortsabbrüche des Lausitzer Braunkohlereviere bis 1993*, 2. Auflage, Bautzen 1996, S. 22f.

Industriedörfer

Unter Industriedörfern sollen hier nicht Dörfer verstanden werden, die Industrieansiedlungen haben, sondern solche Dörfer, deren Existenz ganz oder weitestgehend auf industrielle Ansiedlungen zurückzuführen sind. Solche Dörfer finden sich in Brandenburg relativ häufig, und sind nicht erst mit der industriellen Revolution entstanden. Als Beispiel sei hier das Dorf Haidemühl bei Welzow angeführt.

Nach Lehmann kann von einer regelrechten „Gründung“ Haidemühls nicht ausgegangen werden.²⁵ Der Ort war immer ein Industriestandort. Die erste Erwähnung erfolgt in einer Karte des Markgrafentums Niederlausitz von Schenk 1757 als „Haydemühl“. Da das Privileg zum Betrieb einer Mühle in der Niederlausitz überwiegend Deutsche erhielten, es zudem häufig an neue Müller überschrieben wurde, hat Haidemühl anders als die Nachbargemeinden Gosda und Proschim wohl keine wendischen Wurzeln. Haidemühl war im 18. Jahrhundert lediglich eine Wassermühle. Erst 1818 wurde daraus eine „Kolonie“, allerdings mit nur einer Feuerstelle und 5 Bewohnern. Nach diesem Jahr scheint eine erste Glashütte an der Mühle entstanden zu sein, die vor 1837 wieder eingegangen ist. 1837 wurde nämlich eine „neue“ Glashütte gegründet, die dieses Mal erfolgreicher lief. Bereits 1840 konnte mit den preußischen Reformen im ehemals sächsischen Haidemühl die Gewerbefreiheit und die Separation (die hier viele billige Arbeitskräfte „freisetzte“) ein Anstieg der Bevölkerung auf 136 Menschen verzeichnet werden. Dieses kleine „Dorf“ bestand nur aus vier Wohngebäuden, woraus klar wird, dass es sich um sehr arme Arbeiter der Glashütte handelte. Diese Industriesiedlung dürfte eine nicht unproblematische soziale Struktur gewesen sein. Inzwischen landlose, ehemalige Kleinbauern aus der unmittelbaren Region (Wenden), lebten als Arbeiter und Köhler zusammen mit den gut bezahlten Glasspezialisten aus Schlesien und dem technischen Personal aus überregionalen Bezügen (Deutsche).²⁶ Um 1884 wird die Braunkohlegrube Haidemühl zur Versorgung der Glashütte erschlossen.²⁷ 1890 wird die Grube von der Eintracht

²⁵ Vgl. Lehmann, Rudolf: Historisches Ortslexikon der Niederlausitz, Bd. 2, Marburg 1979, S. 132.

²⁶ Vgl. Simone Klausch: In der Hütte wurde Tschechisch gesprochen; in: Haidemühler Hefte, 2/2000, S. 16. In der Glashütte wurden bis 1856 ausschließlich tschechisch sprechende Glasbläser aus Böhmen beschäftigt.

²⁷ Vgl. Friedhelm Schulz: Drei Jahrhunderte Lausitzer Braunkohlenbergbau, Bautzen 2000.

AG Welzow übernommen und damit begann auch der Abbau von Hand durch Maschinen abgelöst zu werden. Damit entwickelt sich die Glashütte zum industriellen Großbetrieb.²⁸ 1925 erreicht der Betrieb die Marke von 500 Arbeitern und 18 Angestellten. 1930 hat der Betrieb der Eintracht AG eine Belegschaftsstärke von 922 Mitarbeitern, davon allerdings eine Minderheit in der Haidemühler Brikettfabrik. Der Bau einer Kohlebahn 1939 zwischen der Grube Clara und Werminghoff vernetzt die Energiewirtschaft der Region für den 2. Weltkrieg. Ignatz Petschek, der Mehrheitsbesitzer der Eintracht AG, wird von den Nazis enteignet, weil er unter die Nürnberger Rassengesetzgebung fällt. Der gesamte Betrieb geht 1940 an die Anhaltische Kohlewerke AG über. Die Brikettfabrik Haidemühl wird 100 Jahre nach Betriebsaufnahme 1991 stillgelegt, ebenso wie das dazugehörige Kraftwerk und das Glaswerk, das in der DDR zuletzt auf die Produktion von Milchflaschen und Massengläsern spezialisiert war.

Neben dem Niedergang der Industrie auf Null, hat Haidemühl derzeit das Problem, dass der Ort voraussichtlich 2003 vom Tagebau Welzow abgebaggert und umgesiedelt wird.

Der Ort Haidemühl ist kulturell geprägt von der ehemaligen Industrie. Schon in der DDR wurden viele qualifizierte Mitarbeiter der Betriebe in modernere Wachstumsbranchen verlagert, so dass nach der Wende überwiegend die Arbeiter im Ort ansässig blieben. Das bedeutet praktisch, dass ein durchschnittlich nur geringes Bildungsniveau besteht, die Bewohner sind traditionell eher „links“, d.h. SPD- oder PDS-nah, auch wenn der Ort einen parteilosen Bürgermeister hat. Haidemühl war immer schon „rot“, hier eher kommunistisch als sozialdemokratisch. Besonders die Rolle der 20 Haidemühler Kämpfer bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 als Bestandteil der „Senftenberger Roten Armee“ spielt hierbei eine wesentliche Rolle.²⁹ Erst- und bis heute letztmals spielte Haidemühl eine wichtige Rolle in der Politik Deutschlands. Da im Dorf selbst kaum wesentliche Anteile des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet werden, spielt die Umsiedlung auch wirtschaftlich eine ganz wesentlich Rolle. In Entschädigungsleistungen der LAUBAG sehen viele, vor allem jüngere Bewohner, eine Befreiung aus der Stagnation des Dorfes. Man sieht am neuen Standort des Dorfes deutlich mehr Möglichkeiten für die Familie, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Sei es durch die dann gegebene Zugehörigkeit zur

²⁸ Vgl. Johannes Heisler: Von den Anfängen der Industrie in der Gemeinde Gosda-Haidemühl; in: Spremberger Heimatkalender 1990, Spremberg 1989, S. 53-55.

²⁹ Vgl. Johannes Heisler: In der Haidemühler Chronik geblättert; in: Spremberger Heimatkalender 1991, Spremberg 1990, S. 78f.

Stadt Spremberg (Sellessen ist Ortsteil von Spremberg), sei es durch einen günstigen Verkauf des Hauses, um später in die westlichen Bundesländer zu ziehen.

Das MBT war in Haidemühl nur sehr sporadisch tätig. Eine enge Verbindung besteht zum Sozialen Netzwerk Haidemühl (Träger ist die evangelische Kirche), das die soziokulturelle Begleitung der Bergbaum-siedlung nach Sellessen bei Spremberg zur Aufgabe hat. Diese Verbindung ermöglicht den Beratungszugang durch zwei professionell arbeitende Multiplikatoren in alle sozialen Gruppen des Ortes. Bisher waren es vor allem fachliche Ratschläge, wie die Identifizierung von selbst gebrannten CDs der Jugendlichen, die in dem Jugendclub „Landser“-Musik gehört hatten. Wir besprachen mit der Sozialarbeiterin den pädagogischen Umgang mit der problematischen Musik. Dabei konnten wir feststellen, dass es keine rechtsextreme Szene im Ort gibt, sondern sich die Jugendlichen des Dorfes allgemein eher als „links“ klassifizieren. In ihrem Verständnis ist Musik wie die von „Landser“ ein provokantes Element der normalen Jugendkultur und nicht ein Bestandteil der rechtsextremen Kommunikation. Zu ihrem Selbstverständnis gehört es, dass sie sich als Bewohner eines „Arbeiterdorfes“ von Jugendlichen der Nachbardörfer abgrenzen, die tendenziell stärker dem Mainstream, der rechtsextremen Jugendkultur zuzurechnen sind. So engagierten sich die regelmäßigen Besucher des Jugendclubs 2001, als Hakenkreuzschmierereien im Dorf festgestellt wurden, indem sie diese übertünchten. Das ist an sich noch nicht verwunderlich, aber sie verweigerten einem Reporter der „Lausitzer Rundschau“ nicht, ihre Aktion zu veröffentlichen, was in anderen Dörfern des unmittelbaren Umfeldes kaum denkbar wäre.

Über das soziale Netzwerk ist das MBT in der Lage, diese Umfeldszene im Blick zu behalten. Hierbei geht es nicht um einzelne Personen, sondern um jugendkulturelle Bewegungsentwicklungen und die Feststellung von Vernetzungsbezügen. In der Region bestehen engere Beziehungen zwischen Greifenhain, Neupetershain, Welzow und Proschim. Die Jugendkultur Haidemühls ist dabei aber nicht geeignet, ein Gegengewicht zu dieser Szene darzustellen, da sie nicht annähernd homogen, sondern traditionell sehr ausdifferenziert ist, was eher ein städtisches Verhaltensmuster ist.³⁰ Auch lassen sich die Gruppen nicht zwangsläufig als resistent gegen rechts-

³⁰ Ebd., S. 14. Das Dorf von rund 600 Einwohnern wurde intern in „Hütte“ oder „Hüttenpuper“ (Bewohner der Arbeitersiedlung der Glashütte) und „Grube“ (Bewohner der Bergmannsiedlung) unterschieden, die interne Rivalitäten austrugen, nach außen aber zusammen auftraten.

extreme Einflussnahme einstufen. Bei den heute 15-17-jährigen kann zwar von einem festen demokratischen Weltbild ihrer Peergroup ausgegangen werden, jedoch muss diese Haltung nicht notwendigerweise auf die nachfolgenden Jahrgänge übertragen werden.

Problematisch an der derzeitigen Jugendszene Haidemühls ist das verbreitete Gefühl abgeschrieben zu sein („Wir sind das Letzte“) und die kaum nachvollziehbaren Zukunftsperspektiven am neuen Standort. Das kollidiert nur scheinbar mit einer deutlichen Privilegierung der Jugendlichen durch die LAUBAG. Als Umsiedler bekommen sie nicht nur eine pauschale Abfindung, die sie in die Lage versetzt, überwiegend mit 18 Jahren die Führerscheinprüfung in Angriff zu nehmen, und ein Auto zu kaufen. Wenn sie irgendwie den Abschluss der 10. Klasse erreichen, ist es so gut wie sicher, dass sie eine Lehrstelle bei der LAUBAG bekommen. Beides, Auto und „richtige“ (d.h. auf dem ersten Arbeitsmarkt) Lehrstelle ist im Milieu der Jugendlichen in Brandenburg mit hohem Prestige verbunden. Das Gefühl einer relativen Chancenlosigkeit wird aber nicht durch die Jugendkulturen transportiert, sondern durch die Erwachsenenwelt. Und die ist geprägt durch die Arbeitererfahrungen der letzten elf Jahre. Die Jugendlichen bekommen in ihrem häuslichen Alltag ständig mit, dass ihre Eltern oder Verwandten auf einer endlos scheinenden Schleife (ABM, Umschulung, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, ABM usw.) versuchen das Rentenalter zu erreichen. In ihrem sozialen Umfeld gibt es zudem kaum sichtbare und erlebbare Erfolgsmodelle. Die beziehen sich entweder auf akademisches Personal (also für sie unerreichbar) oder auf Abwanderer, die im Alltag unsichtbar bleiben. Alltagskulturell sind die Jugendlichen weitgehend auf industrielle Arbeitsplätze konditioniert, und die sind nur in der Kohle oder im Kraftwerk erreichbar. Die Kohle aber, das ist eine familiäre und kollektive Erfahrung, ist eine begrenzte Geschichte.

Wendische Dörfer

Wendische Dörfer im engen Sinne gibt es in Brandenburg nur noch sehr vereinzelt. Mit „eng“ ist hier die häufig anzutreffende Annahme gemeint, das Wendisch mit wendischsprachig gleichzusetzen ist. Diese Gleichsetzung ist aber unzulässig. Sprache ist nur ein kulturelles Merkmal unter vielen, die eine ethnische Identität ausmachen.³¹ Es soll also hier darunter

³¹ Vgl. Dirk Wilking, Reinhard Kroll: Die Definition von Ethnos oder Sind die Sorben ein Volk?, in: Letopis. Zeitschrift für Sorabistik, Nr. 40, 1993, H. 2, S. 10-31.

verstanden werden, dass wendische Dörfer jene sind, die sich selbst als solche identifizieren und wo wesentliche kulturelle Merkmale der Ethnie das gesellschaftliche Leben bestimmen. Dies geschieht selbstverständlich auch in Gebieten wo (angeblich oder tatsächlich) kein Wendisch mehr gesprochen wird.³²

Die Identität als Wenden wird in aller Regel nach außen hin verschwiegen (außer bei den gut gebildeten Wenden). Selbst wendische Muttersprachler bemühen sich intensiv, nach außen als perfekt deutsch zu erscheinen. Kinder erfinden Legenden, um ihren wendischen Namen eine weniger „minderwertige“ Etymologie zu verschaffen.³³ Die Germanisierung der ehemaligen Kolonie ist nach der Wende 1989 nicht beendet worden, sondern sie geht faktisch weiter, wenn auch nicht mehr durch staatliche Institutionen direkt forciert.

Viele Dörfer, die nach 1937 durch die Nazis umbenannt worden sind, um das Slawische „auszumerzen“, sind weder in der DDR, noch in der BRD rückbenannt worden. Auch wenn die Bevölkerung dieser Dörfer darauf verweist, dass sie durch die Industrialisierung ein mehrheitlich deutscher Ort seien, bleibt der Hegemonialanspruch der Kolonisten in der Landschaft bestehen.³⁴ Wenn davon ausgegangen wird, dass die slawische Kultur in Brandenburg fast ausschließlich in Dörfern beheimatet ist, kommt dieser Region eine entsprechend hohe Bedeutung für die wendische Kultur zu. Aber gerade die Dörfer sind zur Manövriermasse der Städte geworden. Um Cottbus entstehen auf den Dörfern zahllose Neusiedlungen, die dazu führen, dass die wendische Kultur immer stärker zu einer Marginalkultur wird. Durch die Verwaltungsreform werden Gemeinden mit völlig unterschiedlichem wendischen Anteil zusammen geschlossen und entsprechend geringer werden die Bedürfnisse der wendischen Bevölkerung Beachtung finden. Die aktuellen Schließungen von Schulen treffen vor allem die Dörfer und führen nicht nur zu längeren Schulwegen, sondern es

³² Dass die Sprache zumindest in Teilen und Fragmenten auch noch Jahrhunderte nach ihrem offiziellen „ableben“ als (sub-)kulturelles Phänomen weiter existieren kann belegt Müller, Klaus. Vgl. Klaus Müller: Wie lange wurde in der Gegend von Beeskow-Storkow sorbisch gesprochen?; in: Niederlausitzer Studien, H. 27, 1996, S. 52-62.

³³ So hat ein etwa 13-jähriges Mädchen aus Haidemühl im Juni 2001 einer Sozialarbeiterin erklärt, dass ihr Vorname Majka ein indischer Name sei und ihre Großmutter gut Polnisch sprechen könne.

³⁴ Vgl. Friedrich Redlich: Änderungen im Ortsnamennetz der Niederlausitz in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts mit Ausblicken auf Flur- und Gewässernamen und die politischen Hintergründe; in: Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus (Niederlausitzer Studien), Heft 11, Cottbus 1977, S. 137-146.

kann keinen spezifischen Unterricht in Heimatkunde und Lokalgeschichte geben. Die Ausbildung niedersorbischer LehrerInnen ist 2001 an der Universität Potsdam aufgegeben worden, der Ausweichstandort Leipzig vermittelt fast nur Obersorbisch, das Niedersorben kaum verstehen können. Die Sprache ist zwar ständig in der öffentlichen Diskussion, sie ist aber keineswegs das zentrale Problem. Zentral für den Fortbestand der wendischen Kultur (so er gewollt ist) ist vielmehr die Möglichkeit der Individuen mit ihrer Kultur auf den Dörfern auch ökonomisch zu überleben.³⁵

Werben

Im Jahr 2000 wurde das MBT durch den Pfarrer der Gemeinde Werben gebeten, eine Veranstaltung für die Dorfbevölkerung zum Thema Rechtsextremismus durchzuführen. An einem frostigen, windigen Winterabend kamen wir in das Hotel „Zum Stern“ – ein überregional bekanntes Gasthaus – und staunten nicht schlecht, als wir draußen im Fenster das Veranstaltungsplakat sahen: „Nazis im Dorf“ – ohne jedes Satzzeichen.



Die bewusst provokante Ankündigung einer Veranstaltung des MBT durch die Kirchengemeinde Werben

Anwesend waren fast ausnahmslos Dorfbewohner der mittleren und älteren Generation. Nach einem kurzen Vortrag kam es zu einer lebhaften Diskussion, die sich an einem ehemaligen SED-Mitglied entzündete, der die DDR als beispielhaft im Antifaschismus darstellte: „Da wären die Nazis hinter dem Ural in ein Lager gekommen und hätten Arbeiten gelernt.“ Der Diskussionsverlauf erschien chaotisch, hatte allerdings deutlich spürbar als strukturierendes

Element die jeweilige persönliche Betroffenheit der Diskussionsteilnehmer zur Grundlage. Es wurde aus pietistischer Perspektive argumentiert („man muss intensiv beten und glauben, dann wird alles gut“), es wurde das Problem wegdefiniert („die sind doch gar nicht so“) und durchaus Klartext gesprochen („es sind sechs hier im Dorf, die bringen aber ihre Freunde mit und machen dann Rabatz“).

³⁵ Vgl. Wilking, Dirk, Reinhard Kroll: Die Definition von Ethnos oder Sind die Sorben ein Volk?; in: Letopis. Zeitschrift für Sorabistik, Nr. 40, 1993, H. 2, S. 10-31.

Wie so häufig kam es erst nach Abschluss der offiziellen Veranstaltung zu intensiveren Gesprächen. Besonders beeindruckend war ein älterer Mann, deutlich über 70 Jahre, der in einem Deutsch mit hartem slawischen Akzent erklärte, dass sein Vater – ein muttersprachlicher Wende – in den 30er Jahren Sonntags seinen Kirchanzug angezogen habe und den Kindern angekündigt hat, dass er jetzt „die Nazis wählen“ gehe. Er erklärte das Verhalten seines Vaters damit, dass die Bewohner von Werben damals so bitterarm waren, dass man sich von den Nazis bloß mehr zu essen versprach. Der Tenor der Darstellung war völlig ohne Wertung – weder entschuldigend, noch mit irgendeinem moralischen Akzent. Anders der Wirt des Hotels, der sich in der Diskussion mit Küchenschürze immer wieder engagiert in die Diskussion einbrachte. Ihm ging es zwar auch um das Geschäft – so betonte er mit Richtung auf die Dorfbewohner mehrfach, dass er viele internationale Gäste habe, etwa aus China – aber nicht nur. Ihm ging es vorrangig um ein weltoffenes Dorf. Darunter verstand er eine Akzeptanz von Fremden allgemein. Interessanterweise argumentierte er nicht mit seinen eigenen kulturellen Aktivitäten. In der Lobby seines Hotels war eine kleine Ausstellung zu Handrej Zejler zu sehen. Der wendische Wissenschaftler war mit vielen anderen im 19. Jahrhundert in die USA ausgewandert, weil die Lebensbedingungen in Brandenburg nicht mehr erträglich waren.

Die Episode gibt einen Hinweis auf eine bestimmte Erscheinungsform des Rechtsextremismus in der Niederlausitz. Sowohl aus den ausgesprochenen Gründen der Armut, wie auch aus dem unausgesprochenen Motiv der Überanpassung an „die Deutschen“ sind Wenden nicht unempfindlich für rechtsextreme Tendenzen. Schon in den Reichstagswahlen vor 1933 hatten die wendischen Gebiete z. T. in sehr deutlich höherem Maße NSDAP gewählt, als im Brandenburger Durchschnitt. War bei den Reichstagswahlen vom 31.07.1932 ein 41 %iger Anteil in Brandenburg für die NSDAP zu verzeichnen, lag der in den wendischen Gebieten um die 60 %. Diese extrem hohen Werte gingen bei den Wahlen am 6. November 1932 zwar zurück, waren aber immer noch deutlich über dem Durchschnitt.³⁶

³⁶ Vgl. Erich Schuppan: Bekenntnis in Not. Die evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg im Konflikt mit dem totalen Staat (1933-1945), Aufsätze zur Geschichte des Kirchenkampfes, Berlin 2000, S.466f. und 472f.

Wie sieht heute die rechtsextreme Szene im ländlichen Raum aus?

Es gibt selbstverständlich Neonazis in wendischen Dörfern. Sowohl Skinheads als auch Mitglieder der NPD/JN betätigen sich in diesen Dörfern. Dabei differenzieren sie sich aber gegenüber den städtischen Szenen aus: Sie beteiligen sich an den dörflichen Traditionen³⁷, akzeptieren das Wendische als Folklore, aber schließen sich an die ideologische Linie der „germanischen Herkunft“ der Wenden an.³⁸ In vereinzelt Dörfern zeigen sich Tendenzen, dass Rechtsextreme sich Zugang zum Verein „Domowina“ verschaffen wollen. Die „Domowina“ versteht sich als Verein, der die Interessen der Sorben und Wenden vertritt, das kulturelle Leben fördert und dafür Gelder bei der Stiftung für das sorbische Volk beantragt. Durch die bestehende Überalterung des Vereins und seiner Untergruppen ist die Freude verständlicherweise groß, wenn sich junge Leute zur Mitarbeit entschließen. An eine rechtsextreme Gefahr mag angesichts der Geschichte der Wenden wohl niemand glauben, doch scheint sie zumindest untergründig zu bestehen.³⁹

Agrardörfer

Die als Agrardörfer bezeichneten Dörfer entsprechen am ehesten dem Klischee des Dorfes im landläufigen Sinne. Hierunter soll verstanden

³⁷ So konnte der Verfasser im Spätfrühjahr 2001 auf einigen Dorffesten der Niederlausitz erstaunt beobachten, dass etwa beim wendischen „Hahnrupfen“ schätzungsweise ein Drittel der teilnehmenden Jugendlichen deutliche Attribute rechtsextremer Subkulturen präsentierten.

³⁸ Vgl. Wolfgang Wippermann: Sind die Sorben in der NS-Zeit aus „rassischen“ Gründen verfolgt worden?; in: Letopis, H. 43/1, 1996, S.37. Ausgehend von Stellers „Urgermanenthesen“, nach der die Wenden ein germanischer Stamm seien, der bloß wendisch spreche, schloß sich die NSDAP für einige Jahre dieser Idee an und es scheint als sollte diese Tradition von den Rechtsextremen der Gegenwart wieder aufgenommen werden.

³⁹ Anfragen von vereinzelt Domowina-Mitgliedern die diesen Verdacht hatten, wurden gegenüber dem MBT immer mit dem Hinweis auf Vertraulichkeit versehen, und mit der Bitte, keinesfalls ihren Namen zu nennen. Als Grund gab man uns an, dass die Domowina oder die Wenden nicht durch solche Vorfälle in ein falsches Licht gerückt werden dürften. Aus ähnlichen Motiven wurde wohl am Niedersorbischen Gymnasium in Cottbus vor geraumer Zeit ein Vorfall bei einem Klassenfest verschwiegen, bei dem Schüler skandierten: „Sorben an die Wand, für Führer, Volk und Vaterland.“

sein, dass die Dorfbevölkerung noch in hohem Maße in einer Form der landwirtschaftlichen Produktion beschäftigt ist, und nur in bescheidenem Maße Gewerbe und Handwerk vorhanden ist. Praktisch sind diese Dörfer aber genauso einer ökonomischen und sozialen Dynamik unterworfen, wie andere Dörfer auch. Auch diese Dörfer entsprechen historisch nicht im Entferntesten irgend welchen idyllischen und romantischen Vorstellungen. Ihre Form wurde seit dem 17. Jahrhundert zentral kontrolliert und auch ihre soziale Zusammensetzung wurde durch Regierungspolitik geregelt, etwa durch die „Kolonisierungsphasen“ verschiedener Regenten.⁴⁰ Nach der Wende hat es in Brandenburg keine Welle von landwirtschaftlichen Wiedereinrichtern im klassischen Sinne des Familienbetriebes gegeben, sondern die LPGs leben als GmbHs oder in anderen Formen fort, haben aber in der Regel erheblich den Personalbestand reduziert. Innovative Formen wie in Brodowin (Uckermark) oder Proschim (Niederlausitz), wo stark auf ökologische Produktion gesetzt wurde, sind keine Ausnahmen mehr, sondern machen Brandenburg in Deutschland zu einem führenden Produzenten von ökologischen Produkten. Dennoch bleibt aus der Sicht der Dörfer ein wesentliches Problem bestehen. Das Umland des Dorfes ist häufig Produktionsfläche eines Betriebes, dessen Politik in der Regel nicht mit bestimmt werden kann.

Greifenhain

Das Dorf Greifenhain liegt an der äußersten Südwestgrenze des Landkreises Spree-Neiße an der Bundesstraße 169 von Cottbus nach Senftenberg. Das Dorf hat 341 Einwohner auf einer Fläche von über 9 Quadratkilometern, was einer Einwohnerdichte von nur 37 Einwohnern pro Quadratkilometer entspricht. Diese extrem geringe Bevölkerungsdichte in dem schon ohnehin gering besiedelten Süden Brandenburgs resultiert aus dem Braunkohletagebau unmittelbar an der Siedlungsgrenze. Im Ort sind 46 Arbeitslose gemeldet.⁴¹ Seit dem 1. Januar 2002 hat Greifenhain seine Selbständigkeit als Dorf verloren und ist heute Ortsteil der Stadt Drebkau. Trotz der relativen Nähe zur Tagebaukante ist Greifenhain als Agrardorf zu bezeichnen. Die erste schriftliche Erwähnung 1456 als „Greiffenhain“ macht deutlich, dass das Dorf keine wendische Siedlung ist, sondern eine

⁴⁰ Vgl. Richard Lehmann: Förderung des Baues von Wohnhäusern in der Niederlausitz durch die kurfürstlich-sächsische Regierung; in: Niederlausitzer Mitteilungen, Bd. 14, 1918/19, S. 225-226.

⁴¹ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Stand Mai 2001.



*Das Dorf Greifenhain am Rande
des Tagebaus*

Gründung der deutschen Kolonialherrschaft. Die Bewohner wurden entweder zwangsangesiedelt oder angeworben. Der Begriff „Greif“ zeugt von einer stark religiösen Ausrichtung der Gründung, da der Greif (vorne Adler, hinten Löwe) als Symbol Jesu galt.⁴² Eine Klosterzugehörigkeit ist aber nicht belegt. Das zum Gut gehörige Angerdorf hatte eine Fläche von etwa 500 ha. Seit der 2. Hälfte des

16. Jahrhunderts hatte Greifenhain immer zwei Besitzer.⁴³ Eine Hälfte befand sich bis 1803 kontinuierlich im Besitz der von Köckritz, die andere wechselte sehr häufig. Seit 1806 war der Gutsherr bis ins 20. Jahrhundert die Familie Starke. Greifenhain hatte eine Kolonie, eine Windmühle und eine Ziegelei (ab 1864). Seit 200 Jahren sind die Einwohnerzahlen weitgehend konstant geblieben. Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein sprachen die Wenden Greifenhains (wendischer Ortsname: Malin) ihre sorbische Sprache: 1850 konnten 85 % der Bewohner nur wendisch sprechen. Erst mit der Industrialisierung der Region – hier vorwiegend die Entwicklung der Braunkohle, der Brikettfabriken und der Glasindustrie – wurden die Dörfer durch Industriearbeiter aus Schlesien und Sachsen bevölkert, wobei das Wendische zurückgedrängt wurde. Die Sprachverbote in Preußen, zu dem Greifenhain seit dem Wiener Kongreß gehörte, beschleunigten den Verfall der wendischen Sprache dabei erheblich.

Der Tagebau

Die Gemeinde Greifenhain hat durch den Tagebau fast die Hälfte ihres Umlandes verloren. Die Nachbardörfer Nebendorf und Neudorf wurden abgebaggert. Die Verbindungen zu dem westlich des Tagebaus gelegenen Altdöbern und den umliegenden Dörfern sind über Jahrzehnte praktisch abgebrochen. Im Osten reichen die Kontakte nur bis nach Welzow,

⁴² Zur Genese von Siedlungsnamen mit dem Bestandteil Greif. Vgl. Paul Derks: Im Lande Keldaggouue. Beiträge zur niederfränkischen Siedlungsnamenforschung im Umkreis der Stadt Meerbusch, Meerbusch 1999, S.35ff. Dort linguistische und ikonographische Argumentation zu Gripwald bei Lank und Greifswald Mecklenburg-Vorpommern.

⁴³ Vgl. Rudolf Lehmann: Historisches Ortslexikon für die Niederlausitz, Marburg 1979, Bd. 1, S.280f.

weil dort der Tagebau Welzow-Süd eine Barriere bildet. Der Konzern Anhaltische Kohlewerke gehörte bis 1938 noch der Familie Petschek, die drei Jahre nach Beginn der Arbeiten im Tagebau Greifenhain durch die „Nürnberger Gesetze“ zu Juden erklärt wurden. 1939 wurde die Grube „arisiert“. Zu diesem Thema findet in Welzow auf Anregung des MBT ein Schulprojekt am Gymnasium Welzow mit der RAA Forst statt, an dem auch Greifenhainer SchülerInnen teilnehmen. Durch die Restitutionsansprüche der Jewish-Claims-Conference (JCC) auf das Erbe der Petscheks gerieten die umliegenden Gemeinden z. T. in arge finanzielle Bedrängnis.⁴⁴ Dadurch ist es in der Region z. T. zu einem offenen, mehr aber zu einem verborgenen Antisemitismus gekommen. Erstaunlicherweise kam es zu keinerlei Gegenreaktionen. Weder in der Presse, noch in der lokalen Politik wurde den Bewohnern erklärt was die JCC ist, und warum sie entschädigt werden will.

Der Kreisjugendpfarrer Christian Weber hatte am 6. Juli 1999 junge Journalisten aus Tel Aviv, die sich auf Einladung der Vereinigung „Journalists Network“ zu einer Studienreise in Deutschland aufhielten, zu einem Gespräch mit „rechten Jugendlichen“ in die Dorfkirche von Greifenhain eingeladen. Während der Veranstaltung kam es zu einer Demonstration von Rechtsextremen vor der Kirche, die provokativ und vorbereitet war. Die Journalistin Simone Wendler war Augen- und Ohrenzeugin des Vorfalls:

„Auf der Wiese vor der Kirche haben sich derweil die Ultrarechten aus der Gegend versammelt. Aus einem offenen Kofferraum wird Flaschenbier gereicht. Abwartend steht das halbe Dutzend Kahlgeschorener da, einer hält mühsam seinen Dobermann an der Kette zurück, und dann kommt es doch noch zu dem Gespräch, das in der Kirche nicht stattfand: Rechtsradikale und Juden stehen sich gegenüber, Jugendpfarrer Christian Weber in der Mitte übersetzt. Ronny, einer der Kleinsten in der Gruppe, dessen Frisur deutlich an Adolf Hitler erinnert, versucht sich besonders provokant hervorzutun. ‚Was nehmen sich die Juden überhaupt raus, wo sie doch den Palästinensern das Land geraubt haben‘, pöbelt er die Israelis an. Andy, einen Kopf größer, legt nach: Wenn ich

⁴⁴ Vgl. Simone Wendler: Das geht hier alles viel zu langsam. In Welzow ist jeder Vierte ohne Job, aber trotz mieser Stimmung baut die Stadt an ihrer Zukunft – mit Erfolg; in: *Berliner Morgenpost*, vom 16.4.2000. Die Tatsache dass die JCC die Ansprüche vertritt, deutet darauf hin, dass die gesamte Familie ermordet wurde. Die Ansprüche beziehen sich z. T. auf extrem große Flächen, wie in Welzow. Genauere Erkenntnisse liegen aber derzeit nicht vor.

an das Holocaust-Mahnmal in Berlin denke, da kann ich doch nur lachen. Den Palästinensern müsste man ein Denkmal setzen.“⁴⁵

Durch die Berichterstattung und die Tatsache, dass es Journalisten waren, die mit den Aktionen konfrontiert wurden, gewann die ganze Angelegenheit eine außergewöhnliche Dynamik. Die ersten Reaktionen waren fast ausnahmslos Varianten des Artikels von Simone Wendler, jedoch entwickelte sich kurz darauf nicht nur ein Sturm der Empörung, sondern auch einer der Journalisten auf das Dorf.⁴⁶ Vor allem die jüdische Presse berichtete durchaus zutreffend von der Lethargie des Dorfes: „[...] die Neonazis kämen vom Nachbarort. [...] Was die Greifenhainer gegen die Nazis tun? ‚Nichts, was sollen wir tun?‘ Ratlosigkeit allenthalber. Ratlosigkeit, die die Gleichgültigkeit verdeckt und stillschweigendes Einvernehmen verbirgt.“⁴⁷ Vor allem der internationale Rahmen schreckte Politiker, aber auch Bürger der Region auf.

Arbeitskreis Toleranz

Ein erstes Ergebnis der veränderten Situation im Dorf war die Gründung eines Arbeitskreises, der mit Akteuren aus verschiedenen Dörfern besetzt, Gegenstrategien zu dem rechtsextremen Potential zu entwickeln versuchte. Nachdem die Prozesse gegen die Täter gelaufen waren, bestand für das MBT die auf Erfahrung gestützte Befürchtung, dass nun alles wieder in seinen „Normalzustand“ zurückfällt. Dies war glücklicherweise nicht der Fall. Im ersten Jahr entwickelte sich der „Arbeitskreis Toleranz“ stark in Richtung einer Veranstaltungsagentur. Die TeilnehmerInnen aus der Region überlegten, welche ReferentInnen und Themen für öffentliche Veranstaltungen geeignet seien. Dann wurden Finanzierungsvorschläge diskutiert und es ging meist sehr schnell auf eine reine Organisationsschiene (Essen, Übernachtungen, Einladungen etc.). Im Ergebnis kam es zu einer Überbelastung der Mitglieder der Kerngruppe, die sich in einer Art Dauerstress befanden. Die Veranstaltungen wurden so organisiert, dass einmal ein „Greifenhainer Gespräch“ (mit kulturellem Beiprogramm) zustande kam,

⁴⁵ Vgl. Simone Wendler: Zehn Israelis kamen nach Brandenburg, um zu erfahren, was an den Nachrichten über Rechtsradikalismus wahr ist. Sie erlebten einen bitteren Abend; in: *Berliner Morgenpost*, 8.7.1999.

⁴⁶ Vgl. V. u.: Rechtsextreme hautnah. Greifenhain: Israelische Journalisten müssen sich die Holocaust-Lüge anhören, in: *TAZ*, 9.7.1999.

⁴⁷ Ebd.

die ReferentInnen dann aber in der Region noch für mehrere Veranstaltungen eingesetzt wurden. Dieses nicht bewusst eingesetzte Verfahren hatte zwar eindeutig den Vorteil, dass die Wirksamkeit zu den entsprechenden Themen optimiert war, aber den Nachteil, dass die Zielgruppe unspezifisch war. Zudem – und das war die deutliche Kritik des MBT – bestand die Gefahr, dass durch die stereotype Form die „Missionierten missioniert“ werden.

Greifenhainer Gespräche

Veranstaltungen des „Arbeitskreises Toleranz“ in Form der „Greifenhainer Gespräche“:

1. **6.11.1999:** Der Geiger von Auschwitz. Dr. Jaques Stroumsa – Musik, Lesung, Diskussion
2. **15.1.2000:** Hören, reden, verstehen – handeln für Toleranz. Die jüdische Gemeinde Cottbus – Diskussion, Musik, Chor
3. **2.3.2000:** Erinnern für die Zukunft. Horst Prentki, Gisela Jacobus – Konzert, Zeitzeugenberichte, Diskussion
4. **29.7.2000:** Schule und danach? Bloß weg! Berufsorientierung für jugendliche im ländlichen Raum
5. **27.8.2000:** Brandenburger wehren sich gegen Rechts! Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt im Dialog – JournalistInnen aus Israel
6. **31.1.2001:** Berliner Schicksale. Horst Prentki, Gisela Jacobus – Konzert, Zeitzeugenberichte, Diskussion
7. **31.7.2001:** Wir tun etwas. Wir sind da! Gespräch von Initiativen und engagierten Gemeinden mit israelischen JournalistInnen
8. **15.11. 2001:** Sechs Lager in zwei Jahren. Leopold Sokolowski – Vortrag und Diskussion, Musik

Die Veranstaltungen sind deutlich geprägt von Zeitzeugen-Diskussionen und den jährlichen Begegnungen mit israelischen JournalistInnen, die ja Auslöser der gesamten Reihe waren. Hervorzuheben ist das 5. Greifenhainer Gespräch, das ein Jahr nach dem Vorfall vor der Kirche stattgefunden hatte.

Wir versuchten durch behutsame Diskussionen zu erreichen, dass sich der Arbeitskreis stärker um die Struktur im Dorf selbst kümmern möge. Im Arbeitskreis, wie auch auf den Veranstaltungen wurde schlichtweg nicht von der rechtsextremen Szene des Dorfes gesprochen. Das ist bis zu einem gewissen Grade auch nachvollziehbar, da die Benennung des

Problems in einem so kleinen Gemeinwesen nicht abstrakt erfolgen kann, sondern sofort mit der Namhaft-Machung von Personen einhergeht, und damit unmittelbar auf das soziale System zurückschlägt. Im Frühjahr 2000 beschloss das MBT doch stärker aktiv zu werden, um einen Impuls in Richtung der Dorfstruktur zu geben. Unser Projekt „Bloß weg!“ sollte provokativ auf die phlegmatisch angenommene Tatsache der zunehmenden Abwanderung von jungen, z. T. gut ausgebildeten Bewohnern eingehen. Der Grundgedanke war, ein niederschwelliges Angebot für Jugendliche in der Berufsorientierung zu gestalten. Warteschleifen in den außer- und überbetrieblichen Bildungseinrichtungen sind für fast die Hälfte der Menschen ohne gymnasialen Bildungsabschluss Realität. Alle jungen Menschen sind allerdings mit den modernen Anforderungen der Zukunftsbewältigung konfrontiert: Flexibilität, Weltoffenheit, Bereitschaft zum lebenslangen Lernen und die Fähigkeit sich auf unerwartete und neue Situationen einzulassen und diese zu bewältigen. Ein geschlossenes Weltbild, wie es Rechtsextreme aufweisen, verbaut die Zukunftsperspektive. Für die Teilhabechancen von jungen Menschen an eigener Zukunftsgestaltung ist eine Auslanderfahrung von enormer Wichtigkeit. Individuelle Erfahrungen in der Fremde sind meist ein Garant gegen ein geschlossenes Weltbild. Zielgruppe des Projekts waren junge Menschen, die an der ersten Schwelle, dem Eintritt in das Berufsleben stehen und sich in den Abgangsklassen befinden. Ein besonderer Schwerpunkt sollte im Bereich der Gesamtschulen bis hin zu Förderschulen liegen. Die Veranstaltung „Schule aus, und was danach? BLOSS WEG!“ wurde dann in enger Zusammenarbeit mit der RAA, dem Ministerium für Bildung und den Schulen durchgeführt. Wir fokussierten die Zielgruppe sehr stark auf Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen, da es genau diese Gruppe ist, die recht anfällig für rechtsextreme Ideologien sind. Eine der vielen Ursachen dafür ist, dass sie sich bei ihrer Lebensplanung auf den engen regionalen Wirtschaftsraum konzentrieren. Die Bereiche Handwerk und Bau stehen unter einem erheblichen Konkurrenzdruck zu Polen. Das wird auch in der Dorfgemeinschaft kommuniziert. Unser Versuch war es nun, den teilnehmenden SchülerInnen einen ideellen Globus zu vermitteln, auf dem sie sich möglichst frei aussuchen können, wo sie später arbeiten möchten. In ihrem Selbstbewusstsein ist nämlich meistens präsent, dass internationale Austauschprogramme nur für Gymnasiasten geeignet seien. In der Auswahl der ReferentInnen achteten wir darauf, dass möglichst verschiedenartige Möglichkeiten aufgezeigt werden, einen Auslandsaufenthalt zu planen. Vom staatlich gesteuerten Austauschprogramm über Au-Pair bis zu den Wandergesellen konnte der Bogen gespannt werden. Was zunächst wie ein reines Jugendprojekt aussah, hatte aber auch Wirkung in der Erwachsenenwelt. Die Eltern der

Jugendlichen wurden durch die Auseinandersetzung ihrer Kinder mit Internationalität sowie mit den Möglichkeiten eines dynamischen Lernverhaltens konfrontiert. Das jedoch ohne Angstzeichen, denn die Beispiele gingen von einer zeitweisen Entfernung der Jugendlichen aus der Region aus, nicht von dem „Zwang“ zur Abwanderung.

Ein weiteres, sehr erfolgreiches Projekt des Arbeitskreises fand am 24. Januar 2002 statt. Über die evangelische Kirche kamen wieder Horst Prentki und Gisela Jacobius als Zeitzeugen in die Region. Die Bürgermeisterin fragte das MBT, ob es sinnvoll sein könnte, an einem noch freien Nachmittag der Referenten eine Veranstaltung im Greifenhainer Seniorenclub zu veranstalten. In der Diskussion kamen wir zu dem Ergebnis, das zu tun – jedoch mit der Einschränkung, dass die Veranstaltung nicht angekündigt wird. Unsere Bedenken waren, dass bei einer formalen Ankündigung viele Ältere fern bleiben würden, die Angst vor einer „Schulddiskussion“ haben. Wir planten, die Referenten einfach in das Kaffeetrinken zu platzieren und dann sehr vorsichtig mit einem Gespräch zu beginnen, das dann vielleicht in einen Vortrag münden könnte. Der Erfolg war durchschlagend. Die SeniorInnen ließen sich völlig auf die Situation ein. Im Nachgang erzählten Teilnehmer des Arbeitskreises, dass ihre Eltern/Großeltern begeistert wieder nach Hause kamen, und ausdrücklich lobten, dass die Referenten nicht „mit dem Zeigefinger“ argumentiert hätten. Die starke Wirkung der beiden Zeitzeugen ging auf ihre biographischen Darstellung zurück. Prentki und Jacobius waren in ihrer Jugend ein Liebespaar gewesen; sie wurden durch die Verfolgungen der Nazis auseinandergerissen und in verschiedene Biographien verschlagen: Horst Prentki emigrierte nach Uruguay, Frau Jacobius versteckte sich mit Unterstützung von Freunden bis 1945 in Berlin. Alleine die Liebesgeschichte brachte das Publikum emotional auf die Seite der Referenten.

Lokalgeschichtliches Projekt Greifenhain

Im Frühjahr 2001 bat Bürgermeisterin Küch das MBT um einen Termin, der nichts mit dem Arbeitskreis zu tun habe. In ihrem Büro erklärte sie dann, dass sie vor einem Problem stehe. ABM-DorfchronistInnen hatten bei Sichtungsarbeiten auf dem Speicher des Gemeindehauses einen Karton mit Akten gefunden, die aus der Zeit von 1933 bis 1945 stammten. Die MitarbeiterInnen „fürchteten“ sich vor der Brisanz des Inhalts. Es handelte sich um verschiedene Listen von Kriegsgefangenen in Greifenhain sowie eine komplette Liste von NSDAP-Mitgliedern und deren Unterformationen des Dorfes. Sie empfand den Fund zwar durchaus als spannend für die Dorf-

geschichte, war sich aber unsicher in dessen Behandlung. Sie überlegte, ob sie die NSDAP-Liste vernichten sollte, da dort nahezu alle Familien des Dorfes erwähnt waren. Die Schwierigkeiten im Umgang mit solchen Dokumenten sind in der gesamten Region ähnlich: Es leben nur noch wenige Akteure aus der Zeit im Ort, meistens aber Nachfahren, und die Hauptakteure (Ortsbauernführer, Parteivorsitzende etc.) sind nach 1945 mit ihren Familien in den Westen geflüchtet. Bei einer Veröffentlichung kommt es dann zu dem (unbeabsichtigten) Effekt, dass eine Familie, die vielleicht nur marginal mit dem NS-System verknüpft war, synonym für die NS-Herrschaft des Ortes steht. Die Empfehlung an Frau Küch war pragmatisch: Das Dokument in einem Umschlag zu versiegeln und mit einem beliebig zu wählenden Sperrvermerk an das Kreisarchiv zu geben. Die Listen über die Kriegsgefangenen waren ohnehin von größerer Bedeutung. In Südbrandenburg gibt es nur sehr wenig Informationen zu Kriegsgefangenen, da das Archiv des ehemaligen Regierungsbezirks Frankfurt/Oder in den Wirren des Kriegsendes abgebrannt ist. In dem Gespräch entwickelten wir recht schnell die Idee, mit dem Material an die regionalen Schulen zu gehen. In verschiedenen Diskussionen während des Jahres 2001 kristallisierte sich immer mehr heraus, dass wir versuchen sollten, das Material durch ein ABM-Projekt für den Unterricht in Schulen aufzubereiten.

In Greifenhain soll der Versuch unternommen werden, über ein lokalhistorisches Projekt, das nur einen sehr begrenzten Zeitraum bestreicht, Wirkungen auf das soziokulturelle Klima des Dorfes zu erzeugen. Zielgruppe soll dabei nicht nur der Bereich SchülerInnen sein, sondern parallel auch die Erwachsenenwelt des Dorfes. Die Auseinandersetzung der Dorfbewohner mit dem Kriegsende, den Vertriebenen und den Kriegsgefangenen (bisher alles tabuisierte Geschichte in der öffentlichen Diskussion) soll die Konfliktfähigkeit der Dorfgemeinschaft erhöhen. Die ideologisierte Homogenität der Dorfgemeinschaft soll durch das Projekt differenziert werden, ohne die funktionalen Bezüge der Bewohner untereinander in Frage zu stellen. Dies wird gewährleistet durch die Demokratisierung der Geschichtsschreibung: Jede (Familien-)Geschichte steht für sich unangetastet.

Mit dem Projekt soll versucht werden, einen historischen Aspekt der Regionalgeschichte – veranschaulicht an dem Dorf Greifenhain – in den Schulen Drebkau und Welzows zu behandeln. Hier wäre längerfristig zu überlegen, ob nicht in anderen Dörfern ebenfalls markante Aspekte der Regionalgeschichte für Schulen aufbereitet werden könnten, so dass eine lebendige Heimatgeschichte für die Schulen der Region entstehen könnte.

In Greifenhain hat sich durch glückliche Umstände ein Konvolut zu den in der Braunkohle tätigen Gefangenen erhalten, das sehr detailliert ist. Aufgeschlüsselt nach Nationen sind Listen vermutlich aller Gefangenen

erhalten. Das Lager vor den Toren des Dorfes spielte aber auch nach dem Krieg eine Rolle. Es diente als Aufnahmelager für die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und war erste „Heimat“ vieler heutiger Greifenhainer.

Es gab und gibt zahlreiche ABM-Projekte, die sich mit „Dorfchroniken“ beschäftigen. Die Qualität dieser Chroniken schwankt sehr. Von hervorragenden Arbeiten, die auch veröffentlicht wurden⁴⁸ reicht die Bandbreite bis zu dilettantischen Sammlungen, die im Archiv verstauben. Das Greifenhainer Projekt unterscheidet sich deutlich von diesen Projekten. Es hat die „Demokratisierung der Geschichte“ zum Ziel. Damit ist ein sozialgeschichtlicher Ansatz gemeint, der sehr unterschiedliche und z.T. widersprechende Sichtweisen auf Ereignisse der Zeitgeschichte zulässt, und sie nicht bewertend zu einer einzigen allgemein gültigen Dorfgeschichte homogenisiert. Weiterhin soll dieses Projekt nicht nur das Dorf Greifenhain zum Gegenstand haben, sondern auch Wirkung in die Region ausüben.

Das Projekt ist nicht als rein historisches angelegt. Es soll über verschiedene Wege Wirkung im Dorf und der Region erzeugen: Als problematisch könnte sich der unmittelbare Zugang über das Gefangenenlager erweisen, da bei diesem Thema unausgesprochen Bereiche wie „Kollektivschuld“ oder die Frage nach dem moralisch „richtigen“ Verhalten noch heute lebender Personen angesprochen werden könnten. Sinnvoller erscheint es, den historischen Ort als Anlass zu nehmen für eine Diskussion über lange Zeit tabuisierte Verletzungen im Dorf. Das Lager war unmittelbar beim Dorf. Eine „Schuld“ kann den Dorfbewohnern nicht angelastet werden, weil das Lager in der Verwaltung der Braunkohle stand. Durch die Namenslisten und Heimataadressen der Gefangenen könnte es möglich werden, den Gefangenen ein Gesicht zu geben und damit Fragen der Entschädigung im Dorf nachvollziehbar zu machen. Die ABM-MitarbeiterInnen erfüllen in dieser Situationen die Funktion von VermittlerInnen zum Dorf.

Die ABM-MitarbeiterInnen sind neben ihrer Tätigkeit in der Dokumentation auch noch Multiplikatoren im Dorf und machen damit die Nachhaltigkeit des Projekts wahrscheinlich. Dazu ist es nötig, dass die ABM-MitarbeiterInnen sowohl aus der älteren Generation stammen, als auch junge Erwachsene aus dem Dorf Berücksichtigung finden, um in ausreichender Breite in das Dorf zu wirken.

In der regionalen Geschichtsschreibung spielt der Bereich Zwangsarbeit – Kriegsgefangene einer sehr untergeordnete Rolle. Das hat mit der

⁴⁸ Vgl. Peter Jahn/ Babette Zenker: Dissen – Desno ein wendisches Dorf an der Spree, Dissen 1999.

schon erwähnten schlechten Quellenlage für Südbrandenburg zu tun. Sind für den ehemaligen Regierungsbezirk Potsdam nahezu alle Lager dokumentiert⁴⁹, gibt es in der Niederlausitz nur vereinzelt Veröffentlichungen. Die Erfahrungen in Forst (Lausitz) haben gezeigt, dass eine Publikation zur Geschichte der Juden dazu geführt hat⁵⁰, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema in der Stadt langsam aber stetig zugenommen hat. Das Auftauchen von Zeitzeugen, die Basisinformationen und die Erkenntnis, dass weiteres Schweigen das Thema nicht „erstickt“, haben zu einer regelmäßigen Beschäftigung mit dem Thema etwa durch das Gymnasium Forst geführt und bei Schulen wird der ehemalige jüdische Friedhof der Stadt zum Ausflugsziel. Ähnlich könnte der Diskurs auch in Greifenhain entstehen. Sind bisher die Informationen nur segmentär über orale Geschichtserzählung vermittelt, könnten sie durch eine Verschriftlichung kontrolliert zu einer Demokratisierung der Geschichte führen. Die nicht übereinstimmenden, oder sich gar widersprechenden Geschichten können gleichberechtigt nebeneinander gestellt werden, und erst durch eine aktive Interpretation im Nachgang unterschiedlichen Bewertungen zugeführt werden. Der wesentliche Schritt besteht in der Abkehr von der Vorstellung, es dürfe nur eine einzige, in sich einheitliche Dorfgeschichte geben. Gerade die Pluralität der Geschichten weist auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten und Freiheiten des Verhaltens hin und steht im Gegensatz zum etablierten Bild des Dorfes als Objekt von Geschichte, das seine Ohnmacht in konservierendem Resistenzverhalten ausdrückt. Vor diesem Hintergrund kann die Maßnahme in Greifenhain einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das Verhältnis der umliegenden Region zu seiner Geschichte positiv zu beeinflussen.

Infrastruktur-Dörfer

Es gibt einige Dörfer, die ihre Existenz weitestgehend staatlichen Infrastruktur-Maßnahmen verdanken. Seit dem 19. Jahrhundert gab es Dörfer, in denen sich ganz bevorzugt Eisenbahner ansiedelten, in der Gegend von Flugplätzen oder Kasernen wohnten sehr viele Offiziere und technisches Personal. In aller Regel siedelten diese Bewohner abseits des alten Dorfes in eigenen Siedlungen, die auch architektonisch deutlich vom Dorf zu unterscheiden sind.

⁴⁹ Vgl. Helmut Bräutigam: Fremdarbeiter in Brandenburg in der NS-Zeit; in: RAA Brandenburg (Hg.): Interkulturelle Beiträge, Heft 17, Potsdam 1996.

⁵⁰ Vgl. Dirk Wilking, Jürgen Meissner: Zur Geschichte der Juden in Forst; in: Museumsverein der Stadt Forst (Lausitz) (Hg.), Forst 1998.

Jänschwalde

Jänschwalde ist ein Dorf, das es nur in Südbrandenburg geben kann. Das alte wendische Dorf Jänschwalde war immer Amtsdorf von Cottbus und damit bis 1815 ein brandenburgisches Dorf in Sachsen. Es war dadurch Gegenstand preußischer Politik und Taktik, etwa bei der Ansiedlung von Kolonisten im Vorwerk Jänschwalde. Das Dorf hatte dadurch immer eine sehr unterschiedliche Einwohnerzahl, die von etwa 400 bis 800 reichte. Fast „klassisch“ ist dabei die Integrationsleistung der wendischen Bewohner zu nennen: 1867 sprachen von 721 Einwohnern alle wendisch.⁵¹ Die Bauern waren, wie in vielen wendischen Dörfern, bitter arm und viele von ihnen wanderten im 19. Jahrhundert nach Australien oder Afrika aus.⁵²

Die Industrialisierung veränderte auch Jänschwalde zunächst nur durch die Abwanderung der armen Bevölkerung in die umliegenden Zentren der Textilindustrie. Wie in anderen preußischen Dörfern der Region war ein traditioneller Nebenerwerb der Bauern der Abbau von Raseneisenerz für eine nahe gelegene Hütte.⁵³ Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu dramatischen Veränderungen in der Dorfstruktur. Nach der Aufnahme der Vertriebenen kam es zur Gründung der LPG, die – wie in Niederlausitz üblich – nicht ganz so dramatisch verlief wie in anderen Regionen. Durch das Fehlen von Familienvätern, eine veränderte Dorfgeographie und neue soziale und wirtschaftliche Geflechte, veränderte sich das Dorf grundlegend. Der Veränderungsschub war so gewaltig, dass die wendische Sprache vollständig verschwunden war.⁵⁴

Eine zweite Welle der Modernisierung kippte das Dorf dann völlig aus dem sozialen Gefüge. In den 70er Jahren wurde der Tagebau erschlossen und nahezu gleichzeitig ein seit 1938 betriebener Militärflugplatz für moderne Kampffjets ausgebaut. 1973 begannen die ersten bergmännischen Arbeiten für den neuen Tagebau, der den Ort westlich von nahezu

⁵¹ Vgl. Rudolf Lehmann: Historisches Ortslexikon für die Niederlausitz, Marburg 1979, Bd. 2, S. 46f. Die Integrationsleistung bestand darin, dass es den Bewohnern gelang, die deutschen Zuwanderer in das Dorf immer wieder so weit einzubinden, dass nur nach wenigen Jahren wieder 100 % der Bevölkerung wendisch sprachen.

⁵² Ebd., S. 47, alleine 1858/59 wanderten 35 Einwohner aus.

⁵³ Vgl. Gerd Reichmuth: Die Produktion im ehemaligen Eisenhüttenwerk Peitz; in: Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus, H. 20, 1986, S. 103ff.

⁵⁴ Vgl. Gabriele Pfnister: Die Sprachsituation im Gemischtnationalen Gebiet am Beispiel des Deutschunterrichts in Burg und Jänschwalde; in: Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus (Niederlausitzer Studien), Heft 11, Cottbus 1977, S. 147-158.



In Jänschalde-Ost steht das Kulturhaus funktionslos leer

allen sozialen und kulturellen Verbindungen abschneiden wird.⁵⁵ Im Osten befinden sich nur noch zwei Dörfer und die polnische Grenze. Für die neuen Entwicklungen wurde ein komplett neuer Ortsteil im Osten des Dorfes Jänschalde aus dem Boden gestampft, in dem das Militärpersonal, wie auch Kraftwerksarbeiter wohnten.

Kulturell wirkte sich dieses Aufblasen des Ortes negativ aus. Wurde in den

60er Jahren noch etwas übertrieben von Jänschalde als Dorf im „sorbischen Winkel“ gesprochen,⁵⁶ setzte in den 70er Jahren die administrative Verwaltung der Dorfkultur ein. Die beliebten Hobbys der DDR-Administration wurden folklorisiert,⁵⁷ die sozial nicht mehr funktionale wendische Kultur gewissermaßen in Gläser abgefüllt und damit leicht und zusammenhanglos konsumierbar gemacht.⁵⁸

Dem MBT war Jänschalde im Zusammenhang mit der Arbeit in Guben durchaus ein Begriff. Uns war bekannt, dass die Disco dort als Revier der Gubener Rechtsextremisten galt, und „ethnisch gesäubertes Gebiet“ im Sinne rechtsextremer Gruppen war. Weder Ausländer noch Aussiedler wagten sich dort hin. Des weiteren war uns bekannt, dass viele Familien aus Guben dort wegen des billigen Baugrundes Eigenheime bauen. Darunter sind auch einige Familien, deren Söhne und Töchter in der rechtsextremen Szene eine Rolle spielen. Jänschalde gehörte für uns in eine Kette von Dörfern um Guben, die ein wesentliches Handlungsgebiet rechtsextremer Jugendgruppen darstellen. Zusammen mit Grano, Atterwasch, Schenkendöbern, u.a. stellten sie die Einflussosphäre und Rekrutierungspool der Gubener Szene dar. Allerdings erschien uns Jänschalde in dieser Kette eher ein schwaches Glied, da es doch geographisch recht weit entfernt liegt.

⁵⁵ Vgl. Friedhelm Schulz: Drei Jahrhunderte Lausitzer Braunkohlenbergbau, Bautzen 2000, S. 148.

⁵⁶ Vgl. G. Schmichen: Der „sorbische Winkel“ (Jänschalde und Drewitz); in: Gubener Heimatkalender 1968, S. 50f.

⁵⁷ Vgl. Manfred Retz: Ein Halali aus der Jagdgesellschaft Jänschalde; in: Gubener Heimatkalender 1979, S. 46-48.

⁵⁸ Vgl. Heinrich Paucker: 20 Jahre Frauen-Singegruppe Jänschalde; in: Gubener Heimatkalender 1982, S. 27-29. Das Jubiläum zeigt, dass die Gruppe zusammen mit dem Tagebau gegründet wurde.

Es gibt zwischen einem Sozialarbeiter und dem MBT seit einigen Jahren eine lose Bekanntschaft über die Arbeit des Kreisjugendringes. Zu einer engeren Zusammenarbeit ist es aber nie gekommen. Der Sozialarbeiter ist anerkannt als außerordentlich zuverlässig, gründlich und kooperativ bekannt. Er versteht sich selbst weniger als originärer Sozialpädagoge, sondern eher als Sportpädagoge. Er pflegt deshalb auch ein ausgesprochen burschikoses Verhältnis zu Jugendlichen.

Da der Sozialarbeiter annahm, dass das Problem Rechtsextremismus in Jänschwalde lokal lösbar sein kann, beschränkten wir uns in der Anfangsphase auf rein telefonische Beratung. Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, dass wir seine Kompetenz in irgendeiner Form anzweifeln. Wir haben jedoch unsere Bereitschaft erklärt, auch intensiver einzusteigen. Das Angebot wurde mehrfach angenommen, jedoch immer mit dem Vorbehalt, dass das Problem von den Akteuren vor Ort gelöst werden müsse. Wir haben uns daran strikt gehalten und reagierten nur auf direkte Anfrage. Daraus entwickelte sich ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis. Ein wesentlicher Hintergrund dafür war auch, dass der Sozialarbeiter durch diese Form im Ort sehr stark an Prestige gewonnen hat. Er ist der Experte für Rechtsextremismus, den alle fragen (müssen!), wenn es um das Problem geht. Er organisierte Veranstaltungen zum Thema und interpretierte die lokale Szene.

In einem kleinen Gefüge wie Jänschwalde ist das Problemfeld schlichtweg kein „Massenthema“, und ist deshalb bei einer Einzelperson gut aufgehoben. Die Risiken dieses Ansatzes liegen auf der Hand:

- durch die Monopolisierung sind die Informationen die das MBT erhält „vorsortiert“,
- bei einem Ausfall der Person bricht das Wirkungssystem zusammen,
- die Person verquickt das Problem in der lokalpolitischen Sphäre mit ihrem Status.

Dennoch erschien uns dieser Weg in Jänschwalde vernünftig. In keinen Ort der ländlichen Region unseres Gebietes haben wir eine derartig gute, kontinuierliche Verbindung, die aus eigener Initiative Kontakt mit uns hält.

Der Anlass für den Sozialarbeiter, die Unterstützung des MBT zu suchen war im Jahr 2000. An einem Wochenende kam es zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen offenbar rechtsextremen Jugendlichen und den Besuchern im Jugendclub. In einem Lokal in Jänschwalde trafen sich die bekannten Jugendlichen der rechtsextremen Szene (eher dem Mainstream zugehörig) mit Freunden aus Guben. Nach etlichen Bieren beschloss man, den Jugendclub zu „besuchen“. Sie drangen in das Gebäude ein, und woll-

ten für „Ordnung“ sorgen, da dort angeblich Drogen konsumiert würden.⁵⁹ Der Vereinsvorsitzende konnte die Situation weitgehend deeskalieren, so dass einige Täter mit ihrer Baseballkeule „nur“ den Fernseher zerdrochen. Der Verein, der durchaus auch mit dem Klientel arbeitet und mit etlichen Jugendlichen auch persönlich Kontakt hatte, sah von einer Anzeige ab. Die herbeigerufene Polizei nahm den Vorfall dennoch auf.

Den Sozialarbeiter beunruhigten dabei mehrere Faktoren:

1. Es waren vor allem Jänschwalder Jugendliche, die die Tat ausführten (normalerweise ist es eher so, dass die „Gäste“ tatusführend werden).
2. Er hat Angst, dass der Jugendclub okkupiert werden soll.
3. Es seien einige Gubener Familien nach Jänschwalde gezogen, deren Söhne eine rechtsextreme Vergangenheit haben.
4. die Verknüpfung von Jänschwalder und Gubener Rechtsextremisten erschien ihm unkalkulierbar.

Seine Reaktionen waren durchaus angemessen und vorbildlich gewesen. Nach dem Vorfall erkundigte er sich zunächst in der Stadtverwaltung Guben nach den Gubener Beteiligten. Dann informierte er das Kreisjugendamt und setzte sich mit dem MBT in Verbindung. Fragwürdig erschien auf den ersten Blick lediglich der Verzicht auf eine Anzeige. Hier jedoch baute er auf eine lokale Lösung. Da ihm die Jänschwalder Täter persönlich bekannt sind, hat er direkte Gespräche mit ihnen geführt, in denen er ankündigte, dass eine weitere Störung des JC-Betriebes unweigerlich zu harten Konsequenzen führen würde.

Die Erwartungen, die er an das MBT hatte, waren mehrschichtig:

- Absicherung, dass er alle relevanten Einrichtungen über das Problem informiert hat,
- Information über den überregionalen Zusammenhang des Vorfalls (ist der Jugendclub/der Ort Jänschwalde Gegenstand rechtsextremer Strategie)
- Informationen über beteiligte Personen.

Der Kontakt mit dem Sozialarbeiter verstetigte sich im Laufe des Jahre 2000 und es kam in der Folge zu mehreren Bildungsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus, u.a. auch mit dem „Zentrum für demokratische Kultur“ (ZDK) Berlin. Das Referat des ZDK (Lorenz Korgel und Bianca Klose) stieß auf reges Interesse. Die Veranstaltung war eine Auftaktveranstaltung: Die

⁵⁹ Diese Behauptung ist insofern interessant für uns gewesen, als ein bekannter Rechtsextremist aus Guben nach Jänschwalde verzogen war, der ein bekannter Drogendealer der Region war.

TeilnehmerInnen konnten zunächst einmal ihre Meinung zum Thema Rechtsextremismus äußern und erkannten, dass eine Folgeveranstaltung sinnvoll sei. Ausgehend von den allgemeinen Themen versuchte das MBT die Arbeit immer stärker auf den Ort zu spezifizieren. Das ging nicht linear. Eine Veranstaltung war ein Folgevortrag des MBT mit starken regionalen Bezügen. Es nahmen u.a. LehrerInnen der Grundschule teil, die Jugendarbeiter aus Jänschwalde, Vertreter der Amtsverwaltung und der Streetworker des Amtes Teichland. Dabei spricht der Schulleiter unumwunden aus, dass bereits in ihrer Grundschule rechtsextremes Denken erkennbar sei. Die Kinder seien bekannt, man versuche auch etwas dagegen zu machen, aber häufig sei der Rechtsextremismus durch familiäre Bindungen emotional fixiert und schwer zu konterkarieren. In einem weiteren Prozess analysierten wir die vorhandene Szene des Ortes. Neben offiziellen Kandidaten der NPD bei Wahlen gab es eine ungebundene Unterstützerszene, die häufig durch Weg- und Zuzüge wechselte. Im April 2001 tauchen in Jänschwalde vermehrt Aufkleber und Flugblätter des „Nationalen Widerstandes“ auf. Es gibt Vermutungen, dass sie aus dem Umfeld eines bestimmten Wohnblockes kommen. Das Propagandamaterial ist auffällig alt. Die „Freiheit für Frank Schwerdt“ war über zwei Jahre alt, und der Aufruf zum 100. Todestag Bismarcks stammt von 1998. Dennoch konnten wir mit den Sozialarbeitern der Region erarbeiten, dass das Material des „Nationalen Widerstands“ auf Einflüsse der Gubener Szene deuten, es hier aber eher um den Versuch ging, im Ort eine kleine rechtsextreme Gruppe zu organisieren.

Die unmittelbaren und mittelbaren Reaktionen auf die Vorträge, Diskussionen und Analysen wurden dem MBT aus Jänschwalde nicht mitgeteilt. Auffällig war jedoch, dass im Verlauf des Jahres 2001 die meisten (und vor allem die organisierten) Rechtsextremisten den Ort verlassen hatten. Die Stelle des Sozialpädagogen wurde mit Beginn des Jahres 2002 gestrichen, da die Gemeinde den Eigenanteil nicht mehr aufbringen konnte oder wollte.

„Für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“

Der 30. November 2001 war für die Beschäftigten der Stahlbau GmbH, der Feuerverzinkerei Voigt & Müller GmbH und der SLB Fenster- und Spezialprofilbau GmbH am Standort Frankfurt (Oder) ein nicht ganz alltäglicher Arbeitstag. An diesem Tag unterzeichneten Unternehmensleitung und Betriebsrat öffentlich eine Betriebsvereinbarung „Für Gleichbehandlung, gegen Diskriminierung“.

In dieser Betriebsvereinbarung ist festgehalten, wie Unternehmensleitung und Beschäftigte gemeinsam daran arbeiten wollen, dass die Menschenwürde auch im betrieblichen Alltag gewahrt bleibt. Die neue Betriebsvereinbarung legt fest, wie möglichen fremdenfeindlichen, rassistischen oder rechtsextremistischen Einstellungen oder gar Handlungen innerhalb der Betriebe mit demokratischen Mitteln aktiv begegnet wird.

Auch für uns war die Unterzeichnung der Betriebsvereinbarung ein besonderer Akt. Seit Anbeginn unserer Arbeit waren wir daran interessiert, Themen wie Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur dann zu problematisieren, wenn wieder ein Vorfall zu registrieren war, sondern sie zum Gegenstand bewusster Auseinandersetzung im Lebensalltag möglichst vieler Menschen zu machen.

Trotz der hohen Arbeitslosenquote verbringen immer noch viele Menschen den größten Teil des Tages in Betrieben. Auch sind die bedrückenden Erscheinungen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt beileibe keine Angelegenheiten, die vornehmlich Jugendliche betreffen. Vor diesem Hintergrund suchten wir schon 1999 den Kontakt zu den Gewerkschaften. In zahlreichen Gesprächen mit Gewerkschaftern in ganz Brandenburg versuchten wir für die Idee einer Betriebsvereinbarung über Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung zu werben und Verbündete zu gewinnen. Was unter manchen Gewerkschaftsfunktionären gelang – die DGB-Kreisvorsitzenden waren uns in den Gesprächen immer ein Partner – ließ sich mit den Einzelgewerkschaften schwer an. Vielleicht war unser Vorstoß damals auch verfrüht: viele kannten das MBT noch nicht; für ein derartiges Anliegen ist eine gewisses Vertrauensverhältnis aber unerlässlich.

Für die Außenwahrnehmung eines Betriebes, etwa in der Öffentlichkeit oder bei Geschäftspartnern, werden neue Chancen eröffnet, wenn demokratische Grundwerte nicht weniger wichtig sind wie das Erwirtschaften

eines möglichst hohen Profits. Ganz zu schweigen von den Diskussionen, die in den Betrieben zu besagten Problemkreisen geführt werden und natürlich auch in den Alltag der Familien und in die Wohngebiete hineinwirken. Sie leisten einen gewichtigen Beitrag zur Entwicklung demokratischer Prozesse im Gemeinwesen und stärken damit die demokratischen Zivilgesellschaft, in der die Würde aller Menschen praktisch respektiert wird.

Auch wenn wir seinerzeit bei den Einzelgewerkschaften im Barnim und in der Uckermark noch nicht zu einem Ergebnis kamen, so wäre es falsch anzunehmen, die Gewerkschaften hätten nicht verstanden, worum es geht. Bereits 1995 wurden zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften entsprechende Absichtserklärungen vereinbart. Die Spitzenorganisationen hatten damals einen Handlungskatalog beschlossen. Auf Grundlage dieses Handlungskatalogs sollten Ausländerdiskriminierungen im Arbeitsleben bekämpft werden.

Zum Abschluss von Betriebsvereinbarungen zur Förderung von Gleichbehandlung und Partnerschaft kam es allerdings bislang erst in wenigen Großbetrieben: Wir verweisen hier auf das EKO in Eisenhüttenstadt mit einem öffentlichen Bekenntnis, auf das internationale Textilunternehmen TREVIRA in Guben mit einer Arbeitsordnung und auf die Stahlbau GmbH in Frankfurt (Oder) mit einer Absichtserklärung.

Wir wollten aber mehr: Auf der betrieblichen Ebene sollen Arbeitgeber, Betriebsräte und Belegschaften über das Instrument der Betriebs- oder Abteilungsversammlung für die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus dauerhaft sensibilisiert werden.

Bei den Einzelgewerkschaften stießen wir seinerzeit nicht auf großes Interesse. Wie in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens wurde oft abgewinkt: „kein Handlungsbedarf“ oder „personelle Überlastung“. Aber auch eine Zustimmung zu unserer Idee führte häufig nicht zu der Übernahme einer Multiplikatorenrolle. Oft wurde auch lapidar auf durchgeführte bzw. anstehende Kampagnen verwiesen. Andere Hemmnisse sind die befürchteten Auseinandersetzungen mit den eigenen zahlenden Mitgliedern und die Beschwörung des sog. „Betriebsfriedens“. Klar war, wir brauchen einen langen Atem, wenn wir unser Vorhaben nicht zu den Akten legen wollten. Aber eine „Langstreckenkompetenz“ ist für unsere Thematik ohnehin erforderlich. Also auf zur „Tippeltappel-Tour“-Partner suchen, immer wieder erklären, was wir wollen, warum wir es wollen, wie wir es wollen.

Wir arbeiten zusammen mit dem Projekt „Kooperation Wissenschaft und Arbeit“ (KOWA) mit Sitz in Frankfurt (Oder) an der Europa Universität Viadrina, der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin und Einzelgewerkschaften wie der IG Metall und hier speziell der Bezirksleitung, der ÖTV und der HBV (Verdi).

Uns schwebte eine Betriebsvereinbarung vor, in der Prinzipien der Nicht-diskriminierung festgestellt und Betriebsrat wie Geschäftsleitung verpflichtet werden, die Chancengleichheit ungeachtet von Nationalität oder Religionszugehörigkeit zu fördern. Wenn sich jemand im Betrieb diskriminiert oder belästigt fühlt, sollen Vorgesetzte und Betriebsrat verpflichtet sein, dem nachzugehen und Gegenmaßnahmen bzw. Konsequenzen vorzuschlagen. Weiterhin sollte klar gemacht werden, dass Meister und Vorgesetzte eine wichtige Vorbildfunktion haben – auch wenn sie diese nicht immer wirklich ausfüllen.

Entsprechende Maßnahmen sollen bei der Belehrung der diskriminierenden Personen beginnen. Abmahnung oder Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz sind weitere mögliche Maßnahmen. Im Extremfall kann es auch zu einer Kündigung kommen. All dies in einem Betrieb zu vertreten und durchzuführen ist nicht einfach, weil ein Fehlverhalten, wie es an Stammtischen häufig toleriert und gepflegt wird, hier konsequent geahndet werden soll. Das muß geradezu provozierend und störend wirken. Es liegt auf der Hand, dass es einer gehörigen Portion Zivilcourage sowohl seitens einer Geschäftsführung aber auch seitens eines Betriebsrates bedarf, ein derartiges Projekt anzuschieben.

Wie so oft im Leben kam uns ein Umstand zugute, den wir zu Beginn unserer Arbeit ein wenig außer acht gelassen hatten: Ein Teamkollege kommt aus Gewerkschaftskreisen, war in Frankfurt (Oder) selbst einmal Betriebsrat – warum also nicht alte Kontakte nutzen, um vielleicht ein Beispiel zu schaffen, mit dem es sich anschaulicher arbeiten lässt als mit theoretischen Erklärungen und Agitationsreden über die Wichtigkeit unseres Anliegens?

Also gingen wir aus der Region Barnim/Uckermark hinaus nach Frankfurt (Oder). In der Stahlbau GmbH fanden wir einen Partner, mit dem wir in die Diskussion gehen konnten. Und all die Vorbehalte, die wir eingangs beschrieben, begegneten uns auch hier. Mit einem Unterschied: der Geschäftsführung war von Anfang an klar, dass Rassismus und Rechtsextremismus geschäftsschädigend sind – ob sie nun in der Stadt oder im Betrieb auftreten. Das Unternehmen sah sich auch in der Verantwortung für das Außenbild der Stadt Frankfurt (Oder). Es kann und soll uns hier nicht darum gehen, im Detail wiederzugeben, wie in zahlreichen Gesprächen miteinander gerungen wurde: Was kann man, was muß man den Menschen zumuten, wie kann die Diskussion im Betrieb geführt und begleitet werden? Solche Aushandlungen sind selten konfliktfrei und verlaufen nie reibungslos.

Wir als MBT boten folgende Leistungen:

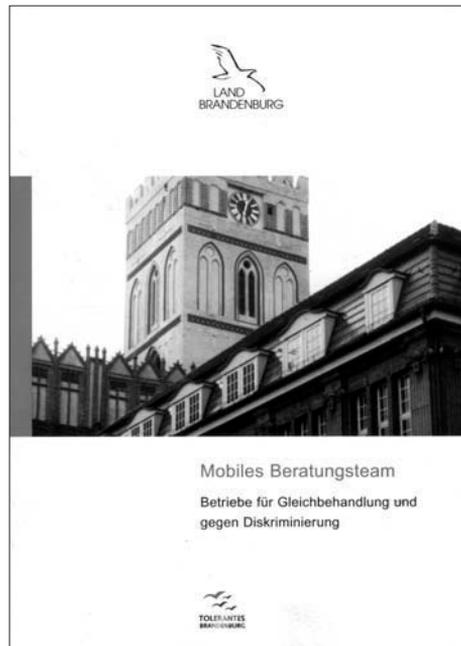
- Sensibilisieren von Gewerkschaftsfunktionären für ein Aufgreifen der Initiative
- Aufnehmen der konkreten Auseinandersetzung in den Betrieben, um ggf. ein Schutzfaktor für betriebliche Funktionsträger (Betriebsräte, Gewerkschafter) in der Phase des Einstiegs zu sein.
- Durchführen von Workshops oder Seminaren in alleiniger MBT-Verantwortung oder in Kooperation mit Kollegen aus gewerkschaftlichen Zusammenhängen.
- Knüpfen und Vermitteln von Kontakten zu Initiativgruppen an einzelnen Standorten
- Vermitteln von Diskussionsmöglichkeiten zur möglichen Angleichung grundsätzlicher Positionen.
- Moderation dieser Diskussion.
- Vorbereiten von Medienkontakten.

Gemeinsam einigten wir uns mit den Kollegen der Stahlbau-GmbH auf folgende Herangehensweise:

- Die Geschäftsführung teilt Betriebsrat, Abteilungsleitern, Meistern, Vorarbeitern und Verwaltung („Schlüsselpersonen“) den Wunsch nach einer entsprechenden Betriebsvereinbarung in informellen Gesprächen mit. Das MBT steht konsultativ zur Verfügung.
- In geeigneter Weise wird die Belegschaft von dem Vorhaben informiert, zur Mitwirkung aufgerufen und ermutigt (Aushang u. ä.).
- Es soll darauf geachtet werden, dass es für Proteste und kritische Positionen geeignete Artikulationsmöglichkeiten gibt. Interessant wäre etwa die Variante eines Aushanges, bei dem die Möglichkeit auch anonymer Kommentierung gegeben wäre.
- Ein Arbeitskreis wird durch die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Betriebsrat berufen.
- Dieser Arbeitskreis aus ca. zehn Beschäftigten sammelt und diskutiert Schwerpunkte einer künftigen Betriebsvereinbarung.
- Endergebnis dieses Arbeitskreises ist der Entwurf einer Betriebsvereinbarung. Das MBT bietet sich dafür zur Moderation an.
- Der Entwurf wird vorgestellt und das Anliegen erläutert. Eine Diskussion um einzelne Gesichtspunkte sollte möglich sein.
- Die Betriebsvereinbarung wird verabschiedet und tritt in Kraft. Die nähere konzeptionelle Vorbereitung übernimmt das MBT. Zu dieser öffentlichen Veranstaltung werden Minister, Staatssekretär und verantwortliche Kommunalpolitiker wie natürlich auch die Presse eingeladen.

Der Prozess von der ersten Kontaktaufnahme mit den drei Unternehmen bis zu diesem denkwürdigen 30. November 2001 hatte alles in allem eineinhalb Jahre gedauert – ohne langen Atem sind keine Fortschritte zu erzielen.

Mit einer wirklich eindeutigen und klaren Betriebsvereinbarung in der Tasche gehen wir nun zurück in die Uckermark und in den Barnim. Hier sind wir insbesondere mit Stadtverwaltungen und einer außerbetrieblichen Bildungseinrichtung zu diesem Thema im Gespräch, wissend darum, dass auch hier ein längerer Prozess vonnöten ist.



Die Informationsbroschüre „Betriebe für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung“ kann unter www.mobiles-beratungsteam abgerufen werden.

BETRIEBSVEREINBURG zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung der Gleichbehandlung

zwischen dem Betriebsrat der SLB Stahlbau GmbH
und der Geschäftsleitung der SLB Stahlbau GmbH

§ 1 Grundsätze

Die Unternehmensleitung und der Betriebsrat treten nachdrücklich für eine Förderung der Gleichbehandlung sowie für den Schutz vor unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung der Beschäftigten ein.

Sie treten allen Formen des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit sowie antidemokratischen und nationalistischen Tendenzen entgegen.

Sie setzen sich für ein belästigungsfreies Betriebsklima und ein kollegiales Miteinander ein. Hierzu gehört vor allem, die Persönlichkeit und die Würde jeder/s Beschäftigten zu respektieren und zu achten.

Diese Ziele gelten für die Beschäftigten, auch in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit gegenüber Kunden des Unternehmens und für das Verhalten von Beschäftigten gegenüber im Unternehmen beschäftigten Fremdfirmenangehörigen.

Die Grundsätze dieser Vereinbarung werden auch aufgenommen in die Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen für Unternehmen, die für die SLB Stahlbau GmbH Leistungen erbringen. Das Unternehmen verpflichtet sich, solche Subunternehmen von der Auftragsvergabe auszuschließen, die keine Gewähr für die Einhaltung der Grundsätze bieten.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, in ihren Beschlüssen, Vereinbarungen und Handlungen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung und den Grundsatz der Förderung der Chancengleichheit zu berücksichtigen.

Entsprechend des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung sind alle unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, Abstammung, Religion, Nationalität oder der sexuellen Orientierung sowie Belästigungen, Mobbing und fremdenfeindliche Handlungen verboten.

Der Grundsatz der Förderung der Chancengleichheit gebietet Maßnahmen zur tatsächlichen Gleichstellung der Beschäftigten und berücksichtigt die besonderen Umstände (spezifische Kompetenzen und Defizite) in angemessener Weise.

Alle Beschäftigten sind aufgefordert und verpflichtet, für die Einhaltung der Gleichbehandlungsgrundsätze einzutreten.

§ 2 Geltungsbereich

Diese Vereinbarung gilt für **a l l e** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich Auszubildender bzw. kurzfristig im Unternehmen Beschäftigter.

§ 3 Verstöße gegen die Gleichbehandlungsgrundsätze

a) Beschwerderecht

Personen, die sich durch Missachtung der unter § 1 beschriebenen Grundsätze beeinträchtigt fühlen, haben das Recht, sich an ihren unmittelbaren Vorgesetzten bzw. an die Geschäftsleitung bzw. an den Betriebsrat (nachfolgend Gremium) direkt zu wenden.

Die von Diskriminierung betroffene Person hat auch die Möglichkeit, sich an eine andere Vertrauensperson ihrer Wahl zu wenden.

Auch Beschäftigte, die nicht selbst von Diskriminierung betroffen sind, aber Zeugen eines Verstoßes gegen die Gleichbehandlungsgrundsätze geworden sind, können sich mit einer Beschwerde an das Gremium wenden.

Eine Beschwerde darf nicht zu einer Benachteiligung führen.

Das allgemeine Beschwerderecht entsprechend §§ 84 und 85 BetrVG bleibt unberührt. Unabhängig von betrieblichen Ordnungsmaßnahmen haben diskriminierte Beschäftigte die Möglichkeit, zivil- und/oder strafrechtliche Schritte zu ergreifen, ohne dass ihnen im Unternehmen dadurch Nachteile entstehen.

b) Vertraulichkeit

Über die Informationen und Vorkommnisse, persönlichen Daten und Gespräche ist absolutes Stillschweigen gegenüber am Verfahren nichtbeteiligten Dritten zu bewahren. Gleiches gilt gegenüber dem Beschwerdegegner, solange eine Beschwerde nicht geprüft wurde.

Das Gremium hat die Verpflichtung, unverzüglich mit dem/r Betroffenen den Sachverhalt zu beraten und festzustellen, ob Tatsachen vorliegen, die das Vorliegen einer unmittelbaren oder mittelbaren Diskriminierung vermuten lassen.

Die Feststellung ist gemeinsam mit der Schilderung des Sachverhalts für das weitere Verfahren zu dokumentieren.

c) Betriebliche und arbeitsrechtliche Maßnahmen

Das Unternehmen hat bei unmittelbaren Diskriminierungen, nach Entscheidung bzw. Vorschlag des Gremiums, dem Einzelfall angemessene betriebliche Sanktionsmaßnahmen zu ergreifen, wie

- Belehrung,
- Abmahnung,
- fristgerechte Kündigung oder Kündigung aus wichtigem Grund.

Die Schwere der diskriminierenden Verhaltensweisen und die Möglichkeiten des Ausgleichs sowie die Erwartung einer zukünftigen Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes sind leitend für die Art der Sanktion.

Das Unternehmen ist bei mittelbaren Diskriminierungen der/n betroffenen Person/en zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet. Außerdem sind in Abstimmung mit dem Betriebsrat bzw. dem zuständigen Gremium unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, um die diskriminierenden Verfahren oder Vereinbarungen abzuändern.

§ 4 Förderung der Chancengleichheit

Zur Schaffung einer tatsächlichen Chancengleichheit vereinbaren Unternehmensleitung und Betriebsrat besondere Maßnahmen zur Förderung benachteiligter Beschäftigter und Beschäftigungsgruppen und ihre Eingliederung im Betrieb. Hierzu werden, entsprechend der Zusammensetzung, der vorhandenen Kompetenzen und der für das Unternehmen wichtigen Ziele folgende Fördermaßnahmen vereinbart:

Bei allen personellen Maßnahmen, für die bestimmte Qualifikationen erfüllt sein müssen, sind die nicht in Deutschland erworbenen vergleichbaren Qualifikationen sowie Berufserfahrungen zu berücksichtigen.

Im kundennahen Bereich werden mehrsprachig zusammengesetzte Arbeitsgruppen gebildet, um den Service zu verbessern.

Insgesamt wird den Beschäftigten die Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung eingeräumt. Die entsprechenden Maßnahmen sollen mit Hilfe von individuellen Förderplänen umgesetzt werden.

§ 5 Maßnahmen zur Förderung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in der beruflichen Ausbildung

Die Förderung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und der Abbau fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen sowie die Förderung der Chancengleichheit sind für die berufliche Ausbildung von besonderer Bedeutung.

Die Auswahl von Bewerberinnen und Bewerbern für die Einstellung in ein Ausbildungsverhältnis erfolgt nach einheitlichen Kriterien.

Der Ausschluss oder die Benachteiligung bestimmter Gruppen bei der Einstellung für bestimmte Ausbildungsberufe ist untersagt.

Für die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber ist das Gesamtbild aus Testergebnis, dem persönlichen Eindruck im Vorstellungsgespräch und die gesundheitliche Eignung entscheidend.

Die vorhandenen Qualifikationen sind unabhängig, ob sie in Deutschland oder in einem anderen Land erworben wurden, zu berücksichtigen.

Bei den Einstellungstests und im persönlichen Vorstellungsgespräch sind nur solche Fragen für die Bewertung ausschlaggebend, die sich auf beruflichen Anforderungen beziehen.

§ 6 Maßnahmen zur Umsetzung der Vereinbarung

Die Unternehmensleitung und der Betriebsrat verfolgen mit den Maßnahmen zur Einführung und Umsetzung der Vereinbarung das Ziel, die betrieblichen Gleichbehandlungsgrundsätze nachhaltig durchzusetzen. Dabei sollen potenzielle Konflikte und Diskriminierungen nicht verschwiegen, sondern aufgearbeitet werden.

Dazu werden folgende Maßnahmen vereinbart:

1. Information und Unterrichtung

Das Unternehmen stellt sicher, dass alle Beschäftigten über die Inhalte der Vereinbarung informiert werden. Dazu werden die Gleichbehandlungsgrundsätze in einer Broschüre der Belegschaft zugänglich gemacht.

Außerdem werden die Beschäftigten in den Betriebsversammlungen über die Inhalte und Umsetzung informiert. Im übrigen sind die Abteilungen verpflichtet, im Rahmen von Abteilungsversammlungen über die Vereinbarung zu informieren.

2. Fortbildungsmaßnahmen

Im Rahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung für Beschäftigte wird die Vermittlung der Inhalte der Vereinbarung aufgenommen.

3. Betriebliches Berichtswesen

Im Rahmen des betrieblichen Berichtswesens wird regelmäßig der Betriebsrat und die Beschäftigten über die Umsetzung der Vereinbarung informiert.

4. Paritätische Kommission

Spätestens einen Monat nach Abschluss dieser BV wird eine paritätisch besetzte Kommission gebildet. Sie hat die Aufgabe, Vorschläge zur Beseitigung von Benachteiligungen zu entwickeln und die Umsetzung der Betriebsvereinbarung zu unterstützen.

Im übrigen werden die Unternehmensleitung und der Betriebsrat alle Verfahren und Vereinbarungen im Hinblick auf die Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes überprüfen und ggf. verändern.

§ 7 Schlussbestimmungen

Die Betriebsvereinbarung tritt am 30. November 2001 in Kraft. Nach Ablauf von einem Jahr wird ein Erfahrungsbericht erstellt, mit dem die Wirkung der Vereinbarung überprüft wird. Auf Basis des Erfahrungsberichtes werden weitere Maßnahmen zur Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und des Grundsatzes auf Chancengleichheit vereinbart.

Die Vereinbarung kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres gekündigt werden. Die betrieblichen Gleichbehandlungsgrundsätze wirken wegen der Geltung der EU-Richtlinien nach.

Frankfurt (Oder), den 30. 11. 2001

Dr. G. Müller
Geschäftsführer

H.-J. Sommerfeldt
Betriebsratsvorsitzender

Mobiles Beratungsteam (MBT)

www.mobiles-beratungsteam.de

Geschäftstelle Potsdam

Friedrich-Engels-Str. 1 · 14473 Potsdam

Tel. (0331) 740 6246 · Fax (0331) 740 6247

E-Mail: mobiles-beratungsteam@jpberlin.de

Herr Wolfram Hülsemann, Leitung

E-Mail: mbt5@jpberlin.de

Frau Angela Kühne

E-Mail: mbt1@jpberlin.de

Wissenschaftliche Begleitung

Dr. Michael Kohlstruck

TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung

Tel. (030) 314 25838 · Fax (030) 314 21136

E-Mail: Kohlstruck@zfa.kgw.tu-berlin.de

Regionalbüros des MBT

MBT Angermünde

Berliner Str. 77 · 16278 Angermünde

Tel. (03331) 299 980 · Fax (03331) 299 981

Frau Karin Dörre · Herr Jürgen Lorenz

E-Mail: mbt3@jpberlin.de

MBT Cottbus

Friedensplatz 6 · 03058 Cottbus-Gallinchen

Tel. (0355) 430 2441 · Fax (0355) 499 3750

Frau Miriam Schilling · Herr Dirk Wilking

E-Mail: mbt6@jpberlin.de

MBT Frankfurt (Oder)

Große Oderstr. 26/27 · 15230 Frankfurt (Oder)

Post: PF 1344 15203 · Frankfurt (Oder)

Tel. (0335) 500 9664 · Fax (0335) 500 9665

Herr Robin Kendon · Herr Ray Kokoschko

E-Mail: mbt8@jpberlin.de

MBT Neuruppin

Rudolf-Breitscheid-Str. 38 · 16816 Neuruppin

Tel. (03391) 359 189 · Fax (03391) 659 332

Frau Gabriele Schlamann · Herr Nicola Scuteri

E-Mail: mbt2@jpberlin.de

MBT Potsdam

Eisenhartstr. 13 · 14969 Potsdam

Tel. (0331) 505 8883 · Fax (0331) 505 8884

Frau Frauke Postel · Herr Thomas Weidlich

E-Mail: mbt4@jpberlin.de

MBT Trebbin

Kirchplatz 4 · 14959 Trebbin

Tel. (033731) 32 909 · Fax (033731) 32 908

Frau Andrea Nienhuisen · Herr Theo Fontana

E-Mail: mbt7@jpberlin.de

Der vorliegende Band bietet Einblicke in die Arbeit des Mobilen Beratungsteams: Grundsatzfragen, Sachthemen, die das MBT in Brandenburg in den vergangenen sechs Jahren beschäftigt haben – eine Art „Längsschnitt“ an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis.